A 20111 F

SOZIALISTISCHE POLITIK

22

Feb. 1973

Neokolonialismus in Afrika
Kritik revisionistischer Ideologie
Arbeiterbewegung und Wissenschaft
Politische Ökonomie des Sozialismus
Revolutionärer Prozeß in Chile

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben in Westberlin
1 Berlin 41 – Postfach 270

Wolfgang Abbs

SOZIALISTISCHE POLITIK

5. Jahrgang Nr. 22 Feb. 1973

		Seite
AUFSÄTZE UND ANALYSEN		
Jürgen Ostrowsky Karl Unger	Zur Theorie des Neokolonialismus und zur Spezifik des südlichen Afrika	1
Richard Albrecht	Die gegenwärtige Korsch-Renaissance in der BRD und Westberlin	49
KURZANALYSEN UND BERICHTE		
Karl Theodor Schuon	Arbeiterbewegung und Wissenschaft	77
DISKUSSION UND BESPRECHUNG		
Dieter Boris	Zum revolutionären Prozeß in Chile	83
Bettina Gransow	Neue Entwicklungswege in der Politischen Ökonomie des Sozialismus	89
DOKUMENTATION		
Comisiones Obreras	An alle Arbeiter, an die internationale öffentliche Meinung	99

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41, Postfach 270

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv (gemeinsam verantwortlich auch für Anzeigen): Bernard Langfermann, Frank Stern, Hella Stern

Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift

Postscheckkonto Berlin West 620 10 - 107
Anzeigenpreisliste 2/70

Satz, Druck:
Verlag und Druck Informdienst GmbH
Westberlin

Jährlich erscheinen insgesamt 6 Nummern. Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,—, der des Doppelheftes DM 8,— zuzüglich Porto. Im ermäßigten Jahresabonnement (Bezug nur direkt vom Verlag) beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,—, der des Doppelheftes DM 6,—. Das Jahresabonnement (6 Nummern) beträgt DM 18,— zuzüglich DM 2,— Porto, insgesamt also DM 20,—.

Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit dem Redaktionskollektiv möglich. Sonderdrucke auf Anfrage.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen ganz oder teilweise bei Prospekte des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, eine Bestellkarte der SOPO sowie der Index 1972.

Aufsätze und Analysen

Jürgen Ostrowsky/Karl Unger

Zur Theorie des Neokolonialismus und zur Spezifik des südlichen Afrika

"Die Germanen (sind) die Mystiker des souveränen Privateigentums." (1)

Der folgende Beitrag wurde unmittelbar und in seiner konkreten Themenstellung durch die Arbeit von R. Tetzlaff (2) hervorgerufen.

Dieser Aufsatz lohnte keine Erwiderung, wäre er in irgendeiner der fortschrittlichen Zeitschriften der BRD abgedruckt. In einer Zeitschrift aber, die "auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus jene theoretischen Probleme anzugehen" gewillt ist, "die sich aus der Frontstellung gegen das Kapital ergeben", und die durch diese theoretische Arbeit, "einen Beitrag zur Stärkung der Arbeiterbewegung leisten" (3) will, bekommt Tetzlaffs Arbeit einen spezifischen Stellenwert. Formal und für jedermann ersichtlich stellt sie sich in den Diskussionszusammenhang marxistischer Wissenschaft und erhebt zumindest implizit den Anspruch, auch Produkt marxistischer Wissenschaft zu sein. Aber das wäre noch nicht weiter erwähnenswert. Unter den gegenwärtigen Bedingungen des Klassenkampfes jedoch wird Tetzlaffs Arbeit zum Paradigma. Oder, um uns der Sprache des fortschrittlichen "Imperialismusforschers" zu bedienen: sie ordnet sich in das berühmte Suhrkamp-Rowohlt-aktuell-Syndrom ein (4).

1 Karl Marx: "Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie." Kritik des Hegelschen Staatsrechtes (§§ 261-313), in: Marx/Engels WERKE (MEW), Bd. 1, Berlin (DDR) 1964, S. 201-336, hier: S. 313.

2 R. Tetzlaff: "Zur kollektiven Imperialismusstrategie in Süd-Ost-Afrika", in: SOPO 17 (April 1972), S. 23-53. Die in Schrägstrich gesetzten Zahlen beziehen sich immer auf diesen Text.

3 Zur politischen Entwicklung und zur Publikationsstrategie der SOPO, in: SOPO 11 (Juni 1971), S. 1-6, hier: S. 5.

4 Zur geistigen Erbauung des Lesers und zur Information, wer von Tetzlaff als

Eine Hauptlinie des ideologischen Klassenkampfes liegt an der Leninschen Imperialismustheorie und ihrer Weiterentwicklung in den sozialistischen Staaten. Besonderes Gewicht erlangt hierbei die "linke" Kritik, die vor allem durch ihre häufigen Hinweise auf Komplexität, Differenziertheit, Multikausalität etc. inzwischen viel Liebe erlangt. Ihre Quantität steht aber in keinem Verhältnis zur Qualität.

Die vielfältigen ideologischen Angriffe auf die Imperialismustheorie geschehen auch zu recht. Denn sie ist die allgemeinste Grundlage marxistischer Gesellschaftsanalyse und der daraus resultierenden taktischen und strategischen Entwürfe für den Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten.

An drei Problembereichen soll nachgewiesen werden, daß Tetzlaffs Arbeit objektiv dazu angetan ist, Verwirrung nicht nur bezüglich der Imperialismustheorie zu stiften. Diesen ist der erste Teil gewidmet. Im zweiten Abschnitt werden die Beziehungen zwischen der BRD und der Republik Südafrika (RSA) untersucht, zumal gerade dieser Themenbereich von Tetzlaff am kürzesten behandelt wird. Die Kritik der politischen Einschätzungen und Schlußfolgerungen bildet den Inhalt des dritten Teils. Die Darstellung ist natürlich durch den Gegenstand bedingt. Da der Gegenstand aber unter dem bereits erreichten Niveau der Diskussion um die Theorie des Neokolonialismus liegt, kann es hier nicht unsere Aufgabe sein, die bereits erzielten Resultate kritisch zu würdigen.

"progressiver Imperialismusforscher" /24/ eingestuft wird, sei folgendes Beispiel "kritischer" Argumentation wiedergegeben:
Herr Wehler stellt die These auf, daß Lenins Periodisierungsschema "dem historischen Verlauf nicht gerecht wird." Als ernsthafter Wissenschaftler sagt Herr Wehler dies nicht nur so, sondern macht eine Anmerkung, um die These zu beweisen. Sie lautet: "Vgl. B. Wolfe ("Marx und die Marxisten", Berlin 1968, 93-104), der die interessante These vertritt, Lenin habe den Beginn des Imperialismus auf die Zeit um 1898 angesetzt, da der 1895 verstorbene Friedrich Engels bis zuletzt diesem Phänomen keine zentrale Bedeutung zugemessen hatte, so daß Lenin erst für die von einem der Begründer des Marxismus nicht mehr verbindlich interpretierte Zeit seinen Begriff verwenden konnte."
(H.U. WEHLER: "Einleitung", in: ders. (Hrsg.), IMPERIALISMUS, Köln-Berlin 1970, S. 11-36, hier: S. 20 u. S. 32 f.)
Hier wird also bewußt der Versuch gemacht den wissenschaftlichen Charakter der Leninschen Aussagen zu diffamieren und ihn selbst zum Scharlatan zu stempeln. Wahrhaft ein "progressives" Unterfangen.
Im übrigen gibt der eine große Denker, was dem zweiten überhaupt nicht auffällt, die Periodisierung noch falsch wieder: Lenin datiert das Ende des vormonopolistischen Stadiums auf 1876. (W.I. LENIN: "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", in: ders., WERKE Bd. 22 Berlin (DDR) 1971, S. 189-309, hier: S. 261 f.)
Fragt sich eigentlich, warum Wehler das Ende der imperialistischen Periode auf 1945 festlegt (WEHLER, S. 28 f.), und nicht z.B. auf 1924, das Todesjahr Lenins, nachdem ja offenbar die marxistisch-leninistische Imperialismustheorie nicht mehr als eine persönliche Marotte Lenins ist.
Um Mißverständnissen vorzubeugen: Natürlich ist Lenins Periodisierungsschema nicht sakrosankt. Aber eine Auseinandersetzung damit auf der Ebene der Individualpsychologie oder des Okkultismus verrät mehr über die geistigen Potenzen des betreffenden Autors, als über vielleicht vorhandene Mängel der historischen Periodisierung bei Lenin.

I Zur Theorie des Neokolonialismus

a) Einleitende Bemerkungen über das Wesen der Klassik und ihre Vergänglichkeit

"Und er, der es begriff, begriff es auch nicht." (5)

Es mehren sich die Zeichen, so schreibt unser Augur, daß immer mehr auch nicht marxistische Wissenschaftler den "klassischen Imperialismus als notwendiges Produkt des industriellen Kapitalismus ... begreifen." /24/ Daraus folgert zweierlei: 1. Die Zeiten des "klassischen Imperialismus" sind vorbei, sonst wäre er schwerlich "klassisch". 2. Er war ein notwendiges Produkt des Kapitalismus. Da es aber, wie Tetzlaff schreibt, heute noch immer Imperialismus gibt, muß die Unterscheidung zwischen den beiden Formen des Imperialismus genau hier liegen. Ansonsten wäre nicht einzusehen, warum Tetzlaff die Beifügung verwendet.

Nebenbei sei noch darauf hingewiesen, daß der "klassische Imperialismus" nur Produkt des industriellen Kapitalismus ist. Der agrarische, der moralische, der grüngestreifte und alle anderen vielfältigen und komplexen Formen des Kapitalismus bringen also keinen "klassischen Imperialismus" hervor. Diese Feststellung ist in der Tat sehr wichtig, da sie das Untersuchungsgebiet wesentlich einengt.

Was aber ist nun der "klassische Imperialismus"? Dies erfahren wir leider nicht, da sich der Autor begnügt ihn zu begreifen. Dieses notwendige Produkt des Kapitalismus wird begriffen, als Disproportionalität seiner Wirtschaftsexpansion, als konjunkturpolitisches Regulativ, als nationale Abwehrstrategie, als auf Herrschaftsstabilisierung zielende Ablenkung von dringenden Sozialreformen, als überwiegend innen- und sozialpolitisch determinierte Defensivwaffe gegen eine sich emanzipierende Arbeiterklasse oder auch als (illusionäres) Allheilmittel gegen sozial-ökonomische Krisen /24/.

Bedenkt man, daß Tetzlaff die Periode des klassischen Imperialismus auf 1880-1914 datiert, dann läßt sich erahnen, was für Tetzlaff der "klassische Imperialismus" ist: er ist identisch mit der imperialistischen Kolonialpolitik.

1914 war nämlich die Aufteilung der Welt durch die imperialistischen Kolonialmächte abgeschlossen. Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt, vor allem von der Bourgeoisie des Deutschen Reiches initiiert, mußte sich zwangsläufig in anderen Formen vollziehen. Dieser Unterschied in den Formen bestimmt somit das Periodisierungsschema Tetzlaffs. Die Reduzierung des Imperialismusbegriffes auf Außenwirtschafts- und -politische Beziehungen muß den Autor notgedrungen vor ein zentrales Problem stellen: Der Imperialismus muß logischerweise mit der Dekolonisation enden. (Und in der Tat wird heute von z.B. dringenden Sozialreformen nicht durch den Erwerb von Kolonien und die sie umgebende Kolonialpropaganda abgelenkt.)

Wie entgeht nun Tetzlaff, der ja über heutige Imperialismusstrategien schreibt, dieser Schwierigkeit? Durch die Übernahme des Wehlerschen Begriffspaares von formellen und informellen Imperialismus /24/ kann er die zerbrochene Kontinuität wieder kitten. Doch auch dabei ist der Imperialismus auf die Außenbeziehungen reduziert, da unter informellen Imperialismus die "indirekte, informelle Herrschaft entwickelter Industriestaaten über die weniger entwickelten Regionen der Erde" /24/ verstanden wird.

---

5 Bertolt Brecht: "Die Mutter", in: ders., WERKE, Bd. 2, Frankfurt 1967, S. 823-895, hier: S. 879.

Explizit öffnet sich ihm der "Zugang zur Kontinuität imperialistischer Politik" aus der "Überbau-Basis-Divergenz, de(m) Widerspruch also zwischen nationalistischer Kolonialpropaganda und offizieller Kolonialpolitik ('formeller Imperialismus') einerseits und tatsächlicher Mehrwertrealisierung in nicht direkt politisch okkupierten Ländern andererseits ('informeller Imperialismus')" /24/.

Was mag sich R. Tetzlaff vorgestellt haben, als er diesen Satz geschrieben hat? Versuchen wir diesen Widerspruch, der uns die Kontinuität gibt, zu verstehen. Wenn der Widerspruch zwischen offizieller Kolonialpolitik und Mehrwertrealisierung in nicht direkt okkupierten Gebieten besteht, dann kann das doch nur meinen, daß in den Kolonien selbst kein Mehrwert realisiert wird. Dies möchte die offizielle Kolonialpropaganda gerne beweisen, um so den Klassencharakter der Kolonialpolitik zu verschleiern. Doch daß die Kolonien ebenso ein Ort der Ausbeutung waren, weiß Tetzlaff ohne Zweifel. Meint er vielleicht jene Kolonialpropaganda, die auf Hilfe, Bündnis, Entwicklung etc. abstellt und wo hinter diesem Schutzschild die Ausbeutung fröhlich weiter geht? Aber auch das kann unser Autor nicht meinen. Propaganda ist doch generell im Dienste ökonomischer und politischer Interessen funktionalisiert. Daß sie für manchen fortschrittlichen Moralisten zum Widerspruch wird, macht sie noch lange nicht zu einem für die Gesellschaftsanalyse relevanten Antagonismus.

Der Abschnitt 'Zum Problem von Kontinuität und Wandel des Imperialismus', so können wir zusammenfassend feststellen, hat seine zentrale Schwäche in einer auf Erscheinungen fixierten Imperialismustheorie. Die Kontinuität ergibt sich aus der weiterbestehenden Ausbeutung und der Wandel aus veränderten Formen. So gesehen aber, könnte man bereits von einem Imperialismus des Römischen Reiches sprechen, da auch hier die Provinzen in Europa, Afrika und Asien ausgebeutet wurden, und die für die betroffenen Völker in "bedrohlichem Maße 'Krise' zum Merkmal – und zwar als konstituierendes (nicht akzidentelles) – hat(te)" /24 f./.

Dabei ist die Aufzählung verschiedener Erscheinungsformen durchaus nicht unrichtig. Ebenso sind die Hinweise auf Komplexitäten, Multikausalitäten in gewissem Sinne berechtigt. Sie sind es aber nur, wenn man selbst eine Imperialismustheorie zu bieten hat, was für Tetzlaff nicht zutrifft, und sich gegen dogmatische Verabsolutierungen abgrenzen will. Dann müßten letztere aber auch namhaft gemacht werden, da ansonsten die allgemeinen Hinweise den Charakter von Gemeinplätzen bekommen.

b) Multikausale Klötze und ein grober Keil

Im Gegensatz zu Tetzlaff, der voll von Dominanzen, Dependenzen etc. steckt, und dabei den Blick für das wesentliche verliert, hat sich ein gewisser Lenin vor Jahren gefragt, was denn der Imperialismus nun eigentlich sei.

Vor die Aufgabe gestellt, eine kurze aber umfassende Definition des Imperialismus zu geben, schreibt er, daß sie "die folgenden fünf seiner grundlegenden Merkmale enthalten würde: 1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses 'Finanzkapitals'; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet" (6). Ist diese Aufzählung als willkürliche zu verstehen? An den Anfang, als

6 Lenin, IMPERIALISMUS, S. 270 f

Ausgangskategorie, setzt Lenin das Monopol. Im Monopol erblickt er das Grundverhältnis des Imperialismus. Erst mit dem Monopol ist die Entwicklung der Finanzoligarchie, des Kapitalexports etc. möglich. Das bedeutet nicht, daß es vorher etwa keinen Kapitalexport gegeben hätte (wiewohl er umfangmäßig relativ unbedeutend war), sondern, daß er keine, für die Reproduktion des Kapitalverhältnisses, notwendige Erscheinung war.

Festzuhalten ist noch, daß auch vom Kapitalexport, von der Finanzoligarchie etc. Impulse zur verstärkten Herausbildung des Monopols ausgehen. Die Bedeutung des Monopols wird von Lenin noch hervorgehoben, wenn er schreibt: "Würde eine möglichst kurze Definition des Imperialismus verlangt, so müßte man sagen, daß der Imperialismus das monopolistische Stadium des Kapitalismus ist." (7).

Damit stellt Lenin im Gegensatz zu Luxemburg (8), Kautsky (9) und unserem Autor, keinen Teilbereich sondern den zentralen gesamtgesellschaftlichen Aspekt in den Mittelpunkt seiner Imperialismustheorie.

Dabei ist zu beachten, daß der Begriff des Monopols hier eine andere Bedeutung als allgemein üblich hat. Monopol wird nicht allein als Marktform verstanden (10), sondern als "mit ökonomischer und außerökonomischer Macht und Gewalt verbundene Veränderung der Ausbeutungsbedingungen, die es dem Kapital erlauben, auf der Basis einer gewaltigen Konzentration der Produktion Verfügungsgewalt über Kapital zu erlangen, die den Rahmen des 'eigenen' Kapitals weit übersteigt, daher auch über weit höhere Akkumulationsmittel zu verfügen, als ihm nach dem immanenten kapitalistischen Verteilungsgesetz – jedem entsprechend seiner eigenen Kapitalmacht – zusteht" (11).

Die Bedeutung des ökonomischen Monopols als gesellschaftliche Kategorie wird noch deutlicher, wenn man einen Vergleich zum Konkurrenzkapitalismus zieht. Für den Konkurrenzkapitalismus gilt allgemein, daß alle Ressourcen einer nützlichen Verwendung zugeführt werden müssen. Produktive Investitionen und die Entwicklung der Technologie, wie allgemein der Produktivkräfte sind erzwungen durch den Mechanismus der Konkurrenz. Erhöhte Profite in einzelnen Zweigen der Industrie ziehen zusätzliches Investitionskapital an und damit senkt sich die Profitrate auf den nationalen Durchschnitt. Voraussetzung ist die Mobilität der einzelnen Kapitale, d.h. relativ geringe Investitionskosten

7 Ebd., S. 270.

8 Rosa Luxemburg definiert den Imperialismus folgendermaßen: "Der Imperialismus ist der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus." (R. Luxemburg: DIE AKKUMULATION DES KAPITALS, Berlin 1913 (Reprint Frankfurt 1966), S. 423.

9 Viel gemeinsam hat unser Autor mit Kautsky, der schreibt: "Der Imperialismus ist ein Produkt des hochentwickelten industriellen Kapitalismus. Er besteht in dem Drange jeder industriellen kapitalistischen Nation, sich ein immer größeres agrarisches Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern, ohne Rücksicht darauf, von welchen Nationen es bewohnt wird." (K. Kautsky: NATIONALSTAAT, IMPERIALISTISCHER STAAT UND STAATENBUND, Nürnberg 1915, S. 15).

10 Die Einschränkung des Monopolbegriffes auf eine reine Marktform ist ein Phänomen, dem auch viele Marxisten verfallen. Vgl. Baran/Sweezy: MONOPOLKAPITAL, Frankfurt 1967, S. 375.

11 H. Heiniger/P. Heß: DIE AKTUALITÄT DER LENINSCHEN IMPERIALISMUSTHEORIE, Frankfurt 1970, S. 43.
Dieses Buch ist übrigens die augenblicklich beste systematische Darstellung der Leninschen Imperialismustheorie und ihrer Bedeutung für die gesellschaftswissenschaftliche Analyse heute.

pro jeweils optimaler Betriebseinheit und ein geringer Anteil des fixen Kapitals am Gesamtkapital. Der Mechanismus des Ausgleichs der Profitraten regelt die Verteilung der Ressourcen und hält das System im Gleichgewicht.

In diesem Prozeß selbst liegen aber bereits die Wurzeln seiner Auflösung. Der aus dem Konkurrenzmechanismus entspringende Zwang zum technologischen Fortschritt beeinträchtigt die Mobilität der einzelnen Kapitale und fördert, da die Investitionskosten pro jeweils optimaler Betriebseinheit immer mehr steigen ebenso wie der Anteil des fixen Kapitals am Gesamtkapital, die zunehmende Zentralisation und Konzentration des Kapitals in den Händen immer weniger Kapitaleigentümer. Dieser Prozeß wird begünstigt – sowie induziert selbst – durch die periodischen Krisen, die dem System immanent sind und deren Ursächlichkeit bereits in den allgemeinen Bedingungen der kapitalistischen Warenproduktion gegeben sind. Die Herausbildung der Monopole setzt an die Stelle der Durchschnittsprofitrate den Monopolprofit als bestimmendes Vehikel kapitalistischer Betätigung. Weiter erreicht durch den Monopolisierungsprozeß die Akkumulation des Kapitals enorme Dimensionen, die die Bedürfnisse der erweiterten Reproduktion in den Zentren des Kapitals übersteigt. Diese beiden Prozesse sind es, die zur Herausbildung eines Kapitalüberschusses führen. Dieser ist aber nicht absoluter, sondern nur relativer Natur. Denn "wäre der Kapitalismus imstande, die Landwirtschaft zu entwickeln, die jetzt überall weit hinter der Industrie zurückgeblieben ist, könnte er die Lebenshaltung der Massen der Bevölkerung heben, die trotz des schwindelerregenden Fortschrittes ein Hunger- und Bettlerdasein fristet – dann könnte von einem Kapitalüberschuß nicht die Rede sein" (12). "Aber", so hebt Lenin gleichzeitig hervor, "dann wäre der Kapitalismus nicht Kapitalismus." (13)

Hier ist auch der Ort, wo die Leninsche These vom parasitären Charakter und der Fäulnis des Imperialismus ihre volle Berechtigung hat. Denn unter den Bedingungen des Konkurrenzkapitalismus waren gesamtgesellschaftlicher Fortschritt und Profitstreben der herrschenden Klasse relativ identisch, da die Mobilisierung aller vorhandenen Ressourcen – das zentrale Problem dieser Epoche (14) – resultierend aus dem Streben nach höheren Profiten, die allgemeine Erweiterung der Reproduktion zur Folge hatte.

Im Imperialismus hingegen müssen Ausmaß und Struktur der erweiterten Reproduktion beschränkt werden, um die Maximierung der Monopolprofite zu erreichen. Damit stellt sich das Monopol objektiv gegen den gesamtgesellschaftlichen Fortschritt. Das ist der Fäulnischarakter. In welcher Form sich die daraus resultierenden Widersprüche konkret zeigen, ob in periodischer Brachlegung von Kapazitäten (Wirtschaftskrisen) oder in permanenter, ist dabei von sekundärer Bedeutung (15).

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß das ökonomische Monopol die allgemeinste Kategorie zur Analyse des Imperialismus als spezifische Gesellschaftsform (aber nicht Formation) des Kapitalismus ist. Daher ergibt sich die Kontinuität dieses Systems nicht aus irgendwelchen Überbau-Basis-Divergenzen, sondern durch die kontinuierliche Existenz des Monopols. Der Wandel der imperialistischen Politik hingegen ergibt sich aus einer Reihe von tiefgreifenden politischen und ökonomischen Veränderungen.

---

12 Lenin, IMPERIALISMUS, S. 245.

13 Ebd.

14 So kommt es nicht von ungefähr, wenn Marx im 'Kapital' lange Ausführungen über z.B. die absolute und relative Ausdehnung des Arbeitstages macht.

15 Die Unkenntnis der von ihm kritisierten Leninschen Imperialismustheorie, zeigt sich bei Wehler auch an diesem Punkt. Vgl. WEHLER, S. 20.

Die Analyse der Beziehungen zwischen "Industrie- und Entwicklungsländern", wie Tetzlaff sie nennt /25/, stellt somit nicht schlechthin das Problem der Imperialismusforschung dar. Sie ist ein besonderer Aufgabenbereich innerhalb der Imperialismusforschung, nämlich der Theorie vom Neokolonialismus (16).

c) Der einfache Neokolonialismus

Die gleiche theoretische und begriffliche Verwirrung, die Tetzlaff gegenüber dem Imperialismus aufweist (einmal spricht er sogar vom "Kolonialismus-Imperialismus-Militarismus- Syndrom" bezüglich eines Erdölabkommens in Angola/28/), zeigt sich auch gegenüber dem Neokolonialismus.

Einmal lehnt er es ab, die Aktivitäten der BRD im südlichen Afrika "als ein Beispiel 'neokolonialer Ausbeutung' " /23/ zu betrachten, da man hier auf eine "äußerst komplexe imperialistische Strategie" /23/ trifft, wo natürlich viel "Multikausalität" /23/ im Spiel ist, zum anderen – und dies ist wirklich der kunstvollste aller seiner geistigen Höhenflüge – bezeichnet er Äthiopien, Uganda, Zaire, Nigeria und den Senegal als neokolonialistische Staaten /47/ (17).

Im folgenden soll nun ein kurzer Abriß einer Theorie des Neokolonialismus gegeben werden. Es soll gezeigt werden, daß sie sehr wohl in der Lage ist, unterschiedlichste Phänomene zu analysieren und allgemein, also auch auf das südliche Afrika, anwendbar ist.

Eine Theorie des Neokolonialismus hat die Aufgabe Aufschluß zu geben über Ursachen und Funktion neuer Erscheinungen wie etwa der Entwicklungshilfe im Verhältnis zwischen den hochindustrialisierten imperialistischen Staaten und den Entwicklungsländern (EL) (18) sowie der Bedeutung dieser Beziehungen für die Reproduktion des imperialistischen Systems.

---

16 Für die Theorie des Neokolonialismus gilt das gleiche, was Boccara von der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus sagt: Sie existiert noch nicht als geschlossenes System, sondern erst in Bruchstücken.

17 Nicht verwunderlich ist hernach das von Tetzlaff in einem Aufsatz über "Gewerkschaften in Afrika" (auf den hier nicht einzugehen ist) zur Veranschaulichung, welchen Schwierigkeiten allgemeine Aussagen zu treffen er sich konfrontiert sieht, gewählte Einteilungsschema, "existieren (doch) auf dem 300 Millionen Menschen umfassenden Kontinent extrem heterogene Gesellschaftssysteme (!) ...: ein gutes Dutzend Militärregierungen verschiedener ideologischer Orientierung, parlamentarische Einpartei- (Tansania) und Mehrparteiensysteme (Sambia), parteilose (Äthiopien) und mehrparteiige Monarchien (Marokko), sozialistische (Algerien) und pro(!)kapitalistische (Elfenbeinküste) Systeme, faschistische und kolonialistische Regime (im 'weißen' Süden)". Pech, daß er keine "civitas dei" mehr auszumachen vermochte. Nachzulesen in: GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE Nr. 7 (Köln) 1972. S. 439/40.

18 Im Rahmen der SOPO kann auf die modischen Anführungsstriche beim Wort 'Entwicklung' verzichtet werden, da als allgemein bekannt vorausgesetzt werden kann, daß die Imperialisten, die dieses Wort geprägt haben, alles tun, um diese Länder in ihrer allseitigen Entwicklung zu behindern.
Korrekter wäre sicherlich die Bezeichnung junge Nationalstaaten, doch ist sie insofern unpraktikabel, da sie die lateinamerikanischen Länder ausschließt.
Daß oben Tetzlaffs Begriff von Industrie- und Entwicklungsländern moniert wurde, hat seinen Grund im Begriff 'Industrieländer'. Tetzlaff verwischt damit die klassenmäßigen Unterschiede zwischen den 'Industrieländern' und abstrahiert somit vom sozialökonomischen und politischen Unterschied zwischen etwa der DDR und der BRD. Damit rückt er in bedenkliche Nähe der "Nord-Süd-Konflikte-Theoretiker".

Die Veränderungen in den Beziehungen zwischen den beiden Staatengruppen rekurrieren auf eine Reihe unterschiedlicher und ungleichgewichtiger Ursachen. Seiner Bedeutung nach wichtigster Faktor ist das Entstehen des realen Sozialismus und die Herausbildung des sozialistischen Welstsystems. Unmittelbare Auswirkungen hatte dies auf Umfang und Regionalstruktur der Kapital- und Warenexporte der Monopole. Reale und potentielle Regionen für Außenwirtschaftsaktivitäten wurden versperrt.

Bedeutender ist aber die indirekte Auswirkung, die sich aus der Existenz des sozialistischen Weltsystems auf alle Staaten dieser Erde ergibt. Der Sozialismus wurde von der Wissenschaft zur Realität. Die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus konnte real zum Ausdruck kommen. Im Rahmen der sich entwickelnden Systemkonkurrenz (19) bekamen auch die Klassenauseinandersetzungen innerhalb der imperialistischen Staaten eine neue Qualität.

Besonders wichtige Auswirkungen hatte der Sieg der Oktoberrevolution auf die unterdrückten Kolonialvölker. "Der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie ist", wie Marx bereits 1847 sagte, "zugleich das Befreiungssignal aller unterdrückten Nationen." (20) Auch wenn dieser Sieg nur in einem Land erfolgte, hat sich diese Tatsache bestätigt. Die ideologischen Impulse, die vom Sieg der Bolschewiki ausgingen, führten nicht nur zu einer quantitativen Verbreiterung der nationalen Befreiungsbewegung, sondern auch zu qualitativen Veränderungen. Nun kämpften nicht mehr nur einzelne Stämme (wenn auch oft locker miteinander verbunden), sondern gesamtnationale Organisationen, die fast alle Klassen und Schichten des Volkes vertraten. Ihre politischen Programme waren wesentlich klarer und beschränkten sich nicht mehr nur auf politische Unabhängigkeit (21).

Die Anziehungskraft des Sozialismus übte auch nach der Dekolonisation eine wichtige Funktion aus, da die Entwicklung der Sowjetunion für die Entwicklungsländer zum Paradigma einer schnellen nachholenden Akkumulation wurde.

Das zwingt auf der anderen Seite imperialistische Staaten, wenn sie das Ausscheren der Entwicklungsländer aus dem kapitalistischen System verhindern wollen, dort Potenz und Entwicklungsmöglichkeit des Imperialismus zu demonstrieren. Das übersteigt aber, sowohl was die friedlichen als auch was die militärischen Mittel betrifft, die Möglichkeiten des privaten Monopols. Das darf freilich, vor allem was die friedlichen Mittel betrifft, nicht absolut gesehen werden. Aber das private Monopol trifft seine Entscheidungen nicht direkt im Interesse der Systemerhaltung, wenngleich dies als Faktor mitspielt, sondern unter dem Gesichtspunkt der Profitmaximierung. Letzterer verbietet per se eine Reihe von aus Gründen der Systemauseinandersetzung notwendigen Investitionen.

Die staatliche Entwicklungshilfe übernimmt diese Aufgabe durch die Vergabe von Krediten und Schenkungen (22). Doch die Aufgaben des Staates reichen über diese direkt

19 Die quantitativen und qualitativen Auswirkungen der Systemkonkurrenz auf die imperialistischen Staaten sind bis heute noch nicht systematisch erforscht worden. Einen ersten interessanten Ansatz stellt die Arbeit von K. Steinhaus, Probleme der Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland, dar. (In: Jung u.a.: BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971).

20 K. Marx: "Rede über Polen", in: MEW Bd. 4, Berlin (DDR) 1969, S. 416-417, hier: 416.

21 Vgl. zu diesem Problemkomplex: D. Weidemann: SÜDOSTASIEN – DIE ENTSTEHUNG UNABHÄNGIGER NATIONALSTAATEN, Berlin (DDR) 1969, S. 359-368.

22 Wie eng verflochten selbst rein ökonomische Aktivitäten der Imperialisten mit propagandistischen, ja selbst geheimdienstlichen sind, macht das Beispiel der US-amerikanischen Getreidelieferungen nach Indien deutlich. Diese erfolgten im

ökonomischen Tätigkeiten hinaus. Er setzt seine Mittel auch zur politischen (23), militärischen (24) und ideologischen (25) Beeinflußung ein.

Die zweite wesentliche Erscheinung unserer Zeit ist der Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems und die Herausbildung einer eigenen Staatengruppe, die gemeinhin Entwicklungsländer genannt wird. "Die Hauptkriterien für die Zusammenfassung dieser Länder unter dem Begriff 'Entwicklungsländer' sind ihre *besondere Stellung* im System der Weltwirtschaft und Weltpolitik, *das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung* und die spezifischen *Merkmale der Reproduktion,* sowie die Besonderheiten der *sozialökonomischen Struktur."* (26) Dieses Gemeinsame ist aber gleichzeitig das Besondere, das diese Länder von den imperialistischen und sozialistischen Staaten unterscheidet.

Der augenfälligste Unterschied zu der Situation vor und zwischen den beiden Weltkriegen liegt in der Tatsache, daß inzwischen fast alle ehemaligen Kolonien die politische

Rahmen des Public Law 480 und wurden in nicht transferierbaren Rupies bezahlt. Davon gingen 12,7 % der Bezahlung an die US-Botschaft, die dieses Geld zum Teil für subversive Zwecke benutzte. Da in den meisten Entwicklungsländern die Einfuhr von Devisen beschränkt ist, stand somit der US-Botschaft gefahrlos ein relativ hoher Fond für Propagandazwecke zur Verfügung. (Vgl. H. Faulwetter/P.Stier: INDIEN-BILANZ UND PERSPEKTIVE, Berlin (DDR) 1970, S. 172 ff).

23 In diesem Zusammenhang sei nur auf die Verbindung von Entwicklungshilfe und Kampf gegen die diplomatische Anerkennung der DDR von seiten der BRD verwiesen. Dem Band "Aus der Arbeit des Wissenschaftlichen Beirates des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit" sind diesbezügliche bemerkenswerte Feststellungen zu entnehmen: "Unter den politischen Motiven steht das Interesse des Geberlandes an einer Einwirkung auf die Haltung des Nehmerlandes zu ihm oder zu Drittländern im Vordergrund. ... Den politischen Motiven müssen auch gesellschaftspolitische Motive der Kapitalhilfe zugerechnet werden. ... Humanitäre und soziale Motive mögen hier und dort eine Rolle spielen, in der Praxis der Vergabepolitik mischen sie sich schnell mit politischen und ökonomischen Motiven. ... 'Die Interessen der Bundesrepublik' variieren von dem Bedürfnis nach werbender Präsentation, das aus der deutschen Spaltung abgeleitet zu werden pflegt, bis hin zu gesellschaftspolitischen Zielen" (WISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE DES BMWZ, Band 21, Stuttgart 1970, S. 96/97).

24 Militärische Beeinflussung verfolgt zumindest zwei Ziele: Die Ausrichtung einer nationalen Armee auf bestimmte Waffentechniken und Standards fördert den Warenexport der Rüstungsindustrie. Sie verstärkt gleichzeitig, da das betreffende Entwicklungsland dann auf diese Ausrüstungen angewiesen ist, da eine Umstellung auf andere Techniken nur langfristig erfolgen kann, die Abhängigkeit von dem betreffenden imperialistischen Land.

25 Für wie wichtig die ideologische Beeinflussung erachtet wird, zeigt die Tatsache, daß die Geheimdienste oftmals selbst diese Aufgabe übernehmen. So erklärte z.B. Bama Marcel Mato (ehemals Minister Delegate in Upper Guinea) nach dem mißglückten Coup vom 22.11.1970, vor der Untersuchungskommission, daß seine Aufgabe im Rahmen des westdeutschen Geheimdienstes darin bestanden habe, der Bevölkerung den hohen Lebensstandard der westdeutschen Bevölkerung und ihre breiten Entfaltungsmöglichkeiten, den unterentwickelten Charakter der DDR etc. klarzumachen. Dabei spielten konkrete Beispiele, wie die Qualität der exportierten Waren, von der BRD aufgebaute Industrien etc. eine wichtige Rolle. (Vgl. Vermin, in: TRICONTINENTAL, No. 27/28 (Nov. 71/Feb. 72), S. 19-133, hier: S. 52 ff).

26 S.I. Tjulpanow: POLITISCHE ÖKONOMIE UND IHRE ANWENDUNG IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN, Frankfurt 1972, S. 22.

Unabhängigkeit erreicht haben. Bedeutsam daran ist die Tatsache, daß dieser Prozeß der Entkolonisierung kein mechanischer und kein von den Kolonialländern induzierter war. Er war fast überall das Ergebnis des Kampfes der Volksmassen. Dabei waren Breite und Intensität des Kampfes von Region zu Region, ja von Land zu Land verschieden. Dem steht keineswegs entgegen, daß verschiedene Länder die politische Unabhängigkeit erreichten, ohne daß es bislang dort zu umfassenden antikolonialistischen Manifestationen gekommen war. Es handelt sich dabei nur um den Versuch durch politische Zugeständnisse, die langfristig ohnehin unvermeidbar waren, die betreffenden Länder ökonomisch und ideologisch noch fester in Griff zu bekommen. Solche Praktiken können daher auch nicht als fortschrittlich bezeichnet werden, sondern nur als einsichtiger (27).

27 Wenn Tetzlaff in der Politik der US-Regierung gegenüber dem portugiesischen Kolonialregime einen Widerspruch zwischen der Nixon- und Kennedy-Administration sieht /45/, dann verfällt er genau in den Fehler aus taktischen Unterschieden prinzipielle zu konstruieren.
Seine Kennedy-Mythisierung vermag einer Betrachtung etwa so gut standzuhalten wie dessen Kuba-Legenden der Wirklichkeit. Kennedy – von dem der Ausspruch verbürgt ist: "Alle selbstzufriedenen, weichlichen, ihrem Hang zur Bequemlichkeit nachgebenden Menschengemeinschaften sind im Begriff als Kehricht der Geschichte weggefegt zu werden. Nur die Starken, nur die Fleißigen, nur die Entschlossenen, nur die Tapferen, nur diejenigen, die mit visionärer Klarsicht die wahre Natur unseres Kampfes begreifen, können vielleicht überleben" (JFK: "Ansprache an die Gesellschaft amerikanischer Zeitungsredakteure", 20.4.1961, zit., in: JFK: DÄMME GEGEN DIE FLUT, Frankfurt 1964, S. 46) – handelte in vollem Einverständnis mit der Militärstrategie des Pentagon, als er das Faustpfand Azoren, über das der NATO-Partner Portugal verfügt, bei seiner Politik gegenüber dem Kolonialregime Salazars in Rechnung stellte. "Und während wir uns stets der Verhängung von Sanktionen gegen Portugal (in den UN, die Verf.) widersetzten, bemühten wir uns gleichzeitig immer, vertraulich in Lissabon und öffentlich in der UNO, Portugal zu einer Reform seiner Kolonialpolitik zu bewegen", erläutert ein Kennedy-Biograph (Arthur M. Schlesinger: DIE TAUSEND TAGE KENNEDYS, Bern-München 1965, S. 521). Warum mit dem bekannten Erfolg, verrät er gleichfalls: denn "der Mittelweg (war) nicht nur Ausdruck einer taktischen Notwendigkeit. Kennedy mißtraute stets UNO-Resolutionen, die Großes versprachen und sich dann nicht verwirklichen ließen" (ebda.). Etwa wie im Falle einer UN-Resolution von 1962, in der die einbringenden afrikanischen Staaten den Abbruch der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur RSA forderten: zwar "hatten sich (die Vereinigten Staaten) regelmäßig an der zeremoniellen (!) Verurteilung der Apartheid beteiligt", aber "die Resolution von 1962 gehörte zu jenen ... Proklamationen, die Kennedys Unwillen erregten. So war zu bedenken, daß der Aufruf zum Wirtschaftsboykott sinnlos blieb, solange die wichtigsten Handelspartner Südafrikas sich nicht daran beteiligten" (ebda., S. 534/35). Nur zu wahr: die USA sind traditionell nach GB der zweitwichtigste Handelspartner der südafrikanischen Rassisten (vgl. hierzu: INDUSTRIALIZATION, FOREIGN CAPITAL AND FORCED LABOUR IN SOUTH AFRICA, Dokumentation der UN-Unit On Apartheid, New York 1970, ST/PSCA/SER. A/10). Man blockte also ab, um 1963 mit der Konzession eines Waffenembargos gegen die RSA aufzuwarten, die gleichwohl heftig vom State Department befehdet wurde, da hier automatisch wieder die portugiesische Frage involviert war. "Fast schien es so", resümiert Schlesinger, "als hätten wir die Wahl zwischen dem militärischen Risiko, die Azoren und die südafrikanischen Warnstationen zu verlieren, und dem politischen Risiko, Afrika zu verspielen. Das portugiesische und das südafrikanische Problem ließen sich jedoch trennen, ..." Kennedy präzisierte: "Warum sollten gerade wir Portugal eine Resolution aufdrängen? Wie wäre es, wenn wir uns zurückhielten, gar nichts täten und den Dingen ihren Lauf ließen? " (S. 536). "Bei

Bedeutet allein schon die Tatsache der politischen Unabhängigkeit eine gewisse Erhöhung des Risikos privater ökonomischer Beziehungen, vornehmlich bei Direktinvestitionen, so wird dies durch die Erfolge der nationalen Befreiungsbewegung, die in vielen Fällen zu einer theoretischen und praktischen Stabilisierung und Weiterentwicklung der betreffenden Bewegung führte, noch zusätzlich erhöht.

Der Aufbau einer eigenen nationalen Industrie fördert auch die Herausbildung der Arbeiterklasse in den jungen Nationalstaaten, Tempo, Richtung und Breite sind dabei direkt abhängig von der Wirtschaftspolitik im jeweiligen Land. Daher erstarkt die Arbeiterklasse sowohl quantitativ wie qualitativ in Ländern, die Ansätze zum nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg zeigen bzw. diesen selbst beschreiten schneller als bei Ländern, die den Versuch einer kapitalistischen Entwicklung unternehmen. Die numerische Stärke der Arbeiterklasse setzt sich zwar nicht direkt in politische um, doch sind kommunistische und Arbeiterparteien in einem bedeutendem Maß erstarkt, ebenso die Gewerkschafts- und Bauernbewegung. Dies bedeutet eine weitere Erhöhung des politischen Risikos für den privaten Investor. Nur mit dem Rückhalt einer starken Militärmacht wird dieses Risiko ertragbar. Dies ist einer der Gründe, warum der Anteil der Direktinvestitionen am privaten Kapitalexport in die Entwicklungsländer bei den USA zwar 70 % beträgt, aber bei den europäischen nur ca. 33 % (28).

Andererseits hat die Erkämpfung der politischen Unabhängigkeit auch positive Auswirkungen auf die Außenwirtschaftsbeziehungen der imperialistischen Staaten. Besonders jene Länder, wie die BRD, die bei der Aufteilung der Welt durch die imperialistischen Staaten und Monopole zu kurz gekommen sind, verfügen jetzt über eine bessere Ausgangssituation, da die von den Kolonialmächten aufgerichteten Schranken gegen ausländisches Kapital und Handel weggefallen sind. Hier ergibt sich auch für die BRD ein spezifischer Widerspruch. Einerseits haben die Monopole nun die Möglichkeit in bisher nicht erfaßte Gebiete einzudringen, zum anderen werden sie aber, wegen der engen ökonomischen und politischen Beziehungen zu Staaten wie der RSA, der sie traditionell durch Kapital- und Handelsbeziehungen verbunden sind, und wo augenblicklich die politischen Risiken minimal sind, in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt.

Diese Möglichkeiten erhöhen sich aber wieder, da die jungen Nationalstaaten im Kampf für ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit bereit sind eher mit anderen Ländern, als mit

Südafrika lagen die Dinge anders; hier konnte Druck vielleicht unsere Zurückhaltung gegenüber Portugal in den Augen der Afrikaner etwas ausgleichen" (ebda.). "Dennoch waren der Präsident und der Außenminister über die Aussicht eines totalen Waffenembargos beunruhigt .... Das State Department befürwortete statt dessen einen Appell an die UNO-Mitglieder, keine Waffen zu liefern, die zur Unterdrückung der afrikanischen Bevölkerung benutzt werden könnten" (S. 537). Man erlegte sich selbst feierlich ein Totelembargo auf, nur – "die südafrikanischen Streitkräfte fliegen in 36 F-86 Sabrejet-Abfangjägern (um wen abzufangen), in C-47 und C-130 B Transportmaschinen (um welche Front zu versorgen?) und in 30 Sikorsky-Hubschraubern (um blitzschnell zum Schauplatz welcher Rebellion zu gelangen?)" (Carl Oglesby/Richard Shaull: AMERIKANISCHE IDEOLOGIE, Frankfurt 1969, S. 128).

28 P. Jalee: DAS NEUESTE STADIUM DES IMPERIALISMUS, München 1971, S. 76. (Zur politischen Einschätzung dieses Buches vergleiche SOPO 16 (Febr. 1972), S. 119 ff).

ihren ehemaligen 'Mutterländern' ökonomische Verbindungen einzugehen, um die ohnehin bestehende Abhängigkeit nicht noch zu verstärken (29).

Da die Entwicklungsländer zum Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltsystemen geworden sind, ergeben sich zusätzlich Faktoren, die auf die Beziehung mit ihnen einwirken.

Es gilt die Entwicklungsländer im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem zu erhalten. In jenen Ländern, wo sich der Kapitalismus embryonal herausgebildet hat, seine volle Ausbildung zu fördern und dort, wo er sich voll herausgebildet hat ihn zu stabilisieren. Dazu wird vor allem die Entwicklungshilfe verwendet, die ökonomisch gesehen eine Umverteilung des Nationaleinkommens zu Lasten der Arbeiterklasse in den industrialisierten imperialistischen Ländern ist (30).

Der besondere Kampf gilt natürlich der nationalen Befreiungsbewegung und den Bemühungen, den nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg zu gehen. Dazu gehört auch die Bestrebung den Handel zwischen den Entwicklungsländern und den sozialistischen Staaten möglichst einzuschränken. So enthalten z.B. die Kapitalhilfeabkommen der BRD den Passus, daß das bereitgestellte Geld nicht für Käufe in den sozialistischen Ländern verwandt werden darf (31).

Generell ist festzustellen, daß eine umgekehrte proportionale Abhängigkeit zwischen staatlichem und privaten Kapitalexport besteht: "Je größer der Zufluß von staatlichem Kapital ist, umso geringer ist der Export von Privatkapital und umgekehrt. Das widerspiegelt seinerseits den Grad der Entwicklung des antiimperialistischen Kampfes in den verschiedenen Gebieten und Ländern dieses Bereichs. In den Gebieten, wo der revolutionäre Kampf am heißesten tobt, wird vor allem 'Hilfe' gelenkt, in die Gebiete hingegen, wo die Positionen des Imperialismus verhältnismäßig sicher sind, Privatkapital." (32) Demgemäß floß auch bis 1970 nur 7,7 % der staatlichen Kapitalhilfe der BRD nach Lateinamerika (33).

Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß diese Systemsicherungsfunktion mit den konkreten Forderungen des privaten Kapitals verbunden ist. Denn "im Idealfall stellt die staatliche Entwicklungshilfe des Präinvestment für privatwirtschaftliche Investitionen dar" (34).

Für die BRD erfüllte die Entwicklungshilfe anfangs eine weitere wichtige Funktion, nämlich die der Rückerlangung des beschlagnahmten faschistischen Eigentums (35).

29 "Argentinien und Brasilien bevorzugen in ihrer Atomwirtschaft gerade deshalb das an sich teurere Natur-Uran-Verfahren Westdeutschlands, weil sie nicht von den USA in der Lieferung von Brennelementen aus angereichertem Uran abhängig sein und den USA keine Kontrolle über das bei der Kernspaltung anfallende Plutonium (Ausgangsstoff für Kernwaffen) einräumen wollen." (DWI-BERICHTE, Nr. 6/70, S. 29)

30 Die Annahme Tjulpanows, daß es sich nur um umverteilten Mehrwert handle (Tjulpanow, S. 164), scheint uns unlogisch, da auch in den anderen Fällen staatlicher Umverteilung zu Gunsten der Monopole sich diese nicht darauf beschränken, ihren eigenen Mehrwert umzuverteilen.

31 DWI-BERICHTE, H. 18/1965, S. 10.

32 Autorenkollektiv: KLASSEN UND KLASSENKAMPF IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN, Bd. 2, Berlin (DDR) 1970, S. 210 f.

33 DWI-BERICHTE, H. 6/1970, S. 27.

34 BULLETIN des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 19.3.1963.

35 Chmelnizkaja, J., DER WESTDEUTSCHE MONOPOLKAPITALISMUS, Berlin (DDR) 1962, S. 260.

Eine weitere Aufgabe der Entwicklungshilfe ist unter diesem Gesichtspunkt ihr Einsatz, um sich in allen Teilen der Welt militärische Verbündete zu sichern, die vornehmlich als Stützpunkt gegen das sozialistische Weltsystem verwendet werden können, aber auch als potentielle Gefahrenherde in territorialer Nähe von progressiven Entwicklungsländern (36). Die Möglichkeiten der BRD sind hierbei natürlich beschränkter als die der USA und der alten Kolonialmächte. Als Spezifikum tritt für die BRD auch in den Entwicklungsländern der unmittelbare Kampf gegen die DDR hinzu. Von daher erstaunt es keineswegs, daß bis 1965 55 % aller staatlichen Hilfe in die Türkei, Griechenland, Pakistan und Indien ging (37).

Es darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, daß die privaten Investitionen sich keineswegs unmittelbar in den Rahmen der Systemsicherung pressen lassen, sondern von anderen Komponenten bestimmt werden. Im allgemeinen sind das für die Erweiterung des Marktes maßgebliche ökonomische Gegebenheiten und Erwartungen, und die in den Zielländern sowie Westdeutschland selbst wirkenden wirtschafts- und allgemeinpolitischen Faktoren. Ist es auch nicht mehr das Streben nach Höchstprofit allein, so wirken doch eine Reihe von Kostenfaktoren positiv auf die Höhe des privaten Kapitalexportes: Lohngefälle, Verlagerung von arbeitsintensiven Fertigungen in Gebiete mit einem großen Angebot von Arbeitskräften, Einsparung von Transportkosten und Ausschaltung des Zwischenhandels sowohl durch Produktion in Marktnähe wie Errichtung der Produktionsstätten an den Rohstoffquellen.

Ein weiterer Faktor, der trotz der hohen Profitrate (sie liegt im Durchschnitt um 50 % höher als in den hochindustrialisierten Ländern (38)) den Zustrom privaten Kapitals in die Entwicklungsländer hemmt, ist die fehlende Infrastruktur. Unter diesen Bedingungen sei, wie der 'Industriekurier' schrieb, "das Risiko und sind die Kosten einer Produktion trotz niedrigster Löhne und selbst durch großzügigste Investitionsförderung größer als bei einer Fabrik in den Ballungszentren Europas" (39).

Dieser und die vorhergenannten Faktoren erklären auch die Anziehungskraft der RSA für das internationale Kapital. (Ausgenommen die extraktive Industrie, für die andere Faktoren ausschlaggebend sind.) Denn die RSA verfügt nicht nur über relativ stabile politische Verhältnisse, wo "das Privatkapital vor Enteignungsüberraschungen sicher"(40) ist, sondern auch über einen attraktiven Binnenmarkt. Sie ist gleichzeitig ein strategisch günstiger Ausgangsplatz, um den Warenexport in andere Länder zu fördern (41) und die Arbeitskraft ist extrem billig. So bemerkte denn auch der ehemalige Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen und FDP-Bundestagsabgeordnete, sowie hauptberufliche Unternehmensberater, Kienbaum: "Zusammenarbeit (kann auch) darin bestehen, daß Produktionen, die in Deutschland aus Kostengründen einfach nicht mehr rentabel zu gestalten sind, und die an das Können des Arbeiters nicht zu hohe Anforderungen stellen, in die Borderindustriegebiete Südafrikas verlagert werden können. Meines Erachtens sind der-

36 Dabei spielt natürlich auch die Militärhilfe eine bedeutende Rolle. Vgl. für die BRD dazu: U. Albrecht/B.A. Sommer: DEUTSCHE WAFFEN FÜR DIE DRITTE WELT, Reinbeck 1972 und H. Haftendorn: MILITÄRHILFE UND RÜSTUNGSEXPORTE DER BRD, Düsseldorf 1971.

37 DWI-BERICHTE, H. 8/1965, S. 9.

38 Tjulpanow, S. 171.

39 INDUSTRIEKURIER, 28.6.1969.

40 AUSSENHANDELSDIENST, H. 21/1968, S. 448.

41 So verfertigen z.B. die südafrikanischen Tochtergesellschaften von Siemens Transistoren, die nach Kanada, Australien, Großbritannien, Schweden und der BRD exportiert werden (SOUTH AFRICAN DIGEST, 26.6. 1970).

artige Produkte *sogar wieder rentabel nach Europa zu re-importieren.* In Deutschland verteuern sich die Arbeitskraft und die Arbeitslosenleistungen pausenlos, und in immer kürzerem Tempo folgen die Tarifsteigerungen und kostensteigernden Sozialgesetze." (42)

Bezüglich der Infrastruktur kommt der Entwicklungshilfe eine weiter wichtige Aufgabe zu. Es würde die Möglichkeiten des privaten Monopols überschreiten, selbst diese Infrastruktur aufzubauen. Doch auch die Möglichkeiten der Regierungen der betreffenden jungen Nationalstaaten sind begrenzt. Somit kommt den Regierungen der imperialistischen Staaten selbst die Aufgabe zu für ihre Monopole die Rahmenbedingungen zur Investition in den Entwicklungsländern zu schaffen. Es wäre aber falsch auch hier die Entwicklungshilfe nur auf diese eine Funktion beschränkt zu sehen. Sie greift gleichzeitig direkt zu Gunsten der Monopole ein. So bekam etwa Pakistan von 1962-1967 Anleihen in der Höhe von DM 83 Mio., die zum Bezug für Montageteile der Telephon Industries of Pakistan dienten. An dieser Firma aber ist Siemens mit 12 % beteiligt. (43).

Der mit der Erreichung der politischen Unabhängigkeit verbundene Wegfall des bedeutensten Teils des außerökonomischen Zwanges hatte eine relativ starke Entwicklung der Klassen und Schichten der bürgerlichen Gesellschaft zur Folge. Die Entwicklung der nationalen Bourgeoisie bedeutet ein verstärktes Eigeninteresse an der Industrialisierung und damit verbunden restriktive Maßnahmen gegen das ausländische Kapital. Diese Tendenz ist in verschiedenen Ländern verschieden stark ausgeprägt, gilt aber z.B. auch für ein so eng mit den imperialistischen Mächten verbundenes Land wie Pakistan in den fünfziger und sechziger Jahren (44).

Eine Methode, um die hier auftretenden Schwierigkeiten für private Investoren zu umgehen, ist die immer stärkere Hinwendung zu gemischten Unternehmen. D.h. Unternehmen, an denen sowohl das nationale wie das ausländische Kapital beteiligt sind. Die Vorteile liegen auf der Hand: Das nationale Unternehmen ist ein gutes Aushängeschild, nicht nur im Fall politischer Krisen, die Aufwendung an eigenem Kapital sinkt und kann anderswo eingesetzt werden und generell verringert sich das Risiko.

Die imperialistischen Monopole und Staaten können zwar den Prozeß der Industrialisierung der Entwicklungsländer erschweren (45), seine Richtung und seinen Inhalt verändern, aber sie können ihn langfristig nicht unterbinden (46). Hieraus ergeben sich auch an das Privatkapital neue Anforderungen, wenn die imperialistische Herrschaft über die Entwicklungsländer aufrechterhalten bleiben soll.

---

42 INDUSTRIEKURIER, 4.2.1965 (Hervorhebung d.Verf.).

43 DWI-BERICHTE, H. 6/1970, S. 27.

44 Vgl. S.R. Lewis: INDUSTRIALIZATION AND TRADE POLICIES, London-New-York-Karachi 1970 und A.H. Choudhury: PAKISTANS FOREIGN ECONOMIC POLICY, Dacca 1960.

45 Allein die Zollgesetzgebung der hochindustrialisierten imperialistischen Staaten beeinträchtigt die Industrialisierung der Entwicklungsländer. Sie sind um sich auf erweiterter Stufenleiter reproduzieren zu können (manchmal bereits sogar für die einfache Reproduktion) auf den Außenbeitrag ihrer Volkswirtschaft angewiesen. Die in den hochindustrialisierten Ländern existierenden Wertzölle, die Importwaren proportional zu ihrem Verarbeitungsgrad besteuern erschweren die Möglichkeit der Erhöhung von Exporterlösen und der Übernahme der vorteilhaften Verarbeitung von Rohstoffen durch die Entwicklungsländer.

46 Hierbei muß natürlich der Begriff der Industrialisierung geklärt werden. Versteht man unter Industrialisierung nur den Aufbau der Leichtindustrie, verbunden mit Importsubstitution, so ergeben sich keine weiteren Schwierigkeiten und sie liegt durchaus im Interesse auch der Monopole. Deklariert als tendenzielle "wirtschaftliche Arbeitsteilung in der Welt" (Ex-Minister Wischnewski) sähe das so aus: "Die heutigen Industrieländer werden sich immer mehr auf hochwertige Erzeugnisse spezialisieren. ... Einfache Industrien mit geringem Maschinenpark und großem Arbeitskräftebedarf haben bei uns nur noch eine geringe Chance. Sie werden sich immer mehr in die Entwicklungsländer verlagern" (INTERCOP '68 - ENTWICKLUNGSHILFE: eine Politik für die Zukunft, hrsgg. v. BMWZ, S. 20). In der Diktion von Franz-Josef Strauß nimmt sich das so aus: "Deshalb sollten wir es den Entwicklungsländern ermöglichen ... mit uns gemeinsam Fernsehapparate, Radioapparate, Küchenmaschinen, einfachere Büromaschinen, Automobile und so weiter herzustellen, weil wir morgen an sie die Computer verkaufen wollen, deren Produktion bis dahin bei uns eine wesentlich größere Rolle einnehmen wird als heute" (Interview mit DER VOLKSWIRT v. 3.4.1969, zit. nach: DAS KONZEPT DER DEUTSCHEN RECHTEN – Aus Reden und Schriften des F.J. Strauß, Köln 1971, S. 208). Legt man aber die, wenn auch sozialökonomisch unscharfe Arbeitsdefinition der UNO vom Mai 1963 zu Grunde, dann werden die Schwierigkeiten deutlich. Sie lautet: "Die Industrialisierung ist ein Prozeß wirtschaftlicher Entwicklung, in dem ein zunehmender Teil der nationalen Ressourcen mobilisiert wird, um eine technisch moderne, vielgestaltige einheimische Wirtschaftsstruktur zu entwickeln, die charakterisiert wird durch einen dynamischen Maschinenbausektor, der Produktionsmittel und Konsumtionsmittel produziert und der fähig ist, eine hohe Wachstumsrate für die Wirtschaft als Ganzes und für die Erreichung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts zu garantieren." (Zit. n. M. Breetzmann: DIE INDUSTRIALISIERUNG DER ENTWICKLUNGSLÄNDER, Frankfurt 1970, S. 32).

47 Dieser qualitative Aspekt wird u.a. an folgendem Beispiel deutlich: Die imperialistischen Staaten hatten es abgelehnt, die Kreditierung für den Aufbau von Stahlwerken in Indien zu übernehmen. Nachdem nun die Sowjetunion die Kredite zur Verfügung gestellt hatte, waren plötzlich auch die imperialistischen Staaten dazu bereit. Sie mußten sie außerdem zu den gleichen Bedingungen wie die UdSSR gewähren. Dadurch wurde Indien in kurzer Zeit ermöglicht einen staatlichen Stahlsektor aufzubauen, der eine wichtige Voraussetzung für die weitere Industrialisierung darstellt. (Vgl. Faulwetter/Stier, S. 116 ff).

Es müssen Investitionen in die verarbeitende Industrie gehen, wenn die Kontrolle über die modernen Industriezweige erlangt werden soll. Somit wird das Spektrum privater Investitionen breiter. Der Prozeß der Industrialisierung und die damit verbundene sozialökonomische Umwälzung, die vor allem auf Zerschlagung der bäuerlichen Subsistenzwirtschaften zielt, eröffnet weitere Möglichkeiten des Warenexports. Um dies zu sichern müssen bestimmte Schlüsselstellungen in der nationalen Ökonomie des Entwicklungslandes besetzt werden.

Auch das Moment der Systemauseinandersetzung in seinen quantitativen und qualitativen Aspekten bekommt im Prozeß der Industrialisierung einen bestimmten Stellenwert. In der Literatur wird dabei oft nur der quantitative Aspekt, nämlich der geringe Beitrag der sozialistischen Staaten zur Entwicklungshilfe gesehen. Bedeutsamer ist jedoch in welche Projekte diese Entwicklungshilfe geht und welche Auswirkungen sie hat (47).

Auch unmittelbar ökonomische Gesichtspunkte spielen dabei eine wichtige Rolle. Die relativ engen Märkte in den Entwicklungsländern bewirken, daß häufig, falls bereits ein Unternehmen in einer bestimmten Branche existiert, weitere Investitionen nicht sehr sinnvoll erscheinen. So bleibt als einzige Möglichkeit die Beteiligung an dem bereits bestehenden Unternehmen. Generell gilt übrigens, daß die niedrige organische Zusammensetzung des Kapitals und die hohe Ausbeutungsrate in den Entwicklungsländern an und für sich kein ausreichender Stimulus für privaten Kapitalexport sind, da bei einem begrenzten

Markt auch eine hohe Profitrate keine genügend schnelle Vergrößerung des Kapitals mit sich bringt. Daher ziehen die privaten Monopole es unter sonst gleichen Bedingungen vor in den hochindustrialisierten imperialistischen Ländern zu investieren.

Es wäre aber falsch diese Tendenz zu verabsolutieren, da gerade wegen der Bedeutung der Entwicklungsländer das private Kapital eine Reihe von Übergangsformen entwickelt hat, die zumindest die partielle Präsenz, wenn nicht schließlich die Beherrschung der betreffenden Märkte sichern sollen (48).

Die bisherigen Ausführungen haben die widersprüchliche Entwicklung vornehmlich des Kapitalexports insgesamt und verschiedener seiner Formen gezeigt, die aus den Bedingungen der Entwicklungsländer resultieren. Dabei darf die zentrale Bedeutung dieser Kategorie für die internationalen Beziehungen nicht übersehen werden. Der Sieg der nationalen Befreiungsbewegung beraubte die imperialistischen Staaten ihrer direkten politischen und militärischen Einflußnahme auf ihre ehemaligen Kolonien. Heute kann nur über die ökonomische Abhängigkeit unmittelbarer Druck ausgeübt werden.

Die wichtigste Form ökonomischer Durchdringung ist der Kapitalexport. Er wirkt direkt und indirekt auf Umfang und Struktur des Akkumulationsprozesses ein. Gleichzeitig beeinflußt er die Handelsbeziehungen, da nichtäquivalenter Austausch nur durch den außerökonomischen Zwang der Monopole garantiert werden kann.

Ist aber das Akkumulationsproblem das zentrale Problem der Entwicklungsländer, dann kann mit Recht gesagt werden, daß der Kapitalexport, ganz im Gegensatz zu der von Tetzlaff vertretenen Meinung /25/, in erster Linie die ökonomische Basis der neokolonialistischen Beziehungen ist und auch das wichtigste Instrument. Aber andererseits ergibt sich aus der Tatsache, daß die ehemaligen Kolonien ihre politische Unabhängigkeit erlangt haben und in der Weltwirtschaft eine Sonderstellung am Rande des kapitalistischen Weltsystems einnehmen, daß eine so typische imperialistische Kategorie wie der Kapitalexport auch zu Gunsten der Entwicklungsländer genutzt werden kann. Das hängt aber im wesentlichen von den internen Klassenverhältnissen und -stärken ab.

Letztlich ist festzuhalten, daß auch die Entwicklung in den hochindustrialisierten imperialistischen Staaten selbst Auswirkungen auf die Beziehungen zu den Entwicklungsländern hat.

Als Reaktion auf den Druck der auf den Imperialismus einwirkenden Faktoren, die sich aus der Existenz des sozialistischen Weltsystems ergeben und der Verschärfung der inneren Gesellschaftskonflikte, die aus der raschen Entwicklung der Produktivkräfte resultieren, bildete sich der staatsmonopolistische Kapitalismus, der durch die Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates gekennzeichnet ist, heraus. Die Verwandlung des Staates in eine ökonomische Potenz beginnt zwar bereits mit der Herausbildung der Monopole, doch gewinnt sie ihre dominierende Funktion erst seit Ende des zweiten Weltkrieges.

"Das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus besteht nicht allein in der Schaffung staatlichen Eigentums oder in der staatlichen Regulierung, obwohl beide Erscheinungen, insbesondere letztere, große Bedeutung haben. Staatsmonopolistischer Kapitalismus ist die im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise notwendige und unvermeidliche Fortentwicklung des Privatmonopols, der privaten Monopolisierung zur staatlichen Monopolisierung, eine Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die der inneren Natur des kapitalistischen Privateigentums widerspricht und gleichzeitig der in Richtung seiner Auflösung treibenden Form des kapitalistischen Eigentums relativ entspricht." (49). Für den Kapitalexport und das ihm zugrundeliegende Problem, den relativen Kapitalüberschuß, ergeben sich daraus eine Reihe neuer Schwierigkeiten.

Trat früher der relative Kapitalüberschuß vor allem als periodische Entwertung und Brachlegung von Kapital in der Krise auf, so wird er seit der vollständigen Herausbildung der Monopole zu einer permanenten Erscheinung in den führenden imperialistischen Ländern. Es ergibt sich also auch von hier der Zwang zum unmittelbaren Einsatz der Potenz des Staates.

Damit eröffnen sich aber neue Möglichkeiten zu seiner Absorption, sodaß der Kapitalexport relativ an Bedeutung verlieren kann (50). Das betrifft aber nur die Seite des unmittelbaren Druckes zum Kapitalexport, nicht aber den Anreiz. Denn "wird Kapital ins Ausland geschickt, so geschieht dies nicht, weil es absolut nicht im Inland beschäftigt werden könnte. Es geschieht, weil es zu höherer Profitrate im Ausland beschäftigt werden kann" (51). Es bleibt aber zu vermuten, daß bei allgemein gleichen Bedingungen die privaten Monopole sich eher der staatsmonopolistischen Instrumente bedienen, als ins Ausland zu gehen.

Durch die ökonomische Tätigkeit des Staates erscheint der relative Kapitalüberschuß auch in immer neuen Formen. Da er vorwiegend als Überschuß von produktivem Kapital und als Brachlegung von Kapazitäten erscheint, ist seine internationale Mobilität beträchtlich verkleinert. Das zweite wichtige – und ähnlich gelagerte – Problem ergibt sich aus der schnellen Entwicklung der Produktivkräfte, dem Prozeß des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes (52).

Seinem Wesen nach ist der Prozeß des technischen Fortschrittes ein Prozeß der Freisetzung gesellschaftlicher Arbeit. Dadurch werden neue Sphären für die Bewegung des Kapitals geschaffen. Dies führt zu einer raschen Entwicklung der durch den technischen Fortschritt selbst induzierten Industriezweige und vermindert so den Druck des relativen Kapitalüberschusses. Auch kann man feststellen, daß die Investitionen pro Beschäftigten bei einer grundlegenden technologischen Umgestaltung stark steigen. Dies hängt vor-

48 Vgl. DWI-BERICHTE, H. 6/70, S. 28.

49 Heininger, S. 47 f.

50 In diesem Zusammenhang scheint uns auch die Diskussion darüber ob in der BRD nach 1945 der relative Kapitalüberschuß zurückgegangen ist irrelevant. (Vgl. H. Schilling: "Einige Aspekte des staatsmonopolistischen Charakters des Neokolonialismus und seine ökonomischen Funktionsmechanismen", in: MARXISMUS-DIGEST, H. 2/1970, S. 171-204, hier: S. 177). Diese Annahme beruht auf der relativ rückläufigen Bedeutung des Kapitalexports in die Entwicklungsländer. Da aber kein empirischer Beweis geführt werden kann, ob dies nicht aus den neuen Formen der Absorption entspringt, bleibt die Frage, wie Schilling zu recht bemerkt, in hohem Grad ein Ermessungsproblem. Das Nebeneinanderbestehen verschiedener, wenn auch ungleichgewichtiger Formen der Kapitalabsorption macht aber deutlich, daß die praktisch-politischen Auswirkungen der vollständigen Lösung dieser Frage gering sind. Der Imperialismus besitzt heute noch immer soviel Potenz, daß er Einbrüche auf seinen ökonomischen Fronten an anderer Stelle ausgleichen kann. Ein Ausfall der Möglichkeiten zum Kapitalexport in die Entwicklungsländer würde ebensowenig zwangsläufig zum Zusammenbruch des Systems führen, wie ein Rückgang des relativen Kapitalüberschusses die Labilität des Systems senken würde.

51 K. Marx, DAS KAPITAL, Bd. 3, MEW Bd. 25, Berlin (DDR) 1969, S. 266.

52 Vgl. zu diesem Komplex und der hier folgenden Ausführung: R. Katzenstein: TECHNISCHER FORTSCHRITT-KAPITALBEWEGUNG-KAPITALFIXIERUNG, Berlin (DDR) 1971.

nehmlich damit zusammen, daß in einem solchen Fall die technische Produktionsbasis an Haupt und Gliedern vollständig zu erneuern ist. Auch dies verringert den Druck und erhöht gleichzeitig den relativen Anteil des fixen Kapitals am Gesamtkapital, was sich negativ auf die Möglichkeiten der Mobilität auswirkt.

Der unterschiedliche Grad der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den imperialistischen Hauptländern erhöht den Anreiz den Kapitalexport in diese Richtung zu lenken. Dies vor allem auch, weil hinreichend qualifizierte Arbeitskräfte in den Entwicklungsländern meist nicht vorhanden sind und außerdem, wie bereits erwähnt, keine großen Märkte für die betreffenden Branchen bestehen.

Die Richtung des Kapitalexports wird auch noch beeinflußt von der Herausbildung internationaler Konzerne, einer Tendenz, die in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewinnt. Gleichzeitig erschwert dieses Phänomen eine korrekte Erfassung aller westdeutschen Kapitalexporte.

Zusammenfassend kann allein über die Kategorie des Kapitalexports festgestellt werden, daß eine Vielzahl von Motiven für seinen Einsatz vorhanden sind. K. Nehls unternimmt es im Anschluß an Lenin einige zu benennen: "Kapitalexport, um den Warenexport zu fördern – Kapitalexport, um Rohstoffquellen in Besitz zu nehmen oder auszubeuten – Kapitalexport, um neue Länder zu erschließen – Kapitalexport, um ausländische Industrien unter Kontrolle zu bringen – Kapitalexport um faktische oder potentielle Verbündete militärisch oder ökonomisch zu stärken – Kapitalexport, um ökonomische oder politische Zugeständnisse zu erhalten, und nicht zuletzt Kapitalexport, um ökonomische und soziale Krisen abzuwehren." (53) D.h. der Kapitalexport ist nicht Mittel, um Höchstprofite zu erzielen, sondern Instrument der Kapitalverwertung überhaupt.

Wir können nun in Anschluß an E. Modrzinskaja (54) folgende vorläufige Definition des Neokolonialismus geben. Der Neokolonialismus ist ein System ökonomischer, politischer und ideologischer Mittel und Methoden. Die ökonomische Grundlage ist der Kapitalexport in seinen verschiedenen Formen. Sein Ziel ist die Zurückdrängung des Einflusses des sozialistischen Weltsystems und die Nivellierung der Kampfkraft der nationalen Befreiungsbewegung in ihrer zweiten Etappe (d.h. dem Kampf um die ökonomische Unabhängigkeit) bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung und Ausdehnung der Herrschaft der imperialistischen Staaten und Monopole in den Ländern, die ihre politische Unabhängigkeit erlangt haben, zur Sicherung und Verbesserung der Kapitalverwertung insgesamt.

II Die Spezifik des südafrikanischen Raumes

a) Der "Untersuchungsgegenstand"

Tetzlaff führt zu Beginn seiner Untersuchung einen "area approach" ein, den es "methodisch" zu wählen gelte, was den "räumlichen Aspekt des Untersuchungsgegenstandes angeht" /23/. Uneingedenk der Tatsache, daß die Methode von objektiven Gesetzen auszugehen hat, die den Gegenstandsbereich auszeichnen und theoretisch formuliert sein sollten, kommt er freilich zu einer recht unerfindlichen geographischen Einteilung (55).

53 K. Nehls: KAPITALEXPORT UND KAPITALVERFLECHTUNG, Frankfurt 1970, S. 13.

54 E. Modrzinskaja: "Die ideologischen Grundlagen des Neokolonialismus", in: MARXISMUS-DIGEST, H. 2/1970, S. 205-216, hier: S. 205.

55 Tetzlaff leitet mit einem Furioso wissenschaftlicher oder auch nur scheinbar wissenschaftlicher Vokabeln und Formulierungslawinen seinen glorreichen Untergang in die Unrichtigkeit seiner geographischen Einteilung ein, deren Begründungszusammenhang unerfindlich bleibt. Da wird zum einen Rhodesien schlicht zur "Kolonie" wie Angola und Mozambique erklärt, ein Standpunkt, den sich nur Formaljuristen zu eigen machen, denen es noch um die juristische Beilegung des "Unabhängigkeitsproblems" des weiß beherrschten Staates zu tun ist. Da regiert die katholische Mystik, wenn Madagaskar und Mauritius "glauben", der ökonomischen und politischen Kooperation mit der RSA nicht entgehen zu können statt daß hier – abgesehen von der relativen Unwichtigkeit dieser genannten Länder im Problemzusammenhang – dafür triftige "Dependenz"-Ursachen genannt werden; das " 'geographische Diktat' " hat der Analytiker von "Kontinuität und Wandel" wohlweislich selbst in Anführungsstriche gesetzt – andeutend, daß er sich selbst nichts rechtes darunter vorzustellen vermag. Umgekehrt sind wichtige Länder kommentarlos unterschlagen, wie z.B. Zambia.
Auf dieses Problem wird im weiteren Verlauf der Arbeit näher eingegangen.

56 Wenn auf Seite 25 zu Beginn seines 2. Kapitels von Tetzlaff die überraschende Neuigkeit verbreitet wird, "eindimensionale Erklärungen" seien passe, so begründet er damit nicht eine neue Theorie, sondern lediglich seine eigene Unkenntnis der Analyse Lenins und ihrer marxistischen Weiterentwicklung, eine Eigenschaft, die er wie manche andere mit Herrn Wehler teilt. Wehler z.B. unterstellt Lenin die Behauptung "Imperialismus ... schlechthin mit Kapitalexport gleichzusetzen" – wofür er natürlich die Stellenangabe unterschlägt (Wehler S. 20). So werden in "klassisch" bürgerlicher Manier Marxisten Behauptungen unterstellt und diese dann vehement attackiert, um schließlich "mühelos" über den "wiederlegten" "monokausalen usw." Marxismus–Leninismus triumphieren zu können. Einschlägiges zu derlei "Methoden" ist bereits in Cervantes' "Der sinnreiche Junker Don Quijote de la Mancha" nachzulesen. (dt. seit 1799). Vgl. Hierzu auch Anm. 4).

Ähnlich ergeht es ihm mit dem beiläufig und unerläutert eingestreuten Begriff "Nebenmetropole Südafrika" /37/. Dieser muß solange unverbunden und sogar in widersprüchlicher Eigengewichtigkeit bleiben, als nicht begründet wird, welches die sozialökonomischen Grundlagen sowohl für die Charakterisierung der Rolle der RSA sind als auch für die Form der Beziehungen, in der die übrigen hier zu betrachtenden Staaten und Kolonien zu ihr sowie den imperialistischen Hauptmächten existieren.

Ungeachtet aller Inter- und sonstwelcher Dependenzen und von diesen betroffenen "Ebenen" /37/ wurde von uns bereits herausgestellt die zentrale Rolle des Monopols als gesellschaftliche und ökonomische Kategorie (vgl. S. 3 f.). Derlei hat nichts mit "eindimensionalen Erklärungen" /25/ und ähnlichem zu tun, sondern eröffnet gerade erst den Zugang zur Komplexität, vor allem aber inneren Dialektik der zu betrachtenden Phänomene (56).

Stellt man nun das Monopolkapital in den Mittelpunkt der Charakterisierung der kapitalistischen Länder, so lassen sich schematisch zwei bzw. drei Typen von internationalen Beziehungen zwischen den Staaten der Welt kennzeichnen: Zum ersten Beziehungen zwischen Staaten im monopolistischen Stadium des Kapitalismus, also der imperialistischen Ländern wie USA, Japan, BRD, Großbritannien und Frankreich, unter welchen die Stellung der USA noch eine über alle anderen dominierende besondere Qualität; erst mit der Konsolidierung der EWG und des japanischen Imperialismus auf der einen, der Schwächung der USA durch Vietnamkrieg und – eng damit verbunden – zeitweise extreme Verwertungsschwierigkeiten reduzierte sich dieser Vorsprung.

Zum zweiten Beziehungen zwischen diesen imperialistischen Staaten und den Ländern der sog. "Dritten Welt", also Beziehungen neokolonialistischen Charakters.

Schließlich aber, als für eine Spezifizierung wesentliche Form von Beziehungen, diejenigen zwischen den imperialistischen Ländern auf der einen und den sozialistischen auf der anderen Seite.

Eine nähere Kennzeichnung ergibt als wesentliches Merkmal der Beziehungen zwischen imperialistischen Ländern einen Dualismus von Kooperation und Konkurrenz, wobei letztere zeitweilig von dem Zwang zur Kooperation aufgrund der Systemkonkurrenz und der gemeinsamen Strategie gegen die eigene Arbeiterbewegung und die Befreiungsbewegungen zurückgedrängt ist. Daß daneben der internationale Konkurrenzkampf in voller Stärke, allein unter Ausschaltung militärischer Machtmittel, weiterexistiert, bedarf hier keiner Ausführungen, denn "die Monopole (beseitigen) die Konkurrenz nicht, sondern sie stellen sie auf höherer Stufe wieder her, und zwar als Konkurrenz innerhalb und zwischen den Monopolen im nationalen und internationalen Maßstab" (57), und "unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflußsphären ... eine andere Grundlage als die *Stärke* der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, *nicht* denkbar. Die Stärke der Beteiligten aber ändert sich ungleichmäßig, denn eine *gleichmäßige* Entwicklung der einzelnen Unternehmungen, Trusts, Industriezweige und Länder kann es unter dem Kapitalismus nicht geben" (58).

Dieses von Lenin entwickelte Gesetz der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung im Kapitalismus liefert die Erklärung für den Stellenwert der RSA im imperialistischen System; hierauf wird noch zurückzukommen sein.

Beziehungen neokolonialistischen Charakters kennzeichnet daher neben der allgemeinen Tatsache der Ausbeutung der unterentwickelten Länder durch die imperialistischen Mächte gleichzeitig eine diesbezügliche Konkurrenz zwischen den genannten Hauptmächten sowie zwischen nationalen und internationalen Kapitalgruppen, die unter bestimmten Bedingungen freilich ebenfalls gegenüber einer Kooperation zurückstehen können (59).

Der Hauptwiderspruch der gegenwärtigen Epoche zwischen Sozialismus und Imperialismus verleiht innerhalb dieser Auseinandersetzung einigen kapitalistischen Ländern eine Sonderstellung, die sich insbesondere auf strategische Merkmale gründet. Bestes Beispiel hierfür ist die forcierte Remilitarisierung und der von den USA geförderte wirtschaftliche Wiederaufbau der BRD nach dem Kriege. Die durch den Kriegsverlust erzwungene relative Rückständigkeit der Westzonen wandelte sich rasch in eine Überlegenheit sogar gegenüber einigen der Siegermächte. Gleichwohl blieb es der BRD-Propaganda vorbehalten, angesichts wachsender US-Kapitalanlagen in Westeuropa und zumal der BRD sowie der gewaltigen Überlegenheit der USA im imperialistischen Lager von einer quasi-kolonialen Situation der BRD zu reden (60). Die vor allem durch den Vietnamkrieg hervorgerufene Schwächung der Position der USA jedoch kam den anderen imperialistischen Mächten zugute; sie vermochten rasch Rückstände zu verringern, so Japan und die EWG-Hauptmächte BRD und Frankreich. Handelt es sich jedoch hier bereits um eine nur relative Lageverbesserung gegenüber den USA, so stellt sich für einige andere kapitalistische Staaten die Entwicklung noch weniger aussichtsreich dar. Die BRD und Japan vermochten bei ihrem Aufholprozeß auf hinreichende Ressourcen zurückzugreifen und besaßen als Ausgangspunkt bereits ein hohes Niveau der Produktivkraftentwicklung. Andere kapitalistische Länder hingegen, die in den letzten Jahren ebenfalls die Stufe des monopolistischen Kapitalismus erreicht haben oder an ihr stehen, vermögen aufgrund des ihnen zur Verfügung stehenden Potentials den in Jahrzehnten herausgebildeten Vorsprung der imperialistischen Hauptmächte nicht mehr aufzuholen; sie sind überdies ihrerseits neokolonialer Ausbeutung unterworfen und in ihrer Existenz weitgehend von der Unterstützung der Hauptmächte abhängig.

Die Republik Südafrika stellt das beste Beispiel für eine derartige Entwicklungsstufe dar. Wie im einzelnen noch belegt werden wird, ist sie einerseits Ausbeutungsobjekt imperialistischer Kapitalgruppen, d.h., sie war und ist es sowohl in traditioneller Hinsicht als auch aufgrund immer neu hinzuströmenden Kapitals. Sie ist andererseits Subjekt neokolonialer Beziehungen insofern, als ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung verstärkten Waren- und bereits Kapitalexport notwendig macht, der sie zum Konkurrenten werden läßt für eben jene imperialistischen Hauptmächte, wenn auch vorerst primär in regionalem Maßstab. Die RSA nimmt damit eine Zwischenstellung ein zwischen der Ebene von Beziehungen imperialistischer Mächte untereinander und derjenigen von Beziehungen zwischen imperialistischen Mächten und ausgebeuteten Ländern, letzteres in zweifacher Hinsicht, als Subjekt wie als Objekt. Hinzu tritt eine weitere Überlegung. Die relative Eigenständigkeit und Stärke der RSA im afrikanischen Raum verleihen ihr im Rahmen der Systemauseinandersetzung, in der für sie prinzipiell dieselben Gesetze gelten wie für etwa die BRD, eine besondere Rolle als Bastion gegenüber den die Interessen des Kapitals im südafrikanischen Raum bedrohenden Befreiungsbewegungen und als potentielle "Stellvertreterkriege" führende Macht; letztere Entwicklung ist in der Auseinandersetzung um Angola und Mozambique abzusehen.

Diese Hauptmerkmale kennzeichnen den Begriff der "Nebenmetropole" u.E. hinlänglich und stellen ihn zugleich in den im ersten Teil erläuterten Zusammenhang (61). Damit ergibt sich, wie zu zeigen wird, auch für das Problem eine Lösung, welche Länder im südlichen Afrika hier zu berücksichtigen sind.

b) Die RSA als Ausbeutungsobjekt

Was bei den meisten afrikanischen Staaten sofort ersichtlich ist, erscheint im Falle der RSA nur in verdeckter Form – Ausbeutung durch ausländische Monopolkonzerne. Sie basiert zum einen auf der traditionellen Stellung vor allem englischen Bergbaukapitals, zum anderen auf der zunehmenden Präsenz von Konzernen der Produktions- und Konsumgüterindustrie aus verschiedenen imperialistischen Ländern; schließlich auf der eigentümlichen Struktur der südafrikanischen Wirtschaft. Freilich bedeutet der Ausdruck "Ausbeutung der RSA" eine Verschleierung, wie auch die Verwendung des Begriffes "Imperialismus der RSA" vorerst näher erläutert werden muß:
Ausbeutungsobjekt sind in jedem Falle die rechtlosen Massen farbiger Einwohner des Apartheidstaates, deren extrem niedriges Lohnniveau der einheimischen wie der ausländischen Bourgeoisie zu den bekannt hohen Profiten verhilft, abgesichert durch eine

57 Heininger/Hess, S. 177.
58 Lenin, IMPERIALISMUS, S. 300 (Hervorhebungen im Text).
59 Vgl. hierzu die Darstellung Nkrumahs über die Verflechtungen internationaler Kapitalgruppen in Afrika; in: Kwame Nkrumah: NEO-COLONIALISM – THE LAST STAGE OF IMPERIALISM, London 1965 u. 1971.
60 So wurde noch 1968 der damalige CDU-Wissenschaftsminister Stoltenberg in einem SPIEGEL-Interview mit der Frage konfrontiert: "... Franz Josef Strauß hat schon vor zwei Jahren erklärt, wir würden gegenüber den USA bald nur noch Heloten sein, ... Sind wir tatsächlich Heloten der Amerikaner? ", in DER SPIEGEL Nr. 45/1968, S. 56.
61 Anstelle eines unscharfen und überdies problematischen Begriffes wie "Sub-Imperialismus" beließen wir es bei der einmaligen Verwendung dieses Ausdruckes. Im folgenden wird die RSA gegebenenfalls als imperialistisches Land apostrophiert.

Vielzahl außerökonomischer Herrschaftsinstrumente; daß nichtsdestoweniger die weiße Arbeiterklasse sich in einem Ausbeutungsverhältnis befindet, sei hier betont: Ihre durch Extraprofite begünstigte soziale Lage verschleiert lediglich diese Tatsache (und bringt Beobachter der südafrikanischen Situation zu Einschätzungen, welche die Rolle von Teilen der weißen Arbeiterklasse völlig negieren bzw. zu Aportophierungen aller Weißen als 'eine reaktionäre Masse'). Indessen war es die elende soziale Lage weißen Proletariats, die zur Verschärfung der rassistischen Unterdrückung führte. Umgekehrt stellt also die südafrikanische Bourgeoisie diejenige Klasse dar, die als Herrscher mächtiger Konzerngruppen zur Unterdrückung und Ausbeutung der umliegenden Länder beiträgt. Daß sie, obwohl herrschende Klasse in ihrem Land, zugleich in mehrfacher Hinsicht existenziell abhängig ist von der Unterstützung der imperialistischen Mächte, kennzeichnet wieder die Eigentümlichkeit der RSA im imperialistischen Block.

1. Die RSA gehört zu den rohstoffreichsten Ländern der Welt. Namentlich auf ihrem Gold- und Diamantenreichtum gründete sich frühzeitig eine mächtige Minenindustrie, die von englischem Kapital beherrscht war und zu wesentlichen Teilen noch heute ist (62). Heute sind weitere wichtige Rohstoffe hinzugekommen, zu deren Hauptproduzenten die RSA zählt, wie Antimon, Chrom, Mangan, Platin, Uran und Vanadium (nimmt man das annektierte Namibia hinzu, verbessert sich diese Stellung noch) (63).

Bereits an dieser Stelle wird deutlich, daß auch die RSA neokolonialer Ausbeutung unterliegt. Denn auch für sie gilt das Preisdiktat der ausländischen Monopole im Bereich der Primärgüterproduktion. Sichtbarer Ausdruck dafür sind die sich langfristig und allgemein – bei kurzzeitiger Gegenbewegung in einzelnen Produktengruppen – verschlechternden terms of trade bei agrarischen und mineralischen Rohstoffen. Der nichtäquivalente Tausch, ein spezifisches Merkmal des Neokolonialismus, dem auch die RSA unterliegt, ist nur möglich durch die Diktatur der Monopole auf dem Weltmarkt. Sie setzen die Preise für Enderzeugnisse künstlich hoch und halten die für Primärerzeugnisse nieder (64). Der anhaltende Preisverfall für Rohstoffe (65), mit Ausnahme gegenwärtig der Goldpreise, führt

62 Vgl. hierzu die Darstellung, die NS-Autoren von der Entwicklung der südafrikanischen Wirtschaft gaben, so: Erwin Barth v. Wehrenalp (Hrsg.): EUROPA BLICKT NACH AFRIKA, Leipzig-Berlin o.J. (1939). Zur Rolle britischen Kapitals vgl. die UN-Studie LES INVESTISSEMENTS ETRANGERS EN REPUBLIQUE SUD-AFRICAINE, New York 1971, hier: S. 7.

63 Vgl. die Daten in FISCHER-WELTALMANACH '72 (hrsgg. v. Gustav Fochler-Hauke), Frankfurt 1971, hier: S. 298-311.

64 Eine mögliche Gegenstrategie von seiten der Entwicklungsländer kann in der Schaffung internationaler Rohstoffabkommen liegen. In ihren Auswirkungen sind diese zwar nicht unproblematisch (Vgl. W. Theess: KAPITALISTISCHE ROHSTOFF-MÄRKTE – INTERNATIONALE ROHSTOFFABKOMMEN, Berlin (DDR) 1967) aber können kurzfristig zu einer Verbesserung der Situation führen.
Außer für Zinn existieren aber bei den mineralischen Rohstoffen keine solchen Abkommen. Auch auf der letzten UNCTAD-Konferenz wurde dieses Problem erfolglos zur Sprache gebracht. (Vgl. D. Boris/P. Dietzl: "UNCTAD", in: ANTIIMPERIALISTISCHES INFORMATIONSBULLETIN (AIB), Marburg Nr. 6/1972.

65 So erwähnt der Geschäftsbericht 1969/70 der Frankfurter Metallgesellschaft AG über "die weltweite Preistendenz (:) Sie fand bei den börsenmäßig gehandelten Metallen ihren Ausdruck in einem entsprechenden Kursrückgang, bei Metallen mit anderer Preisbasis in einem Unterschreiten der unverändert gebliebenen offiziellen Preise. In den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres (1971, d. Verf.) hielt die Schwächeneigung der NE-Metallpreise an" (zit. nach: Metallgesellschaft AG: BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 1969/70, S. 10).

zu einer Verschlechterung der Handels- und Devisenbilanz – ein Phänomen, daß sich die RSA mit den Entwicklungsländern teilt – und verringert so die Möglichkeiten der erweiterten Reproduktion, da die dafür notwendigen Investitionsgüter nicht in ausreichendem Maß importiert werden können. Bereits heute vermag die RSA ihr eigenes Handelsbilanzdefizit nur mehr teilweise durch die hohen Gold- und Platinexporte auszugleichen; die Ressourcen an Diamanten und Gold gelten überdies als im Verlaufe der achtziger Jahre vermutlich erschöpft (66).

Eine weitere Überlegung läßt zusätzlich erkennen, wie labil eine auf Rohstoffexporten basierende Ökonomie ist: Zwar enthält die Analyse der Rohstoffabhängigkeit der imperialistischen Länder von den EL – und auch Ländern wie der RSA – einen richtigen Kern, zugleich läßt sich aber aus dem Charakter des Monopols schließen, daß es zugunsten einer besseren Möglichkeit zur Erhöhung der Profitmasse mittels der Exploitation von Rohstoffen in EL die Entwicklung diese ersetzender moderner Werkstoffe vernachlässigt. Anders ausgedrückt: Das Engagement der Monopolkonzerne in der internationalen Rohstoffausbeutung entspringt vermutlich in geringerem Maße als angenommen einer absoluten Abhängigkeit, sondern zu einem beträchtlichen Teil der Motivation, daß durch Aufrechterhaltung der Rohstoffextraktion sich Höchstprofite erzielen lassen (67). Dies würde damit übereinstimmen, daß internationale Rohstoffkartelle Preisdiktate ausüben, und zwar sowohl hinsichtlich der zum Verkauf gezwungenen EL als auch der abnehmenden Industrien. Daß die hieraus resultierende ökonomische Rivalität von EL mit demselben "Angebot" nicht überwunden wird, gehört mithin aus ökonomischen Gründen zu den taktischen Hauptzielen des Imperialismus (68).

Die traditionelle Rolle der RSA als Rohstofflieferant, die lange fast ausschließlich ihre Wirtschaftsstruktur bestimmte, verweist sie auf die Objektstufe neokolonialer Beziehungen. Trotz gewachsener Bedeutung der Industrieproduktion in den vergangenen Jahren – heute macht sie runde 23 Prozent des BSP aus, während der früher dominierende Bergbau auf 10 Prozent gesunken ist (69) – schlägt sich der Rückstand der südafrikanischen Industrie gegenüber den imperialistischen Hauptländern nach wie vor in den Handels-

66 Vgl. hierzu: Brian Bunting: THE RISE OF THE SOUTH AFRICAN REICH, Harmondsworth 1969, S. 428 ff.

67 Vgl. hierzu die Ausführungen von Magdoff in: DAS ZEITALTER DES IMPERIALISMUS, Frankfurt 1969; vgl. auch die Erläuterungen von Bernd Schüngel "Zur Frage der Abhängigkeit der kapitalistischen Industrieländer von den Rohstoffen der Dritten Welt", in: DAS ARGUMENT Nr. 51 (1969), S. 68-94, u. Nr. 53 (1969), S. 275-314; zu letzterem Problem vor allem: S. 282ff.

68 Zum parasitären Charakter des Monopols vgl. Heininger/Hess, S. 107ff. Die allein aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen resultierenden Differenzen zwischen den EL können nicht zur alleinigen Ursache dafür gemacht werden, daß nicht etwa eine Anzahl von Ländern, die über die Hauptressourcen bestimmter Rohstoffe verfügen, eine gegen die internationalen Konzerne gerichtetes Kartell zu bilden und günstigere Abnehmerpreise zu erzwingen, wie das Beispiel der Öl-Produzierenden und -exportierenden Länder (Opec) beweist. Zur Drohung mit Entzug der sog. Entwicklungshilfe (eher noch der sofortigen Rückforderung der durch die entstandenen Schulden) kommt z.B. in Afrika die Forcierung von Stammes- und Grenzkonflikten, wie die Beispiele Biafras und des ehemals belgischen Kongo hinlänglich demonstrieren, um eventuelle Solidarität der ausgebeuteten Nationen im Keim zu verhindern. Vgl. zu diesem Problem auch: John Chikwe: "Afrika – Einheit und Abgrenzung", in: PROBLEME DES FRIEDENS UND DES SOZIALISMUS, Nr. 1/1972, S. 77ff.

69 Nach: JOURNAL SÜDAFRIKA (hrsgg. v. d. Südafr. Botschaft, Köln) Nr. 3/1971, S. 10.

bilanzen nieder. Binnen 20 Jahren stiegen zwar die Exporte gegenüber den Importen kontinuierlich, vergrößerten sich jedoch insgesamt nur gering:

Exporte und Importe der RSA im Verhältnis zum Wert des BIP, 1947-1967: (in Prozent)

	1947	1957	1961	1962	1963	1965	1966	1967
I:	30.9	23.8	18.2	17.4	19.5	22.6	19.1	20.5
E:	20.9	28.5	26.8	26.4	25.6	22.8	22.4	21.6

(Exporte einschließlich Gold. Quelle: South African Bull. of Statistics, in: UN-Dokumentation, a.a.O., Tabelle B 1, S. 45).

Hieraus ergibt sich zum einen eine Verlangsamung und sogar relative Verschlechterung des Exportwachstums, die auf forcierte Einfuhr teurer Investitionsgüter zurückzuführen ist (70). Die notwendige Einfuhr teurer Investitions- und Konsumgüter aus den imperialistischen Hauptländern erzeugt für die RSA ein permanentes Handelsbilanzdefizit. Der Aufbau einer eigenen leistungsfähigen Industrie erfordert den Import großer Mengen von Maschinen modernster Technologie, welche die RSA selbst noch nicht zu produzieren imstande ist. Dieser Importstruktur steht jedoch eine wesentlich ungünstigere Exportstruktur gegenüber. Nach dem Stadium der Verarbeitung entfielen von den *Importen* auf

	1957		1966	
	R. (Mio.)	%	R. (Mio.)	%
Rohstoffe	99.6	9.1	218.8	13.4
Verarbeitete u. Fertigprodukte	767.0	69.8	1 096.1	66.8
Verkaufsfertige Produkte	231.4	21.1	299.2	18.2

Von den *Exporten* hingegen entfielen auf

	1957		1966	
	R. (Mio.)	%	R. (Mio.)	%
Rohstoffe	397.0	49.6	557.6	46.2
Verarbeitete u. Fertigprodukte	365.2	45.6	598.7	49.8
Verkaufsfertige Produkte	38.5	4.8	33.1	2.8

(Quelle: South African Bull. of Statistics, 1968, in: UN-Dokumentation, a.a.O., Tabelle B 5, S. 49).

Der augenfällige Unterschied zwischen dem anteilsmäßig immer noch zwei Drittel aller Importe ausmachenden Posten verarbeiteter und Fertigprodukte, darunter also Investitionsgüter (mit einem Wert von über 1 Milliarde Rand), zum knapp die Hälfte der Exporte ausmachenden südafrikanischen Anteil derartiger Produkte (mit rund 600 Mio. Rand

70 Die zitierte UN-Dokumentation verzeichnet stark anwachsende Importe in den Jahren von 1965 bis 1968 vor allem bei Mineralöl usw., Chemieprodukten, insbesondere aber Maschinen- und Transportausrüstungen, des weiteren bei nicht näher spezifizierten Fertigwaren (a.a.O., Table B 8, S. 52). Bemerkenswert ist, daß die RSA zunehmend von Rohstoffimporten abhängig wird; sie machten 1966 bereits 13% der Importe aus gegenüber 9% 1957 (ebda., S. 39).

Wert) schlägt sich in den Handelsbilanzen nieder. Sie schlossen von 1959 bis 1971 nie ohne Defizite ab (71). Vor allem im Handelsverkehr mit den USA und der BRD beliefen sich die negativen Spannen auf hunderte Millionen Rand jährlich; dagegen verlief der Handelsverkehr mit Japan z.B. 1968 noch mit einem Überschuß der RSA. Allein die BRD sammelte in den Jahren von 1960 bis 1970 ein Saldo von rund 3.6 Mrdn. DM zu ihren Gunsten an (72).

Aus den Handelsbeziehungen mit den imperialistischen Hauptländern ergibt sich einerseits ein Austauschverhältnis analog demjenigen zwischen EL und imperialistischen Ländern; andererseits bemerkte bereits der zitierte UNO-Report, daß die Stundung der auflaufenden Defizite der RSA eine direkte Unterstützung der Apartheid-Republik darstellt, deren Ökonomie ansonsten von verheerendem Kapitalabzug betroffen wäre (73).

2. Ein weiterer Aspekt der ökonomischen Situation der RSA ist die Höhe der ausländischen Kapitalanlagen. Sie stellt sich als Problem in zweierlei Hinsicht dar: Erstens aufgrund der "Eingleisigkeit" dieser Investitionstätigkeit; während die dem US-amerikanischen Kapitalstrom ausgesetzten Länder Westeuropas (BRD, Frankreich, Großbritannien) wie selbst Kanada parallel zu ihrem wachsenden Einfluß innerhalb des imperialistischen Lagers (der ja ein Ausdruck der Entwickeltheit ihrer Ökonomie ist) zum Kapitalexport in die anderen imperialistischen Ländern übergehen konnten (zum Unterschied vom Kapitalexport in EL usw.), vollzieht sich die Investitionstätigkeit des südafrikanischen Kapitals im wesentlichen nur in Richtung auf afrikanische Länder, nicht jedoch in die "Metropolen". Relativ hohe Anlagen in England z.B. sind eher auf die Kapitalkonstruktion einiger südafrikanischen Konzerne wie der Anglo American Group – DeBeers – Charter Consolidated zurückzuführen. Die herrschende burische Bourgeoisie der RSA ist entsprechend bemüht, den totalen Einfluß ausländischen Kapitals durch sog. "Joint ventures" (Gründungen mit paritätischer Aktienbeteiligung zwischen RSA-Kapital und Auslandsinvestor) unter Kontrolle zu bringen (bei westdeutschen Firmen mit auch von diesen angesichts der Verwertungsbedingungen als taktisch verbuchtem Erfolg). Hierin liegt das zweite Problem: Die Industrie der RSA unterliegt zu großen Teilen, in manchen Sektoren noch fast völlig, der deren Profitinteressen folgenden Verfügung ausländischer Kapitalgruppen.

Dies geht deutlich aus dem Umfang ausländischer Investitionen hervor. Er betrug 1968 etwa 28 bis 29 Mrdn. DM, wovon britisches Kapital mit immer noch über 50 % den größten Anteil ausmachte. War britisches Kapital traditionell in Südafrika ansässig – noch 1960 betrug es 63,6 % des gesamten Auslandskapitals, wovon ein Drittel extraktiv ange-

71 Vgl. hierzu: UN-DOKUMENTATION, a.a.O., S. 46; JOURNAL SÜDAFRIKA, Nr. 2/1972, S. 11. Nach einem Bericht des Organs der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft, der "Afrika Post", sah man in der RSA freilich 1970 noch keine Probleme hinsichtlich eines Ausgleichs der defizitären Handelsbilanz durch Goldverkäufe; lediglich für den Fall einer nachlassenden Goldproduktion sieht man Probleme. (Inwieweit die gegenwärtige Gold-Hausse auf den Währungsmärkten der RSA-Handelsbilanz eine bessere Kosmetik zu verleihen imstande ist, kann hier vorerst nicht beurteilt werden). Nach: AFRIKA POST, Nr. 3-4/1970, S. 20.

72 Nach: STATISTISCHES JAHRBUCH der BRD 1971. Wiesbaden 1971, Auslandsteil. S. 301/2.

73 Vgl. Hierzu UN-DOKUMENTATION, S. 44. Die Studie kommentiert: "Südafrika erscheint daher besonders empfindlich gegenüber ökonomischem Druck seitens anderer Länder zu sein" (ebda.). Kennedy sah das bekanntlich als illusorisch an (vgl. Anm. 27).

legt war –, so floß unter einer großzügigen Transfer-Regelung für Gewinne und mit Hilfe einer umfangreichen Propaganda seit Beginn der sechziger Jahre zunehmend amerikanisches und seit der Rezession 1966/67 auch westdeutsches Kapital in die Republik; entsprechend dem strukturellen Wandel in der südafrikanischen Wirtschaft und den neuen Profitchancen wurde es vornehmlich im weiterverarbeitenden Sektor angelegt (75).

Ohne auf die zahlreichen gebotenen Vorteile für Auslandsanleger einzugehen, lassen sie sich nahezu alle auf die sozialökonomische Lage der Farbigen des Landes zurückführen, deren Ausbeutung nicht nur den inländischen Monopolisten, sondern auch den ausländischen Höchstprofite garantiert (76). Die extreme Ausbeutung der afrikanischen Bevölkerung ist damit in zweierlei Hinsicht Grundlage der weißen Minderheitsherrschaft. Sie ist es einmal unmittelbar ökonomisch durch die Mehrwertaneignung der herrschenden Klasse, zum anderen aber stellt der Grad der Ausbeutung den notwendigen Anreiz für ausländisches Kapital dar, das für die Errichtung von Industrien mit modernster Technologie benötigt wird, in denen wiederum afrikanische Arbeitskräfte ausgebeutet werden. Der südafrikanische Rassismus ist damit überhaupt erst Grundlage der erweiterten Reproduktion des Kapitals in der RSA. Hinzu tritt ein weiterer Effekt: Durch die Kapitalinteressen in der RSA ist auch das politisch-militärische Interesse des monopolistischen Staates an die Aufrechterhaltung des rassistischen Systems gebunden (77). Dadurch tritt aber zugleich deutlich die existenzielle Abhängigkeit der südafrikanischen Herrscherklasse von ausländischer Unterstützung hervor, sowohl was die ökonomischen und sozialen Bedingungen ihrer Herrschaft betrifft, als auch die außerökonomischen Herrschaftssicherungsmechanismen.

Auf der gemeinsamen Grundlage der Ausbeutung der farbigen Arbeitskraft zumal lassen sich drei Bereiche der südafrikanischen Wirtschaft unterschieden: Zum ersten

---

75 Ebda., S. 7; vgl. auch Anm. 72 bis 74. Eine Broschüre der südafrikanischen Standard Bank Group wirbt z.B. mit der freien Transferierbarkeit von Gewinnen: A GUIDE TO BUSINESS EXPANSION IN SOUTH AFRICA, S. 12. Die forcierte Industrialisierung der RSA seit etwa 1930 durch staatskapitalistische Maßnahmen (kongruent mit der polit. Herrschaft der burischen Bourgeoisie) schuf durch Errichtung von Stahl-, Energie- und einige andere Grundstoffindustrien hierfür günstige Voraussetzungen.

76 So liegen die Südafrika-Profite britischer Gesellschaften um etwa 50% höher als der Gesamtdurchschnitt aller Auslandsprofite britischer Konzerne, nämlich bei (1965) 12.1% gegenüber einem Durchschnitt von 8,4%. Nach: LES INVESTISSEMENTS..., S. 28.

77 Ein Musterbeispiel derartiger Argumentation sind die Ausführungen George W. Balls, des ehemaligen Unterstaatssekretärs im State Department und Chefberaters unter Kennedy: "...Großbritannien hat in Südafrika Investitionen in Höhe von 2.8 Milliarden Dollar, aus denen es ansehnliche Dividende bekommt.... Dies sind die Realitäten der relativen Machtstellung Südafrikas, aber sie berühren nicht den Kern des Problems. Es wird Zeit, daß wir uns ruhig fragen: Selbst wenn eine mehrrassige Gesellschaft errichtet werden könnte ... läge das wirklich in unserem oder irgendeines anderen Landes Interesse? " (George W. Ball: DISZIPLIN DER MACHT – VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE NEUE WELTORDNUNG, Frankfurt 1968, S. 269). Die britische "Financial Times" präzisierte: "Die Verflechtung ausländischen Kapitals ... (dürfte) seine Wirkung auf die Haltung der ausländischen Regierungen gegenüber den nationalistischen Revolten nicht verfehlen". (Zit. nach: STELLUNGNAHME der Vereinigung deutscher Wissenschaftler zum Cabora-Bassa-Projekt", Sonderbeilage zu AFRIKA HEUTE, Nr. 3/1970, S. 6).

das vornehmlich britisch beherrschte Bergbaukapital (allerdings befindet sich das Kapital des größten afrikanischen Trusts, der Anglo-American-Group, zu 60 Prozent in südafrikanischer Hand (78); des weiteren ein starker staatskapitalistischer Sektor vor allem der Energie- und Stahlindustrie, in dem der Herrschaftsanspruch der burischen Bevölkerungsgruppe ökonomisch seinen Ausdruck findet; schließlich der Bereich der internationalen Kapitalanleger, die sich insbesondere in der weiterverarbeitenden Industrie engagiert haben, darunter führend zwar auch Großbritannien, aber dicht gefolgt von den USA, der BRD sowie in wachsendem Maße Japan.

Die RSA bietet das Bild eines Staates, in dem nahezu sämtliche Konzerne von internationaler Bedeutung vertreten sind. Daneben aber etablieren sich auch zahlreiche kleinere Firmen, nicht zuletzt aus der BRD, angelockt von den hohen Profiten.

Insbesondere das Ausmaß westdeutscher Beteiligungen soll im folgenden anhand einiger Beispiele verdeutlicht werden. Daß deutsches Kapital im gesamten südafrikanischen Raum auf eine ertragreiche Vergangenheit zurückblicken kann, sie hier nur am Rande vermerkt (79).

Westdeutsche Investoren gelten der herrschenden Klasse in der RSA als besonders willkommen (80). Neben traditionellen Gemeinsamkeiten wie enger Affinität an den Nationalsozialismus (81) und bis in "Kaisers Zeiten" (82) sind hierfür bestimmend der Versuch der südafrikanischen Bourgeoisie, sich sowohl von der Vormacht des englischen

---

78 Diese Angabe ist entnommen dem ANNUAL REPORT 1971 der Anglo American Corp. of S. A. Ltd., Johannesburg. Als Daseinszweck der Gesellschaft definierte ihr erster Präsident, Sir Ernest Oppenheimer, diesem Geschäftsbericht zufolge, Profite für ihre Anteileigner so zu erwirtschaften, daß es "beiträgt, in den Ländern, in denen sie tätig ist, zu einem echten und dauerhaften Wohlergehen"; der heutige Präsident, Harry Oppenheimer, weiß dem hinzuzufügen, man habe "großes Vertrauen nicht nur in die materiellen Grundlagen, sondern auch in das Menschenpotential des Kontinents" (ebda., S. 3). Die Realität trifft folgende Beschreigung besser: "Paradies für Hunderte, Fegefeuer für Tausende, Hölle für Millionen – diese zwei Konzerne (Oppenheimers, d. Verf.) beherrschen das Wirtschaftsleben ganz Afrikas südlich der Sahara" (zit. nach Oglesby/Shaull, S. 126).

79 Vgl. hierzu die Studie des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees der DDR, Berlin: DER NEOKOLONIALISMUS DER WESTDEUTSCHEN BUNDESREPUBLIK, Berlin 1965, hier: S. 154; vgl. auch: Eberhard Czaya: ACHSE ZUM KAP, Berlin (DDR) 1964, S. 41ff; EUROPA BLICKT NACH AFRIKA, a.a.O., S. 286ff; Zum Problem der ideologischen Verbindungen und politischen Kontakte während der NS-Zeit zumal gibt die Studie von Horst Kühne: FASCHISTISCHE KOLONIAL-IDEOLOGIE UND ZWEITER WELTKRIEG, Berlin (DDR) 1962, einen Überblick.

80 Exemplarisch für eine nahezu enthusiastische Aufnahme westdeutscher Investitionsbereitschaft mag die Äußerung des südafrikanischen Handelsministers Haak stehen, der 1969 wie weiland Schillers Wallenstein deklamierte: "Endlich kommen die Deutschen! Sie kommen spät, aber sie kommen" (CHRIST UND WELT – DEUTSCHE ZEITUNG, v. 25.4.1969).

81 Neben der Studie von Kühne (s. Anm. 79) stellt hierzu die Darstellung Brian Buntings (a.a.O.) die beste ökonomisch und historisch begründende Arbeit dar.

82 Berühmt-berüchtigt wurde hier die sog. "Krüger-Depesche" Wilhelms II., mit der er dem burischen Freistaats-Präsidenten Krüger zur Abwehr des von Agenten des C. Rhodes inszenierten sog. "Jameson-Raid", einem Putsch gegen die burische Regierung, am 3.1.1896 gratulierte. In den folgenden Auseinandersetzungen zwischen England und den Burenrepubliken kam "der deutschen Industrie die pro-

Kapitals zu lösen als auch eine Übermacht des US-Kapitals an dessen Stelle zu verhindern, da sich die US-Konzerne durch die Eigenschaft auszeichnen, ungern Beteiligungsgesellschaften zu gründen und überdies Gewinne meist vollständig zu retransferieren, so daß der RSA für ihre erweiterte Reproduktion benötigstes Kapital verloren geht. Dem westdeutschen Kapital wiederum kommen die extrem günstigen Verwertungsbedingungen entgegen.

In der RSA sind inzwischen weit über 300 Unternehmen aus der BRD vertreten, deren Anlagen einen Wert von mindestens 1 Milliarde DM repräsentieren dürften (83).

Es handelt sich dabei um renommierte Unternehmen wie die bundeseigene Salzgitter AG oder den Rheinstahl-AG-Konzern; an weiteren Firmen der Stahlbranche sind vertreten der Klöckner-AG-Konzern und unvermeidlicherweise auch die Friedr. Krupp Hüttenwerke AG, die August-Thyssen-Hütte AG, der Röhrenkonzern Mannesmann und die Hoesch AG. Die DEMAG kooperiert schon seit den dreißiger Jahren mit dem südafrikanischen Stahltrust ISCOR, der sich in Staatsbesitz befindet, und baut beispielsweise Krananlagen für eine Anzahl südafrikanischer Häfen ebenso wie für Verladekais in Angola und Mozambique; inzwischen ist ihre südafrikanische Dependance bereits zum Export u.a. nach Mexiko übergegangen.

Die Maschinenbaukonzerne Klöckner-Humboldt-Deutz, M.A.N. und Krauss-Maffei (Flick-Gruppe) haben sich entweder Beteiligungen gesichert (wie M.A.N.) oder eigene Tochtergesellschaften gegründet.

Der Volkswagen-AG-Konzern errang 1970 in der RSA gegen die Konkurrenz von British-Motor/Leyland, General Motors, Ford und einige andere internationale Automobilkonzerne einen Marktanteil von 14 Prozent. Über das Zwangsarbeitssystem, das der Firma 1968 und 1969 die exorbitante Dividende von 45 Prozent einbrachte, ließ sich Georg Eckert, bis 1971 Chef des südafrikanischen Ablegers, aus: "Das wirkt sich positiv aufs Geschäft aus: Man weiß, man hat seine Arbeitskräftezufuhr und bekommt soundsoviel aus bestimmten Gebieten", sowie: "Das alles hat doch nichts mit Moral zu tun, das ist

burische Haltung des Kaisers sehr gelegen. Sie münzte sich in Großbestellungen für die Rüstungsindustrie um". (zit. nach: Walter Bartel: DIE LINKEN IN DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE IM KAMPF GEGEN MILITARISMUS UND KRIEG, Berlin (DDR) 1958, S. 45). Vgl. hierzu auch: G.W.F. Hallgarten: IMPERIALISMUS VOR 1914, Bd. I, München 1963, hier: S. 322 ff.

83 Die Angaben über die Höhe der westdeutschen Anlagen differieren sehr stark. Dem dürfte zum einen zugrunde liegen, daß unterschiedlich vorgegangen wird bei der Einbeziehung etwa von Portfolio-Investitionen, zum anderen, daß etliche Beteiligungen nicht direkt nachweisbar sind, da sie bereits über ausländische Holdings oder Filialen vorgenommen wurden. Vgl. hierzu u.a.: Czaya, a.a.O., S. 92 ff; Brigitte Heinrich: DM-IMPERIALISMUS, Berlin 1971, S. 68 ff; Gerhard Reintanz: APARTHEID IN SÜDAFRIKA, Berlin (DDR), S. 16.
Als Quellen bzw. Dokumentation für die folgenden, nicht näher belegten Angaben wurden verwandt: B. Heinrich, a.a.O.; E. Czaya, a.a.O.; ders.: "BRD-Expansion zur Aneignung von Rohstoffquellen im Ausland", in: DWI-BERICHTE Nr. 10, Berlin (DDR) 1971, S. 30 ff; Barbara Schilling/Karl Unger: "Die Bundesrepublik und das südliche Afrika – ökonomische und militärische Aspekte des westdeutschen Neokolonialismus", in: DAS KURSBUCH Nr. 21, Berlin 1970, S. 139 ff; des weiteren die Geschäftsberichte der meisten im folgenden aufgeführten Unternehmen. Eine zusammenfassende Darstellung gibt die Arbeit von Jürgen Ostrowsky: PROBLEME DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN BRD UND RSA (Mag. Arbeit, maschinenschriftlich) Marburg 1972.

doch nur eine Frage des Geschäfts" (84). Ebenfalls positive Geschäftsentwicklungen vermeldete die Daimler-Benz-AG aus Südafrika: Die 1 600 Arbeiter in den zwei Werken erarbeiteten einen Umsatz von fast 300 Mio. DM im Geschäftsjahr 1970.

Die größten Unternehmen der Elektroindustrie, Siemens, AEG-Telefunken und Bosch sind ebenfalls vertreten, daneben natürlich auch die Nachfolgekonzerne der IG Farben, Hoechst, Bayer und BASF; letztere läßt ihre Produkte über eine südafrikanische Gruppe vertreiben. Für die westdeutschen Pharmaziekonzerne Boehringer und Schering produzieren Firmen der südafrikanischen Noristan-Gruppe als "Lohnhersteller".

Zweigwerke und Vertriebsgesellschaften unterhalten der Henkel-Waschmittelkonzern, das Reifenunternehmen Continental und der zur Quandt-Gruppe gehörende Varta-Konzern. In Rosslyn, einer Kleinstadt im Industrierevier der RSA, eröffnete 1965 der Geschäftsführer der Rosenthal-Porzellan-AG des SPD-Unternehmers Rosenthal ein Zweigwerk mit den Worten: "Bei der Firma Rosenthal in Bayern ... verdient ein Arbeiter in zwei Stunden das, was mancher Bantu in einer Woche verdient. Für uns ist das eine sehr große Einsparung. Auf diese Weise kommen wir zu sehr interessanten Preisen." (85).

Ein Konglomerat besonderer Art bildet die Verflechtung des Hamburger Zigaretten- und Brauereikonzerns Reemtsma mit der südafrikanischen Rembrandt-Rupert-Tobacco-Group, die vor kurzem die Bremer Brinkmann-Zigaretten übernahm: die Rembrandt-Rupert-Gruppe ist in der RSA Nachfolgerin des 1945 in Schwierigkeiten geratenen Reemtsma-Imperiums des SS-Finanziers und Deutsche-Bank-Großaktionärs Philipp Reemtsma.

Eine Vielzahl von weiteren Verflechtungen ist der größte Rohstoffkonzern der BRD, die Frankfurter Metallgesellschaft AG, eingegangen. Herrscherin über etliche südafrikanische Niederlassungen und selbst eng mit britischem Minenkapital (British Metal Corp.) verbunden, arbeiten ihre Tochterfirmen in den Bereichen der Kupfergewinnung, Aluminium-Silikat- und Chromerzförderung sowie anderen Bereichen. Außerdem kooperiert sie technologisch mit dem südafrikanischen Staatskonzern SASOL (Chemie und Kohleverflüssigung), sowie Unternehmen des Anglo-American-Trusts.

Neben diesen Großkonzernen haben sich zahlreiche mittlere und kleine Unternehmen in der RSA niedergelassen, darunter Firmen wie die Schweinfurter Kugellagerfabrik Kugelfischer, die Nixdorf Computer AG, Liebherr, Wagner-Pelikan oder die Arwa-Feinstrumpfwerke (die den Markt souverän beherrschen); nicht einmal "4711" und "Klosterfrau Melissengeist" fehlen.

84 Zit. nach DER SPIEGEL Nr. 43/1971, S. 169. Die Konsequenz, in der dieser VW-Manager die Maxime kapitalistischer "Geschäftstätigkeit" formulierte, wäre unserem Forscher Tetzlaff gleichfalls zu wünschen gewesen: Was nützt es, daß er mit dem Pathos desjenigen, der das Gesagte nach der nächsten Bedienung des Zeilenschalters zu vergessen imstande ist, bekundet, "nüchterne Bemühung um Erkenntnis" gegen "lediglich moralische Entrüstung und Empörung" setzen zu wollen, wenn er im Verlaufe seines Werkes folgenreich und häufig von der Moral erwischt wird? ! Da ist von "Mißbrauch" die Rede /28/ – als wenn es im portugiesischen Kolonialismus eine Alternative dazu gäbe; da versagt es ihm mehrfach nüchterne Deskription angesichts "brutaler" Formen von Unterdrückung /27/ oder "zynisch-faschistoider Argumentation" /31/. Vor allem aber gerät ihm die Ölausbeutung in Angola in eine Kategorie, die "extrem kriminell" ist /28/ – allerdings, es sei zugestanden, daß der Autor sehr wohl die "tendenzielle Gefahr" des Moralisierens erkannt hat /23/.

85 Zit. nach DER SPIEGEL Nr. 43/1971, S. 169; vgl. hierzu auch die Dokumentation: DAS BÜNDNIS BONN-PRETORIA, hrsgg. v. Afro-Asiat. Solidaritätskomitee d. DDR, Berlin 1967, S. 28.

Begleitet war die ständig wachsende Investitionstätigkeit westdeutscher Unternehmen von einem zunehmenden Engagement der BRD-Großbanken. 1959 eröffnete die Deutsche Bank den Reigen mit einer Wandeleanleihe an die Anglo-American-Corp., durch welche sie zum Aktionär dieses internationalen Trusts wurde (86); dem folgte 1962 ein 40 Millionen-Kredit an die Republik Südafrika, woraufhin die letzten nach Südafrikas Kriegseintritt beschlagnahmten deutschen Vermögenswerte an ihre westdeutschen Kapitaleigner zurückerstattet wurden. In der Folgezeit nahm das Anleihengeschäft mit der RSA und südafrikanischen Unternehmen einen Aufschwung, von dem vor allem die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank profitierten; alle drei Großbanken sind inzwischen mit Filialen in der RSA vertreten.

Was mithin den wesentlichen Charakterzug der westdeutschen Industrieansiedlung und Gründung von Zweigstellen von Kreditinstituten (wie auch von Versicherungen, z.B. Allianz und Gerling), Handels- sowie Speditionsunternehmen ausmacht, ist die horizontale und vertikale Intensität dieses Auslandsengagements: Angefangen von Finanzinstituten reicht es über Grundstoff- und Ausrüstungsindustrien bis zu Produktionsanlagen für Endfabrikate (z.B. VW) sowie Transportunternehmen wie Reedereien und Handelskontoren. Insofern als damit – auf der gemeinsamen Grundlage der Ausbeutung billiger Arbeitskraft – ein Zuliefer- und Verteilungssystem westdeutscher Firmen im Auslande geschaffen ist, das sich in großen Bereichen nicht von dem innerhalb der BRD unterscheidet (ausgenommen die technologische Stufe der Produktion in einigen Bereichen), werden die Profitchancen der angesiedelten Konzerne wie ihrer Zulieferer, die auf diese Weise der heimischen Konkurrenzsituation entgehen können, beträchtlich erhöht.

Festzuhalten gilt es, daß die RSA insofern den Status eines neokolonial ausgebeuteten Landes einnimmt, als ihre eigene ökonomische Entwicklung aufgrund der Außenwirtschaftsbeziehungen Hemmnissen begegnet, die sich in negativen Handelsbilanzen und hohem Kapitalabfluß äußern, der eine rasche Industrieentwicklung auf erweiterter Stufenleiter behindert, was aufgrund der Klassenverhältnisse explizit für den farbigen Bevölkerungsteil zutreffend ist, während die weiße Bourgeoisie Nutznießer, zugleich aber auch Abhängiger dieser Situation ist.

c) Die RSA als Subjekt neokolonialer Beziehungen:

Die Entwicklung der RSA-Industrie stößt neben dem durch die Form der Außenwirtschaftsbeziehungen herbeigeführten Kapitalmangel noch auf weitere Schranken, die zum Teil auf die Form des Herrschaftssystems zurückzuführen sind. Hierbei ist zum einen zu nennen, daß die rigide Aufrechterhaltung des Apartheidsystems sich in einem akuten Mangel an Facharbeitern niederschlägt. Da selbst ein permanenter Einwanderungsüberschuß vor allem aus europäischen Ländern diese bedrohliche Entwicklung nicht mehr auszugleichen vermag, laufen die Forderungen einiger "liberaler" Kapitalgruppen – darunter auch Harry Oppenheimers, Vorsitzender und Großaktionär des Anglo-American-Imperiums – auf eine behutsame Lockerung der Apartheidschranken hinaus (87).

Das gesetzlich abgesicherte Niedrigstlohnniveau für farbige Arbeitskräfte schafft einen zu engen Binnenmarkt für die wachsende Industrieproduktion; sie stößt zudem auf die

86 Vgl. Fritz Seidenzahl, 1870-1970. HUNDERT JAHRE DEUTSCHE BANK (Jubiläumsschrift im Auftrage des Vorstandes d. Deutschen Bank), Frankfurt 1970, S. 396/97; vgl. auch: Czaya, Achse, S. 98. Vgl. zur Funktion von Bankfilialen im Ausland Magdoff, a.a.O., S. 64 ff.

87 Allein in den Jahren von 1965 bis 1969 betrug der Einwanderungsüberschuß der RSA annähernd 140 000 Personen (Nach: STATIST. JAHRBUCH der BRD 1971, Auslandsteil, S. 33); die gegenwärtige Einwanderungsquote geben südafrikanische Stellen bereits mit monatlich 3 000 Weißen an, die vornehmlich aus Großbritannien, den Niederlanden, der BRD und weiteren europäischen Ländern stammen (JOURNAL SÜDAFRIKA Nr. 2/1972); in der Gunst westdeutscher Auswanderer, deren Erwartungen sich primär auf Heim und berufliche Selbständigkeit (bei Handwerkern) richten, liegt die RSA mit 18,9 % vor Kanada (15,1), den USA (12,1) und Australien mit 11,7 Prozent (FR v. 24.10.1970). Daß freilich anstelle handwerklicher Selbständigkeit in der RSA Lohnarbeit von Fachkräften erwünscht ist, verschweigt die südafrikanische Einwanderungspropaganda (Vgl. hierzu u.a. die zwei Südafrika-Beilagen der WELT v. 14.4.1971 und des Handelsblattes vom November 1970).

starken Stellungen ausländischer Monopolgruppen, die ins Land gekommen waren; der stagnierende Inlandsabsatz bedroht die Mehrwertrealisierung. Forcierter Export schuf hier zwar einige Ausgleiche, genügte aber nicht den Erfordernissen (88).

Hieran schließt sich ein weiterer Faktor: Die von südafrikanischen Unternehmen erwirtschafteten Profite lassen sich nicht beliebig für extensive Reproduktion auf gleicher Stufe anlegen; für Intensivierungen der Produktion fehlt z.T. eigenes technologisches Know-how, das auf Kosten von Handelsbilanzdefiziten importiert werden muß; sie würden überdies wieder auf die genannten Absatzschranken und das zu geringe Arbeitskräftepotential stoßen. Daraus folgt erstens, daß die südafrikanische Industrie bestrebt sein muß, ihre Handels- und Zahlungsbilanzdefizite durch verstärkten Export auszugleichen, desgleichen aber auch durch Absicherung eines Exportraumes, der vorerst primär nur Afrika sein kann, da die südafrikanischen Industrieprodukte auf den Märkten der imperialistischen Länder zu starker Konkurrenz und Schutzzöllen sowie weiteren protektionistischen Mechanismen gegenüberstünden. Zweitens erscheint es in engem Zusammenhang hiermit nur folgerichtig, wenn die südafrikanischen Konzerne ihr relativ überschüssiges Kapital (das durch die Existenz marktbeherrschender ausländischer Filialen in vielen Branchen nicht profitabel anlegbar ist) im wegen noch niedrigeren Lohnniveaus noch profitableren afrikanischen Ausland anzulegen versuchen; daß hierzu starke politisch-strategische Interessen kommen, resultiert aus der kritischen geographischen und politischen Lage des Apartheid-Staates und aus seinen wachsenden Rohstoffinteressen.

Daraus ergeben sich zwei Tendenzen eines südafrikanischen Expansionismus: Der vorerst noch dominierende, der Warenexport, und zwar vornehmlich in die Nachbarländer; in zunehmendem Ausmaße aber auch Kapitalexport in Bergbau und Produktionsindustrie derselben Länder (in Form von Krediten hat dieser Kapitalexport in seiner kurzfristigen Variante bereits beträchtliche Ausmaße erreicht (89)).

Als Hindernis für einen verstärkten Export der RSA stellte sich freilich schon vor mehr als einem Jahrzehnt das Apartheidsystem heraus: Die meisten afrikanischen Staaten wa-

88 Vgl. hierzu: UN-DOKUMENTATION, S. 45/46.

89 Beispiel "klassischer" Kreditvergabepolitik war die Gewährung eines Kredits durch die RSA an Madagaskar im Jahre 1970, der sogleich in Bauaufträge für südafrikanische Firmen umgewandelt wurde (Nach: SOUTH AFRICAN DIGEST v. 27.11. 1970). Lenin hatte bereits formuliert: "Es fällt ja bei solchen internationalen Geschäften immer etwas für den Geldgeber ab, sei es ein handelspolitischer Vorteil ... ein Hafenbau, eine fette Konzession ..." (Lenin: IMPERIALISMUS, S. 248). Ihre eigenen Kapitalanlagen im Ausland bezifferte die RSA für Ende 1970 auf immerhin 10,32 Mrdn. DM (JOURNAL SÜDAFRIKA Nr. 4/1972, S. 17); zum Vergleich: Die BRD-Auslandsinvestitionen beliefen sich Ende 1970 auf 21,11 Mrdn. DM (JAHRESBERICHT des Bundesverbandes d. Deutschen Industrie 1970/71, S. 158).

ren ungeachtet ihrer Gesellschaftsform entschiedene Gegner des rassistischen Systems im Süden des Kontinents, verweigern ihm bis heute die diplomatische Reputation und blokkieren Handelskontakte; eine wesentliche Rolle spielte hier vor allem zur Regierungszeit Kwame Nkrumahs die OAU (90). Die Reaktion der RSA auf diese internationale Diskriminierung stellte die schon unter Premier Verwoerd verkündete Politik der "guten Nachbarschaft" dar, deren verstärkte Propagierung sich sein Nachfolger Vorster angelegen sein läßt (91).

Ziel dieser "neuen Außenpolitik" ist die Durchbrechung der afrikanischen Front gegen Kontakte jeglicher Art mit dem Regime in Pretoria. Dabei bedient sich die RSA einer Anzahl verschiedener Mittel, darunter besonders die gezielte Werbung durch den Präsidenten Malawis, das ökonomisch und politisch fast völlig von der RSA (und Rhodesien) abhängig ist. Flankiert wurde dieser Vorstoß von einer diplomatischen Offensive in mehreren europäischen Staaten, vor allem Frankreich. Nach einer Visite Pompidous in einigen frankophonen afrikanischen Staaten vermutete das amerikanische "TIME"-Magazin, daß bei der kurz darauf folgenden Kontaktaufnahme mehrerer dieser Länder zu Pretoria politische Erpressung ("political arm-twisting") zugunsten der RSA im Spiel gewesen sei (92). Bis zum Jahresende hatten sich etwas über ein halbes Dutzend afrikanischer Staaten teils schlichtem Druck gebeugt, teils aus Verzicht auf auch von bourgeoisen Regierungen partiell eingehaltenen Grundprinzipien anti-imperialistischer Politik zu Kontakten mit der RSA bereit gefunden, darunter Gabun, die Elfenbeinküste und – unter dem Beifall des damaligen SPD-Staatssekretärs Rosenthal – auch Ghana (93). Gabuns "unausgebeuteter Mineralreichtum (wird) als vorzügliches Anlagegebiet für südafrikanisches Kapital erachtet" (94) – kein Zweifel bei den in den letzten Jahren aufgefundenen Erdöl-, Mangan- und Uranvorkommen.

Nimmt man zu den Zielländern der außenpolitischen/exportwirtschaftlichen Offensive Pretorias – vor allem Gabun, Zaire und einige weiter mittelafrikanische Staaten – hinzu die traditionellen Einflußbereiche der RSA – das annektierte Nambia, die durch Zollunion und Kapitalverflechtung mit der RSA zwangsverbundenen Staaten Botswana, Lesotho und Ngwane (Swasiland) – sowie die portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique und den Verbündeten Rhodesien, so sind damit bereits die meisten derjenigen Regionen genannt, die der südafrikanischen Konzeption zufolge in einer Art südafrikanischem Gemeinsamen Markt (SACOM) unter Hegemonie der RSA zusammengefaßt werden sollen. Dieses SACOM erfüllte nicht allein die Funktion eines Wirtschaftsgroßraumes, sondern nicht zuletzt – als befriedeter Vorraum der RSA – eines "von Revolutionen und Chaos freie(n) Gebiete(es)", so der Propagandist Irmin Grohmann (95), mithin eines "Bollwerkes" gegen jedwede Befreiungsbewegungen und Tendenzen sozialistischer Art, die Pretoria nicht müde wird als "von Moskau gesteuert" und als Terrortrupps zu diffamieren (96).

Äußerungen südafrikanischer Politiker und Kapitalvertreter sowie die bereits vollzogene Expansion südafrikanischen Kapitals legen indessen eine Erweiterung des hier in Betracht kommenden Raumes nahe (97). In dieselbe Richtung zielt der Versuch der Ausschaltung der existierenden Befreiungsbewegungen; Pretorias Definition für diese Bewegungen unterstützende Staaten: "Staaten, die ... ideologische Belange über ihre wirtschaftlichen Belange stellen und somit als Feinde anzusehen sind" (98) – Staaten, die also zu unterwerfen und dem SACOM möglichst anzufügen sind. Derartige Staaten sind das rohstoffreiche Zambia und das Tanzania des Julius Nyerere. Zambia beispielsweise verstaatlichte im Gefolge Tanzanias große Teile der ausländischen Kapitalanlagen, unter denen Besitzungen der Anglo American Corp., Kupferkonzessionen vor allem, eine hervorragende Stellung einnehmen (99).

---

90 Tetzlaff stellt zum Zustand der OAU teilweise Richtiges dar. Nur, wieso behauptet er einmal, daß das (einzige bei eben der Heterogenität der Gesellschaftssysteme) "einigende Band" bereits 1963 nur mehr eben der Anti-Imperialismus gewesen sei, und nimmt damit offenkundig eine Abwertung vor, wenn er andererseits als Organisationsziel propagiert, die OAU m ü s s e "Bestandteil der anti-imperialistischen Einigungs(?)bewegung" sein /47/? Völliges Fehlverständnis kennzeichnet Tetzlaffs Abkanzelung der UNO-Funktion (so Richtiges sie partiell enthält) /48/. Hier mag der Verweis auf die wichtige Funktion der UN als Forum gerade der Länder Afrikas genügen, die bei wachsenden Schwierigkeiten des Imperialismus an Bedeutung eher gewinnen dürfte (vgl. hierzu u.a.: DIE STAATEN AFRIKAS UND ASIENS (Autorenkoll.), Frankfurt 1971, hier u.a.: S. 19; desgleichen: Ronald Segal: THE RACE WAR, New York 1966, hier: S. 95-120). Vgl. auch die gegenwärtigen Namibia-Debatten. Schließlich ist zu betonen, daß bei wachsender Geschlossenheit des Auftretens der neokolonial ausgebeuteten Länder ihre Resonanz wächst. Dies beweisen bei aller vorläufigen und auf einige Zeit noch absehbaren Ineffektivität die UNCTAD-Konferenz und die Konferenz der sog. Blockfreien in Georgetown.

91 Vgl. hierzu: Bunting, S. 469, 473, 527; FR v. 24.6.71; JOURNAL SÜDAFRIKA, Nr. 2/1971, S. 2 ff; AUSSENHANDELSDIENST Nr. 24/1970, S. 3.

92 TIME v. 30.11.1970; vgl. auch: FR v. 29. u. 30.4., 8.5. u. 7.10.1971; DER SPIEGEL Nr. 19/1971, S. 112.

93 Vgl. hierzu: SOUTH AFRICAN DIGEST, v. 26.6. u. 17.7.1970; NEWSWEEK, v. 6.9.1971, S. 31; DER SPIEGEL Nr. 19/1971, S. 113 u. Nr. 35/1971, S. 70; Nr. 41/1971, S. 137; FRANKFURTER RUNDSCHAU v. 3.2., 17.5. u. 6.4.1971. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß sich Publizisten der BRD zu Fürsprechern dieser "Dialog"-Politik machen, deren erklärtes Ziel die Hintanstellung der Apartheidproblematik und des südafrikanischen Imperialismus gegenüber scheinbarer "Verständigung" ist. In der von SPD-Politikern mitherausgegebenen westdeutschen Zeitschrift "Außenpolitik" propagierte z.B. ein Per Fischer diese Politik: "Deutsche Politik in Afrika", in: AUSSENPOLITIK Nr. 5/1970, S. 509 ff.

94 Zit. nach NEWSWEEK v. 6.9.1971, S. 31.

95 Zit. nach ÜBERSEE-RUNDSCHAU Nr. 7-8/1969, S. 46. Grohmann zählt zu den eifrigsten Propagandisten der RSA in westdeutschen Gazetten, so der WELT, dem Handelsblatt oder früher auch dem Industriekurier. F.J. Strauß gehört – wie könnte es anders sein – ebenfalls zu den Anhängern der SACOM-Konzeption, denn "seine riesigen Bodenschätze könnten Südafrika zur Quelle des Wohlstandes im ganzen südlichen Teil des Kontinents werden lassen im Sinne eines großen Wirtschaftskooperativs, das Südwest (!), Rhodesien, die portugiesischen Überseegebiete (!) und einige schwarze Staaten umfassen könnte" (Zit. nach DIE WELT v. 11.5.1966). Strauß gehört auch zu den häufigsten westdeutschen Besuchern der RSA.

96 Vgl. hierzu: MONATSBERICHT AUS SÜDAFRIKA Nr. 53 (1969), S. 14. Das Organ der faschistoiden "Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft", die Afrika Post, druckte vor einiger Zeit beispielsweise einen Artikel des DEUTSCHLAND-MAGAZINS der sog. "Deutschland Stiftung" ab, hinter der die CDU/CSU stecken, mit dem Titel "Kommunistische Mordbrenner, die Bundesregierung und der Weltkirchenrat" (AFRIKA POST Nr. 12/1970, S. 3 ff).

97 Auch Tetzlaffs Belegung der "Dependenz" von Madagaskar und Mauritius /40-41/ kann nicht voll befriedigen. Der politische "Durchbruch" erfolgte bekanntlich auch anderswo.

98 Zit. nach Siegfried Thale: "Südafrika zwischen Innen- und Außenpolitik", in: AUSSENPOLITIK Nr. 12/1970, S. 758 ff.

99 Vgl.: DER SPIEGEL Nr. 34/1969, S. 76. Die Anglo American weist freilich in ihrem Geschäftsbericht für 1971 immer noch extensive Konzessionsgebiete in Zambia aus (vgl. ebda., S. 77 ff).

Die Direktinvestitionen südafrikanischer Unternehmen in den umliegenden Ländern betrugen 1969 etwa 3,6 Mrd. DM, wovon der größte Teil auf den Kupferbergbau Zambias, auf Minengesellschaften und weitere Firmen in Rhodesien sowie die Bauindustrie Malawis entfielen; weitere runde 600 Mio. DM entfielen auf das annektierte Nambia (100).

Die Stellung der Anglo American Corp. im Kupferbergbau Katangas (Zaire) sowie ihre engen Verbindungen zum immer noch wesentlich belgisch beherrschten Trust Gecomines (die vormalige Union Miniere des Belg. Kongo) (101), beziehen jedoch auch diesen Teil Zaires in die südafrikanischen Kalkulationen ein.

Damit ergibt sich das Bild eines südafrikanisch beherrschten Subkontinents, der sämtliche Länder südlich des Äquators einbeziehen würde:

1 Die RSA selbst und Namibia;
2 Botswana, Lesotho und Ngwane als Enklave und wirtschaftlich wie politisch abhängige Nationen; weitgehend dasselbe gilt für Malawi;
3 die portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique;
4 das relativ eigenständige und selbstbewußte, gleichwohl wesentlich auf südafrikanische Unterstützung angewiesene Rhodesien (von den Befreiungsbewegungen Zimbabwe genannt);

diesem engeren "SACOM"-Raum ist die RSA bestrebt tendenziell anzugliedern

5 Zambia, das als Gegner auszuschalten und als Rohstoffbasis zu vereinnahmen ist;
6 Zaire und Gabun als weitere rohstoffreiche Staaten; beider Entgegenkommen wird zunächst im Rahmen der "Dialog"-Politik Vorsters angestrebt – im Falle Gabuns hatte dies bereits Erfolg;
7 zumindest zu isolieren, wenn nicht ebenfalls als gegenwärtigen Gegner zu eliminieren gilt es für Pretoria Tanzania, von dessen Territorium wie von dem Zambias die Befreiungsbewegungen in Angola und Mozambique vielfältige Unterstützung erhalten. Hierbei spielt auch die Gefahr eine Rolle, die ein tendenziell erfolgreicher nicht-kapitalistischer Weg des z.Zt. noch extrem unterentwickelten Tanzania für die Vorherrschaft des Kapitals in Gesamtafrika darstellte.
8 Von geringerer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang Madagaskar und Mauritius – allein, weil ihre geographische Lage als Inseln sie einem direkten Zugriff der RSA weitgehend entzieht. Ihre ökonomische Bedeutung ist gleichfalls – als Umschlagplatz wie als Rohstoffbasen – nicht so herausragend, daß sie Teztlaffs Einschätzung rechtfertigte. Inwieweit die RSA alle diese Länder ebenfalls in ihren Wirtschaftsgroßraum einzubeziehen anstrebt bzw. diese einbeziehbar sind, hängt im wesentlichen von der jeweiligen Entwicklung dieser Staaten und damit des Erfolges der Strategie Pretorias selbst ab.

Innerhalb dieses Raumes bestehen mit der RSA, Rhodesien und Portugal drei Hauptmächte, unter denen zwar Südafrikas Vorherrschaft derzeit unangegriffen, aber keineswegs unkritisch hingenommen ist. Im Verhältnis dieser drei Staaten bzw. ihrer herrschenden Klassen spiegeln sich Divergenzen ökonomischer Natur wieder.

100 Nach: ÜBERSEE-RUNDSCHAU Nr. 7-8/1969, S. 47; vgl. auch: UN-DOKUMENTATION, S. 93.

101 Vgl. hierzu: DER SPIEGEL Nr. 49/1969, S. 153. Zu den Verbindungen zwischen Anglo American und Gecomines bzw. Union Miniere vgl. Nkrumah: NEO-COLONIALISM, a.a.O., S. 197-211, hier: S. 205. Ein Bericht der FR v. 3.7.1971 eröffnete sogar einem breiteren Publikum die Herrschaftsmethoden der zum Anglo American Imperium gehörenden Diamond Mining of Angola (DIAMANG): Sie unterhält im Nordosten der Kolonie eine aus ehemaligen Katanga-Söldnern rekrutierte Kleinarmee, deren Kampfaufgabe offensichtlich gegen unliebsame Entwicklungen in Zaire gerichtet ist.

Besteht das Interesse des südafrkianischen Großkapitals darin, sich den gesamten bezeichneten Raum ökonomisch abhängig zu machen, um derart ungestört sowohl Absatzmärkte als auch Kapitalanlagegebiete zu beherrschen, so stößt diese Dominanzstrategie bei den herrschenden Klassen Rhodesiens und Portugals auf verhaltenen Widerstand, der sich in verschiedener Bündnispolitik äußert.

Das sog. "Mutterland" Portugal, d.h., seine Bourgeoisie, ist existenziell abhängig von der Aufrechterhaltung der Ausbeutung seiner Kolonien. Diese erfolgt zwar bereits jetzt im wesentlichen durch ausländische Gesellschaften, andererseits ist Lissabon bemüht, durch möglichst breites Engagement internationaler Konzerne eine zu eindeutige Vorherrschaft eines Landes bzw. weniger Kapitalgruppen zu verhindern (102). Seine Anlehnung erfolgt daher kolonialpolitisch auch verstärkt an die USA, um die allzu drückende Vormachtstellung der RSA in dieser Hemisphäre zu verringern. In diesem Sinne äußerte sich auch der US-Unterstaatssekretär Mennen Williams: "Es liegt weder in unserem Interesse, daß die Portugiesen Afrika verlassen, noch wollen wir ihren Einfluß dort beeinträchtigen" (103).

Demgegenüber versucht Rhodesien, sich der südafrikanischen Umarmung u.a. dadurch zu entziehen, daß es eine verstärkte Rückwendung zu Großbritannien betreibt. Der erste, durch die reaktionäre Heath-Regierung in London begünstigte derartige Versuch scheiterte zwar am entschiedenen Widerstand der afrikanischen unterdrückten Klassen (104), dennoch erscheint diese Konzeption nur folgerichtig, da die RSA ihrerseits eine allzu enge Bindung an Großbritannien nicht zu favorisieren scheint. Überdies hatten RSA und Rhodesien bereits einen Handelskonflikt miteinander, der durch die größere Stärke zugunsten der RSA im Sinne einer Einfuhrkontingentierung rhodesischer Konsumgüter entschieden wurde (105).

Diese Divergenzen wirken sich zwar nicht in offenen Konflikten aus – dazu ist die jeweilige Situation der herrschenden weißen Klassen zu labil und sind die beiden kleineren Staaten Portugal und Rhodesien zu abhängig von der Stärke der RSA – gleichwohl zeigt sich in diesen Auseinandersetzungen und gegensätzlichen Bündnisstrategien der unüberbrückbare Widerspruch zwischen kapitalistischen Ländern bei der Verfolgung ihrer jeweiligen Profitinteressen. Auf tieferer Stufe als die Verdeckung der Rivalitäten zwischen den imperialistischen Hauptmächten reproduziert sich ein analoges Verhältnis auch unter den international weniger bedeutenden neokolonialistischen (im Falle Portugal nach wie vor kolonialistischen) Staaten.

d) Die RSA und das südliche Afrika im imperialistischen Gobalsystem:

Neben der wirtschaftlichen Integration im sog. SACOM betreiben die drei vorherrschenden Mächte des südlichen Afrika auch die militärische Kooperation in einer bündnisähnlichen Formation, die häufig als "Aspro"-Bündnis bezeichnet wird (Africa do Sul – Portugal – Rodesia). Zielsetzungen und Stoßrichtungen dieses Verbundes ergeben sich aus der exponierten strategischen Situation zumal des Rassistenstaates. Mißlingt der Versuch, das

102 Vgl. hierzu: Schilling/Unger, a.a.O.; dies.: "Guinea-Bissaus Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus", in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, Nr. 3/1970, S. 256 ff; sowie: Eduardo Ferreira: "Das internationale Kapital gegen die Befreiung von Angola, Guinea-Bissau und Mozambique", in: NEUES ROTES FORUM Nr. 1/1970, S. 19 ff.

103 Zit. nach: NEUE ZÜRICHER ZEITUNG v. 2.3.1963.

104 Vgl. hierzu: Ostrowsky: "Großbritannien und Zimbabwe", in: BLÄTTER FÜR ... Nr. 5/1972, S. 504 ff.

105 Vgl. hierzu: Roberto Molteno: "Afrika und Südafrika", in: ANTIIMPERIALISTISCHES INFORMATIONSBULLETIN Nr. 9 u. 10/1971, hier: Nr. 9/S. 19.

sog. "Vorfeld" der RSA militärisch niederzuhalten, also den Vormarsch der Befreiungsbewegungen in Angola, Mozambique und Zimbabwe zu stoppen und diese Kräfte zu besiegen, so verschärft sich die Lage der RSA entscheidend: Die ohnehin immer labilere Stabilität des weißen Regimes im Inneren, die sich in dem immer noch andauernden Kampf der Ovambos in Namibia sowie in Kämpfen der Zulus in ihren Reservaten zu Beginn dieses Jahres 1972 drastisch äußerte, würde durch eine unmittelbare Nachbarschaft mit befreiten Gebieten noch stärker gefährdet (106). In ihrer Existenz abhängig von der Niederwerfung der Befreiungsfronten, praktiziert die RSA zusammen mit den militärisch schwächeren und allein auf verlorenem Posten stehenden Regimes Rhodesiens und Portugals einen vietnamähnlichen Krieg mit "search-and-destroy-operations", "counter-insurgenca" usw. und der Entfaltung militärischer Machtmittel auf breitester Skala bis zu Giftgaseinsätzen (107). Neben der Unterstützung der portugiesischen Kolonialisten führen RSA-Streitkräfte in Rhodesien Krieg. "Südafrikanische Polizei- und Militäreinheiten unterstützen schon seit Jahren im nördlichen 'Weißen Vorfeld' Rhodesiens die dortigen Sicherheitsstreitkräfte gegen eingedrungene Sabotagetrupps" (108). Daß es sich längst um mehr als lediglich "Sabotagetrupps" handelt, unterschlägt die südafrikanische Propaganda wohlweislich (109).

Zur Abwehr der Befreiungsbewegungen tritt als Aufgabe der hochgerüsteten südafrikanischen Streitkräfte (110) die der "Ordnungsmacht" im Inneren. Was den Militarismus im bereits erwähnten Testlaff'schen Syndrom /28/ angeht, so gilt Lenins Einschätzung unverändert, die er in Anlehnung an Karl Liebknecht vornahm: "Der moderne Militarismus ist ein Resultat des Kapitalismus. In seinen beiden Formen bildet er eine 'Lebenserscheinung' des Kapitalismus: als Militärmacht, die die kapitalistischen Staaten bei ihren äußeren Zusammenstößen einsetzen ..., und als Waffe in den Händen der herrschen-

106 Vgl. hierzu: Basil Davidson: "Eine Million Portugiesen nach Afrika? Guerilla-Krieg gegen die Vorherrschaft der Weißen", in: DER SPIEGEL Nr. 46/1968, S. 127 ff. Zur Problematik der Befreiungsbewegungen in RSA und Zimbabwe sei verwiesen auf J. Ostrowsky: "Streiks in Namibia ...", in: ANTIIMPERIALISTISCHES INFORMATIONSBULLETIN Nr. 3/1972; zur Situation Namibias auf die Nr. 7/1972 des AIB (Materialien der Internationalen Namibia-Konferenz). Einer Auseinandersetzung in anderem Rahmen bedürfen die Thesen Heribert Adams in seinen Veröffentlichungen über Südafrika (SOZIOLOGIE EINER RASSENGESELLSCHAFT, Frankfurt 1969, und: "Einheimischer Kolonialismus: der Fall Südafrika", in: Das Argument Nr. 59, S. 518-529), deren Tenor jedoch die unwissenschaftlich begründete Negierung der revolutionären Rolle der unterdrückten Klassen in Südafrika ist; "Rationalising Defeatism" überschrieb der "African Communist" zutreffend eine Rezension eines Adam-Elaborates (Vgl. THE AFRICAN COMMUNIST, Nr. 50 (1972), S. 98-101).

107 Vgl. hierzu: FR v. 24.12.1970; ebenso die Beiträge in den laufenden Nummern des AIB.

108 WELT-Beilage, S. 7; vgl. ÜBERSEE RUNDSCHAU Nr. 5/1968, S. 20; "STELLUNGNAHME," a.a.O.

109 Zum Stand des Befreiungskampfes in den südafrikanischen Ländern vgl. neben den genannten Darstellungen: Gert Meyer: "Kolonialismus und Befreiungsbewegung in den afrikanischen 'Überseegebieten' Portugals", in: DAS ARGUMENT Nr. 59 (1970), S. 489 ff; vor allem die laufende Dokumentation in FACTS & REPORTS (hrsgg. v. Angola Comite, Amsterdam).

110 Vgl. hierzu: Abdul S. Minty: SOUTH ARRICA'S DEFENCE STRATEGY (hrsgg. v. Anti-Apartheid-Movement, London), London 1970; MILITARY AND POLICE FORCES IN THE REPUBLIC OF SOUTH AFRICA (Hrsgg. v. Unit on Apartheid d. Ver. Nationen), New York 1967.

den Klassen zur Niederhaltung aller (ökonomischen und politischen) Bewegungen des Proletariats" (111). Ist infolge der Existenz des Sozialismus und der Systemauseinandersetzung die erste Variante zurückgetreten, so hat die zweite gewissermaßen "externe" Qualität hinzugewonnen durch den Einsatz der Militärmacht gegen Befreiungsbewegungen usw. in anderen Ländern. Hierzu wären auch die Aktivitäten von Geheimdiensten zu rechnen.

Der Südafrikanische Militarismus ist der konkrete Ausdruck der Notwendigkeit für die herrschenden Klassen, sich im Landesinneren zunehmend, wie in den umliegenden Ländern bereits seit längerem, des Vormarsches von Befreiungsbewegungen zu erwehren. Soll die beschleunigte wirtschaftliche "Integration" (wozu etwa die aufwendigen Energieverbundprojekte von Cabora Bassa, Kunene und am Oranje-Unterlauf zählen) (112) die Vorherrschaft des Kapitals untermauern, so dient die militärische Repression der Aufrechterhaltung der außerökonomischen Herrschaftsbedingungen und Schaffung der Voraussetzungen, die "Integration" überhaupt erst durchzuführen. Freilich übersteigt diese Aufgabe auch die Möglichkeit der RSA tendenziell: Wachsende Unruhe im eigenen Land und im annektierten Nambia (Ovambostreiks), größere Politisierung der afrikanischen Bevölkerung Zimbawes (Ablehnung des Vertrages zwischen Ian Smith und Douglas Home) , die Erfolge von FRELIMO und MPLA in Mozambique und Angola lassen die Position der RSA als auf längere Sicht aussichtslos erscheinen.

Diese Erkenntnis führte frühzeitig dazu, daß Pretoria, aber auch Lissabon, Anschluß an die Militärmächte der imperialistischen Großmächte suchten. Über den Rahmen einer sog. SATO (als Gegenstück zur NATO) hinaus, die nach südafrikanischen Vorstellungen die RSA, Portugal, Rhodesien sowie Argentinien und Brasilien umfassen soll – und in der Pretoria tonangebend wäre – propagieren vor allem portugiesische Kreise den Anschluß an die NATO (113); sowohl Lissabon als auch Pretoria führen hierbei strategische Überlegungen ins Feld, die seitens der Portugiesen mit dem Wert der kolonialen Besitzungen für die "Sicherheit" des Seeweges nach Indien usw. bestritten werden, während die RSA daneben auch ihre Brückenkopf-Funktion und ihre Ordnungsfunktion gegenüber den schwarzafrikanischen Staaten betont. Diese Konzeptionen stießen auf Gegenliebe. Der Afrika-Spezialist im State Department unter Kennedy, Unterstaatssekretär Mennen Williams, erläuterte "Nutzen" und Bedeutung der Beziehungen zur RSA bereits so: Sie wären "wesentlich ... für unsere eigenen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und strategischen Interessen" (114).

Hinter diesen Formulierungen verbirgt sich neben dem in der Tat wesentlichen Interesse an der Bastion RSA gegen die vordringenden Befreiungsbewegungen (auf das Problem divergierender Ansichten über opportune Konzessionen usw. wird weiter unten eingegangen) vor allem ein massives wirtschaftliches Interesse, das die RSA neben der Be-

111 Lenin, "Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie", WERKE Bd. 15, S. 186-196, hier: S. 187.

112 Vgl. hierzu die genannten Darstellungen und Quellen. Auf eine ausführlichere Darstellung dieses und anderer Probleme wurde verzichtet, zum einen aufgrund der Länge dieser Arbeit, zum anderen, weil sie hinlänglich in anderen Publikationen referiert und analysiert wurden.

113 Vgl. hierzu: Minty, a.a.O; DER SPIEGEL Nr. 27/1970, S. 84; AFRIKA POST Nr. 4-5/1969, S. 50 und Nr. 11/1969, S. 5; MONATSBERICHT AUS SÜDAFRIKA Nr. 50 (1969), S. 3 und Nr. 53 (1969), S. 4.

114 Zit. nach: DIE STAATEN AFRIKAS UND ASIENS, a.a.O., S. 218.

tonung ihrer strategischen Position gezielt einzusetzen versteht: Die immense Höhe des in dem gesamten Raum investierten Kapitals. "Meiner Ansicht nach sind direkte ausländische Kapitalinvestitionen nützlich ... auch, weil sie .. in politischen Krisenzeiten etwas wie einen Sicherheitsfaktor bilden", erläuterte der frühere Zentralbankpräsident der RSA einmal und umschrieb damit die Strategie der Bindung ausländischer Interessen an die Existenz des Regimes durch die Forcierung ausländischer Investitionen (115).

Damit leitet sich das strategische Interesse an der RSA Existenz der direkt aus der Intensität des Kapitaleinsatzes in diesem Gebiet ab, indem sie als Garant der ökonomischen und nichtökonomischen Herrschaftsbedingungen angesehen wird. Zum zweiten aber stellt sich unter dem Gesichtspunkt der Systemauseinandersetzung die Stellung der RSA dar als Garant der Kapitalverwertungsbedingungen schlechthin, also in dem Sinne, daß es um die fortgesetzte Beherrschung eines stetig schrumpfenden Betätigungsfeldes für das Kapital im globalen Maßstab geht. Es ist Ausdruck des Aufbrechens immer zahlreicherer Widersprüche in der Krise des Imperialismus, daß hierüber auch die Ansichten weit auseinandergehen, welche Bedeutung dem RSA-Regime im Sinne einer effektiven Herrschaftssicherung auf lange Sicht zuzumessen sind.

So ist gegenwärtig eine Tendenz diejenige, der RSA angesichts der sich verschärfenden Auseinandersetzung und des wachsenden Erfolges der nationalen Befreiungsbewegungen eine erhöhte militärstrategische Bedeutung zuzumessen. (Daß die RSA für die internationalen Monopole als geeigneter Brückenkopf für eine Kapitalexportstrategie in die umliegenden Länder dient, sei hier vermerkt, allerdings ist es naheliegend, daß eben diese Funktion wesentlich vom Erfolg der südafrikanischen Konterrevolutionspolitik abhängig ist.) Ohnehin in einen umfangreichen Unterdrückungsfeldzug engagiert, käme der RSA nach dieser Überlegung die Funktion zu, "Stellvertreterkriege" für die imperialistischen Hauptmächte zu führen (wofür sie deren massive Unterstützung erhielte), nachdem der Vietnamkrieg die Rolle der USA als globaler Weltgendarm des Großkapitals erschüttert hat.

Die sich hierin äußernde Vorstellungen bestimmter Monopolfraktionen, so vornehmlich der Rohstoffkonzerne und Rüstungsindustrien, bestimmen vorerst weitgehend die Politik der imperialistischen Mächte gegenüber der herrschenden Klasse der RSA und damit den unterdrückten Massen dieses Subkontinents. Sie ist geprägt von weitreichender Unterstützung der Regimes in Pretoria, Lissabon und Salisbury durch militärische, wirtschaftliche und politisch-diplomatische Maßnahmen. Die BRD geht hier nach wie vor "beispielhaft " voran, wenngleich Teilerfolge der flexiblere Methoden vertretenden Kräfte in letzter Zeit zu verzeichnen sind.

Der Apartheid-Ausschuß der Vereinten Nationen hob in der zitierten Studie hervor, daß die Stundung der beträchtlichen Warenaustauschschulden der RSA durch ihre Haupthandelspartner eine massive wirtschaftliche Unterstützung der südafrikanischen Bourgeoisie darstelle (116). Der mit den USA, Japan und der BRD zumal rapide wachsende Handel sei frappant insofern als "die RSA offiziell von den Vereinten Nationen mit einem Handelsboykott belegt worden" sei (117). Die BRD-Regierung, ansonsten im Brustton der Unlauterkeit an ihre tiefe Verpflichtetheit den Satzungen usw. der UNO gegenüber erinnernd (118), gehört, wie gezeigt wurde, neben Großbritannien, Japan und den

115 Zit. nach Adam: SÜDAFRIKA, S. 37.

116 Vgl. UN-DOKUMENTATION, S. 44.

117 UN-DOKUMENTATION, S. 43.

118 So heuchelt Jahresbericht für Jahresbericht der Bundesregierung in diesem Stil: "Die Bundesregierung war auch 1971 bestrebt, an der Erfüllung der Aufgaben der Vereinten Nationen mitzuwirken. Die Politik der Bundesregierung entspricht (!) den Zielen und Prinzipein der Charta der Vereinten Nationen ..." (JAHRESBERICHT der Bundesregierung 1971, hrsgg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesr., Bonn 1972, S. 180). Denselben Wortlaut enthält der Jahresbericht 1970 (ebda., S. 67).

USA zu den Haupthandelspartnern der RSA. Hierzu kommentierte Willy Brandt, damals Außenminister der Großen Koalition, 1968, "daß die Bundesrepublik als Industrieland ein legitimes Interesse am Handelsverkehr mit Südafrika, Angola und Rhodesien (!) habe. Handel sei keine Schande, und Vorwürfe deswegen müsse die Bundesrepublik eben tragen" (119). Auch die "sozialliberale" Bundesregierung hat sich bislang mit keinem Wort zu den spezifischen Fragwürdigkeiten eines ausgedehnten Handelsverkehrs mit der RSA geäußert. Über die Ansichten von CDU/CSU-Politikern zur RSA bedarf es keiner Ausführungen (120).

Versprach F.J. Strauß bei seinem letzten Besuch in der RSA für den Fall eines CDU/CSU-Wahlsieges die Aufnahme von Waffenlieferungen an die RSA, so wurde die Unterstützung der portugiesischen Kolonialkriegführung durch westdeutsche Waffenlieferungen und Behandlung von Verwundeten der portugiesischen Armee in Bundeswehrlazaretten zum bezeichnendsten Beitrag der herrschenden Klassen der BRD zum Thema Menschenrechte, Freiheit und Entkolonisierung in Südafrika. Erst 1971 vermochten Kritiker der Regierung die Einstellung von Waffenlieferungen an Portugal abzuzwingen (121).

Diesen zwei Beispielen ließen sich zahllose anfügen. Insbesondere die Rolle Frankreichs als Hauptlieferant für die Waffen an die RSA wäre hier zu nennen, die politische Schützenhilfe der Westmächte im UN-Sicherheitsrat bei Resolutionen gegen RSA, Rhodesien und Portugal, die propagandistische Unterstützung dieser Länder in zahllosen Zeitschriften und Veröffentlichungen rassistischen und damit Grundgesetz-widrigen Inhalts usw. (122). Sie summieren sich zu einer nahezu vorbehaltlosen Stützung der rassistischen und aggressiven herrschenden Kreise dieser Länder, deren ökonomische Interessen weitgehend mit denen der sie unterstützenden Kreise identisch sind bzw. sich mit diesen ergänzen. Nichts wäre freilich falscher als hieraus auf eine monolithische Geschlossenheit der Front imperialistischer Staaten und ihrer herrschenden Klassen zu schließen, wie dies Formulierungen und Aussagen im Tetzlaff'schen Artikel nahelegen (123).

119 FAZ v. 29.3.1968: Zumal Rhodesien unterlag seit 1965, der einseitigen Unabhängigkeitserklärung der weißen herrschenden Klasse mit ihrem Premier Smith von England, einem scharfen UN-Handelsembargo – an dessen Umgehung westdeutsche Firmen begeistert Anteil nahmen. Vgl. hierzu: STATISTISCHES JAHRBUCH 1971, Auslandsteil, S. 299; DER SPIEGEL Nr. 11/1970, S. 139.

120 Von Strauß'schen Positionen bis zu denen "liberaler" Christdemokraten führt hinsichtlich der RSA eine Drehtür, statt eines Weges. Vgl. hierzu den Bericht des SPIEGEL (Nr. 13/1971) über eine Visite einiger CDU-"Liberaler" in der RSA und Straußens diesbezügliche Ansichten, dokumentiert z.B. von Ferreira in BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, Nr. 6/1971, S. 557 ff.

121 Vgl. hierzu: FR v. 5.8. und 13.11.1971. Freilich stellt die Einschränkung, es dürften keine Waffen mehr geliefert werden, die in den Kolonien einsetzbar seien, zu einer faktischen Aufhebung dieses Kabinettbeschlusses, denn welche Waffen wären dies nicht?

122 Vgl. zum Waffenhandel mit der RSA: Oglesby, a.a.O., S. 128; FR v. 23.7. und 8.8.1970. Zur Rolle der westlichen Sicherheitsratsmitglieder, insbesondere der USA, sei nochmals an die Praktiken etwa Kennedys erinnert (vgl. Anm. 27).

123 Allein der Titel Tetzlaffs verrät das (falsche) Programm: "Zur kollektiven Imperialismusstrategie..." /23/. Oder: Cabora Bassa ward nach Tetzlaff "zum Inbegriff

e) "Kollektive" Ausbeutung und Widersprüche im Imperialismus

Geht man der Verwendung des Begriffes "kollektiv" (sowie ähnlicher) in Tetzlaffs Ausführungen nach, so stößt man erstens auf das Phänomen, daß sich ihm unter der Hand eine Vielzahl wechselnder Bezeichnungen immer wieder zum selben Ergebnis verdichten, ohne daß es glaubwürdiger würde, da nach wie vor unbelegt (124). Zum zweiten fällt auf, daß dem Autor nicht mehr gelingt, als qualmig eine Banalität zu verbreiten: Daß nämlich die neokoloniale Ausbeutung im südafrikanischen Raum von einer ganzen Anzahl nationaler und internationaler Konzern- und Monopolgruppen getragen wird. Da jedoch der Ausdruck "kollektiv" eine besondere Qualität der Ausbeutungsformen impliziert, ist er schlicht falsch, rückt er doch die gegenwärtige Phase des Imperialismus in die Nähe jener Theorien eines "Ultraimperialismus" a la Kautsky, mit denen sich Lenin bereits abschließend auseinandersetzte (125).

Aus der relativen Ruhe zwischen den nationalen Bourgeoisien sowie aus der Internationalisierung der Monopolkonzerne auf eine "Kollektivität" der Monopolstrategie zu schliessen, die eine über das Profitinteresse hinausgehende Interessenidentität einschlösse, das ja gerade Ursache der Rivalitäten unter den Kapitalfraktionen ist, ist schlicht unsinnig. Einzige "Belege" hierfür sind der gegenwärtige Fortfall kriegerischer Auseinandersetzungen und die enge Verflechtung der Monopolgruppen. Dies aber beweist nichts anderes als daß der Sozialismus, zur Weltmacht geworden, die imperialistischen Länder zu einer Notkoalition zusammenzwingt, sowie, daß die Verfügungsgewalt über das Kapital im staatsmonopolistischen Kapitalismus, aufgrund einer rasanten Konzentrationswelle in immer weniger Händen zusammengefaßt wird. Nur: Wessen Hände? Sowohl im Kapitalismus, als Rivalität zwischen Kapitalfraktionen und -gruppen, als auch im historischen Sinne ist dies eine Machtfrage. Im Kapitalismus "wird die Teilung 'nach dem Kapital', 'nach der Macht' vorgenommen – eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. Die Macht aber wechselt mit der ökonomischen und politischen Entwicklung ..." (126).

Dies gilt nach wie vor sowohl für die territorialen Interessen des Kapitals, die "Wirtschaftsgebiete", als auch für die Vorherrschaftsfrage innerhalb dieser Grenzen, also etwa nach der Macht innerhalb monopolistischer Konzerne. Kartellierungen, Absprachen und Neutralisierungen innerhalb etwa von Aufsichtsräten (durch entsprechende Akquisitionsverhältnisse der Aktien) stellen hierbei nur Ruhepausen dar auf der Grundlage, daß keine der rivalisierenden Fraktionen zum entscheidenden Vorsprung in der Lage ist (127).

---

der imperialistischen Kollektivstrategie in SOA" /29/, aber zwei Zeilen tiefer: dem ZAMCO-Konsortium wurde "nach harter Konkurrenz mit amerikanischen und britischen Interessengruppen" /ebda./ der Zuschlag erteilt. (Daß die Firmenaufzählung anstelle der wichtigen Hochtief AG die Fa. Telefunken enthält, die mit der angeführten AEG identisch ist, gehört zu den kleinen Schlampereien, deren sich ein Imperialismusforscher nicht schuldig machen sollte. Eine andere ist die Ansiedlung der Rio-Tinto-Zinc Corp. in Protugal /26/; sie ist trotz exotischen Namens ein britisches Unternehmen.

124 So zum Beispiel der angebliche "Bündnischarakter ... international betriebener Exploitation" /27/.

125 Vgl. hierzu: Lenin: IMPERIALISMUS, S. 298 ff.

126 Ebda., S. 257.

127 Ein solches Beispiel boten die Auseinandersetzungen zwischen Bayer und Hoechst um die Aktienmehrheit und damit die Herrschaft über die Chemischen Werke Hüls, die mit einem Kompromiß beendet wurden.

Eine flüchtige Betrachtung der internationalen Lage unter den imperialistischen Mächten erweist bereits das Vorhandensein massiver Differenzen, die sich beispielsweise in den gegenwärtigen Währungskrisen ausdrücken. Allein die Zahl der bestehenden Rivalitäten zwischen verschiedenen imperialistischen Ländern ist bereits Legion. Treten die Vereinigten Staaten etwa der EWG als relativ geschlossenem Machtblock gegenüber, so bestehen innerhalb derselben dieselben Konkurrenzverhältnisse als Ausdruck der Vorherrschaftsbestrebungen der nationalen Monopolbourgeoisien wie eh und jeh (wenngleich die konkreten Träger andere sind), so zwischen BRD und Frankreich, den kleineren Benelux-Staaten und den übermächtigen Monopolen der BRD und Frankreichs usw.; der rasche Wiederaufstieg des japanischen Imperialismus reproduzierte unverzüglich die Gegensätze zu den USA, wirkt sich aber heute auch noch als Handelskonkurrenz mit den EWG-Ländern, vor allem der BRD, aus. Wachsende Differenzen stellen sich aber auch zwischen den imperialistischen Hauptmächten und kleineren kapitalistischen Ländern ein, so zwischen den USA und Kanada. US-amerikanisches Kapital befindet sich in seinem früheren Eldorado in einer Verteidigungsposition gegen den Vormarsch westdeutschen und französischen Kapitals usw.

Die Formen der Austragung dieser Handels-, Währungs- oder "Territorialinteressen"-Konflikte werden von zwei Faktoren bestimmt. Der beherrschende ist der Zwang zu Arrangements ohne entscheidende Kraftproben durch die gemeinsame Frontstellung gegenüber der eigenen Arbeiterklasse und den Befreiungsbewegungen vor dem Hintergrund des gewachsenen Einflusses des Sozialismus. Diese Notwendigkeit wirkt sich in den imperialistischen Hauptländern tendenziell als Zwang zu flexibleren Herrschaftsmethoden, zu reformistischen und konzilianteren Konzeptionen aus, was freilich die gleichzeitige Existenz offener Gewalt als Unterdrückungsmethode, wo dies möglich ist, nicht ausschließt, sondern vielmehr bedingt ist durch die politischen Bewegungen innerhalb der kapitalistischen Länder, vor allem die Kämpfe der Arbeiterklasse (128).
Namentlich im Verhältnis zu den sozialistischen Ländern sowie den Staaten der Dritten Welt sind derartige flexiblere Methoden Ausdruck eines gewachsenen Realismus bestimmter Kapitalfraktionen, deren Konzeptionen langfristig angelegt sind und Positionsverluste in Kauf nehmen, um der zukünftigen Verwertungsbedingungen und -chancen willen. Ist die sozialdemokratisch-liberale Ostpolitik ein Resultat dieser veränderten Strategie einer Fraktion des Monopolkapitals so ist die Entwicklungspolitik der SPD/FDP-Regierung ein weiteres. Ähnliche Tendenzen lassen sich auch in den anderen imperialistischen Ländern feststellen; sie werden Regierungspolitik, sobald es den längerfristig auf die "Auflösung" des sozialistischen Lagers und die Einflußsicherung in den EL orientierenden Monopolgruppen gelingt, sich gegenüber Rüstungsinteressen etwa durchzusetzen. Die bereits erwähnte widersprüchliche und letzthin objektiv nur noch reaktionäre Politik der Kennedy-Administration (vgl. S. 7, Anm. 27) erklärt sich so aus dem Bemühen "einsichtiger Kreise des US-Kapitals, einerseits den Einfluß in Afrika nicht vollends zu verlieren, andererseits die Verbundenheit mit den weißen Regimes nicht zu gefährden, woraus der Kompromißversuch resultierte, etwa Portugal zu weniger auffälligen Methoden der Unterdrückung zu animieren – mit dem bekannten Erfolg (129) – um dessen Herrschaft letztlich aufrecht zu erhalten.

---

128 So beschrieb Lenin als wechselnde Varianten imperialistischer Herrschaft Flexibilität und Rigidität (Lenin: "Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung", WERKE Bd. 16, S. 356).

129 Die Kennedy-Administration ging so weit, in Angola die Exilregierung und -organisation des Holden Roberto (GRAE) zu unterstützen, die lange Zeit quasi ein verlängerter Arm der CIA war und in scharfer Gegnerschaft zur MPLA stand. Freilich : Als 1962 Salazar mit dem "Azorenpfahl" winkte, blies das Pentagon diesbezüglich zum Rückzug. Heute ist es mit einer Unterstützung längst vorbei.

Am Beispiel der unter Minister Eppler praktizierten Entwicklungspolitik der BRD läßt sich der augenfällige Unterschied in den gegenwärtigen Vorstellungen bezüglich der Zukunft des südafrikanischen Raumes darstellen. Dieweil die Regierungen Großbritanniens und der USA gegenwärtig keinerlei Konzessionen an liberalere Vorstellungen zu machen bereit sind (130) – und damit konsequent die Regimes in Pretoria und Salisbury sowie Lissabon unterstützen, die ihrerseits kompromißlose Positionen aufrecht erhalten – hat sich Eppler in der Bundesregierung mit einer Anzahl Vorstellungen durchgesetzt, die an den wahrscheinlichen Entwicklungen der Zukunft orientiert sind.

Die Strategie Epplers ist ausgerichtet an der Einsicht, daß es um die Perspektiven der in Südafrika herrschenden weißen Klasse schlecht bestellt ist – eine angesichts der Fortschritte der Befreiungsbewegungen naheliegende Konsequenz. Eine fortgesetzte (zumindest offene) Unterstützung dieser Regimes hätte mithin zur Folge die politische Isolierung der BRD in dieser Region sowohl bei den unabhängigen Staaten wie Zambia und Tanzania sowie aller progressiven Länder nicht nur Afrikas, als auch bei den künftigen afrikanischen Regierungen der befreiten Gebiete. Das Resultat wäre der Verlust weiterer Positionen im Kampf gegen die Anerkennung der DDR zum einen, ein handelspolitischer Rückschlag sowie der wahrscheinliche Ruin der Auslandsanlagen in diesem Gebiet zum anderen. Hieraus folgert eine entwicklungspolitische Konzeption, die verstärkt auf die Länder Tanzania und Zambia ausgerichtet ist, deren nichtkapitalistische Wege von westdeutschen Monopolkreisen mit Unbehagen verfolgt werden (131). Ziel dieser Politik ist die Beeinflussung der ökonomischen und politischen Entwicklung dieser Länder – klassische Funktion aller Entwicklungspolitik (132) – und die Stabilisierung der Entwicklung auf einer nichtsozialistischen Stufe (propagiert wird in Tanzania, freilich mit geringer werdendem Erfolg, die Entwicklung genossenschaftlicher Wirtschaftsformen). Derselben Konzeption folgte das 1970 von der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung gemachte Angebot, die FRELIMO u.a. mit Medikamenten zu unterstützen (133). Projekte, die auf eine größere Unabhängigkeit der Kolonialgebiete von Portugal abzielten, um so ebenfalls der Entwicklung einer entschieden antiimperialistischen und gar sozialistischen Befreiungsbewegung zuvorzukommen, scheiterten bereits vor einem Jahrzehnt an der Kolonialpolitik Lissabons und der Herausbildung der Befreiungsorganisationen (134). Flankierende Strategie zu diesen Maßnahmen und Konzeptionen ist die offizielle Einschränkung des westdeutschen Engagements in der RSA, Namibia und den Kolonien – wenngleich dadurch Investitionen westdeutscher Konzerne keineswegs berührt werden. So wurden die wesentlichsten Waffenlieferungen an Portugal eingestellt (s.o.) und Eppler trat als einziger, allerdings inkonsequenter Kritiker des Engagements der BRD-Firmen beim Cabora-Bassa-Projekt auf (135). Angesichts der durch die Cabora-Bassa-Affäre entstandenen Unruhe in weiten demokratischen Kreisen der BRD und auf internationaler Ebene – so ramponierte die finanzielle Absicherung des Baus durch Bundesbürgschaften und -kredite das von Eppler aufgemöbelte Ansehen der BRD in Afrika gehörig – stornierte die Bundesregierung im Frühjahr 1972 die Zahlungen für die Frankfurter Urangesellschaft, die sie zur Fortsetzung der Ausbeutung der Uranfunde in Namibia erhalten hatte (136).

Ohne ein bestimmtes Maß an subjektiver Fortschrittlichkeit der Einstellung Epplers sowie partiell auch objektiv fortschrittliche Funktionen dieser Politik zu negieren, stellt sich als Ziel dieser Entwicklungsstrategie jedoch deutlich heraus die Vorbereitung des Bodens für künftige Handelsbeziehungen und Investitionen (deren Wegbereiter Entwicklungspolitik nach Epplers Verständnis ohnehin zu sein hat). Unterschiedlich zur Politik etwa des US-Kapitals ist also letztlich nur die Methode, nicht die Zielsetzung im Sinne der Erhaltung des kapitalistischen Systems. Daß sich bei einer Politik, die bewußt den einstweiligen Verzicht auf Rohstoffressourcenbeherrschung, auf lukrative Aufträge usw. in Kauf zu nehmen bereit ist im Interesse der Aufrechterhaltung der Kapitalverwertungsbedingungen überhaupt, Opposition namentlich der kurzfristige Profitinteressen verfolgenden Monopole einstellt, wurde bereits am Beispiel der von CDU/CSU-Politikern geäußerten Vorstellungen gezeigt.

Differenzierungen in der Haltung der südafrikanischen Regierung sind indessen auch zu erkennen. Unter dem Druck wachsender politischer Schwierigkeiten im Innern, der Unabhängigkeitsbestrebungen der Namibia-Völker sowie Politik der Mehrheit der Vereinten-Nationen-Mitglieder zeichnete sich im Frühjahr 1972 eine Konzessionsbereitschaft der Regierung in Pretoria ab: Namibia, so Premier Vorster, könne möglicherweise einen relativ autonomen Status erhalten, allerdings nur nach einer Teilung des Landes (137). Unter der Voraussetzung, daß die Machtstellung der südafrikanischen Bergbaukonzerne in dem dann afrikanisierten Nordteil erhalten bliebe – angesichts der geographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten durchaus wahrscheinlich – wäre die RSA-Bourgeoisie ein erhebliches Unruhepotential, nämlich die Ovambobevölkerung Namibias los, könnte andererseits jedoch bei kritischen Entwicklungen verhältnismäßig unangefochten wieder zu militärischen Interventionen übergehen oder wirtschaftliche Pressionen einsetzen.

Bestimmend für die Pläne der RSA-Bourgeoisie wird der Ausgang der Auseinandersetzungen zwischen den zwei Hauptfraktionen in ihr sein, der angelsächsischen und eher zu Kompromissen in der Rassenfrage neigenden und der auf ein Wählerpotential mittelständischer und fachlich graduell unterschiedlich qualifizierter weißer Arbeiter sowie

130 So versprach die Heath-Regierung 1970 die Wiederaufnahme von Waffenlieferungen an die RSA und versuchte im letzten Winter die Souveränität Rhodesiens gegen den Willen der Afrikaner zu installieren, um den eingefrorenen Handel und die festliegenden Kapitalanlagen wieder zu mobilisieren. Die Nixon-Regierung pflegt beste Kontakte zum Caetano-Regime und nahm beispielsweise entgegen dem UN-Handelsboykott die Einfuhr rhodesischer Chromlieferungen wieder auf.

131 Enteignungsmaßnahmen in Uganda, Zambia, Tanzania und Somalia wurden von westdeutschen Monopolvertretern z.B. als "Nackenschläge für den deutschen Außenhandel" gebrandmarkt (ÜBERSEE-RUNDSCHAU Nr. 7-8/1970, S. 10).

132 "Entwicklungspolitik ... tut das Nächstliegende in einer revolutionären Weltlage", bekennt freimütig der v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegebene BONNER ALMANACH 1970 (S. 144).

133 Vgl. hierzu: DEUTSCHE VOLKSZEITUNG Nr. 36/1970 und SOZIALISTISCHE KORRESPONDENZ (Hamburg) Nr. 18/1970, S. 5. In der Praxis sah diese Hilfe so aus, daß Joaquin A. Shissau vom ZK der FRELIMO Ende 1970 in einem Interview erklärte: "Wir haben in den Zeitungen davon gelesen. Mehr ist uns von einer solchen Unterstützung nicht bekanntgeworden. ... Bisher haben wir noch nicht erfahren, welche Kontakt- und Unterstützungsversuche die sozialdemokratische Regierung im Hinblick auf die FRELIMO unternommen hat" (FR v. 1.12.1970).

134 So schwadronierte noch 1969 der HANDELSBLATT-Chefredakteur Hunck von "Desintegration" Portugals und seiner Kolonien, unter Beibehaltung natürlich der weißen Herrschaft (Vgl. hierzu: Joseph Maria Hunck: "Portugal und das Dritte Afrika", in: AUSSENPOLITIK, Hamburg, Nr. 9/1969, S. 556-569, hier: S. 567 f).

135 Vgl. u.a. FR v. 17.9.1970.

136 FR v. 8.2.1972.

137 FR v. 11.3.1972.

Farmer aller Größenordnungen angewiesenen burischen, die vor allem in der regierenden National Party organisiert ist. Die letztere, Konzessionen feindlich gegenüberstehende, ist dabei einem inneren Differenzierungsprozeß unterworfen, wie sich schon an der "Dialog"-Außenpolitik zeigte. Diese Entwicklung wird wiederum wesentlich abhängig sein von der Bewegung der Klassenkämpfe in der RSA, die in den letzten zwei Jahren an Stärke zugenommen haben und seitens der schwarzen Mehrheit mit der Frage der politischen Herrschaft verbunden werden, in einigen Fällen auch mit der der vollen Autonomie der sog. Bantustans, etwa im Falle der Zulus. Der beharrliche Widerstand der burischen Bourgeoisie hat die Situation extrem verschärft, so daß die Chancen der integrativen Variante sich ständig verringern, die die angelsächsische Gruppe anstrebt (138).

Damit gewinnt die schwarze Arbeiterklasse der RSA eine immer größere Bedeutung für die Zukunft des gesamten Subkontinents, denn der Sturz der herrschenden weißen Klasse in der RSA hätte das Ende des Neokolonialismus in der gesamten Region zur wahrscheinlichen Folge. Sie widerlegt damit gleichzeitig den Defätismus zahlreicher Autoren, darunter auch Tetzlaff, die es sich zur Illusion gemacht haben, die südafrikanische unterdrückte Bevölkerung als revolutionäres Potential auf zumindest lange Zeit abschreiben zu können. Wenn Tetzlaff damit die Befreiung etwa der RSA allein zur Chance der Befreiungsbewegungen deklariert, leugnet er platt die Rolle der Arbeiterklasse auch und gerade in einem Staat wie der RSA (139). Daß die Realität die Thesen des 1972 verstorbenen Vorsitzenden der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, John Marks, bestätigen, die er auf der Internationalen Beratung in Moskau 1969 formulierte, sei hierzu abschließend erwähnt. Er führte neben Erläuterungen zur Lage in Zimbabwe aus: "Der Krieg um die Befreiung Südafrikas hat schon begonnen und dehnt sich immer mehr aus. Gekämpft wird in Mozambique, Angola, Guinea (Bissau), Namibia und selbst der Republik Südafrika. Hinter der Feuerlinie aber sagen die Werktätigen in Stadt und Land dem faschistischen Terror immer häufiger den Kampf an und erheben das Banner des Widerstands immer höher. Dieser Kampf wird unvermeidlich in einen Krieg des ganzen Volkes münden, dessen Krönung die Beseitigung der Herrschaft der weißen Minderheit und die Errichtung der Macht des Volkes sein werden. Wir werden siegen!" (140)

---

138 Es zeugt von geringer Kenntnis der Verhältnisse in der RSA ("faschistische Ausbeutungsverhältnisse" /53/, was immer das sein mag), wenn hier die These aufgestellt wird, die schwarze Arbeiterklasse sei nicht in das System integrierbar /42/, andererseits von der von den Afrikanern angeblich intendierten "integrativen Lösung" des Rassenproblems /35/ gesprochen wird, die obendrein zur "Revolutionierung der Besitzverhältnisse führen" werde (ebda.). Abgesehen davon, daß hiermit der Bürgerrechtsbewegung unterstellt wird, sie habe keine Ahnung von den Klassenverhältnissen in der RSA, handelt es sich um eine Fehleinschätzung insofern als "Integration" als kapitalistischer Herrschaftsvariante hiermit prinzipiell potentieller Erfolg bestritten wird. Zum anderen ist die Erklärung der Unmöglichkeit aus den aktuellen Bedingungen sozio-ökonomisch unzureichend.

139 Tetzlaff scheint ein absonderliches Verhältnis zu den Kampforganisationen der unterdrückten Massen in Südafrika zu haben: Zum einen scherzt er über "Passivitäten" /51, Anm. 99/ derselben, zum anderen sind ihm die Erfolge der MPLA etwa "angebliche" /52/.

140 Rede John Marks' in: INTERNATIONALE BERATUNG DER KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN, Moskau 1969, veröff. Prag 1969, hier: S. 823.

III. Der politische Rainer Tetzlaff

An das Ende seiner Arbeit gekommen zieht unser Autor Schlüsse und stellt Prognosen auf. Mit diesen wollen wir uns nun etwas näher befassen. Vorweg jedoch soll kurz auf die Möglichkeiten eines von Portugal induzierten Dekolonisierungsprozesses eingegangen werden.

a) Cui bono?

Die Aktionen von Mueda (Mocambique) und Luanda (Angola) werden von Tetzlaff der Art eingeschätzt, daß "damit für Portugal die Möglichkeit vertan war, einen Dekolonisationsprozeß auf unblutige Weise durchzuführen." /52/ Konsequent zu Ende gedacht bedeutet dies, daß durch diese Aktionen die Befreiungsbewegungen sich selbst den Weg versperrten, die erste Phase der nationalen Befreiung, nämlich die Erringung der politischen Unabhängigkeit, auf relativ unblutige Weise durchführen zu können. Der Einwand, daß die politische Befreiung ja noch lange nicht die ökonomische bedeutet hätte, und daher diese Aktionen doch gerechtfertigt waren, wird gegenstandslos, wenn man die Geschichte der asiatischen und afrikanischen Länder seit 1945 betrachtet. Hier zeigt sich nämlich, daß die beiden Phasen des Kampfes, die um politische und die um ökonomische Unabhängigkeit, zeitlich auseinanderfallen und konkrete Aktionsziele der zweiten Phase im Kampf um die Erringung der politischen Unabhängigkeit nur eine marginale Rolle spielen. Die beiden einzigen erfolgreichen Ausnahmen, China und Vietnam, erklären sich aus der Führungsrolle einer kommunistischen Partei im Befreiungskampf.

Im übrigen stellt sich die Frage: Was heißt einen Dekolonisationsprozeß auf unblutige Weise durchzuführen? Natürlich kann Portugal heute immer noch auf unblutige Weise dekolonisieren. Die portugiesische Regierung kann schlicht und einfach Militär, Polizei und Staatsapparat aus den "Überseeprovinzen" abziehen und sie als unabhängige und souveräne Staaten anerkennen. Sicherlich werden auch dann Schüsse fallen, aber es wird das Freudenfeuer der Befreiungskämpfer sein. Die entscheidende Frage ist vielmehr, wem nützt es, wenn die portugiesische Regierung den Prozeß der Dekolonisierung vornimmt? Darauf hat unser Imperialismusforscher mit einem Cabralzitat bereits die Antwort gegeben: "Portugal kann nicht dekolonisieren, weil es unfähig ist zu neo-kolonialisieren." /43/

Erstaunlicherweise ist dem Autor dieser Widerspruch in seiner eigenen Argumentation nicht aufgefallen. Was meint Cabral also mit diesem Satz?

Cabral rekuriert damit auf die sozialökonomischen Verhältnisse Portugals, die einen Übergang zu moderneren Formen der Ausbeutung unmöglich machten und noch machen. Die aus der Geschichte Portugals zu erklärende sozial-ökonomische Stagnation verhinderte die Herausbildung der Bourgeoisie als eigener dominierender Klasse und damit gleichzeitig die Entwicklung des Kapitalismus. Diese Grunddeterminante hatte sich auf die Kolonien ihre Auswirkungen. Die portugiesische Bourgeoisie ist sich klar bewußt, daß sie ihre wirtschaftlichen Vorteile nur aus der politischen Verfügungsgewalt über die Kolonien ziehen kann, daß sie im ökonomischen Wettkampf, falls die Gebiete politisch unabhängig würden, den stärkeren imperialistischen Mächten unterliegen würde und daß sie aus diesem Grund auf Gedeih und Verderb mit dem kolonialen Status von Angola, Mocambique und Guinea-Bissau verbunden ist. So schrieb denn auch der ehemalige Überseeminister Moreira sehr zutreffend: "Was früher einmal freier Zugang zu den kolonialen Märkten hieß, heißt heute Entkolonisierung. Und auf dem frei zugänglichen Markt, für den die moderne Terminologie den Ausdruck 'politisch unabhängiges Territorium' setzt, besteht dann die sogenannte Gleichheit des Zugangs de facto in der Vorherrschaft jener Mächte, deren finanzielle und industrielle Mittel übermächtig genug zur Ausschaltung fast aller Konkurrenten sind. Nur ganz wenige Mächte sind in der Lage, an einem Wettbewerb dieser Art teilzunehmen. Damit beantworten wir bereits unsere Frage, wessen Inter-

essen gedient sei, wenn wirtschaftlich schwächere Besitzer von Überseegebieten sich dazu bewegen lassen, diesen politische Autonomie zu verleihen." (141)

b) Die angebliche MPLA

Bekanntlicherweise dienen die Beiträge in der SOPO nicht allein wissenschaftlichen Zwecken, sondern auch agitatorischen. Bekanntlicherweise besitzt auch die politische Agitation in einer Klassengesellschaft einen Klasseninhalt, der ihr Wesen und ihren Zweck charakterisiert. Demzufolge ist die Sprache der Politik ein Element des Klassenkampfes.

Welche Sprache spricht nun Rainer Tetzlaff?

In Vietnam kämpft seit Jahren ein Volk um seine Freiheit und Unabhängigkeit. Dieser Kampf wird von der National Liberation Front (NLF) geführt. An einem bestimmten Punkt der militärischen und politischen Entwicklung schuf die NLF eine reguläre Armee, die PLAF (Peoples Liberation Armed Forces). Daneben gibt es noch die Miliz etc. Als die US-Imperialisten in das Land kamen gaben sie ihren Gegnern verschiedenste Namen: "Commies", "VCs". Zum am weitest verbreitsten wurde der Name 'Vietkong'. Dieser Name hat vor allem den Vorteil, daß er den Klassencharakter des Krieges verdeckt, ganz im Gegenteil zum offiziellen Namen der NLF, der bereits den Inhalt und das Wesen dieses Krieges bestimmt, nämlich als Befreiungskampf. Die Befreiungskämpfer haben im ganzen Land Camps errichtet. Wenn dies in einem anderen Land geschieht, dann tut man ähnliches oder wie R. Tetzlaff schreibt, "Vietcongähnliches" /52/. Ein beliebtes Wort in den bürgerlichen Massenmedien ist, wenn es um die Berichterstattung der Befreiungskämpfe geht, "angeblich". Sofern man überhaupt die Kommuniques oder Rundfunksendungen der Befreiungsbewegungen zitiert, geschieht dies nur mit dem vorherigen Hinweis auf die Angeblichkeit. Damit denunziert man die um die Befreiung kämpfenden Massen als Lügner. Da dies über lange Zeit geschieht, entsteht der Eindruck von chronischen Lügnern in der Öffentlichkeit. Chronischen Lügnern aber kann man in keiner Weise trauen. Damit ist das psychologische Klima bestens vorbereitet, um politische Angebote wie z.B. den Sieben-Punkte-Friedensplan der PRRSV ablehnen zu können.

Wenn Tetzlaff also schreibt, daß "die MPLA angeblich in 10 von 15 Provinzen aktiv (sei)" /52/, dann stellt er sich objektiv auf die Seite der protugiesischen Propaganda, die bekanntlich den Befreiungsbewegungen außer Grenzüberfällen jede Aktivität abspricht. Wenn Tetzlaff schon meint, er müsse sich – aus welchem Grund auch immer – von der MLPA distanzieren, dann wäre wohl das Mindestmaß an Fairneß, daß er sich mit einem Hinweis begnügt, daß die Aussage von MPLA gemacht wird.

c) Die aktive FRELIMO

Ganz im Gegensatz zur MPLA hat unser Autor die FRELIMO ins Herz geschlossen. Keine Denunziation, kein Wort der Distanz.

Interessanterweise ist die FRELIMO nicht nur der Liebling Tetzlaffs, sondern sogar des Herrn Eppler. Wie kommt dies?

Die spezifischen sozialökonomischen und politischen Bedingungen in den drei afrikanischen Kolonien Portugals bedingten auch unterschiedliche ideologische Ausgangsbedingungen bei den drei betroffenen Befreiungsbewegungen (142). Dabei zeigte sich, daß die theoretische Unsicherheit bei der FRELIMO am stärksten war. Das machte sie auch

141 A. Moreira: PORTUGALS ÜBERSEEPOLITIK, Baden-Baden 1963, S. 72.

142 Diese unterschiedliche Entwicklung setzte sich auch nach der Intensivierung des Kampfes fort. Dies wird deutlich, wenn man die zur gleichen Zeit entstandenen Arbeiten (anfang 1969) Cabrals, Mondlanes und Netos vergleicht. In: Schilling /Unger (Hrsg.): ANGOLA-GUINEA-MOCAMBIQUE, Frankfurt 1971.

anfälliger nicht nur für Spaltungen, sondern auch für Infiltration durch Opportunisten und Agenten selbst in den Spitzengremien.

Von daher ist auch die Taktik der SPD/FDP-Regierung verständlich sich hauptsächlich an die FRELIMO zu wenden, da sie hier hoffen konnte, die einheitliche Front der drei Befreiungsbewegungen zu spalten. Doch bekanntlich machte sie ihre Rechnung ohne den Wirt.

Verständlich auch, daß Liberale und klassenmäßig schwankende Intellektuelle Affinitäten für die FRELIMO, die ihnen theoretisch ebenbürtig scheint, entwickeln.

Damit ist aber der FRELIMO unrecht getan. Wie das Kommunique des ZK der FRELIMO vom 22.5.1970 zeigt, ist sie sehr wohl in der Lage nicht nur die objektiven und subjektiven Ursachen aufzudecken, die die ideologische Stabilisierung behinderten, sondern auch Wege und Mittel zu weisen wie sie erreicht werden kann (143).

d) Der tendenziell richtige Trend

An dem vorletzten Punkt seiner Ausführungen angelangt, meint Tetzlaff, wenn seine "Einschätzung der zu erwartenden Trends tendenziell richtig (ist), dann ist eine Beendigung der portugiesischen Kolonialkriege, ..., nur durch sofortigen oder stufenweisen Rückzug Portugals aus Afrika vorstellbar." /53/

Tetzlaff verblüfft. Was nun, wenn seine Einschätzungen (wie z.B. die Angeblichkeit) falsch sind? Lösen sich dann die Kolonialkriege ohne Rückzug der Portugiesen? Unser Autor erkennt wieder einmal das Naheliegendste ohne das Wesentliche zu erfassen.

Natürlich sind die Kolonialkriege erst durch den Abzug der Portugiesen zu beenden. Wie denn sonst?

Für den weiteren Verlauf der Befreiungskämpfe spielen die von Tetzlaff betonten Momente, wie etwa der Erhalt externer logistischer Basen /53/ zwar eine wichtige aber nicht die dominierende Rolle. Gerade die kubanische Revolution ist in dieser Hinsicht beispielhaft. Auf rein militärischer Ebene kann die Intensität des Kampfes durchaus mittelfristig zurückgehen. Aber allein die militärische Ebene ist nicht ausschlaggebend (144). In einem lang andauernden Krieg – und ein anderer ist bei der militärischen, technischen und ökonomischen Überlegenheit der Kolonialmächte nicht zu führen – liegt das entscheidende Kriterium in der Kampfbereitschaft und der Opferbereitschaft der Volksmassen und in der politisch richtigen Führung durch eine politische Avantgarde. Externe Umstände können diesen Prozeß beschleunigen oder verlangsamen, aber ihn nicht unterbinden.

Und da diese Bedingungen in fast allen Ländern des südlichen Afrikas erfüllt sind, sind die Tage der Kolonialisten und Rassisten (145) gezählt. Der Kampf der Volksmassen kann zurückgedrängt werden, er kann sogar temporär unterbunden werden, aber solange das um seine Befreiung kämpfende Volk nicht ausgerottet ist, wird es immer wieder mit den verschiedensten Formen und Methoden diesen Kampf aufnehmen.

143 Kommunique des ZK der FRELIMO, in: AIB H.5/1970, S. 21-24.

144 Die Zahl der Feuerüberfälle oder der erschossenen portugiesischen Soldaten kann nur ein marginales Kriterium für die Bestimmung des erreichten Kampfstandes sein. Oft sind Streiks und Demonstrationen in den Städten wesentlich effektiver.

145 Es ist uns im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich das Problem zu diskutieren, ob die RSA ein faschistischer Staat ist. Daher vermeiden wir auch Bezeichnungen wie Faschisten etc.

Die gerade durch Adam sehr popularisierte These bedarf u.E. einer eingehenden Auseinandersetzung, die erst zu späterem Zeitpunkt geleistet werden kann.

Ihr aktuelles Magazin

afrika heute

für: Politik Wirtschaft Kultur

afrika heute TERROR –
Wer denkt an die Motive?

afrika heute RASSISMUS
auf den Olympischen Spielen:
1936 Applaus – 1968 Skandal –
1972?

afrika heute RHODESIEN
Dokumente I und II
zum Rhodesien-Problem

afrika heute REVOLUTION
das algerische Entwicklungs-
modell – zehn Jahre Erfahrung

afrika heute ENTWICKLUNG
Projekt-Analysen –
wem nutzt Entwicklungshilfe?

afrika heute KORRUPTION
Analyse des Phänomens
und Prognosen

afrika heute KONFLIKTE
Wirtschaftsstrategien
im südlichen Afrika

afrika heute CABORA BASSA,
Portugals Kolonial-Politik
in Afrika

afrika heute AFRIKAS KUNST
der junge afrikanische Film
und Filmemacher

Ihr DISKUSSIONSFORUM

FORDERN SIE KOSTENLOS UND UNVERBINDLICH EIN PROBEEXEMPLAR AN!

DEUTSCHE AFRIKA-GESELLSCHAFT e. V.
5300 BONN 1 · MARKT 10/12 · TELEFON 631277

Richard Albrecht

Die gegenwärtige Korsch-Renaissance in der BRD und Westberlin

Bedingungen, Ursachen, Folgen *

I

In den letzten Jahren, genauer: seit 1966, sind auf dem offiziellen Buchmarkt der BRD und Westberlins fast in schöner Regelmäßigkeit viele Arbeiten von Karl Korsch wiedererschienen. Wurde zu Beginn der 60er Jahre in der BRD dieser Autor zunächst nur als „Lehrer von Berthold Brecht" wiederentdeckt und als solcher sowohl dem Kampf gegen den „östlichen Totalitarismus" wie insbesondere einem größeren bürgerlichen Publikum (1), aber auch der fortschrittlichen literarischen Intelligenz (2) schmackhaft zu machen versucht, so wurde der derzeit in der BRD und Westberlin zu beobachtenden Korsch-*Renaissance,* ja Korsch-*Mystifikation* durch einen Aufsatz von Erich Gerlach in einem Publikationsorgan der sich damals herausbildenden „Neuen Linken" der Boden bereitet (3), ebenso wie in vergleichbaren Publikationsorganen in Westeuropa sich etwa zur gleichen Zeit eine zunehmende Orientierung auf politische Praxis und Ideologie von Korsch (4) und – etwas später – gleichermaßen scheinradikale Ideologen, etwa Anton Pannekoek, abzeichnete.

So verwundert es nicht, festzustellen, daß namentlich von diesen scheinradikalen Ideologen des allseitigen weltanschaulichen Chaos der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Stadium des entfalteten Imperialismus, in trauter Zusammenarbeit mit den Ideologen der sogenannten „Frankfurter Schule" der „kritischen Theorie der Gesellschaft" (5), der –

---

* Der hier abgedruckte Aufsatz ist Teil eines demnächst im Verlag Marxistische Blätter erscheinenden Taschenbuchs.

1 W.D. RASCH: "Berthold Brechts marxistischer Lehrer". In: MERKUR XVII. Jg. 1963, S. 988-1003.

2 DIE ALTERNATIVE. Zeitschrift für Literatur und Diskussion. 8. Jg. 1965, Heft 41: "Karl Korsch – Lehrer Berthold Brechts".

3 E. GERLACH: "Karl Korsch und der Marxismus". In NEUE KRITIK. 18/1963, S. 16-21.

4 P. MATTICK: "Karl Korsch: His Contribution to Revolutionary Marxism." In CONTROVERSY. Vol. I. 1/1962, S. 11-21 (1963 französisch erschienen); E. GERLACH: "Karl Korsch's Undogmatic Marxism." In: INTERNATIONAL SOZIALISM (London) Winter 1964/65, S. 22-27.

5 Korsch selbst bezeichnet diese ihm bekannten Ideologen, namentlich Horkheimer, als "Metaphysiker", mit denen ihn weniger verbinde als etwa mit dem modernen logischen Empirismus Carnaps, machte sich über die "impotente Philosophie" der "Institutsleute" des Instituts für Sozialforschung (damals: in New York) lustig und stand dem Publikationsrummel, den diese in den USA entfachten, ablehnend gegenüber (s. Brief an Paul Mattick vom 23. Dez. 1938 – zit. nach dem Original im Institut für Internationale Sozialgeschichte, Amsterdam: "Korsch-Nachlaß").

wenn man so will – theoretische Leichnam Karl Korsch exhumiert und für den bürgerlichen Hausbedarf aufbereitet wurde.

Eine bürgerliche Verlagsinstitution, die gewerkschaftlich orientierte Europäische Verlagsanstalt, deren Programm in wesentlichen Momenten kennzeichnet, daß sie ganze Büchereien „*über* Marx und *über* den Marxismus" (6) bereitstellt (7), fand sich zur Herausgabe der Arbeiten von Korsch schnell bereit und entdeckte alsbald, daß die Herausgabe der größeren wie kleineren Schriften dieses Autors ein recht einträgliches Geschäft für ganze Abteilungen des kommerziellen Kapitals sein kann. Ob allerdings, wie vom Verlag verlautbart wird, „das in den letzten Jahren in allen Ländern (gemeint: in den westeuropäischen imperialistischen Metropolen – R. A.) sprunghaft gestiegene Interesse an den Schriften Karl Korschs" deutlich zeigt, „wie aktuell sein Beitrag zur Diskussion des Sozialismus beim gegenwärtigen Stand der Arbeiterbewegung ist" (8), muß aus guten Gründen bezweifelt werden. Freilich ist nicht anzuzweifeln, daß ein bürgerlicher Verlag, welcher als Abteilung des kommerziellen Kapitals, den Gesetzen des kapitalistischen Warenmarktes gehorchend, stets darum bemüht sein muß, seine feilgebotenen Waren als etwas Besonderes, als Waren, die der Konkurrent auf dem Publikationsmarkt linker Prägung nicht verkaufen kann, darzubieten: dazu bedient sich die Europäische Verlagsanstalt (EVA) – wie jeder kommerzielle Kapitalist – einer entsprechenden Verpackung. In diesem Fall jener, die auf den „gegenwärtigen Stand der Arbeiterbewegung" zielt. Es verdient gleich eingangs festgehalten zu werden, daß noch die derzeitige Dominanz der bürgerlichen Linie in der westdeutschen Arbeiterbewegung zum Moment der profitträchtigen Umtriebe eines kapitalistischen Verlages in der BRD gerinnt.

II

Marxisten können sich nicht mit den Feststellungen der Ideologen des Handelskapitals mit dem ursachenlosen „sprunghaften Anstieg" begnügen oder gar noch diesen unbestreitbaren Tatbestand als Zufälligkeit oder als bare Münze nehmen. Jedem Marxisten, der dieses Geschehen auf dem Buchmarkt der BRD und Westberlins und gerade auf jenem Teil. der linke Publikationen feilbietet, registriert, drängen sich folgende Fragen auf:

Welche Tendenzen, insbesondere welche Form bürgerlicher und revisionistischer Ideologie, drücken diese neuerlichen Herausgaben von Karl Korsch aus?

Welche Aufgabe haben dabei die Vor- und Afterworte der als Herausgeber fungierenden Ideologen?

Welche ideologisch-politischen Zwecke verfolgen diese Neuherausgaben in der BRD und Westberlin?

Welche reale Bedeutung, welche Verbreitung kommt diesen Neuherausgaben zu?

Welche besondere Rolle kommt ihnen, gemäß der speziellen Adressaten, im Zusammenhang der ideologischen Hauptorientierung Korsch's auf der politisch-ideologischen Seite des realen Klassenkampfs heute zu?

6 W.R. BEYER: TENDENZEN BUNDESDEUTSCHER MARXBESCHÄFTIGUNG, Köln 1968 (Pahl-Rugenstein-Verlag), zit. S. 32.
7 Europäische Verlagsanstalt. GESAMTVERZEICHNIS (1. Halbjahr) 1972 Frankfurt/M. (1972).
8 VERLAGSMITTEILUNG DER EVA (Allgemeines Buchprogramm) (Etwa Mitte 1972), S. 20.

Dazu sind zunächst, noch bevor die Struktur der Korsch'schen Ideologie in ihren Grundzügen und die Funktion im politisch-ideologischen Klassenkampf der BRD und Westberlins darzustellen sind, einige Sachverhalte vorauszuschicken.

Die Korsch-*Renaissance* in der BRD und Westberlin wurde zunächst durch die von Erich Gerlach besorgte Neuherausgabe der zuerst 1923 erschienenen philosophischen Arbeit „Marxismus und Philosophie" einschließlich der Korsch'schen „Antikritik" von 1930, einschließlich ferner einiger kleinerer Arbeiten zur Dialektik: „Der Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung" (1922), „Die Marxsche Dialektik" (1923) und „Über materialistische Dialektik" (1924) eingeleitet (9). Diese Neuherausgabe von „Marxismus und Philosophie", von jenem Text also, der Korsch in den Augen eines Teils seiner bürgerlichen Epigonen zum „Erneuerer" des „revolutionären Humanismus" des „jungen Marx", der (ähnlich Lukacs' zur gleichen Zeit) die „marxsche Vision vom selbstbewußt handelnden und damit die Wirklichkeit und sich umwälzenden Proletariat" (10) wiederaufgenommen habe, kurz: „zu einem der größten Marxisten aller Zeiten" (11) über das triste Grau der einfachen Marxisten emporhob, war zweifellos die erfolgreichste Unternehmung von Verlag und Ideologen: bis Ende Juli 1972 waren 10.100 Exemplare von „Marxismus und Philosophie" aufgelegt (12).

1967 erschien die von Korsch 1937/38 verfaßte Arbeit „Karl Marx", die 1963 in New York als fotomechanische Neuherausgabe des englischen Originals schon zugänglich war (13). Sie erlebte bisher eine Gesamtauflage von 6.500 Exemplaren.

1968 erschien, in gekürzter Fassung, die Arbeit „Arbeitsrecht für Betriebsräte" von 1922 (14) (Auflage: 9.000). In dieser Arbeit wird versucht, ähnlich wie in den Arbeiten von Korsch zur ‚Sozialisierung" 1919/20, ein aktivistisches Konzept der Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf auf der Ebene des Einzelunternehmens zu entwerfen. Korsch erscheint hier in der Tat als ein Vorläufer der heutigen bürgerlich-reformistischen Konzeption der „industriellen Demokratie" – was ihn natürlich umso mehr als Mentor der bürgerlichen Arbeiterpolitik auch für die heutigen gewerkschaftlichen Führungskräfte akzeptabel macht.

1969 erschienen die „Schriften zur Sozialisierung" (15). Diese Herausgabe stand dabei

9 K. KORSCH: MARXISMUS UND PHILOSOPHIE. Hrgg. u. eingel. v. E. GERLACH. Frankfurt/M. 1966 (EVA). 3. Aufl. 1971. – Obwohl häufig genug die bibliographischen Angaben der Korsch-Arbeiten nicht exakt sind, verzichte ich hier auf bibliographische Richtigstellungen – schließlich gehts ja nicht vordringlich um die Machenschaften der Korsch-Aufbereiter und -epigonen.
10 I. FETSCHER: "Von der Philosophie des Proletariats zur proletarischen Weltanschauung". In: MARXISMUSSTUDIEN. 2. Folge. Tübingen 1957, S. 26-60, zit. S. 57.
11 P.C. LUDZ: In: G. LUKACS: SCHRIFTEN ZUR IDEOLOGIE UND POLITK.Hrg. u. eingel. v. P.C. LUDZ. Neuwied/Berlin 1967, zit. S. 721 (Anmerkung).
12 Schriftliche Mitteilung des Verlages an mich v. 9. Aug. 1972
13 K. KORSCH: KARL MARX. Im Auftrag des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte hrgg. v. G. LANGKAU. Frankfurt/M. 1967 (EVA) 3. Aufl. 1971
14 K. KORSCH: ARBEITSRECHT FÜR BETRIEBSRÄTE (1922). Hrgg. u.m.e. Vorwort v. E. GERLACH. Eingel. v. D. SCHNEIDER. Frankfurt/M. 1968 (EVA). 3. Aufl. 1972
15 K. KORSCH: SCHRIFTEN ZUR SOZIALISIERUNG. Hrgg. u. eingel. v. E. GERLACH. Frankfurt/M. 1969 (EVA). Derzeit vergriffen. (Auflage 5.000).

sicherlich im Zusammenhang mit der damals heftigen Bewegung von fortschrittlichen Kräften der jüngeren bürgerlichen Intelligenz, deren Wollen sich um „direkte Demokratie", Räteorganisation und syndikalistische und neo-anarchistische Utopien zentrierte. Diese Ausgabe enthält die frühen Arbeiten von Korsch zu Problemen der „Sozialisierung" (1919/20), ferner die Untersuchungen des Autors zur Pariser Commune (1929/31), in denen in der bakuninschen Interpretation Korsch's das aktivistische Moment seiner Ideologie deutlich im Vordergrund steht, sowie die syndikalistischen Interpretationen der Sozialisierungsfrage in Katalonien zur Zeit des Spanischen Bürgerkrieges (1938/39). 1970 erschien keine Neuherausgabe, dafür 1971: „Die materialistische Geschichtsauffassung" (16). Diese Ausgabe enthält, neben nicht zufriedenstellenden Anmerkungen zu den Texten von Gerlach, der sich der Problematik seiner eigenen Zusammenstellung nicht einmal hinsichtlich des verfolgten Zweckes der Glorifizierung des „undogmatischen Marxismus" von Korsch bewußt ist, einen fotomechanischen Nachdruck der zuerst im „Grünberg-Archiv" 1930 erschienenen Kautsky-Kritik, ferner einige kleinere Arbeiten von Korsch. So die bereits in der „Marxismus und Philosophie"-Ausgabe desselben Verlags erschienene Skizze „Über materialistische Dialektik", so die Skizze „Lenin und die Komintern" (1924), die Rezension der damaligen Lukac'schen idealistischen Verbrämung der „revolutionären Realpolitik" Lenins von 1924 (17), die zuerst im „Proletarischen Feuilleton" des K.P.D.-Organs für Mitteldeutschland und Mittelthüringen „Neue Zeitung" und später in der „Internationale" (Nov. 1924) erschienene Rezension von Stalins „Fragen des Leninismus", so die Sammelrezension der rechtstheoretischen Arbeiten Renners und Paschukanis von 1930 („Grünberg-Archiv"), die damals in der BRD auch schon in zweiter Auflage wieder erschienen war (18), ferner eine „Erstveröffentlichung": „Die Krise des Marxismus" (1931) sowie eine Skizze zur „dialektischen Methode im 'Kapital'", die zuerst 1932 erschien und der Einleitung der Korsch'schen Ausgabe des 'Kapital' (1. Bd.) (19) in etwa entspricht. Aber auch diese Skizze war dem westdeutschen Leser schon teilweise bekannt, jedenfalls zugänglich (20). In ihr entwickelt Korsch seine Interpretation der Marxschen „Methode der politischen Ökonomie", die er als axiomatisch-quasi-mathematische begreift, um sie so – was in „Karl Marx" später dann ausdrücklich geschieht – umso besser für den bürgerlichen Horizont aufzubereiten und und sie der bürgerlichen Sozialwissenschaft anzuempfehlen (21).

16 K. KORSCH: DIE MATERIALISTISCHE GESCHICHTSAUFFASSUNG UND ANDERE SCHRIFTEN. Hrgg. v. E. GERLACH. Frankfurt/M. 1971 (EVA-"basis"-Studienausgabe). (Auflage 8.200).

17 Diese Arbeit erschien auch nicht zufällig wieder in der BRD: G. LUKACS: LENIN. Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken. Neuwied/Berlin 1967 (Luchterhand-Verlag). 3. Aufl 1969

18 Als Einleitung zu: E. PASCHUKANIS: ALLGEMEINE RECHTSLEHRE UND MARXISMUS. Versuch einer Kritik juristischer Grundbegriffe. Frankfurt/M. 1969 (Verlag neue Kritik). 2. Aufl. 1969, S. I - XI.

19 K. MARX: DAS KAPITAL, 1. Bd. Hrgg. u. eingel. v. K. KORSCH. Berlin 1932 (Kiepenheuer).

20 Vgl. das wiederabgedruckte Geleitwort von KORSCH in: K.MARX: DAS KAPITAL. 1. Bd. Berlin-Frankfurt/M. 1969 (Ullstein-Verlag), S. V-XXVII (gekürzt).

21 Vgl. insbesondere, neben KARL MARX: K. LEWIN/K. KORSCH: "Mathematical Constructs in Psychology ans Soziology". Paper, sent in for 5th international Congress for the Unity of Science. In: THE JOURNAL OF UNIFIED SCIENCE (Erkenntnis). Vol. IX (1939); Ed. by R. CARNAP/H. REICHENBACH. Chicago / III. 1939, S. 113 - 121.

Damit allerdings erschöpft sich die Exhumierung nicht. Wie der Verlag auf Anfrage mitteilte, ist darüber hinaus eine auf mindestens zwei Bände angelegte Herausgabe der „Gesammelten Aufsätze" von Korsch als Reihe geplant. So soll im Februar 1973 im Rahmen des „allgemeinen Buchprogramms" eine von Gerlach herausgegebene Aufsatzsammlung: „Gesammelte Aufsätze I" erscheinen. Bedenkt man, daß neben der Untersuchung „Um die Tariffähigkeit revolutionärer Gewerkschaften" (Berlin 1928) in der Tat nur noch kleinere veröffentlichte und unveröffentlichte Korsch-Arbeiten greifbar sind, so ist zu mutmaßen, daß die geplanten Bände auch nur Vorstudien zu größeren (und inzwischen vom Verlag selbst veröffentlichten) Arbeiten, Dispositionen und Fragmente enthalten können. Namentlich Aufsätze aus „Die Internationale" (1923/24/25), aus der von Harro Schulze-Boysen herausgegebenen Zeitschrift „Der Gegner" (1932), aus Franz Pfempferts „Aktion" (1929/32), später dann aus den von Paul Mattick in den USA herausgegebenen Zeitschriften „Living Marxismus" und „New Essays" (22).

Will man das Ausmaß der Exhumierungsversuche verdeutlichen, müssen ferner die verschiedenen sogenannten „Raubdrucke" erwähnt werden. Diese sind in der BRD und Westberlin seit 1968/69 erschienen und brachten fast alles, was in der scheinradikalen Vorstellungswelt in den 20er Jahren Rang und Namen hatte, insbesondere natürlich diverse Arbeiten von Korsch, unter die Leute. Die Flut dieser Raubdrucke und ihre Verbreitung ist, insbesondere was die Arbeiten von Korsch betrifft, in der BRD und Westberlin kaum zu überblicken. Es erschienen aber mindestens zwei textgleiche Ausgaben der „Materialistischen Geschichtsauffassung" vor der EVA-Ausgabe 1971, ebenso wie kleinere Arbeiten von Korsch. Beispielsweise kam auf die eben geschilderte Art und Weise Korsch's kommentierte Ausgabe der Marxschen Kritik am Gothaer Programm – geschrieben 1922 – unter die Leute, ebenso Nachdrucke der Korsch-Aufsätze aus „Der Gegner"; hier lehnt sich Korsch an seine zuerst in „Marxismus und Philosophie" begonnene Untersuchung der Rezeptionsproblematik der verschiedenen europäischen Strömungen des „Marxismus" nach Marx und Engels sowie insbesondere an seine Systematik des 1929 geschriebenen „Labriola-Gutachtens" (23) an, da in dieser Skizze zuerst systematisch die formale und objektivistische Strukturierung der Ströme des „Marxismus" seit den 1890er Jahren von Korsch in Angriff genommen wurde.

Ferner ist ausdrücklich hinzuweisen auf die Göttinger Studentenzeitschrift „politicon", die – unter dem Einfluß Gerlachs und anderer Ideologen stehend – sich dem „Marxismus" Korsch's ausdrücklich verpflichtet weiß. Hier wurde eine Arbeit von Korsch ebenfalls „zum ersten Mal" nachgedruckt (24). Darüber hinaus erschien kürzlich eine Fassung der

22 Die für den heutigen antimarxistischen, besonders den antileninistischen Kampf zweifellos wichtigste Arbeit aus dieser Zeit erschien bereits auf dem Höhepunkt der antiautoritären Studentenbewegung in der BRD. S. K. KORSCH: "Zur Philosophie Lenins" (1938). In: A. PANNEKOEK: LENIN ALS PHILOSOPH, (1938). Hrgg. v. A. Schmidt, m.e. Vorwort v. P. MATTICK u. einer Rez. v. K. KORSCH. Frankfurt/M. 1969 (EVA), S. 127 - 138.

23 K. KORSCH: "Gutachten über Antonie Labriola und seine Bedeutung für Theorie und Geschichte des Marxismus." Berlin 1929 (unveröffentlichtes Ms.).

24 Diese, dem zutiefst bürgerlichen Verfahren des jus prima noce, des Rechts auf die Jungfräulichkeit der Frau, entsprechende Beteuerung der "Erstveröffentlichung", des "ersten Nachdrucks" usw., die wir am Beispiel der Texte von KORSCH erleben, die winselnden Beteuerungen der Herausgeber usw. – die häufig genug, so auch hier, keineswegs zutreffen –, sind überhaupt ein Zeichen dafür, welche Bedeutung die Ware "Korsch-Text" in der BRD inzwischen erreicht hat. – Hier handelt es sich um: K. KORSCH: "Von der bürgerlichen Arbeiterpolitik zum proletarischen Klassenkampf." (Zuerst 1930). In: POLITICON 33/1970, S. 22 - 24; Auch dieser

Korsch'schen Antrittsvorlesung an der Universität Jena (1923) mit entsprechenden Kommentaren von Jürgen Seifert (25), in denen versucht wird, den „undogmatischen Marxismus" und die rechtstheoretischen und rechtsphilosophischen Ansätze von Korsch der Kritik der bürgerlichen Rechtswissenschaft nutzbar zu machen.

Schließlich ist etwa Mitte 1972 eine von anonymer Seite besorgte, dabei formal und philologisch in Text und Kommentar sorgfältig vorgehende Sammlung von 19 „unbekannten" Arbeiten Korsch's zur Politik, politischen Ökonomie und Geschichtstheorie erschienen (Arbeiten aus den Jahren 1912 – 1926) (26). Diese neueste, ihrem Selbstverständnis nach „anti-bürgerliche" und dem kommerziellen, offiziösen Buchmarkt entzogene Korsch-Herausgabe mit dem Schwerpunkt auf den Arbeiten von Korsch zur „Sozialisierung" sowie zur politischen Ökonomie aus „Die Internationale" bietet darüber hinaus die umfassendste und wissenschaftlich fundierteste Hypostasierung der Aktualität der Korsch'schen Arbeiten für die heutige revolutionäre und anti-imperialistische Bewegung im entwickelten Imperialismus. „Neu" und „unbekannt" freilich sind die Korsch-Texte, zumindestens der größte Teil nach der im Juli 1972 abgeschlossenen Neuherausgabe der „Internationale" in der BRD, gewiß nicht.

III

Man sieht: die Korsch-*Renaissance* steht dem bürgerlichen Publikationsrummel in der BRD gut zu Gesicht. Sie wäre auch unter dem Gesichtspunkt der Textvergleiche für Marxisten durchaus aufschlußreich zu untersuchen (27). Daß es – am Beispiel der Schriften von Korsch in aller Deutlichkeit nachzuvollziehen – natürlich auch darum geht, mit der „Erstveröffentlichung" bzw. der allerneuesten Neuherausgabe usw. für seine und die jeweils nur vom jeweiligen Unternehmen vertriebene Ware Korsch Reklame zu machen, versteht sich von selbst und entspricht den Gepflogenheiten, die der kapitalistische Warenmarkt und das profitable Geschäft mit der geistigen Arbeit anderer, insbesondere das mit – wirklichen oder vermeintlichen, toten oder lebendigen – „großen" „marxistischen" „Theoretikern", diktiert. Zumeist handelt es sich freilich in der BRD um das Geschäft mit den vermeintlichen Marxisten.

Es versteht sich ferner von selbst, daß bei derlei trüben kapitalistischen Unternehmungen

Text erschien, was die Herausgeber nicht zu wissen scheinen, als AUSGANG DER MARX-ORTHODOXIE. Bernstein-Kausky – Luxemburg – Lenin", in einem "Raubdruch" aus der GEGNER (6/1932) schon 1969 wieder in der BRD (leicht verändert und ohne die Schlußabsätze der Fassung von 1930). – Es steht zu vermuten, daß diese typisch kapitalistische Reklametechnik der EVA, die als Monopolist die Konkurrenten zwingt, auch die unwichtigsten oder in anderer Fassung sattsam bekannten Korsch-Arbeiten als die allerneueste Veröffentlichung auszugeben, die Umsätze steigern und das Säckel dieses Unternehmens erheblich zu füllen vermochte.

25 K. KORSCH: "Jus belli ac pacic im Arbeitsrecht". J. SEIFERT: "Anmerkungen zu Korschs Rechtstheorie." In: KRITISCHE JUSTIZ. 2/1972 (EVA), S. 142 - 149, S. 149 - 153.

26 K. KORSCH: KOMMENTARE ZUR DEUTSCHEN 'REVOLUTION' UND IHRER NIEDERLAGE. Neunzehn unbekannte Texte zur politischen Ökonomie, Politik und Geschichtstheorie. S'Gravenhage 1972 (Rotkdruck-Gießen, Bd. 21).

27 Vgl. BEYER: TENDENZEN..., S. 32 - 60; vgl. H.G. HELMS: "Zur Kritik der westdeutschen Marx / Engels-Ausgaben." In: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK. 12. Jg. 1967, Heft 12, S. 1272 - 1287.

es dem Monopolisten der Korsch-Arbeiten – der EVA – freisteht, dem Leser – wie geschehen – in verschiedenen Ausgaben nicht nur längst in der BRD wieder veröffentlichte, sondern in den eigenen verschiedenen Korsch-Ausgaben jeweils den gleichen Text aufzutischen und ihm dafür sein Geld aus der Tasche zu ziehen. Diese Methode kapitalistischer Geschäftemacherei bezeichnet der Volksmund allerdings zu Recht als *Etikettenschwindel.*

Neben dem kommerziellen Kapitalisten der Verlagsanstalten scheint aber in nicht unbeträchtlichem Maße eine Schar von Ideologen, deren Hauptnahrungszweig die Aufbereitung, Kommentierung, die Versehung der Korsch-Texte mit Vor- und Afterworten ist, an diesem profitablen Unternehmen beteiligt zu sein. Handelt es sich zunächst typischerweise um jene Kategorien des bürgerlichen Publikationsbetriebs, die vornehmlich von der (geistigen) Arbeit anderer zu leben scheinen, so machen diese Exploiteure der Produkte fremder (geistiger) Arbeit – auch wenn es die von Karl Korsch ist – darüber hinaus die Herausbildung von Illusionen über sich selbst und ihre geistige Wahlverwandtschaftwie über den Imperialismus überhaupt – so scheint es am Beispiel Korsch einmal mehr – zu ihrem Hauptnahrungszweig.

Zwar liegt die politisch-ideologische Funktion solcherart geistiger Parias weniger offen zutage: aber auch hier handelt es sich am Beispiel der Produktion einer „wachsenden Menge von Sekundärliteratur" mittels Vor- und Afterworten zu den „Neuauflagen der Schriften jeglicher pseudo-marxistischer Spielart aus den ersten drei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts", die in der BRD zudem „fortlaufend vermehrt wird" (28), einerseits um das „Bereitstellen 'amtlicher' oder 'halbamtlicher' *Orientierungshilfen*" (29) im herrschenden anti-marxistischen und anti-kommunistischen Kampf der BRD. Diese bedient sich – wie Beyer treffend feststellt – zudem noch häufig genug der Methode der „Leser-*Massage*" (30) durch Auswahl und Kommentierung der Wiederveröffentlichungen.

Andererseits aber handelt es sich um ein *typisch imperialistisches Manöver* im ideologisch-weltanschaulichen Bereich des Klassenkampfes, wozu sich derzeit die Arbeiten von Karl Korsch vorzüglich eignen: die in den letzten Jahren in Bewegung geratene studierende Jugend und jüngere geisteswissenschaftliche Intelligenz, die bestimmte Widersprüche des westdeutschen Imperialismus praktisch erfuhr und dagegen zu revoltieren begann, die insbesondere die Hohlheit und Brüchigkeit der von ihr hinterfragten bürgerlichen Ideologie zu erkennen begann, diese Intelligenz soll an der logischen und einzig möglichen Konsequenz dieser Entwicklung, an der Beschäftigung mit den heutigen Marxisten und heutigen marxistischen Arbeiten zur politischen Theorie, Strategie und zur anti-imperialistischen Praxis unter den heute in Westeuropa herrschenden Bedingungen und somit indirekt an der aktiven Teilnahme an der demokratischen und Arbeiterbewegung gehindert werden (31). Dazu bedienen sich die Ideologen, die – aus welchen Gründen in ihrem Selbstverständnis wie zur Rechtfertigung sie das auch immer tun mögen – schon seit Jahren des „kritischen" und „undogmatischen Marxismus" von Korsch, dessen Arbeiten sie aufbereiten und feilbieten (32) und somit die Gelegenheit der Bevor-Wortung und Kommentierung der Korsch-Texte ausgiebig wahrnehmen.

28 H.G. HELMS: "Zur Kritik...," hier zit. nach: FETISCH REVOLUTION. Marxismus und Bundesrepublik, Neuwied/Berlin 1969 (Luchterhand-Verlag), S. 173 - 200, zit. S. 186.

29 W.R. BEYER: TENDENZEN..., S. 38.

30 BEYER: TENDENZEN..., S. 56.

31 Vgl. R. STEIGERWALD: MARXISTISCHE KLASSENANALYSE ODER SPÄTBÜRGERLICHE MYTHEN, Frankfurt/M. 1972.

32 Zu den Veröffentlichungen MATTICKs und insbesondere GERLACHs s.u. (Anm.

Die Ideologie von Karl Korsch eignet sich aus verschiedenen Gründen dazu hervorragend. Zum einen, weil sie in sich recht widersprüchlich ist und durchaus als eine typische, moderne Intellektuellenideologie im entwickelten Imperialismus fungieren kann, zum anderen, weil sie ihrem – von den Ideologen für bare Münze genommenen – Selbstverständnis nach „kritisch", „undogmatisch", „antidogmatisch" und überhaupt „ideologiekritisch" ist, und zum dritten, weil sich in ihr durchgängig voluntaristische und aktivistische Tat-Elemente im Vordergrund finden. Viertens enthält diese Ideologie schon die, dem heutigen Bedürfnis der Rechtfertigung und Verschleierung der herrschenden Verhältnisse unterm westdeutschen Imperialismus angemessenen Momente der scheinradikalen „marxistischen" Kritik an der „konterrevolutionären" oder gar „kapitalistischen" Sowjetunion. Fünftens bietet diese Ideologie, gerade im Hinblick auf die Legitimationsproblematik, zu der der Sozialismus in bürgerlich-intellektuellen Kreisen immer noch und wieder herunterkommt, eine idealistische Scheinlösung. Sechstens schließlich birgt die Ideologie von Korsch bei entsprechender Anwendung schon immer die Möglichkeit, die Widersprüche der sozialistischen Gesellschaftsformation zum Zwecke der Subversion des realen Sozialismus überhaupt zu erkennen (33). Diese vielfältigen Momente werden als verbindende ideologische Klammer von der Verkennung und Negierung des Prinzips der bewußten und schöpferischen proletarischen Parteilichkeit in politischer Praxis, Theorie und Wissenschaft des Marxismus umspannt. Erst hieraus erklären sich auch die zunächst disparat erscheinenden diversen Vorsatzstücke der Korsch'schen Ideologie.

IV

Zur Kritik an der Ideologie Korsch's ist es relativ belanglos, ob nun „Marxismus und Philosophie" oder „Karl Marx" von den modernen bürgerlichen Ideologen als „Hauptwerk" bezeichnet wird. Es mag in dieser Hinsicht den berufsmäßigen Marxologen, Marx-Deutern und vermeintlichen Marx-Philologen, namentlich den Herren Fetscher und Negt in der BRD überlassen bleiben, ihr Publikum und diejenigen, die immer noch ihre Bücher kaufen, in dieser Hinsicht zu beeinflussen (34).

2 und 3). Ferner sind die Arbeiten von Fetscher, Alfred Schmidt, Oskar Negt, Jürgen Seifert u.a., also hauptsächlich der Rest der inzwischen zersetzten "Frankfurter Schule" bzw. ihrer derzeitigen philosophischen Häupter, zu erwähnen.

33 So hat beispielsweise P.C. LUDZ, einer der derzeitigen Leitungsideologen des westdeutschen Imperialismus, seine Karriere als "Ideologiekritiker" "undogmatischer", scheinradikaler Prägung begonnen. S. dazu die "Einleitung" von Ludz zu: Lukacs: SCHRIFTEN ZUR IDEOLOGIE UND POLITK, a.a.O., (Anm. 11) S. XI - LV. S. schon früher: P.C. Ludz: "Dialektik u. Ideologie in der Philosophie Hegels. Ein Beitrag zur Phänomenologie des Ideologischen." In: ARCHIV FÜR RECHTS- UND SOZIALPHILOSOPHIE. XLVII Jg. 1961. Neuwied/Berlin 1961. S. 133 - 146. S. auch die Diss. des Autors: "Der Ideologiebegriff des jungen Marx und seine Fortentwicklung im Denken von Georg Lukacs und Karl Mannheim" (Phil. Diss., FU Berlin) 1956.
Die kürzlich von D. Kehler: "Peter Christian Ludz – seine Rolle in der psychologischen Kriegsführung gegen die DDR" (ZfG 5 / 1971, S. 648 - 653) entworfene Skizze verkennt diesen Zusammenhang.

34 O. NEGT: "Theorie, Empirie und Klassenkampf. Thesen zur Konstitutionsproblematik bei Korsch." In: POLITICON 38 / 1971, S. 15 - 19, behauptet: "Das Hauptwerk von Korsch ist nicht "Marxismus und Philosophie", sondern sein Buch "Karl Marx." (S. 16). Diese POLITICON-Nr. enthält neben fünf KORSCH-Glorifikationen (anonym; J. Seifert; O. Negt, G.E. Busconi, G. Vacca) die deutsche Übersetzung von: K. KORSCH: "A Non-dogmatic Approach to Marxism." (zuerst: 1946; teilweise wiederabgedruckt in ALTERNATIVE 41/1965). Dort arbeitete KORSCH eigene Fragmente von 1931 / 32 wieder ein.

Fest steht, daß für den antimarxistischen und insbesondere für den antileninistischen Kampf – das belegen nicht zuletzt die Arbeiten von Fetscher (35) und Negt (36) selbst – von den Ideologen stets „Marxismus und Philosophie", zur Rechtfertigung ihrer eigenen sozialwissenschaftlichen Tätigkeit wie zur Einbürgerung dieser Art „Marxismus" in die empirische Sozialforschung zur methodologischen Begründung stets „Karl Marx" mit dem Korsch'schen Plädoyer für die streng empirische einzelwissenschaftliche Forschung herangezogen wird (37), zumal hier die materialistische Dialektik als Kern der Marxistischen Theorie völlig zertrümmert ist.

Korsch selbst hatte – bevor er, einerlei ob mit „Marxismus und Philosophie", mit „Karl Marx" oder mit anderen Arbeiten, in den Augen der Ideologen und berufsmäßigen Korsch-Deutern zum „großen" „theoretischen" „Marxisten" avancierte – immer schon die *typische Intellektuellenkritik* an der Marx'schen Theorie und an der sozialistischen Praxis vertreten, die stets bestimmte Oberflächenerscheinungen der marxistischen Theorie wie der kämpfenden Arbeiterbewegung zum Wesen des Marxismus hypostasierten. Dieses Phänomen kann im übrigen in klassischer Form anhand der Bürokratismuskonzeption Robert Michels (38) und Max Webers Herrschaftssoziologie (39), aber auch bei der literarischen und Bohèmeintelligenz in Deutschland, insbesondere bei dem Kreis um die „Aktion" (40), herausgearbeitet werden.

Es muß hier festgehalten werden, daß Korsch bereits in der Zeit seiner Mitgliedschaft in der englischen „Fabian Society" – jener liberalintellektuellen Vereinigung, die seit den 1880er Jahren für die „Umgestaltung der Gesellschaft durch Überzeugung" (Bernal) (41)

35 FETSCHER: "Von der Philosophie..., a.a.O., (Anm. 10).

36 O. NEGT: "Marxismus als Legitimationswissenschaft. Zur Genesis stalinistischer Philosophie". Einleitung zu: A. DEBORIN / N. BUCHARIN: KONTROVERSEN ÜBER DIALEKTISCHEN UND MECHANISCHEN MATERIALISMUS. Hrgg. und eingel. .v O. NEGT. Frankfurt/M. 1969, S. 7 - 48.

37 O. NEGT: "Theorie, Empirie, Klassenkampf...," a.a.O., (Anm. 34), S. 16 / 17: zur Lösung der "K o n s t i t u t i o n s f r a g e" sei es notwendig, an der Korschschen "Begründung einer m a t e r i a l i s t i s c h e n S o z i a l f o r s c h u n g, ohne welche die Marxsche Theorie ihren empirischen Gehalt zu verlieren droht" anzuknüpfen. Praktisch wurde dieser Versuch beispielsweise auf dem Politologenkongress in Westberlin, auch hier wiederum an Korsch anknüpfend, unternommen. S. die Beiträge zur Tagung der "Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft" (Westberlin, Herbst 1969). In: POLITISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT PVS), Sonderheft 2 / 1970, (Köln-Opladen 1971), S. 53 - 152 zum Rahmenthema: "Räte als politische Organisationsprinzip". –
Wie sich Negt selbst die p r a k t i s c h e Inangriffnahme im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit vorstellt, s. O. Negt: SOZIOLOGISCHE PHANTASIE UND EXEMPLARISCHES LERNEN. Zur Theorie der Arbeiterbildung. Frankfurt/Main 1968; insbesondere die identitätsphilosophische Klassenbewußtseinstheorie ist an Korsch-Lukacs orientiert. S. Negt, ebenda, "Geschichtsbewußtsein und klassenlose Gesellschaft", S. 66 - 77.

38 R. MICHELS: ZUR SOZIOLOGIE DES PARTEIWESENS IN DER MODERNEN DEMOKRATIE. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, (1910), Leipzig 2. Auflage 1925, Neuauflage Stuttgart 1957.

39 M. Weber: WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT. 2. Bd.e. Köln/Berlin 1964, Studienausgabe, bes. Abschnitt 2 und 8 des IX. Kapitels.

40 Vgl. neuerdings: L. PETER: LITERARISCHE INTELLIGENZ UND KLASSENKAMPF. Die Aktion 1911 - 1932. Köln 1972.

41 J.D. BERNAL: WISSENSCHAFT. Sciency in History. 4. Bd. e. Reinbek bei Hamburg 1970, zit. 4., S. 1015

eintrat – schon die „herrschenden Dogmen des Marxismus" in Form der „Inhaltslosigkeit", der „nichtssagenden Formel" von der „Vergesellschaftung der Produktionsmittel" als „sozialistische Organisation der Volkswirtschaft" anprangerte und – getreu der Hauptorientierung der englischen Fabier – um den Einfluß dieser Art positiv-utopischen, in Wirklichkeit des „reaktionären oder Bourgeoissozialismus" (Marx/Engels) „auf die intellektuelle Jugend" bangte (42).

Es versteht sich fast schon von selbst, daß für derlei ideologisches Sozialismus-Verständnis entweder das Proletariat als Anhängsel der politischen Bewegung der liberalen Bourgeoisie, welche die „ungebildeten Arbeiter" in der „volkstümlichen Ansprache" in der Art der englischen „Fabians" aufzuklären habe (43), erscheint, oder aber daß – insbesondere in Zeiten der revolutionären Gärung der Arbeiterbewegung wie 1918/19 und in der ersten Phase der Weimarer Republik bis 1923 in Deutschland – eine *einfache Negation* des ersten ideologischen Standorts vorgenommen wird. Diese plumpe Umstülpung, wie sie Korsch als *typischer* Vertreter der bürgerlichen Intelligenz vornimmt, hat allerdings weder mit der Hegelschen Triade noch mit der negierten Negation, der bestimmten Negation der Negation, irgendetwas zu tun. Sie bleibt oberflächliche Makulatur: nun erscheint vielmehr das kämpfende Proletariat als universalgeschichtlicher deus ex machina, als praktisch gewordener Weltgeist. Die proletarische Revolution, die stets nur als „reine" Form gedacht und aus dem Kopf gesetzt werden kann, erscheint dieser Art intellektueller Revoluzzerei als Verkörperung der Geschichte und ihrer Logik schlechthin; so sagt beispielsweise Korsch selbst in seiner Antrittsvorlesung: „Das Proletariat ist die erste Klasse, die mit einem vollständigeren und klaren Bewußtsein ihre weltgeschichtliche Aufgabe zu erfüllen unternimmt. Es will das Naturrecht seiner Klasse, um dessen Verwirklichung es seine heutigen Kämpfe führt, nach seinem Siege nicht verewigen, sondern mit den Klassen und Klassengegensätzen zugleich auch das Recht der Arbeiterklasse aufheben." (44)

Beide Varianten der ideologischen und typisch idealistischen, identitätsphilosophisch

42 K. KORSCH: "Die sozialistische Formel für die Organisation der Volkswirtschaft". In: DIE TAT (Jena). 4. Jg. 1912, H. 9, S. 507 - 509. Wiederabgedruckt in: K. KORSCH: KOMMENTARE, a.a.O., (Anm. 26), S. 4 - 7.
Aufschlußreich für den politischen Standort von Korsch vor 1914 ist ebenfalls der Artikel: "Die Fabian Society." In: DIE TAT (Jena). 4. Jg. 1912, H. 8, S. 422-427. Hier fällt Korsch noch hinter die bürgerliche Aufklärung zurück.

43 K. KORSCH: "Vorbemerkung" des Hrg. zu B. SHAW: DER SOZIALISMUS UND DIE GEISTIG BEGABTEN. Eine Erwiderung an Herrn Mallock, Hannover (1919) (Verlag Freies Deutschland: Praktischer Sozialismus. Eine Schriftreihe.– Hrgg. v. K. KORSCH. Bd. 2), zit. S. 6 / 7. –
Korsch's Vorwort richtet sich aus, das "Massenproblem" der "Befürchtungen" vor der Nivellierungstendenz im "Sozialismus" der "großen, in den letzten Jahrzehnten konstituierten Gesellschaftsklasse der höheren Angestellten", der Privatbeamten in leitenden Stellungen in Handel und Industrie" (S. 5) zu zerstreuen. Unabhängig von den dahinterstehenden klassentheoretischen Implikationen – natürlich waren weder damals noch heute diese Kategorien von Werktätigen jemals eine eigene "Gesellschaftsklasse" – wird deutlich, daß der Sozialismus zur Legitimationsproblematik verkommt.

44 K. KORSCH: "Jus belli ac pacis im Arbeitsrecht", a.a.O. (Anm. 25), zit. S. 149; vgl. ähnliche Tendenzen bei Georg Lukacs im Aufsatz "Verdinglichung...": G. LUKACS: GESCHICHTE UND KLASSENBEWUSSTSEIN. STUDIEN ÜBER MARXISTISCHE DIALEKTIK. Berlin 1923.

orientierten Scheinlösung der philosophischen Subjekt–Objekt-Problematik, mit deren Hilfe die zentrale revolutionstheoretische Fragestellung gelöst werden soll, ignorieren sträflich die reale Dialektik der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse, sie ignorieren die grundlegende materialistisch-dialektische und historisch-materialistische Erkenntnis, „daß in der menschlichen Gesellschaft, unabhängig vom Willen der Menschen, Gesetzmäßigkeiten und Zusammenhänge wirken, die von den Menschen erkannt, berücksichtigt, gefördert oder gehemmt werden können" (45).

So wurde für Korsch selbst, ähnlich wie heute unter weltgeschichtlich veränderten Bedingungen der historischen Offensive des Sozialismus für seine Adepten im kapitalistischen Westeuropa und insbesondere in Westdeutschland und Westberlin, schon zu Beginn seiner Orientierung auf die revolutionär-sozialistische Arbeiterbewegung der proletarische Klassenkampf und die proletarische Revolution zum Identitätsproblem. Für ihn gilt jetzt die Sozialisierung der Produktionsmittel als „Identität von historischem Entwicklungsprozeß und umwälzender menschlicher Tätigkeit" (46), die „Vereinigung von Theorie und Praxis" in der marxistischen Philosophie entspräche – so vermeint Korsch – der „Identität von gegenständlicher Erkenntnis und Tätigkeit" (47). Diese identitätsphilosophischen Spekulationen, die Korsch bekanntlich aus dem Hegelschen philosophischen *System* entlehnte, bestimmen von nun an das Korsch'sche Denken und seine Interpretation der materialistischen Dialektik von Marx und Engels.

In „Marxismus und Philosophie" unternimmt Korsch dann den ersten systematischen, dabei noch tastenden Versuch, anhand der Herausbildung und Entwicklung der marxistischen Philosophie selbst nachzuweisen, daß Marx und Engels „auch in der zweiten, positiv-wissenschaftlichen (philosophischen) Periode" seit Beginn der 1850er Jahre von „solch (dualistisch) metaphysischer Auffassung des Verhältnisses von Bewußtsein und Wirklichkeit", jenem großen Grundmangel des „Vulgärsozialismus", dem „Festhalten an jenem naiven Realismus, mit dem der sog. gesunde Menschenverstand ... zwischen dem Bewußtsein und seinem Gegenstand eine scharfe Trennungslinie (zieht)" (48) weit entfernt gewesen sein sollen. Denn auch die „marxistisch-materialistische Dialektik" sei, Hegel folgend, durch das *„Zusammenfallen von Bewußtsein und Wirklichkeit"* (49) gekennzeichnet und erst dadurch von jenem vulgären „naiven Realismus" abgehoben.

Logische Konsequenz dieses chaotischen, ideologisch-identitäts-philosophischen archimedischen Punktes der Philosophie wie der politischen Ideologie und Praxis Korsch's ist die falsche und ideologische, der marxistischen Philosophie fremde Auffassung der Leugnung der realen, objektiven Dialektik. Für Korsch reduziert sich demnach Dialektik auf die bloße Begriffsdialektik, auf die „Sphäre der menschlichen geschichtlichen Praxis" (50). Die marxistische Bestimmung des Subjekt–Objekt-Verhältnisses und insbesondere die Leninsche Bestimmung der materialistischen Dialektik in „Materialismus und Empi-

45 H. BEYER: "Revolutionärer Marxismus und der linke Revolutionarismus gestern und heute". In: DZfPH, 16. Jg. 1968, H. 10, S. 1191 - 1206, zit. S. 1193.

46 K. KORSCH: "Grundsätzliches über Sozialisierung" (1920). In: SCHRIFTEN ZUR SOZIALISIERUNG, a.a.O., (Anm. 15), zit. S. 81.

47 K. KORSCH: Grundsätzliches über Sozialisierung, a.a.O., zit. S. 71.

48 K. KORSCH: MARXISMUS UND PHILOSOPHIE, a.a.O., (Anm. 9), zit. S. 126 / 127

49 K. KORSCH: MARXISMUS UND PHILOSOPHIE, a.a.O., zit. S. 128

50 R. RICHTA / J. ZELENY: "Der Leninsche Begriff der Dialektik und die Gegenwart". In: PHILOSOPHENKONGRESS DER DDR 1970 (Teil V). Berlin / DDR 1970, S. 85 - 97, zit. S. 90.

riokritizismus" (1909) (51) und in den philosophischen Nachlaßfragmenten (1914–1916) (52) erklärt Korsch dagegen als „metaphysisch", „naiv", „dualistisch", kurz: als bürgerlich. Denn der philosophische Materialismus Lenins gehe „von der metaphysischen Vorstellung eines absolut gegebenen Seins" aus: „Indem Lenin und die Seinen die Dialektik einseitig in das Objekt, die Natur und die Geschichte verlegen, und die Erkenntnis als eine bloße passive Widerspiegelung und Abbildung dieses objektiven Seins in dem subjektiven Bewußtsein bezeichnen, zerstören sie tatsächlich jenes dialektische Verhältnis zwischen dem *Sein* und dem *Bewußtsein,* und in einer notwendigen Konsequenz hiervon dann auch das dialektische Verhältnis zwischen der *Theorie* und der *Praxis*." (53). Gegenüber solchermaßen „kritischen" und „undogmatischen" Revisionsversuchen der materialistischen Dialektik bleibt zuallererst festzuhalten, daß „die Dialektik als objektive Gesetzmäßigkeit der Bewegung der Materie nicht nur dort (existiert), wo ein Subjekt, der Mensch, vorhanden ist, sondern unabhängig von jedwedem Subjekt, vom Menschen (wirkt)" (54).

Ferner bleibt festzuhalten, daß in der marxistischen Theorie und insbesondere für Lenin die materialistische Dialektik und Erkenntnis „die ewige, unendliche Annäherung des Denkens an das Objekt (ist). Die Widerspiegelung der Natur im menschlichen Denken ist nicht „tot", nicht „abstrakt", nicht ohne Bewegung, nicht ohne Widersprüche, sondern im ewigen Prozeß der Bewegung, des Entstehens der Widersprüche und ihrer Lösung aufzufassen" (55). Da kein Denken wie kein Subjekt ohne Objekt existieren kann, sind die „Subjekt–Objekt-Beziehungen der menschlichen geschichtlichen Praxis als Sondersphäre der natürlichen und historischen Wirklichkeit" (56) aufzufassen. Korsch und seinen modernen Apologeten bleibt diese richtige Auffassung der materialistischen Dialektik dagegen fremd und unbegriffen.

Zur historischen Exemplifizierung seiner idealistisch-identitätsphilosophischen und in der theoretischen Orientierung auf die elementarsten Fragen der materialistischen Dialektik und Erkenntnistheorie schon subjektivistischen Interpretation der marxistischen Philosophie bedient sich Korsch in „Marxismus und Philosophie" der Methode, die „materialistische Geschichtsauffassung" und die Methode des historischen Materialismus *„auch auf die materialistische Geschichtsauffassung selbst"* (57) anzuwenden. Es ist dies – Beyer hebt das zu Recht hervor (58) – die methodologische Grundlegung der modernen bürgerlichen und revisionistischen Marxologie. Ihre Aufgabe besteht darin, den Marxismus von innen her theoretisch-ideologisch auszuhöhlen. Darin besteht, einhergehend mit einem philosophischen Relativismus, dem Einheitlichkeit und Geschlossenheit der marxistischen Theorie wie – in der politischen Praxis – des sozialistischen Lagers ein Dorn im Auge sein muß, auch diese *„undogmatische und antidogmatische, historische und kritische"* (Korsch) Bedeutung dieser philosophischen und „ideologiekritischen" revisionistischen Lehre. Im

51 WERKE Bd. 14.
52 WERKE Bd. 38.
53 K. KORSCH: MARXISMUS UND PHLOSOPHIE, a.a.O., (Anm. 9), zit. S. 62 ("Antikritik").
54 RICHTA / ZELENY: "Der Leninsche Begriff der Dialektik und die Gegenwart", a.a.O., zit. S. 90.
55 W.I. LENIN: "Konspekt zu Hegels "Wissenschaft der Logik". Die Lehre vom Begriff". WERKE Bd. 38, hier zit. S. 185.
56 RICHTA / ZELENY: a.a.O., zit. S. 91.
57 K. KORSCH: MARXISMUS UND PHILOSOPHIE, a.a.O., (Anm. 9), zit. S. 34 / 45 ("Antikritik").
58 W.R. BEYER: TENDENZEN..., a.a.O., (Anm. 6), S. 32 - 60 ("Die Marxologen").

übrigen wissen das Herausgeber und Aufbereiter des revisionistischen Klassikers Korsch sehr gut. Beispielsweise heißt es in der Verlagsreklame zu „Karl Marx", nachdem festgestellt wurde, daß sich „im Marx-Buch" gegenüber „Marxismus und Philosophie" der „Akzent" in „heute noch höchst akuter Weise verschoben" habe und daß in „Karl Marx" das „szientifische Element, das Verhältnis der Marxschen Methoden und Analysen zu modernen empirisch-wissenschaftlichen Methoden" im Vordergrund stehe: „Dieser Aspekt könnte gerade heute in einer Situation, in der dem herkömmlichen Marxismus die materielle Basis verlorengegangen zu sein scheint und in der die Marxisten selbst den Marxismus mehr und mehr als eine metaphysische Lehre neben anderen zu betrachten bereit sind, einen die Auseinandersetzung vertiefenden und aktualisierenden Ansatzpunkt bieten" (59).

Abgesehen davon, daß es sich hier um Wunschträume der imperialistischen Ideologen handelt, kann man dem Verlag nur dankbar dafür sein, daß er in so offenherziger Weise die programmatischen Vorstellungen der Ideologen für die politisch-ideologische Sphäre des Klassenkampfs in seiner Reklame ausplaudert. Denn es ist klar, daß mit der Methode des Totschweigens wie insbesondere der heute bereits unglaubwürdigen Methode des „Marxtötens" des alten Preußen Heinrich von Treitschke den ideologischen Legitimationsbedürfnissen des Imperialismus angesichts der allseitig erfahrbaren Verschärfung der Widersprüche des entwickelten Imperialismus und des Erstarkens des Sozialismus wohl kaum angemessen entsprochen werden kann. Dazu bedarf es seit der Herausbildung des Imperialismus entsprechend subtilerer und diffizilerer Methoden und entsprechender Ideologen. Lenin selbst kennzeichnete diese modernen Methoden des Imperialismus in der politisch-ideologischen Sphäre in „Materialismus und Empiriokritizismus" in einer Weise, die heute nach wie vor treffend ist: „Eine immer raffiniertere Verfälschung des Marxismus, immer raffiniertere Versuche, antimaterialistische Lehren als Marxismus auszugeben – das kennzeichnet den modernen Revisionismus sowohl in der politischen Ökonomie als auch in den Fragen der Taktik und in der Philosophie überhaupt, in der Erkenntnistheorie ebenso wie in der Soziologie." (60).

V

Es wäre objektivistisch, würden Marxisten auf Analyse und Darstellung derjenigen Personengruppe, deren Hauptnahrungszweig die „immer raffinierteren Verfälschungen des Marxismus" (Lenin) ist, verzichten. Am Lebensschicksal von Karl Korsch selbst müssen die wesentlichen Momente der gesellschaftlichen und Klassenlage wie des Wirkens dieser Intellektuellenkategorie herausgearbeitet werden. Dabei zeigen sich für die sozialen Träger des modernen Revisionismus wie der modernen imperialistischen Marxologie, von denen für das imperialistische System richtungweisende und verwertbare ideologische wie strategische Anstöße nur ausgehen können, einige allgemeine Züge:
Erstens zeigt sich, daß diese Ideologen zumeist in der Arbeiterbewegung – zeitweilig sogar in leitenden Funktionen – jahrelang arbeiteten, so daß sie die marxistische und Arbeiterbewegung aus der eigenen Erfahrung kennen.
Zweitens entfernten sich diese Ideologen jeweils an einem bestimmten historischen Wendepunkt der Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung von dieser wie vom realen Sozialismus, um schließlich offen in politischer Praxis und Ideologie die sozialistische Bewegung zu bekämpfen.
Drittens ist dieser Entwicklungsprozeß schließlich durch die Aufgabe jeder – zeitweilig

59 Europäische Verlagsanstalt: Verlagsreklame für: Karl Korsch: KARL MARX. o.O. o.J. (hektographiertes Blatt).
60 W.I. LENIN, "Materialismus und Empiriokritizismus", a.a.O., zit. S. 334.

durchaus vorhandenen – fortschrittlichen Momente in ihrer Politik und Ideologie gekennzeichnet. Ergebnis ist die völlige Verkennung der realen Möglichkeiten der revolutionären, antiimperialistischen und Arbeiterbewegung wie der demokratischen Bewegung überhaupt. Es ist dies der Punkt, an welchem vom Standpunkt des antiimperialistischen Lagers aus Meinungen, Anschauungen und Positionen dieser Personen als völlig von der Wirklichkeit gelöste, als besondere Form der Sozialpathologie anzusehen sind.
Durch das Zusammenspiel dieser Momente ist diese Personengruppe für die ideologischen Machenschaften des Imperialismus hervorragend geeignet.

In politisch-ideologischer Hinsicht ist die Entwicklung des Ideologen Korsch im Zuge des Scheiterns des ersten revolutionären Ansturms der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik zu skizzieren (61). Korsch kam im Zuge der Vereinigung der Mehrheit der USPD mit der KPD Ende 1920 in die VKPD (62), wo er bis zu seinem Ausschluß am 30. April 1926 (63) in leitenden Funktionen arbeitete. So war er u. a. militärischer Instrukteur in Thüringen, vorübergehend Justizminister im Koalitionskabinett der „Arbeiterregierung" in Thüringen, Redakteur der „Internationale", Landtags- und Reichstagsabgeordneter sowie mit verschiedenen besonderen Aufgaben betraut. Natürlich konnten, da objektiv bis 1923, zumindestens aber durchgängig in der KPD und im Bewußtsein der Mitglieder und Funktionäre, die sozialistische Revolution geschichtlich möglich war und es schien, als verschärfte sich bis 1923 das Entwicklungstempo der Bewegung der Arbeiterklasse, weder Korsch noch die verschiedenen „ultralinken" Gruppierungen in der KPD, die allesamt bedingungslos an der Möglichkeit des schnellen Übergangs zum Sozialismus und an der proletarischen Revolution festhielten und ihre Ideologie und aktivistische politische Praxis daran ausrichteten, in einen offenen Gegensatz zu den realen Bedingungen des Klassenkampfs in dieser Periode geraten. Erst als sich im Zuge der Anerkennung der Verlangsamung des Tempos der revolutionären Bewegung im Deutschen Reich in der zeitweiligen „Stabilisierung" der monopolkapitalistischen Verhältnisse, ferner im Zusammenhang mit der „Bolschewisierung" der Sektionen der KOMINTERN und der KPD (ab Mitte 1925) zeigte, daß der bedingungslose Aktivismus den veränderten Bedingungen des Klassenkampfs nicht gerecht werden konnte, geriet Korsch in offenen, scharfen Gegensatz zu KOMINTERN und zur Leitung der KPD. Zwar beteiligte sich Korsch – was von seinen Adepten tunlichst verschwiegen wird – zunächst an der „ideologischen" „Bolschewisierung" der KPD (64). Von seinem ideologischen, antileninistischen Standpunkt jedoch ist er niemals abgewichen. Konnte er den Leninismus nur als besondere „Ideologie" des sozialökonomisch und sozialkulturell zurückgebliebenen Rußland begreifen, so verstand er niemals die Bedeutung Lenins als Theoretiker, der nicht nur den revolutionären Marxismus wiederherstellte, sondern die marxistische Theorie, insbesondere durch die Imperialismustheorie, weiterentwickelte. So reduziert sich für Korsch, entgegen seiner

62 S. die biographischen Fragmente in MARXISMUS UND PHILOSOPHIE, a.a.O., (Anm. 9), S. 178 / 179. S. ferner die Kurzbiographie in: H. WEBER: DIE WANDLUNG DES DEUTSCHEN KOMMUNISMUS. Die Stalinisierung der KPD 1924 - 1929. 2. Bd. e. Frankfurt/M. 1969 (EVA). Bd. 2, S. 192 / 193.

63 S. dazu: INPREKORR (Internationale Presse Korrespondenz) Nr. 91 v. 6.Juli 1926, S. 1487. S. weiter zur eingehenden Begründung: D. MANUILSKY: "Über umgestülpten Menschewismus und Sozialfaschismus." In: DIE KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE. 7. Jg. Hamburg 1927, S. 342 - 365.

64 S. Korsch's ausführliche und überschwengliche Besprechung von Stalins "Fragen des Leninismus". Wiederabgedruckt in: DIE MATERIALISTISCHE GESCHICHTSAUFFASSUNG..., a.a.O., (Anm. 16), S. 151 - 156.

syndikalistischen Ausrichtung der „Sozialisierungsarbeiten" (65) der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion unter schwierigsten geschichtlichen Bedingungen auf die Etablierung des „proletarischen Staatskapitalismus" entsprechend den Bedingungen der Periode der Neuen Ökonomischen Politik (66). Dementsprechend finden sich auch schon bei Korsch all jene Elemente „ultralinker", in Wirklichkeit typisch scheinradikaler Kritik am Marxismus–Leninismus und an der Sowjetunion, die bis heute für die Richtung der Feinde des Sozialismus und der Subversanten der Arbeiterbewegung und der anti-imperialistischen Bewegung überhaupt kennzeichnend sind (67): Praxis und Theorie sei nicht revolutionär, sondern „opportunistisch entartet", allenfalls „sozialdemokratisch". Die KOMINTERN ordne sich wie ihre einzelnen Sektionen zunehmend den außen- (und innen-)politischen Sicherheitsbedürfnissen der Sowjetunion unter. Diese sei „konterrevolutionär" usw.; und vor allem für die Weimarer Republik zu Beginn des Jahres 1926 bei Korsch: die Entwicklung enthalte „alle objektiven Elemente für eine konkret revolutionäre Politik" (68), wobei hier natürlich in typischer Manier des Ideologen unter „revolutionärer Politik" die Ausrichtung auf die unmittelbare ökonomische Krise und die bevorstehende gewaltsam durchzuführende proletarische Revolution verstanden wird.

Nach seinem Ausschluß aus der KPD gab Korsch, zusammen mit den ehemaligen KPD-Funktionären Schwarz und Schlagewerth, das von Reichstagsdiäten finanzierte „Diskussionsblatt" der „Entschiedenen Linken", die „Kommunistische Politik", heraus (69). Charakteristisch für die objektive Hilflosigkeit der politischen Ideologie dieser scheinradikalen Gruppe außerhalb der Arbeiterbewegung, charakteristisch aber auch für die Hypostasierung der „Revolution" als Tagesaufgabe wie für die Hauptstoßrichtung gegen die Sowjetunion und gegen die KPD ist für Korsch in jener Zeit, daß die Sowjetunion und die Kommunistischen Parteien schlicht „konterrevolutionär" waren (70).

In den folgenden Jahren bis zum schließlichen Sieg der faschistischen Konterrevolution im Deutschen Reich zerfielen die „ultralinken" Gruppierungen immer mehr. Korsch, dem

61 Vgl. M. THOM: "Das theoretische Wesen und politische Funktion des neuhegelianischen Revisionismus in den 20er Jahren unseres Jahrhunderts in Deutschland (unter besonderer Berücksichtigung von Georg Kukacs und Karl Korsch)". Leipzig 1964 (Phil. Diss.).
Vgl. ferner: H. TITZMANN: "Der Kampf des Thälmannschen Zentralkommitees um die Anwendung der materialistischen Dialektik bei der Analyse der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland – notwendiges Element zur Durchsetzung der marxistisch-leninistischen Theorie in der KPD." Berlin 1965 (Diss. - IfGw b. ZK d. SED).
Vgl. weiter: D. UHLIG: "Marxistisch-leninistische Philosophie und relative Stabilisierung". Leipzig 1965 (Phil. Diss.).

65 Vgl. SCHRIFTEN ZUR SOZIALISIERUNG, a.a.O., (Anm. 15) – durchgehend.

66 Vgl. K. KORSCH: "Vom Imperialismus zum proletarischen Staatskapitalismus. Vier Thesen für leninistische Kurse." In: NEUE ZEITUNG. 6. Jg. 1925. Jena 1925 v. 21. März 1925 ("Proletarisches Feuilleton").

67 Vgl. R. STEIGERWALD, a.a.O., (Anm. 31).

68 K. KORSCH: "Der Weg der Komintern." (Rede auf einer KPD-Funktionärskonferenz im April 1926). Anhang: Plattform der Linken (Berlin) 1926, hier zit. S. 19, ("Plattform").

69 KOMMUNISTISCHE POLITIK. Diskussionsblatt der Linken. Berlin 1926 / 1927 (erschien von Mai 1926 bis Dez. 1927).

70 K. KORSCH: ("Reichstagsrede gegen den weißen Terror in der Sowjetunion"). Reichstag III. Wahlperiode. 327. Sitzung. Freitag den 24. Juni 1927. Protokoll S. 11051 - 11054.

die faschistische thüringische Landesregierung die Professur an der Universität Jena entzogen hatte, übersiedelte nach Berlin. Dort arbeitete er ab 1929 gelegentlich an der „Aktion" – die damals schon Sprachrohr der deutschen Trotzkisten wie Trotzkis selbst war – mit (71), hielt Gastvorlesungen an der Berliner Universität und organisierte Studienzirkel zum „kritischen Marxismus" in Berlin-Neukölln (72) und arbeitete – wie andere Linksradikale – an der „Sozialwissenschaftlichen Vereinigung" Paul Levis mit. Ferner arbeitete er an der „Gesellschaft für empirische Philosophie" mit (73) und publizierte in kleineren und heute kaum mehr bekannten, noch weniger zugänglichen Zeitschriften. Außerdem stand Korsch in seiner Berliner Zeit in Verbindung mit der sich – als Vorläufer der „IV. (trotzkistischen) Internationale" – herausbildenden und organisierenden „linken Opposition". Von der sozialen und Klassenlage aus betrachtet, mußte Korsch in jener Zeit als der Typus des sozial desintegrierten, „frei schwebenden" Intellektuellen im Sinne Alfred Webers und Karl Mannheims (74) erscheinen.

In dieser Zeit in Berlin, dem Zentrum der bürgerlich-imperialistischen Kultur, konnte Korsch einige fortschrittliche Intellektuelle im Sinne seines „kritischen Marxismus" (75) beeinflussen und um sich scharen. Von den Faschisten zur Emigration gezwungen, lebte Korsch zeitweilig bei Brecht in Swendborg und versuchte dann, sich in London einzurichten. In der Emigrationszeit – Korsch mußte Ende 1935 Großbritannien verlassen und konnte schließlich mit Hilfe seiner Freunde in die USA einwandern – gab es für Korsch kaum die Möglichkeit, zu publizieren und sich politisch-organisatorisch zu betätigen, so daß für diese Zeit seinen Briefen erhebliche Bedeutung zukommt (76).

Da es hier nicht auf eine detaillierte Rekonstruktion und Analyse der Entwicklung und „Akzentverschiebung" der Korsch'schen Ideologie geht, sollen nur zur Verdeutlichung der Möglichkeiten des Einwirkens dieser Art Marxologie auf fortschrittliche bürgerliche Intellektuelle im eigenen scheinbar „klassenfreien" Milieu (Mannheim), aber auch auf

71 S. u.a.: K. KORSCH: "Blutiger Mai in Berlin". In: DIE AKTION. 19. Jg. Berlin 1929, H. 34, Sp. 91 - 94; K. KORSCH: "Die Stellung des revolutionären Proletariats zur Wehrfrage". DIE AKTION. 19. Jg. Berlin 1929, H. 5 / 6 / 7 / 8, Sp. 181 - 184. K. KORSCH: "Kommunistischer Klassenkampf gegen Marx' Kapital." DIE AKTION 22. Jg. Berlin 1932, H. 1 - 4, Sp. 36 - 42. Ferner die beiden Commune-Artikel, die in SCHRIFTEN ZUR SOZIALISIERUNG, a.a.O., (Anm. 15), S. 91 - 108, wiederabgedruckt sind.

72 S. hierzu ein faksimiliertes Programm in: DIE ALTERNATIVE, a.a.O., (Anm. 2), S. 92.

73 S. K. KORSCH: "Der Empirismus in der Hegelschen Philosophie." Vortrag, gehalten in der deutschen Gesellschaft für empirische Philosophie am 27. Okt. 1931 (Berlin 1931, Rededisposition.) – Hier wird philosophisch anhand der Hegel-Rezeption im faschistischen Italien und bolschewistischen Rußland die Totalitarismusdoktrin philosophisch-ideologisch entwickelt.

74 Vgl. K. MANNHEIM: IDEOLOGIE UND UTOPIE (1929). Bonn 1930. Neuauflage: Frankfurt/M. 1952.

75 S. die Ironisierung von Brecht in den FLÜCHTLINGSGESPRÄCHEN. In: GESAMMELTE WERKE. Frankfurt/M. 1968 (Suhrkamp-Verlag). Bd. 14, S. 1440 ("Zipfel").

76 Im "Korsch-Nachlaß" befinden sich u.a.: Briefwechsel Korsch – Paul Partos, (1933 - 1956). Briefwechsel Korsch – Berthold Brecht (1943 - 1953). Korsch – Paul Mattick (1935 - 1950). Ferner einzelne Briefe an Korsch-Schüler. Für eine kritische Analyse der Korschen Marxologie dürfte ferner die Auswertung des Briefwechsels Korsch – Roman Rosdelsky (1950 - 1954) von einigem Interesse sein.

verzweifelte und resignierende Funktionäre der Arbeiterbewegung – beispielsweise auf aus reformistischer und – rechtssozialdemokratischer Politik einen Auswegsuchende Gewerkschaftsfunktionäre, insbesondere aber der Möglichkeit des Einwirkens auf die Sozialistische Bewegung und das sozialistische Lager, nur einige programmatische Passagen aus einem Brief von Korsch an seine Freunde und Gesinnungsgenossen in der Emigration vom März 1935 zitiert werden. Dort heißt es im zweiten Teil dieses „Rundbriefs" unter dem Titel „Stellung zu Rußland und zur KP", mutmaßlich im Zusammenhang der Möglichkeiten der organisatorischen Vereinheitlichung verschiedener scheinradikaler und trotzkistischer Gruppen in Westeuropa (77):

> "Die Anwendung des Hegelschen Prinzips 'Was wirklich ist, ist vernünftig' auf den heutigen russischen Staat und die auf ihn bezogene und durch ihn gehaltene kommunistische Parteibewegung in den anderen Ländern gilt nicht nur für jene allgemein freiheitlichen und fortschrittlichen Schichten, aus denen in einer Zeit ansteigender revolutionärer Bewegung das kämpfende Proletariat Zuzug, Unterstützung und Verbreiterung seiner Front erhält, sondern bis zu einem gewissen Grade auch für die Arbeiter selbst. M a n k a n n g e g e n e i n e R e a l i t ä t n i c h t e i n f a c h i m N a m e n e i n e s a b s t r a k t e n P r i n z i p s p r o t e s t i e r e n. Es gibt heute nirgends auf der Welt mehr eine Organisation revolutionär gesinnter Arbeiter oder eine auch nur geistig-ideell wirklich existierende und in sich zusammengehaltene 'Richtung', die man der 'entarteten' und 'das nationale Staatsinteresse über das internationale proletarische Klasseninteresse stellenden' russischen kommunistischen Partei als die w i r k l i c h r e v o l u t i o n ä r e B e w e g u n g gegenüberstellen könnte. Wenn für die vom Kommunismus angezogenen Arbeiter der außerrussischen Länder der Glaube an den 'Aufbau des Sozialismus in Sowjetrussland' nur noch ein metaphysischer Trost, ein Mythos, eine revolutionäre Jenseits-Gläubigkeit ist, so steht dieser Jenseits-Gläubigkeit heute nirgends mehr eine r e v o l u t i o n ä r e D i e s s e i – t i g k e i t in irgendwie faßbarer Gestalt gegenüber."

Man sieht: aufgrund des falschen und ideologischen Standpunkts von Korsch, für den die Sowjetunion seit 1927/28 „konterrevolutionär" ist, ist er zu jeglicher Objektivation des dialektischen Verhältnisses der revolutionären Arbeiterbewegung zur Sowjetunion unfähig. Als Interpretationsraster verbleibt ihm nur der Rekurs auf sozialpsychologische Mechanismen, so daß in die revolutionäre Arbeiterbewegung ein eschatologisches Moment hineinprojiziert wird. Darüber hinaus unterstellt Korsch, daß durch die Unterstützung der Sowjetunion die Arbeiterbewegung und die Kommunistischen Parteien der KOMINTERN in Passivität verfielen.

Nachdem Korsch die weltgeschichtliche Bedeutung der von den Bolschewiki geführten Russischen Oktoberrevolution hervorgehoben und dann im Gegensatz die Niederlagen der Arbeiterbewegung in Europa gekennzeichnet hat, fährt er fort:

> "Alles, was den Arbeitern über die staatskapitalistische Fortsetzung, Wiederherstellung und Verschärfung der hergebrachten Formen der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung in Rußland erzählt wird, kommt entweder aus dem Munde ihrer altbekannten Feinde, Kapitalisten, Faschisten und Sozialdemokraten oder bleibt unvermeidlich äußerst vag , abstrakt, unverständlich und unsympathisch. Alle diese Kritiken enthalten nicht oder können zur Zeit nicht irgendeinen Aufruf zum Handeln für die revolutionären Arbeiter enthalten. Aus allen diesen Gründen ist es unvermeidlich, daß bis zu der Entstehung einer neuen,

77 K. KORSCH: "Stellung zu Rußland und zur KP" (Rundbrief an Freunde v. März 1935). – Zit. nach "Korsch-Nachlaß" im IIfSG in Amsterdam.

selbständigen Klassenbewegung des internationalen Proletariats auch die Arbeiterklasse selbst, und gerade ihre revolutionärsten Bestandteile, auf das heutige Sowjetrußland als auf die w i r k l i c h e und daher revolutionäre v e r n ü n f t i g e Erfüllung ihrer im eigenen Lande heute unerfüllten Zielsetzung blicken."

Während einerseits ein „Aufruf zum Handeln" nicht nur zu Beginn des Jahres 1935 deklamatorischen und „möglichen" Charakter hatte, sondern zur Abwehr des europäischen Faschismus für die Arbeiterklasse dringend notwendig und – denkt man an die unité populaire in Frankreich seit dem Frühjahr 1934, denkt man aber auch an die Bestrebungen in der deutschen Arbeiterbewegung – durchaus realistisch war, kann Korsch selbst keine Kampfperspektive aufzeigen. Dies führt nicht nur zu einer Unterschätzung der Kriegsgefahr, die vom Faschismus aktuell ausging, sondern in der implizit vorgenommenen Gleichsetzung der verschärften Ausbeutung der Arbeiterklasse im faschistischen Imperialismus und in der Sowjetunion zu einer – könnte diese Konzeption auch nur irgendeinen praktischen Einfluß ausüben – Desorientierung der Arbeiterbewegung und der anti-imperialistischen Bewegung überhaupt, wenn nicht gar – wie ebenfalls impliziert und angedeutet – zur Zerschlagung der kämpfenden Arbeiterbewegung und der Sowjetunion. Es scheint, als sei sich Korsch dieser notwendigen Folgen seiner Konzeption von „Arbeiterpolitik" sehr wohl bewußt gewesen – freilich schreckte er vor der praktischen Konsequenz zurück und zog sich auf einen moralisierenden Standpunkt zurück.

Selbst wenn man zur eingehenderen Beurteilung dieses dokumentarischen Briefs von Korsch berücksichtigt, daß er in einer Stimmung tiefster Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung Korsch's geschrieben sein mag, so kann doch unschwer die Folie des zeitgenössischen Anti-Marxismus und Anti-Kommunismus erkannt werden. Es finden sich in gedrängter Form nahezu alle ihre Spielarten – von der jesuitischen, die den Marxismus und die sozialistische Arbeiterbewegung zur religiösen Eschatologie herunterbringen will, bis zur imperialistischen Totalitarismusdoktrin, die stets auf die Vernichtung des sozialistischen Lagers orientiert ist.

Später bezeichnete Korsch dann auch die „politische Theorie des Sowjetmarxismus nach Lenins Tod" als „revolutionäre Theorie mit einer konterrevolutionären Praxis" zum „Wohl der Bourgeoisie". Der „Bolschewismus Stalins" war für Korsch 1940 das „bloß russische Gegenstück des Hitlerschen Nationalsozialismus" (78). Damit fiel Korsch noch hinter den konsequenten *bürgerlichen* Antifaschismus beispielsweise Thomas Manns zurück, ebenso wie heute der Korsch-Adept Negt in seiner Kritik an der Sowjetunion und den dort in den 30er Jahren herrschenden – zugegeben: theoriefeindlichen – schwierigsten Bedingungen sich noch nicht einmal auf die Höhe der Erkenntnisse des konservativen, bürgerlichen und gewiß jeder marxistischen Tendenz unverdächtigen, geistesgeschichtlichen Forschers Ernst Nolte heraufarbeiten konnte (79).

---

78 K. KORSCH: "Rez. v. J.B.S. HALDANS: The Marxist Philosophy and the Sciences (New York 1939)." In: LIVING MARXISM. Ed. by P. MATTICK. Vol. I., No. 1. Spring 1940. Chicago / III., S. 59 - 61. –
Zum späteren politischen Standort Korsch's s. den Brief in SOUTHERN ADVOCATO FOR WORKERS COUNCIL. No. 46. July-Aug. 1948 (Melbourne / Australia), S. 9/10 und natürlich die "Zürcher Thesen" vom Sommer 1950 in: DIE ALTERNATIVE, a.a.O., (Anm. 2), S. 89 / 90).

79 Vgl. O. NEGT: "Marxismus als Legitimationswissenschaft...", a.a.O. (Anm. 36) – durchgehend, dagegen hier: E. NOLTE: DER FASCHISMUS IN SEINER EPOCHE. München 1963, hier S. 470 / 471.

Korsch selbst entwickelte in den folgenden Jahren in den USA, wo er sich mit Hilfe des bekannten experimentellen Sozialpsychologen und Feldtheoretikers Kurt Lewin um eine Professur für Soziologie in den USA bemühte und in engem Kontakt mit Paul Mattick stand, sein Konzept der Anwendung der Methode des historischen Materialismus und der Kritik der politischen Ökonomie zur Begründung empirischer Forschung (80). In diesem Zusammenhang steht neben der Arbeit „Karl Marx" und neben dem Aufsatz von Kurt Lewin und Karl Korsch zur Lösung des Quantifizierungsproblems in den Sozialwissenschaften mittels mathematischer Hilfskonstruktionen (81) ein ausführlicher Brief von Korsch an Gerti und Kurt Lewin (82). Beide Dokumente wären zur gründlichen Interpretation dieser Versuche, an einer allgemeinen Methodologie der Sozialwissenschaften zu arbeiten, heranzuziehen – was freilich den Korsch-Apologeten bisher nicht eingefallen ist. Gleichwohl bleibt grundlegend gegenüber jeglichen Versuchen dieser Prägung festzuhalten und einzuwenden, daß sie, ähnlich wie der „logische Empirismus" und „kritische Rationalismus" hier nur allzuleicht einer Fiktion anhängig sind; denn „es wäre überhaupt ein Trugschluß, anzunehmen, daß alle Elemente des Systems der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse quantifiziert werden können" (83).

Korsch gelang es in jener Zeit nicht, größere Menschengruppen im Sinne seines „kritischen" und „undogmatischen" Marxismus zu beeinflussen. Zwar entstanden in der Emigration noch einige Gelegenheitsarbeiten (84) und Pläne der Aufarbeitung bestimmter Entwicklungsströme des „Marxismus" (85) – einen bedeutenden Einfluß konnte Korsch und sein identitätsphilosophischer, aktivistischer Revisionismus und Subjektivismus zu seinen Lebzeiten nicht mehr erlangen. Allenfalls einige bürgerliche und revisionistische Marx-Deuter (86) und rechtssozialdemokratische Ideologen (87) rezi-

---

80 Den einzigen vergleichbaren Versuch, der mir bekannt ist, unternahm in strenger, nach Popperschen Verifikations- und Falsifikationskriterien ausgerichteten Form der revisionistische Sozialwissenschaftler Andrezij MALEWSKI in seinem Beitrag zur Exemplifizierung der Marxschen Revolutionstheorie und des historischen Materialismus. S. A. MALEWSKI: DER EMPIRISCHE GEHALT DER THEORIE DES HISTORISCHEN MATERIALISMUS' In: KÖLNER ZEITSCHRIFT FÜR SOZIOLOGIE UND SOZIALPSYCHOLOGIE (KZfSS), Jg. 11, Köln 1968, S. 281 - 305.

81 K. LEWIN / K. KORSCH, a.a.O., (Anm. 21).

82 Brief an K. u. C. LEWIN v. 3. Mai 1937; s. auch Brief von KORSCH an MATTICK (23. Dez. 1938): "Korsch-Nachlaß" – IIfSG Amsterdam.

83 F. DEPPE: "Zu einigen methodischen und inhaltlichen Problemen der empirischen Untersuchung des gesellschaftlichen Bewußtseins der Arbeiter". In: DAS BEWUSSTSEIN DER ARBEITER. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins. Köln 1971, zit. S. 128.

84 Beispielsweise eine Interpretation der Weimarer Republik, die eng an die Arthur Rosenbergs angelehnt ist: K. KORSCH: "Prelude to Hitler. The internal politics of Germany: 1918 - 1933; A lecture at the institute of german studies." New York City. May, 1940 (als Ms. gedruckt). – Ferner einige Rezensionen, Vortragsdispositionen, Glossen und Exzerpte.

85 Beispielsweise eine geplante Arbeit über die Ideologie MAO-TSE-TUNGS, die im Zusammenhang mit dem XX. Parteitag der KPdSU (Febr. 1956) stand und einmal mehr den "revolutionären Marxismus" wieder herstellen sollte.

86 S.R. ROSDOLSKY: ZUR ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES MARXSCHEN "KAPITAL". Der Rohentwurf des 'Kapital' 1857 - 1858. 2. Bd. e.Frankf./M 1968, ^{2}1969 (EVA). 3. Aufl. 1971 ("basis"-Studienausgabe der EVA). Ferner u. a. A. SOHN-RETHEL: KÖRPERLICHE UND GEISTIGE ARBEIT. Frankfurt /Main. 1970 (Suhrkamp-Verlag).

87 Insbesondere nach der Korschen Vortragsreise in der Schweiz und in der BRD im Sommer 1950; S. die Ideologen der MARXISMUSSTUDIEN: Fetscher, Nürn-

pierten ihn durch „Marxismus und Philosophie" und insbesondere durch die relativistischen und historizistischen „10 Thesen über Marxismus heute" (88).

Es bedurfte erst einer bestimmten, für Teile der fortgeschrittenen Intelligenz in Westeuropa erfahrbaren Situation – indem einerseits sich die Bedingungen unter dem entwickelten Imperialismus für geistige Arbeit und Qualifikation überhaupt verschärften, indem andererseits durch die immer offensichtlicher werdende historische Defensive des Imperialismus dieser, besonders in der BRD und Westberlin, seiner ideologischen Legitimation und seiner tradierten Lebenslügen immer mehr verlustig ging –, bevor der Boden zur Aufnahme des Korsch'schen „Marxismus" im Interesse und zum Nutzen des entwickelten Imperialismus bereitet war. Daß dieser gesellschaftliche Boden aufgrund der besonderen Bedingungen des Klassenkampfes in wirtschaftlicher, politisch-organisatorischer und ideologisch-kultureller Hinsicht am besten in Westdeutschland und in Westberlin bestellt sein konnte, ist offensichtlich und wird von den Ideologen des Imperialismus sicherlich nicht unbewußt als soziale Rahmenbedingung ihrer Exhumierungsbestrebungen wie ihrer ideologischen Desorientierungsversuche überhaupt gern in Kauf genommen.

VI

Entsprechend der Struktur der Ideologie von Karl Korsch, die nur als ein exotisches Ragout identitätsphilosophischer Gemeinplätze, scientistischer Aufbereitungen des historischen Materialismus, moralisierender Kritik an Sozialismus und revolutionärer Arbeiterbewegung und schließlich ein bedingungsloses und abstraktes Bekenntnis zum scheinradikalen Aktivismus wie zur syndikalistischen Selbstorganisation der unmittelbaren Produzenten zu bezeichnen ist und sowohl die marxistische Theorie und Strategie wie die Praxis der sozialistischen Arbeiterbewegung von „links" wie gleichzeitig von „rechts" zu desorientieren in Angriff nimmt, entsprechend dieser Struktur ist die der Urteile über den Korsch'schen „Marxismus" von den hauptsächlichen Aufbereitern wie den modernen, intellektuellen und scientistischen Adepten von Korsch.

berger, v. Oertzen, Matthias, Gerlach, Landshut, Fraenkel, Thier, Landgrebe, Ramm, Lange, Dahrendorf u.a. der "Marxismuskommission der Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien"; vgl. MARXISMUSSTUDIEN, 2. Folge, a.a.O., (Anm. 10), S. VII - IX.

88 Wiederabgedruckt in: DIE ALTERNATIVE. a.a.O., (Anm. 2), S. 89 / 90. – Mit diesen Thesen allerdings sind die Ideologen von Gerlach bis hin zu denen der "Frankfurter Schule" und den "politicon"-Autoren so gar nicht einverstanden. Sie scheinen mit dem Instinkt des Handelskapitalisten zu ahnen, daß die dort vertretene nabelschauerische, relativistische Position, die auf jede "Wiederherstellung" der "marxschen Lehre" zugunsten eines pluralistischen Sammelsuriums von Thomas Morus, Auguste Blanqui, Michail Bakunin, Marx, Georges Sorel und Lenin verzichtete, keinen Hund aus der Hütte hervorzulocken, geschweige denn sich zur marxistischen Theorie hinbewegende Intellektuelle von diesem Weg abbringen könnte. Dies erahnte allerdings schon Korsch selbst, der an Rosdolsky am 16. März 1951 entschuldigend schrieb: Die Thesen "sagen über meine gegenwärtige Stellung so wenig aus – eine 'Gelegenheitsarbeit' in jedem Sinn des Wortes, für ein bestimmtes, nicht eben günstiges Publikum von stehengebliebenen und sich selbst verbrennenden Dogmatikern in der deutschen Emigration in Zürich..." (zit. "Korsch-Nachlaß" – IIfSG Amsterdam) bestimmt. Freilich muß festgehalten werden, daß diese "Zürcher Thesen" über Korsch's "Marxismus" das aussagen, was in ihnen steht – nicht mehr und nicht weniger. Und das ist für jeden Marxisten allerdings reichlich genug: KORSCH kommt hier an den logischen Endpunkt seiner widersprüchlichen ideologischen Entwicklung.

So finden sich in der Vorbereitungsphase der gegenwärtigen Korsch-Renaissance nahezu all jene Elemente der Glorifikation, die später nur noch ausschweifender und in gelehriger Form wiedergekäut werden. Mattick, der als erster die Renaissance vorbereiten half, betont, Korsch habe den Marxismus „von seinen ideologischen und dogmatischen Fesseln" zu „befreien" versucht. Da Mattick selbst besonders auf die „linkskommunistische" Rätekonzeption Anton Pannekoeks (89) und Hermann Gerters abhebt, stellt sich für ihn Korsch als „marxistischer Kritiker des Marxismus" dar, der zudem den Glauben an die schließliche „sozialistische Revolution" in Ost und West mit allen „links-" und „rätekommunistischen" Ideologen teile und der an die Möglichkeit einer dieser erhofften Bewegung angemessenen „Theorie" nach wie vor glaubte (90).

Erich Gerlach dagegen stellte in der Vorbereitungsphase der gegenwärtigen Korsch-Renaissance das Moment der seit der Herausbildung des Imperialismus „andauernden Krise des Sozialismus" in den Vordergrund. Diese könne mit Hilfe der Denkansätze Korsch's – Gerlach nennt ihn hier, in einem theoretischen Organ der sich herausbildenden „Neuen Linken" in der BRD, „nur mit Vorbehalt einen ‚Marxisten' " – anscheinend gelöst werden. Denn: Korsch „hat Marx tiefer verstanden als die meisten anderen Marxisten" (91). Für diese Behauptung muß Gerlach freilich jeden Beleg schuldig bleiben – es sei denn, dieses „tiefe" Marx-„Verständnis" bezieht sich auf die von Gerlach hervorgehobene „Unreife der Arbeiter" 1918/19 zur „vollgenossenschaftlichen Produktion" (92), die Korsch in seiner programmatischen Schrift „Was ist Sozialisierung" konstatierte (93), es sei denn, dies „tiefe" Verständnis bezöge sich auf die „Weiterentwicklung" der „Marxschen Methode" inform der „modernen Informationstheorie" und deren „interessante Fundierung" durch Korsch (94). Einerlei: Beide Begründungen sind zweifellos sowohl für die rechte Gewerkschaftsführung als auch für die bürgerliche Sozialwissenschaft im entwickelten staatsmonopolistischen System der BRD akzeptabel, ebenso akzeptabel wie die Korsch'sche „Ideologiekritik", wenn sie sich nur gegen Marxismus und Sozialismus richtet.

In der veränderten englischen Fassung seiner frühen Korsch-Glorifizierung avancieren die Gerlach'schen „Vorbehalte" ein gutes Jahr später zum Korsch'schen *„undogmatischen Marxismus"* sui generis. Dieser soll sich dadurch auszeichnen, daß er sozusagen alles über Bord wirft, „was (in der marxistischen Theorie) den heutigen Bedingungen nicht mehr entspricht". Hierin soll auch Korsch's Vermächtnis für die „jüngere Generation revolutionärer Marxisten" liegen (95).

Nachdem solchermaßen der Boden für den Verkauf der Korsch'schen „klassischen Schriften des Marxismus" (Gerlach) (96) bereitet, dabei die marxistische Theorie im Sinne der funktionalistischen bürgerlichen Soziologie auf ein Generationsproblem herun-

89 Vgl. P. MATTICK: "Anton Pannekoek". In: CAHIERs du COMMUNISME. (Okt.) 1968, No. 1. und: P. MATTICK, Vorwort zu LENIN ALS PHILOSOPH, a.a.O., (Anm. 22).

90 Vgl. P. MATTICK: "Karl Korsch...", a.a.O., (Anm. 4), zit. S. 14, 21.

91 E. GERLACH: "Karl Korsch und der Marxismus", a.a.O., (Anm. 3), zit. S 16.

92 E. GERLACH: a.a.O., S. 16.

93 K. KORSCH: a.a.O., (Anm. 15), S. 15 - 49.

94 E. GERLACH: a.a.O., (Anm. 8, 9), S. 20.

95 E. GERLACH: "Karl Korsch's Undogmatic Marxism.", a.a.O., (Anm. 4), zit. S. 27.

96 E. GERLACH: "Vorwort" zu: "MARXISMUS UND PHILOSOPHIE, a.a.O., (Anm. 9), zit. S. 8.

tergebracht wurde, war der Rahmen für die kapitalistische Verpackung dieses „marxistischen Klassikers" abgesteckt: „Marxismus und Philosophie" wurde als „aktueller Beitrag zur zeitgenössischen sozialistischen Diskussion", der „in konsequenter Fortsetzung der Marxschen Auffassung auch den Marxismus und die historisch-materialistische und ideologiekritische Untersuchung einbezieht", bezeichnet. Wohlwollend-väterlich betont Gerlach auch hier das „starke Interesse bei der jungen Generation an Korsch" (97), welches er schließlich erst wecken will.

Auch Langkau betont 1968 in seiner Ausgabe von „Karl Marx", daß bei Korsch „das Denken von Marx selbst zum Gegenstand einer materialistisch verstandenen Ideologiekritik" wird (98) und versichert sich, „einen Beitrag zur Selbstverständigung der Linken über ihre eigene Geschichte" (99) vorgelegt zu haben, grenzt aber gleich ein, daß durch „Objektivierungen" in „Karl Marx" – gemeint ist anscheinend die formalistische und objektivistische Strukturierung der Rezeptionsproblematik – der Text sich „äußerlich gelegentlich dem Erscheinungsbild der akademischen Marx-Interpretation (annähert)" (100).

Die Neuherausgabe des Korschschen „Arbeitsrechts für Betriebsräte" sollte Korsch als Ideologen der rechtsgewerkschaftlichen Mitbestimmungs- und „industrielle Demokratie"-Konzeption dem gewerkschaftlichen Funktionärskorps näherbringen. In dem Gerlachschen Vorwort wie in der Einleitung des IG-Metall-Funktionärs Dieter Schneider wird dieser Zusammenhang auf der Basis einer typisch rechtssozialdemokratischen, „integrationistischen" Interpretation der historischen Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse ständig hergestellt. Dabei wird Korsch's „Was ist Sozialisierung" von 1919 als der „beste Beitrag zur industriellen Demokratie . . . , über den wir in Deutschland aus dieser Zeit verfügen" (101) gefeiert. Zwar betont Schneider, „Arbeitsrecht für Betriebsräte" – deren erster Teil als „theoretische" Begründung der „industriellen Demokratie" im wesentlichen vorliegt; weggelassen ist die Kritik am Betriebsrätegesetz des Deutschen Reiches vom 4. Februar 1920 – „spricht für sich selbst" und „bedarf keines besonderen Kommentars" (102). Umso unverständlicher bleibt es, wenn im Schlußabsatz „die Schriften Karl Korsch's" als „ein wesentlicher Beitrag auf dem Wege zu einer Ordnung, in der Arbeitnehmer in allen Bereichen des Gesellschaftslebens über ihr Schicksal mitbestimmen," (103) bezeichnet werden. Es handelt sich hier um einen klassischen Fall von *„Leser-Massage"* (W. R. Beyer).

In den „Schriften zur Sozialisierung" wird der übergreifende Zusammenhang, von der syndikalistischen und Rätebewegung, der „direkten Rätedemokratie" zur „revolutionären

97 E. GERLACH: ebenda, zit. S. 5, 6, 7.
98 G. LANGKAU: "Vorbemerkung" zu: Karl KORSCH: KARL MARX, a.a.O., (Anm. 13), S. VI.
99 LANGKAU: a.a.O., S. VII.
100 LANGKAU: ebenda, S. VI.
101 E. GERLACH: Vorwort, a.a.O., (Anm. 14), zit. S. 5.
102 D. SCHNEIDER: "Einleitung", a.a.O., zit. S. 20.
103 D. SCHNEIDER: "Einleitung", a.a.O., zit. S. 21 – Es. handelt sich hier um die rechtsgewerkschaftliche, sozialdemokratische Lesart der "Mitbestimmung". – Vgl. dazu etwa: Rudolf Hilferdings Referat auf dem "Kieler Parteitag" der SPD.: "Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik". In: SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEITAG 1927 in Kiel, Protokoll (...), Berlin 1927.
Vgl. insbesondere die heutigen, radikal erscheinenden Varianten dieser Konzeption bei: F. VILMAR: MITBESTIMMUNG AM ARBEITSPLATZ. Neuwied/Berlin 1971 (Luchterhand-Verlag-Typoskript).

Jugend in den altkapitalistischen Ländern" (104) von Gerlach hergestellt, ebenso wie auf „die kurzfristige Übernahme der Betriebe durch die Arbeiterräte in Ungarn im Jahre 1956 und vor allem auf das jugoslawische Experiment" (105) hin *massiert* wird.

In der „Studienausgabe" der „Materialistischen Geschichtsauffassung" verweist Gerlach dagegen wieder auf die methodische Seite des Korsch'schen Revisionismus, auf die „Anwendung des historischen Materialismus auf den Marxismus" (106); damit habe Korsch „mit der Konsequenz des Marxismus ernst gemacht" (107). In Wirklichkeit aber hat Korsch natürlich nur versucht, die revolutionäre marxistische Theorie ihres Klassencharakters und ihrer Parteilichkeit zu berauben, sie für den bürgerlichen Hausbedarf aufzubereiten und die marxistische Theorie als Waffe des Proletariats im Klassenkampf untauglich zu machen. Dies auszudrücken hütet sich Gerlach wohlweislich.

Die ausführlich dokumentierte Aufbereitung, die in den weiteren Schriften über Korsch ihre Fortsetzung findet, hebt also ab auf vier Besonderheiten des Korsch'schen Revisionismus und programmiert ihre gewünschte Rezeption in vier wesentlichen Bereichen vor:
Erstens in der Wendung historisch-materialistischer Momente auf die marxistische Theorie und Arbeiterbewegung selbst.
Zweitens in der Hervorhebung des aktivistischen, syndikalistisch aufbereiteten Tatgedankens, mit welchem insbesondere die fortschrittliche Intelligenz und „Jugend" überhaupt, aber auch mittels der unterliegenden sozialdemokratischen Mitbestimmungskonzeption auch die gewerkschaftliche und Arbeiterbewegung selbst an den Sozialdemokratismus und somit an das staatsmonopolistische System selbst gebunden werden soll.
Drittens im Angriff gegen den realen Sozialismus, der – auch in der scheinradikalen Form – immer zugleich die Politik des Imperialismus und insbesondere die der Sozialdemokratie und der rechten Gewerkschaftsführung rechtfertigen soll.
Viertens schließlich soll der Sozialismus als reale gesellschaftverändernde Kraft geschwächt, *der Kampf für den Sozialismus für Intellektuelle als moralisches und Legitimationsproblem, als innertheoretische und erkenntnistheoretische Frage* dargestellt werden.

Insbesondere hier wird mittels des identitätsphilosophischen Ausgangspunkts von Korsch und dessen idealistischer Scheinlösung an der Marxschen Problemstellung der geistigen Aneignung der „konkreten Totalität" (108) scheinbar angeknüpft – freilich verkommt das revolutionstheoretisch und methodologisch immer zur Hinwendung zu den „reinen Formen". Gilt es methodologisch noch einmal festzuhalten, daß von Marx selbst am Beispiel der Konkurrenz der Kapitale Bewegung in reinen Formen als idealistischer Wunschtraum denunziert wurde: „...in der Theorie wird vorausgesetzt, daß die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise sich rein entwickeln. In der Wirklichkeit besteht immer nur Annäherung; aber diese Annäherung ist umso größer, je mehr die kapitalistische Produktionsweise entwickelt ist und je mehr ihre Verunreinigung und Verquikkung mit Resten früherer ökonomischer Zustände beseitigt ist" (109), so bietet sich zur Ablenkung von den realen gesellschaftlichen Problemen die Korsch'sche Ideologie

104 E. GERLACH: "Einleitung" zu: K. KORSCH: SCHRIFTEN ZUR SOZIALISIERUNG. a.a.O., (Anm. 15), zit. S. 6.
105 E. GERLACH: ebenda.
106 E. GERLACH: Einleitende Anmerkungen zu: K. KORSCH: DIE MATERIALISTISCHE GESCHICHTSAUFFASSUNG..., a.a.O., (Anm. 16), zit. S. VIII.
107 E. GERLACH: ebenda.
108 K. MARX: "Einleitung" zu: ZUR KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE (1859), In: MEW 13, S. 615 - 642.
109 K. MARX: DAS KAPITAL. 3. Bd.: MEW 25, hier zit. S. 184.

und Methodologie an: schließlich wird hier gerade für den Aneignungsprozeß der Gesamtwirklichkeit durch fortschrittliche Teile der geistes- und sozialwissenschaftlichen Intelligenz Scheinproblematisierung und Scheinlösung angeboten. Hier soll die widersprüchliche Entwicklung dieser Intelligenzkategorien zur marxistischen Theorie und ins sozialistische Lager unterbrochen und in bürgerliches Fahrwasser umgeleitet werden.

VII

Diese letzte, besondere Aufgabe nehmen in der Korsch-Aufbereitung und -Interpretation besonders jene westdeutschen Autoren wahr, die sich – auch hierin ihrem Mentor Fetscher ähnlich – in den letzten Jahren eine Professur ermarxologeln konnten.

So hebt Negt, ähnlich wie Gerlach, hervor, daß das Korsch'sche Denken „großen Einfluß" auf die „revolutionäre Intelligenz der letzten Jahrzehnte ..." (110) ausüben konnte. Nun gehört es zweifellos zum Marketing des Kapitals, dem Käufer zu schmeicheln. Und so ist auch diese Gerlach-Negtsche Attributisierung der „Intelligenz", gar der „Jugend", als „revolutionär" nichts als Schmeichelei. Wirklich und wahr wird sie auch durch stetiges Wiederholen nicht. Negt-Gerlach fallen auch hier wieder hinter die früher bürgerliche Aufklärung zurück: anstatt über Illusionen aufzuklären, werden neue, hier eine besondere, moderne Intellektuellentheorie und -ideologie, produziert. Auch hier ist festzustellen, daß – ebenso wie in methodologischer Hinsicht – im Hinblick auf die soziale Funktion der dem Korsch'schen in vielerlei Hinsicht ähnliche Mannheim'sche Irrationalismus fröhliche Urständ feiert (111). Dieser Irrationalismus ist für Professor Negt allerdings die logische Konsequenz aus seiner Orientierung auf „Theorie" überhaupt. So glorifiziert er insbesondere die Korsch'sche „Fähigkeit", „Theoriebewußtsein zu bilden" (112). Die dahinterstehenden Implikationen, die die alte Plato'sche Idee des Philosophenkönigtums aufnehmen und im entwickelten Imperialismus rechtfertigen sollen, sind die reaktionäre Isolierung von revolutionärer marxistischer Theorie und revolutionärer marxistischer Praxis im Klassenkampf zugunsten einer Superstruktur „Theorie" zum einen. Zum anderen handelt es sich um die irrationalistische und reaktionäre Schaffung von Illusionen, die sich die Intelligenz über sich selbst und ihre Rolle im Klassenkampf macht – was vor einigen Jahren in der BRD auf der Höhe der Studenten- und Literatenrevolte bekanntlich dazu führte, daß die „revolutionäre Intelligenz", namentlich die Ideologen der „Frankfurter Schule", zum „kollektiven Theoretiker" des Proletariats und zum Strategen des proletarischen Klassenkampfs hypostasiert wurde (113).

Der andere professorale Korsch-Adept Seifert kann sich auf die Höhe solch philosophisch untermauerter Revoluzzerei nicht emporschwingen. Er verbleibt gänzlich auf dem Boden des formellen Scientizismus und betont stereotyp und formelhaft die besondere scientifische Bedeutung von Korsch, die, um einmal die gröbste Formel zu zitieren, neben der

110 O. NEGT: "Theorie, Empirie und Klassenkmapf...", a.a.O., (Anm. 37), S.15
111 K. MANNHEIM: IDEOLOGIE UND UTOPIE, a.a.O., (Anm. 74).
112 O. NEGT, a.a.O., S. 18.
113 H.J. KRAHL: "Thesen zum allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischem Klassenbewußtsein". In: SOCIALISTISCHE KORRESPONDENZ. Hrgg. v.d. Projektgruppe 'März'. Frankfurt/M. o.J. (1969), S. 3 - 12. (Wiederabgedruckt in: H.J. KRAHL: KONSTITUTION UND KLASSENKAMPF. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution. Frankfurt/M. 1971 (Verlag NEUE KRITIK)).

„historischen Spezifizierung" in der „Anwendung des Marxismus auf den Marxismus" (114) liege.

Am deutlichsten wird die politische Bedeutung der Korsch-Exhumierung für Teile der Intelligenz in Westdeutschland und Westberlin in einer programmatischen redaktionellen Erklärung der Göttinger Studentenzeitschrift „politicon". Hier sind alle Momente der Korsch-Mystifizierung durch Gerlach und andere reproduziert. Zum einen erscheint Korsch als „Theoretiker" der „direkten Demokratie der Arbeiterräte", als „bedeutendster Theoretiker der Rätediskussion 1918–20" (115). Zum anderen als „Kritiker" der Sowjetunion ab Ende der 20er Jahre (116). Schließlich könne die „sozialistische Intelligenz" die „Methode der radikalen Historisierung" – welche freilich wiederum relativisiert und ihrer „idealistischen Momente" entledigt werden müsse, die dem Korsch'schen „Programm" noch anhaften – „an Korsch's Kritik der alten und neuen Marx-Orthodoxie das kritische, pragmatische und aktivistische Element der Marx'schen Gesellschaftstheorie wiederfinden" (117). Dies freilich nicht im Sinne Negts, nicht also im Sinne der Nutzbarmachung der Korsch'schen Ideologie und Methodologie für die schulphilosophische „Konstitutionsproblematik", sondern unter aktuell-praktischen Fragestellungen zur „Lösung" der „Organisationsfrage" der „internationalen *Studentenbewegung*", aber auch der proletarischen Bewegung. Dies, indem die *„praktischen* Erfahrungen" der „wirklichen Kämpfe und ihres Scheiterns", wie insbesondere deren Verallgemeinerung durch Korsch selbst rezipiert wird (118). Hier unterscheidet sich – so scheint es – die bürgerliche, akademische Marxologie des Professor Negt von der der aktivistisch zur politischen *Praxis* drängenden Vertretern der westdeutschen Studentenbewegung, auf deren Beeinflussung Gerlach in seiner Korsch-Aufbereitung so sehr abhob. Freilich sind diese Unterschiede noch lange nicht Widersprüche. Beide heute in der BRD aktuell-herrschenden Folien der Korsch-Glorifizierung erinnern an nicht mehr als an den Loslösungsversuch der Schüler von der „Frankfurter Schule" und namentlich von Mentor Th. W. Adorno in der Hochphase der Studentenrevolte. Und auch hier wird aufgrund des unbegriffenen realdialektischen Theorie–Praxis–Verhältnisses der damalige Schüler und heutige Mentor Negt sich bestenfalls in den Schmollwinkel des Goetheschen Hexenmeisters zurückziehen können.

114 J. SEIFERT: "Anmerkungen...", in der von ihm mitherausgegebenen KRITISCHEN JUSTIZ, a.a.O., (Anm. 25), zit. S. 152, Vgl. seine Anmerkungen zu: Karl Korsch: MARXISMUS UND PHILOSOPHIE, a.a.O., (Anm. 34), wo es genauso lapidar heißt: "ANWENDUNG DES MARXISMUS AUF DEN MARXISMUS SELBST." (S. 12).
Weshalb sich Seifert bei dieser grobschlächtigen Denkfigur nicht die Mannheimsche Wissenssoziologie, in der bekanntlich – etwa zur gleichen Zeit der zweiten Auflage von MARXISMUS UND PHILOSOPHIE und der Korschen MATERIALISTISCHEN GESCHICHTSAUFFASSUNG – die marxistische Ideologiekonzeption demagogisch ihres materiellen Gehalts beraubt, auf sich selber formalisiert wurde, anlehnt und *Mannheim* als Kronzeugen seines Unternehmens benennt, läßt nur auf seine Unkenntnis schließen. Es zeigt aber darüberhinaus einmal mehr, auf welch hoffnungsloser und verzweifelter Position in der geschichtlichen Perspektive die wissenschaftlichen Ideologen des westdeutschen Imperialismus stehen.
115 POLITICON, 33 / 1970, S. 21.
116 Ebenda, S. 22 / 23.
117 POLITICON, 38 / 1971, S. 3 - 6, zit. S. 3
118 M. BUCKMILLER: "Bemerkungen zu Oskar Negts Korsch-Kritik". In: POLITICON 39 / 1972, S. 3 - 8.

Beim Prozeß der Korsch-Rezeption durch die Teile der Intelligenz, bei denen sich das Unbehagen am gewöhnlichen Imperialismus westdeutscher Provenienz vielfach festmacht, ist vorab zu berücksichtigen, daß ihre Klassenbasis bekanntlich nicht „staatsmonopolistisch" – im Gegensatz etwa zum klassischen „Rechtsopportunismus" in der Arbeiterbewegung, beispielsweise im gewerkschaftlichen Funktionärskorps, für den ja auch die Korsch-Exhumierung die ideologische Überhöhung der Praxis der bürgerlichen Arbeiterpolitik bereithält –, sondern immer noch im wesentlichen „kleinbürgerlich" ist (119). Somit steht auch bei dieser wichtigsten Adressatengruppe der gegenwärtigen Korsch-Renaissance nicht – wie bei den berufsmäßigen Marxologen – die wissenschaftstheoretische und methodologische Seite der Korsch'schen Ideologie im Vordergrund, sondern der aktivistisch-syndikalistische Grundtenor und Tatgedanke. Dadurch werden in politischer Praxis und Ideologie die antimarxistischen und antikommunistischen Grunddogmen und Grundmythen des Imperialismus in linker Verkleidung ins Lager der fortschrittlichen Intelligenz eingebracht (120).

Der Entwicklungsprozeß dieser Intelligenz verläuft besonders hinsichtlich der Aneignung der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus wie hinsichtlich des praktisch-politischen Kampfes an der Seite der Hauptkraft des anti-imperialistischen Lagers, der sozialistischen Arbeiterbewegung, nicht linear, sondern notwendig in zugespitzter Widersprüchlichkeit. Er ist vermittelt sowohl durch die sich ständig unter dem entwickelten Imperialismus verschlechternden Lebensbedingungen der Intelligenz im allgemeinen (121) wie durch den Klassenkampf der Arbeiterbewegung und der antiimperialistischen Bewegung überhaupt und insbesondere durch den theoretischen Kampf der Marxisten gegen alle Formen der bürgerlichen und revisionistischen Ideologie (122). Denn die imperialistische Ideologie droht immer wieder, sich im Lager der fortschrittlichen Intelligenz einzunisten. Ferner steht dieser Entwicklungsprozeß in engstem Zusammenhang mit sichtbaren politischen und organisatorischen Erfolgen, die die marxistische und kommunistische Bewegung auch im Lager dieser Intelligenz durch ihre unermüdliche und zähe Arbeit erfuhr (123).

So finden sich denn auch in der fortschrittlichen akademischen Sozialwissenschaft erste Ansätze einer wirklich kritischen und dialektischen Betrachtung der Rolle der Intellektuellen im Klassenkampf, beispielsweise bei Lothar Peter (124). Ebenso wird, was für die Entwicklung der gegenwärtigen Korsch-Renaissance in der BRD von einiger Bedeutung sein kann, angedeutet, daß man sich – hier im Zusammenhang der Beziehung Lukacs–Korsch – nicht mit dem „bloßen Aufweis dogmengeschichtlicher Parallelitäten" begnügen könne und daß „die übliche Gegenüberstellung von kritisch-dialektischem und dogmatisch-stalinistischem Marxismus" von Gerlach, Negt usw. die Probleme „unzulässig verkürzt" (124). Es wird erahnt, daß die Korsch-Renaissance zur ideologischen Vernebelung und Desorientierung beitragen soll.

Wenn auch die Notwendigkeit des Kampfes gegen die bürgerliche und revisionistische Ideologie des Imperialismus unbestritten ist, so kann nur betont werden, daß im staatsmonopolistischen System niemals der Kampf gegen die intellektuell-revoluzzerische und klassisch „linksradikale" Ideologie und politische Praxis die hauptsächliche Seite des gesamten und allseitigen politisch-ideologischen Kampfes der Marxisten sein kann. Trotzdem ist deutlich geworden, daß der Kampf gegen diese Tendenzen, der Kampf um die Stärke und Geschlossenheit des anti-imperialistischen Lagers in der BRD und Westberlin einer Auseinandersetzung mit der besonderen Form der Korsch'schen, klassisch revisionistischen Ideologie wie der modernen Marxologie überhaupt nicht ausweichen darf. Schließlich handelt es sich am Beispiel der gegenwärtigen Korsch-Renaissance in der BRD und in Westberlin um nichts anderes als um ein ideologisches Manöver des imperialistischen Systems und seiner Ideologen, Teile der fortschrittlichen, hauptsächlich geistes- und sozialwissenschaftlichen Intelligenz ideologisch zu desorientieren, um sie umso besser im Zusammenhang mit den übrigen Machenschaften des Imperialismus an einer politischen und organisatorischen Annäherung an das anti-imperialistische Lager und die sozialistische Arbeiterbewegung zu hindern.

Diesem Versuch der massiven Desorientierung soll die derzeitige Exhumierung des theoretischen Leichnams Karl Korsch in hervorragender Weise dienen. Sie erfüllt damit sowohl brennend aktuelle Probleme der „integrativen" Taktik des Imperialismus, schwächt einmal mehr die antifaschistische Widerstandskraft der Intelligenz auf deutschem Boden, erfüllt aber gleichzeitig perspektivische Bedürfnisse des westdeutschen Imperialismus. Einerseits zum Kampf gegen das sozialistische Lager und besonders gegen die DDR; andererseits kann ferner, da sich die derzeit noch so „revolutionär" gebärdende Intelligenz schließlich mit ihrer eigenen geistigen Arbeit als Lohnarbeiter ihren Lebensunterhalt sichern muß, perspektivisch ein weiteres Bedürfnis nach Sicherung der vereinigten Macht der Monopole und ihres Staates angepeilt werden: ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Intelligenzkategorien dürfte im nächsten Jahrzehnt im imperialistischen Propaganda-, Publizistik- und Wissenschaftsbetrieb verbleiben. Und schließlich dürfte weiter ein nicht unerheblicher Teil, gerade wenn man die derzeit in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung bestehende, nicht einmal den formalen bürgerlichen Ansprüchen nach Demokratisierung genügenden innerorganisatorischen Strukturen betrachtet, in diesem Bereich unmittelbar in der westdeutschen Arbeiterbewegung später als Funktionäre arbeiten.

Und auch hier bietet, wie gezeigt wurde, die Korsch'sche Ideologie einen Ansatz, alles beim Alten zu belassen, wenn nicht gar die Arbeiterbewegung trotz subjektiv ehrlichen

119 R. STEIGERWALD: "Probleme des Kampfes gegen den kleinbürgerlich-linken Revisionismus". In: PHILOSOPHENKONGRESS DER DDR 1970 (Teil V), a.a.O., S. 49 - 60, zit. S, 49.

120 Vgl. R. STEIGERWALD: MARXISTISCHE KLASSENANALYSE ODER

120 Vgl. R. STEIGERWALD: MARXISTISCHE KLASSENANALYSE ODER SPÄTBÜRGERLICHE MYTHEN..., a.a.O., (Anm. 31), S. 27 - 48, S. 49 - 81.

121 Vgl. K. ZETKIN: "Die Intellektuellenfrage" (1924). In AUSGEWÄHLTE WERKE. Bd. 3 Berlin/DDR 1960, S. 9-56.

122 Vgl. vor allem: W.R. BEYER: TENDENZEN..., a.a.O., (Anm. 6), H.G. HELMS: FETISCH REVOLUTION..., a.a.O., (Anm. 28), H. ADAMO: ANTILENINISMUS IN DER BRD. Frankfurt/M. 1970 (Verlag Marxistische Blätter); R. STEIGERWALD; MARXISTISCHE KLASSENANALYSE..., a.a.O., (Anm. 31).

123 In der BRD vor allem durch den Kampf des MSB SPARTAKUS und die Hochschulgruppen der Deutschen Kommunistischen Partei, in Westberlin vor allem durch die Arbeit der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins und an den Hochschulen durch die Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten (ADSEN).

124 L. PETER: Literarische Intelligenz und Klassenkmapf..., a.a.O., (Anm. 40).

125 J. KAMMLER: "Entstehung, Struktur und historischer Praxisbezug der politischen Theorie von Georg Lukacs in ihrer Entwicklung bis 1929" (Dissertation. Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität). Marburg 1971 (Ms).

Wollens noch kräftiger zu desorientieren. In dieser realen, dialektischen Einheit, wie sie der „undogmatische", „kritische", „radikale", „historische" und „revolutionäre" „Marxismus" von Korsch hervorragend verkörpert, liegt auch seine Bedeutung für das staatsmonopolistische System der BRD zum Zwecke von Desorientierung, Verwirrung und Spaltung der Arbeiterbewegung wie der anti-imperialistischen Kräfte überhaupt mittels „linker" und „rechter" Manöver. Beide sind bei Korsch gleichermaßen vorhanden und werden derzeit der imperialistischen Strategie nutzbar gemacht.

Hier liegt das wirkliche „Vermächtnis" und die reale Bedeutung der revisionistischen, marxologischen Ideologie von Karl Korsch. Die aktuelle theoretische Exhumierung durch die imperialistischen Ideologen hat also einige praktische Bedeutung.

Die Marxisten, die sozialistische Arbeiterbewegung und das anti-imperialistische Lager überhaupt werden auch diesen Manövern allerdings nach wie vor in Praxis und Theorie mit aller Kraft im Interesse der Stärkung der gesamten anti-imperialistischen Bewegung entgegentreten.

Die Staatsordnung der DDR
Gesetzestexte mit Einleitungen und Anmerkungen. Herausgegeben von Herwig Roggemann; ca. 350 S., Snolinbroschur 25,– DM

Die Staatsordnung der Sowjetunion
Gesetzestexte mit Einleitungen und Anmerkungen. Herausgegeben von Herwig Roggemann. 296 Seiten, Snolinbroschur 25,– DM

Ernst R. Zivier
Der Rechtsstatus des Landes Berlin
Eine Untersuchung nach dem Viermächte-Abkommen. 264 Seiten, Snolin 25,– DM

H. Wehberg, H.W. Goldschmidt
Der Internationale Gerichtshof
Entstehungsgeschichte, Analyse und Dokumentation auf dem Stand von 1972. 115 S., Snolinbroschur 15,– DM

Daniel Heradstveit
Nahost-Guerillas
Eine politologische Studie. 225 S., 20,– DM

Gregorij I. Tunkin
Völkerrechtstheorie
Die gesamte sowjetische Völkerrechtsdoktrin und ihre sozialen Grundlagen in Gegenüberstellung zur bürgerlichen Lehre. Hrsg.: Th. Schweisfurth. 496 S., Balacron 60,– DM

Der Friedens-Nobelpreis
Stiftung und Verleihung. Die Reden der vier deutschen Preisträger Gustav Stresemann, Ludwig Quidde, Carl von Ossietzky und Willy Brandt. Hrsg.: A. Harttung, 154 S., Snolin 10,– DM, Silberbroschur 12,50 DM

Christos Siozos
Deutschlandfibel für Griechen
Eine Orientierungshilfe
432 Seiten, Snolinbroschur 9,80 DM

BERLIN VERLAG · 1 Berlin 33 · Ehrenbergstraße 29

Kurzanalysen, Berichte

Arbeiterbewegung und Wissenschaft

Lange vor Marx war bereits bürgerlichen Historikern und Ökonomen der Begriff des "Klassenkampfs" nicht fremd. Doch es fehlte ihnen die wissenschaftliche Erklärung des "rätselhaften" Phänomens, seiner geschichtlichen Entstehung und Entwicklung. Erst Marx gelingt der Nachweis, daß die Existenz der Klassen an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist, und im Verlauf dieser Phasen die "Diktatur des Proletariats" den Übergang bildet zur Aufhebung jeder Klassenspaltung überhaupt. (1) Diese wissenschaftliche Erkenntnis, erarbeitet auf der Grundlage des modernsten Standes der damaligen bürgerlichen Gesellschafts- und Naturwissenschaft, ist allerdings nicht von der Art positivistischer Beschreibung und Erklärung eines dem menschlichen Handeln vorgegeben, gleichsam mechanisch ablaufenden Geschichtsprozesses. Die Bedingung ihrer Wahrheit ist ihre Vermittlung zur Praxis der zum Klassenkampf Gezwungenen. Erst die Einführung der wissenschaftlichen Erkenntnis von den Bedingungen und der Funktion des Klassenkampfes in diesen selbst legt die Grundlage für seine endgültige Aufhebung. (2) Mit der Entstehung der Arbeiterbewegung und ihrer sozialistischen Politik war zum ersten Mal in der Geschichte eine organisierte politische Kraft gegeben, die auf Grund ihrer kontinuierlichen Arbeit (erzwungen durch die Logik der Kapitalverwertung) neue Formen der demokratischen Organisation und neue Ideen der demokratischen Herrschaft entwickeln konnte. Mit der "Organisation der Arbeiterklasse, die selbst das natürliche Produkt war, wurde das Ziel, jegliche Ausbeutung des Menschen durch den Menschen endgültig abzuschaffen und die gesellschaftliche Produktion zur Befriedigung der Bedürfnisse aller zu planen, möglich" (3). Einem solchen langfristigen Interesse konnte die Arbeiterbewegung nur dann erfolgreich nachgehen, wenn sie ihre Politik auf wissenschaftliche Grundlagen stellte.

Welcher Methoden die Arbeiterbewegung sich für die Verwissenschaftlichung ihrer Politik bediente und zu bedienen hat, ist allerdings umstritten. (4) Der These, das wissenschaft-

---

1 Vgl. dazu: Michael Mauke: DIE KLASSENTHEORIE VON MARX UND ENGELS, Frankfurt/M. 1970, S. 18 ff.

2 Vgl. Friedrich Engels: "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", in: MEW 19, Berlin 1969, S. 177-228, hier: S. 223 ff. Die "Prognose" der Aufhebung ist also eine bedingte, d.h. es gibt auch andere Möglichkeiten, den Klassenkampf zu beenden, wie z.B. den "gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen" (Karl Marx und Friedrich Engels: MANIFEST DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI, Berlin 1968, S. 43).

3 Maurice Cornforth: MARXISTISCHE WISSENSCHAFT UND ANTIMARXISTISCHES DOGMA, Frankfurt/M. 1970, S. 192.

4 Vgl. Franz Jakubowski: DER IDEOLOGISCHE ÜBERBAU IN DER MATERIALISTISCHEN GESCHICHTSAUFFASSUNG, Frankfurt/M. 1968, S. 110 ff.

liche Bewußtsein der Arbeiterklasse entstehe gleichsam spontan im Verlaufe ihres Kampfes (5) steht die Auffassung gegenüber, die Ausarbeitung der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus sei gleichsam von der neugeborenen Arbeiterbewegung in Auftrag gegeben worden, weil sie die Theorie benötigte und weil Arbeitergruppen die Probleme der revolutionären Politik und der revolutionären Organisation zu diskutieren begannen. Lenin formulierte diese Auffassung sehr deutlich: "Die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches Bewußtsein hervorzubringen vermag, d.h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u.a.m. Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden." (6) Die Synthese einer Unmenge von Daten, die der Praxis entnommen und zu einer wissenschaftlichen Theorie zusammengefaßt wurden, konnte sich nach Lenins Auffassung nicht spontan aus der Massenbewegung selbst ergeben, da sie eine langfristige und exakte wissenschaftliche Forschungsarbeit zur Voraussetzung hatte. Cornforth folgert daraus: "Diese Arbeit konnte nur von Gelehrten, von Intellektuellen getan werden". (7) Er fährt dann fort: "Die Männer, die ursprünglich an der Theorie arbeiteten, haben selbst nicht in Fabriken oder Bergwerken gearbeitet. Aber sie konnten diese Aufgaben bewältigen, weil sie wußten, was in den Fabriken und Bergwerken vor sich ging, und weil sie ihre Tätigkeit ausschließlich der Sache der Arbeiterbewegung widmeten, mit der sie sich solidarisch erklärten. Sie konnten die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus aufstellen, weil sie sich, erstens, von Anfang an mit den Ungerechtigkeiten und Widersprüchen der von ihnen vorgefundenen Gesellschaft auseinandersetzten und entschlossen waren, eine Lösung zu finden; weil sie, zweitens, das aus der Vergangenheit stammende Erbe der fortschrittlichen Wissenschaften und Philosophie heranziehen und gleichzeitig erkennen konnten, wie unzulänglich die Ideen und Gedanken der Vergangenheit für die Probleme der Gegenwart waren; und weil sie, drittens, in der Arbeiterbewegung die Bewegung der Zukunft erkannten." (8)

Sowohl die Spontaneitätsthese als auch eine zwischen den beiden oben genannten Positionen vermittelnde (9) erscheint bei näherem Hinsehen als fragwürdig. Denn die Tatsache, daß für eine grundlegende gesellschaftliche Umwälzung notwendige objektive Voraussetzungen existieren müssen, hat zur Folge, daß diese Revolution praktisch nur durchführbar ist, wenn eine auf der wissenschaftlichen Einschätzung der Notwendigkeit beruhende Aktion diese Voraussetzungen kennt und beachtet. Werden die Voraussetzungen nicht wissenschaftlich analysiert und entsprechend beachtet, fehlt die Vermittlung der gesellschaftlichen Praxis mit der Realität. Wissenschaftliche Analyse heißt dabei in jedem Falle theoriegeleitete und theoriebezogene Analyse. Wissenschaftliche Erkenntnis ist stets theoretische, d.h. in einen Zusammenhang eingeordnete, daher systematische Erkenntnis. Eine einzelne wahre Aussage ist noch lange keine wissenschaftliche Aussage. "Wissenschaftliche Erkenntnis ist immer relativiert, auf ein System, eine Theorie oder Hypothese bezogen und liegt immer in Gestalt wissenschaftlicher Systeme, Theorien und Hypothesen

5 Vgl. etwa: Rosa Luxemburg: SCHRIFTEN ZUR THEORIE DER SPONTANEITÄT, Reinbek 1970, S. 95.
6 W.I. Lenin: "Was tun? ", in: Lenin: AUSGEWÄHLTE WERKE, Band I, Berlin 1970, S. 166.
7 Cornforth: MARXISTISCHE WISSENSCHAFT..., a.a.O., S. 193.
8 Ebda., S. 193.
9 Vgl. etwa: Jakubowski: DER IDEOLOGISCHE ÜBERBAU..., a.a.O., S. 111/112.

vor." (10) Eine unstrukturierte Menge wahrer Aussagen, nur summarisch zusammengefaßt, stellt keine wissenschaftliche Erkenntnis dar. Dieser Systemcharakter der Wissenschaft hängt eng zusammen mit der logischen Deduzierbarkeit im Rahmen der Theorie und der sich daraus ergebenden Erprobbarkeit der Theorie in der Praxis. Ohne eine solche Erprobbarkeit hätte die Theorie von vornherein keine Aussagefähigkeit. Sie könnte prinzipiell alles oder nichts erklären. Gerade idealistische Theorien zeichnen sich durch solch einen "Vorteil" aus, nicht erprobbar zu sein; sie sind damit weder empirisch widerlegbar, noch praktisch fruchtbar (wohl aber nützlich für die Verschleierung wirklicher Zusammenhänge).

Die Erarbeitung solch systematischer theoretischer Erkenntnis, also wissenschaftlicher Erkenntnis, ist ohne Kenntnis von Logik und Methodik, der Geschichte der Wissenschaft und ihrer Funktionszusammenhänge gänzlich ausgeschlossen. Dies erhellt bereits aus dem oben beschriebenen Charakter systematischer Erkenntnis. Deshalb erfordert wissenschaftliche Analyse selbstverständlich hohes intellektuelles Niveau und gründlichste Vorbildung. Sie konnte und kann nur von "Intellektuellen" geleistet werden. Jede Spontaneitätstheorie oder ihr verwandte Vorstellungen gehen am Kern der allgemeinsten Voraussetzungen von "Wissenschaftlichkeit" überhaupt vorbei und landen dort, wo alle subjektiv Wohlmeinenden, sind sie nur der Arbeiterklasse verbunden oder in einer ihrer Parteien organisiert, einen Beitrag zur Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus meinen liefern zu können. Dies aber wäre das Ende eines wissenschaftlichen Sozialismus und ein Rückfall der Theorie der Arbeiterbewegung auf das Niveau diskussionsfreudiger Pragmatiker. Jedwedem Opportunismus wäre damit Tür und Tor geöffnet. Gerade in der Auseinandersetzung mit opportunistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung hat deshalb Lenin seine Konzeption von der Verwissenschaftlichung der Politik der Arbeiterklasse entwickelt (11).

Wissenschaftliche, theoretische Arbeit und die Aneignung ihrer Ergebnisse hängen demnach von gewissen intellektuellen Fähigkeiten des Denkens in geschichtlichen Zusammenhängen, der "Konstruktion" von in der Praxis erprobbaren Theorien mit Hilfe der Mittel der Dialektik und der Logik, der theoretischen Verarbeitung und Systematisierung von empirischen Fakten u.ä. ab. Die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus mußte dementsprechend sowohl von Intellektuellen erarbeitet als auch später auf Grund intellektueller Fähigkeiten erlernt, studiert, in der Praxis erprobt und entwickelt werden. Insofern ist die Behauptung, die Theorie der Arbeiterbewegung und ihre Weiterentwicklung stamme "im wesentlichen nicht von Intellektuellen" (12) falsch, da sie irrtümlicherweise den Begriff des "Intellektuellen" mit dem Begriff der "Intelligenz" als spezifischer sozialer Gruppe verwechselt.

Selbstverständlich sind die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus von der Arbeiterbewegung nicht getrennt gewesen, sie waren auch nicht Angehörige einer "Intelligenz", die der Arbeiterbewegung beitraten, um ihr Unterricht zu erteilen, sondern sie arbeiteten innerhalb dieser Bewegung und führten sie. Gerade die Führer der Internationalen Arbeiterbewegung waren und sind solche Intellektuelle, die auf Grund ihrer Bildung und theoretischen Praxis zur Aneignung und Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus

10 Karel Berka u.a.: DIE WISSENSCHAFT VON DER WISSENSCHAFT, Berlin 1968, S. 150.
11 Vgl. Lenin: "Was tun? ", S. 161: "Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben. Dieser Gedanke kann nicht genügend betont werden in einer Zeit, in der die zur Mode gewordene Predigt des Opportunismus sich mit der Begeisterung für die engsten Formen der praktischen Tätigkeit paart."
12 Werner Keil: "Wissenschaft...", in: MARXISTISCHE BLÄTTER, 10/1972, Nr. 6, S. 97/98, hier: S. 98.

fähig waren und sind. Deshalb konnte von ihnen gesagt werden: "Sie erarbeiteten die Theorie für die Bewegung, trugen diese Theorie in die Bewegung hinein und kämpften dann darum, daß diese Theorie anerkannt und verstanden werde." (13) Lenin weist mit Recht auf die Ausführungen von Engels über die Bedingungen für das Akzeptieren des wissenschaftlichen Sozialismus gerade durch die deutsche Arbeiterbewegung hin: Ohne "theoretischen Sinn unter den Arbeitern wäre dieser wissenschaftliche Sozialismus nie so sehr in ihr Fleisch und Blut übergegangen, wie dies der Fall ist" (14).

Intellektualität, verstanden als Fähigkeit zu wissenschaftlichem, theoretischem Denken, ist also eine prinzipielle Voraussetzung für die Entwicklung und Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus. Allerdings ist sie nur *eine* Bedingung neben anderen für die Entstehung und Entwicklung der Theorie der Arbeiterbewegung. Wie jede andere wissenschaftliche Theorie kann der wissenschaftliche Sozialismus natürlich nur in seiner Anwendung entwickelt werden. Deshalb entstand er erst im Zusammenhang mit der politischen Praxis einer vereinigten Arbeiterbewegung, d.h. nur in deren politischer Organisation, also in ihrer Partei und deren Vorläufer. "Eine politische Partei ist die einzige Organisation, die ... die Wissenschaft in die Bewegung hineintragen kann. Und nur, indem sie das tut, kann eine politische Partei die Massenbewegung mit einer politischen Führung ausrüsten, damit sie die Macht erringen und den Sozialismus aufbauen kann." (15) Ausgeschlossen ist damit, daß zwischen den intellektuellen Führern einerseits und etwa Bebel, Dimitroff und Thorez andererseits unterschieden werden könnte. (16) Letztere sind gerade solche intellektuell befähigten Führer der Arbeiterbewegung, die die Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus garantieren. (17)

Wenn der wissenschaftliche Sozialismus einerseits auf dem modernsten Stand bürgerlicher Gesellschafts- und Naturwissenschaft aufbaut, ist er damit andererseits natürlich gleichzeitig in der Lage, in Auseinandersetzung mit dieser bürgerlichen Wissenschaft sich zu bewähren. Die Geschichte seiner Entwicklung zeigt, wie es ihm immer wieder gelang, durch die bürgerliche Wissenschaft aufgeworfene Fragen und Probleme zu lösen, deren Beantwortungsversuche die Wissenschaft der herrschenden Klasse in ausweglose theoretische Widersprüche verwickelte. Gleichwohl war diese Aufarbeitung neuer Problemstellungen durch die wissenschaftliche Theorie der Arbeiterbewegung oft selbst ein widersprüchlicher Prozeß. Man denke etwa an die Auseinandersetzungen des Marxismus mit dem Neopositivismus, dem modernen Empirismus, von denen Fiedler sagt, es müsse noch heute berücksichtigt werden, "daß sich Kritik und Einschätzung des Neopositivismus durch die marxistisch-leninistische Philosophie im Verlauf der letzten fünfzehn Jahre erheblich gewandelt haben, Fehleinschätzungen und bloße Beschimpfungen haben allmählich einer wissenschaftlich fundierten und sachlichen Kritik Platz gemacht." (18) In der Analyse der

13 Cornforth: MARXISTISCHE WISSENSCHAFT..., a.a.O., S. 193.
14 Lenin: "Was tun? ", S. 162.
15 Cornforth: MARXISTISCHE WISSENSCHAFT..., a.a.O., S. 194.
16 Hätte Keil (vgl. Keil: "Wissenschaft", S. 98), der meinen früheren Ausführungen dazu (vgl. Karl Theodor Schuon: WISSENSCHAFT, POLITIK UND WISSENSCHAFTLICHE POLITIK, Köln 1972, S. 214 ff.) unberechtigterweise eine solche Unterscheidung unterzuschieben versucht, meine dortigen Bemerkungen über Bebel und den Wandel des Klassenursprungs der Intellektuellen der proletarischen Partei gelesen (S. 223 ff.), wäre er vor der fälschlichen Gleichsetzung von Intellektuellen und Intelligenz, die seiner Kritik zugrunde liegt, bewahrt geblieben.
17 Ebenso: Wilhelm Raimund Beyer: "Der interessanteste Jubilar des Jahrgangs 1902: Lenins Schrift: Was tun? ", in: DZFPH, 10/1972, Nr. 11, S. 1352.
18 Frank Fiedler: EINHEITSWISSENSCHAFT ODER EINHEIT DER WISSENSCHAFT? , Berlin 1971, S. 80/81.

Auseinandersetzung des wissenschaftlichen Sozialismus mit sogenannten neomarxistischen Anschauungen weist Gedö darauf hin, daß eine "doktrinäre Deutung" der Lehre von Marx und Lenin für den Prozeß der Widerlegung und Überwindung idealistischer Positionen wertlos ist. Denn sie "hält Verdammung schon für Widerlegung, nimmt die ideellen Meinungsverschiedenheiten und die wirklichen Probleme, die die 'Neomarxisten' falsch stellen und lösen, nicht ernst" (19). Die wissenschaftliche Auseinandersetzung hat gerade auch die "ideellen Meinungsverschiedenheiten" ernstzunehmen. Eine Ausarbeitung dieser Auseinandersetzungen bedeutet nicht, die "Illusion vom rationalen Diskurs" (20) zu reproduzieren; sie stellt lediglich einen ersten, gleichwohl aber notwendigen Schritt der ideologischen Auseinandersetzung, des ideologischen Kampfes dar. Dies umso mehr, als die wissenschaftlich-technische Revolution im Rahmen des staatsmonopolistischen Systems zu verstärkten Widersprüchen in der gesellschaftlichen Entwicklung führt, zugleich aber eine zunehmende Verwissenschaftlichung weiterer Bereiche gesellschaftlicher Praxis nach sich zieht. Der "Prozeß der Verwissenschaftlichung bereitet sich gerade gegenwärtig mit außerordentlicher Beschleunigung in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens aus" (21). Ideologische Auseinandersetzung als wissenschaftliche Auseinandersetzung, in der die Problemstellungen des Gegners ernst genommen werden müssen, ist deshalb mehr denn je ein Gebot der Stunde. Auf Grund der zunehmenden Labilität und Widersprüchlichkeit des imperialistischen Weltsystems verschärft sich die ideologische Auseinandersetzung; auf Grund der zunehmenden Verwissenschaftlichung stellt diese Auseinandersetzung auch zunehmende theoretisch-systematische Ansprüche an die Kontrahenten. (22) Ideologischer Klassenkampf ist deshalb auf allen Ebenen immer mehr an Vorbildung und methodisches Rüstzeug gebunden.

Primär ist die Forderung nach immer gründlicherer Verwissenschaftlichung der Politik der Arbeiterbewegung aber gegründet auf die Notwendigkeit der Masse der Werktätigen, sich im Widerspruch zu den herrschenden Klassen mit dem Ziel der Veränderung der Gesellschaft zu organisieren und zu politisieren. Erst die wissenschaftliche Analyse deckt die Bedingungen für die notwendige Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse auf. "Die wissenschaftliche Forschung entdeckt stets und ständig Möglichkeiten für die menschliche Aktion. Denen, die interessiert sind, sagt sie, wie sie solche Dinge tun können, die sie zuvor nicht tun konnten. Sie läßt praktische Errungenschaften möglich werden, von denen man kaum zu träumen wagte, da sie die wirklichen Voraussetzungen dafür, daß diese Dinge hervorgebracht werden, und dafür, wie sie hervorgebracht werden können, aufdeckt. Die marxistische Wissenschaft zeigt der Arbeiterklasse, wie es möglich ist, die Befreiung zu erringen ... Die marxistische Wissenschaft zeigt die notwendigen Voraussetzungen für die Befreiung – und eine dieser Voraussetzungen ist, daß die Bewegung die wissenschaftliche Theorie zur Grundlage ihrer Praxis machen und daß der 'Sozialismus eine Wissenschaft werden muß'." (23)

Karl Theodor Schuon

19 Andras Gedö: "Synthese oder zusammengesetzter Irrtum? Zur Philosophie des 'Neomarxismus' ", in: MARXISTISCHE BLÄTTER, 10/1972, Nr. 6, S. 73-81, hier: S. 80; vgl. dazu auch: Werner Hofmann: STALINISMUS UND ANTIKOMMUNISMUS, Frankfurt/M. 1967, S. 87 ff., wo davon die Rede ist, daß nicht vorschnell an die Stelle der "immanenten" Kritik gegnerischer Auffassungen die "transzendente" treten darf. Sonst treten Parteilichkeit und Objektivität auseinander, wo doch Parteilichkeit der Wissenschaft in Wirklichkeit Vertiefung ihrer Objektivität zu bedeuten hat.
20 Keil, Wissenschaft..., a.a.O., S. 98.
21 Jürgen Kuczynski: WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT, Berlin 1972, S. 19.
22 Vgl. dazu auch: Walter Jopke: IDEOLOGISCHER KLASSENKAMPF UND SOZIALISTISCHES BEWUSSTSEIN, Frankfurt/M. 1971, S. 29 ff.
23 Cornforth: MARXISTISCHE WISSENSCHAFT..., a.a.O., S. 195.

Sag mir was Du liest . . .

Aus unserer Taschenbuchreihe:

WILHELM SCHWETTMANN / ULRICH SANDER

Jugend und Klassenkampf
oder
Antikapitalistische Jugendarbeit heute

Dieses Buch gibt Antwort auf aktuelle Fragen der Arbeiterjugendbewegung.
Mit Dokumentenanhang
Preis: DM 7,60

KARL LIEBKNECHT

Rekrutenabschied / Militarismus und Antimilitarismus

Zwei der bedeutendsten Schriften Liebknechts. Sie haben an Bedeutung nicht verloren.
Preis: DM 5,60

REINHARD JUNGE

Barras-Report — Tagebuch einer Dienstzeit

Ein aktuelle Buch über die Bundeswehr.
Mit Dokumentenanhang
Preis: DM 5,60

Schwarze Rose aus Alabama

Ein Buch über das Leben der amerikanischen Bürgerrechtskämpferin und Kommunistin Angela Davis.
Preis: DM 3.80
(In diesem Betrag ist eine Spende von DM 1,— zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, 1973, Berlin, Hauptstadt der DDR, enthalten.)

In Vorbereitung:

Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung

Erstmals wird hiermit ein Buch vorgelegt, das ausführlich (etwa 700 Seiten) über die Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung von 1900 bis 1945 informiert.
Erscheint etwa Februar 1973
Bereits jetzt bestellen!
Preis: DM 10,80

Arbeiterjugend kontra Monopole

Aktionsmodelle — Reportagen — Dokumente
2., völlig überarbeitete und auf den neuesten Stand gebrachte Ausgabe.
Erscheint etwa Januar 1973
Bereits jetzt bestellen!
Preis: ca. 5,—

Bücher aus dem sozialistischen Jugendverlag

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16, Telefon (0231) 572010

Diskussion, Besprechung

Zum revolutionären Prozess in Chile

I

Einer der wohl besten Lateinamerika-Kenner in der BRD (früher mit B. Goldenberg bei der "Deutschen Welle", jetzt Mitarbeiter beim "Deutschen Institut für Entwicklungspolitik" und vielfacher Gutachter für das BMZ) hat eine sehr lesenswerte Studie publiziert. Im ersten Hauptteil gibt er einen sozialgeschichtlichen Abriß Chiles von der Unabhängigkeit (1817) bis 1920, in welchem er die Besonderheiten dieses Landes gegenüber seinen lateinamerikanischen Nachbarn hervorhebt: relativ unangefochtene Stellung der staatlichen Zentralgewalt, Stabilität parlamentarischer Praktiken als primärer Auseinandersetzungsform innerhalb der Oligarchie, Aufkommen einer relativ starken Zwischenschicht und eines militanten Bergbauproletariats seit der verstärkten Integration Chiles in das imperialistische System. Schließlich: die Unterordnung des Militärs unter die zivile politische Führung, da dessen Hauptaufgabe bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die Zurückdrängung der Araukaner und Mapuche-Indianer war. Es folgt sodann eine Beschreibung der wichtigsten politischen Etappen der neueren Geschichte Chiles bis 1964. Die Vergrößerung der politischen Bedeutung der Zwischenschichten und des Proletariats bei gleichzeitiger Beibehaltung bzw. Verstärkung der sozio-ökonomischen Herrschaft der inländischen Oligarchie und der ausländischen Konzerne sind die wesentlichen Momente dieser Phase, in die auch die verstärkte Industrialisierung und die ersten Volksfrontregierungen (1938-1947) fallen. Die strukturelle Untersuchung der wichtigsten Sozial- und Wirtschaftsbereiche (Kupferbergbau, Landwirtschaft und Industrie) schließen diesen Teil der Studie ab.

Hier scheinen insbesondere zwei Thesen etwas korrekturbedürftig zu sein: Gewiß hat sich die chilenische Arbeiterbewegung[+] häufig sehr mechanistisch an den Fraktionskämpfen und Diskussionen innerhalb der europäischen Arbeiterbewegung orientiert und zweifelsohne sind manche Fehlentscheidungen, Spaltungen und Schwächen hierauf zurückzufüh-

* Besprechung von: Klaus Eßer: DURCH FREIE WAHLEN ZUM SOZIALISMUS ODER CHILES WEG AUS DER ARMUT, Reinbek bei Hamburg 1972; Heinz Rudolf Sonntag: REVOLUTION IN CHILE. Der schwierige Weg zum Sozialismus, Frankfurt/Main 1972. (Angaben in Schrägstrichen beziehen sich auf die jeweiligen Seiten).

\+ Vgl. zur Politik der KP-Chiles auch die Übersetzung des Artikels von Jorge Insunza: "Taktische und strategische Probleme des Kampfes in Chile", aus: PRINCIPIOS, Theoretische und politische Zeitschrift der KP-Chiles, in: KONSEQUENT, Nr. 8, 2. Jg., 1971, S. 46 ff.

ren. Auf der anderen Seite ist nicht zu vergessen, daß schon in den zwanziger Jahren die KP Chiles auf einigen Weltkongressen der KI sich harte Kritik an ihrer jeweils "sozialdemokratischen" oder "ultralinken" Politik gefallen lassen mußte. Die Entstehung der Sozialistischen Partei und ihre schnelle Entwicklung zu einer zweiten marxistischen Massenpartei in den dreißiger Jahren muß nicht nur als große Ausnahme (auch über Lateinamerika hinaus) gewertet werden, sondern auch als Versuch, eine auf nationale Besonderheiten hinorientierte sozialistische Politik zu betreiben. – Die andere von Goldenberg übernommene These besagt, die schon seit den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts in Chile zum Dauerphänomen gewordene Inflation habe einen – um bloß ökonomische Verbesserungen kämpfenden – Reformismus der Arbeiterbewegung zur Folge gehabt. Sicherlich ist zu konstatieren, daß die Mehrzahl der in der Geschichte der chilenischen Arbeiterbewegung organisierten Streiks ökonomische Kampfziele verfolgte. Die chilenische Arbeiterklasse konnte durch ihre lange Kampftradition auch relativ günstige Sozialleistungen und ein relativ hohes Lohnniveau (gemessen an anderen lateinamerikanischen Ländern) wenigstens für Teile der Arbeiterklasse erkämpfen. Jedoch daraus abzuleiten, ihr Bewußtsein sei bloß ökonomistisch-reformistisch, heißt nicht nur, die in der bürgerlichen Literatur verbreitete scharfe Trennung von Ökonomie und Politik mitzuvollziehen, welche auch der rigiden Unterscheidung zwischen "politischem" und "ökonomischem" Streik zugrundeliegt. Es bedeutet auch, zu übersehen, daß die hier negierte enge Verbindung von Politik und Ökonomie in Chile sich besonders leicht – auch im Bewußtsein der Arbeiterklasse – herstellte, da aufgrund der gewerkschaftlichen Gesetze, die fast jeden Streik kriminalisierten und eine wirksame Organisation der Gewerkschaften illegalisierten, jede Konfrontation mit dem Unternehmer in Streiks zur Konfrontation mit dem Staat werden ließen. Eine wirksame Interessenvertretung in ökonomischen Fragen setzte also das bewußte Hinwegsetzen über Gesetze und Verordnungen und den kalkulierten Widerstand gegen die den Staat repräsentierende Regierung voraus. Ökonomische Streiks waren in Chile also notwendig politische. Unter diesen Bedingungen von bloß ökonomischem Reformismus zu reden, heißt entscheidende Aspekte der Realität vernachlässigen.

Im nächsten Abschnitt behandelt Eßer zu Recht ausführlich "die christdemokratische Alternative des Eduardo Frei", da ohne diese Regierungsperiode (1964-1970) sowohl die Ausgangslage der Unidad-Popular sowie die sie vorbereitenden Prozesse unverständlich bleiben müssen. Eßer stellt fest, daß zwischen Anspruch und Wirklichkeit der christdemokratischen Herrschaft eine große Kluft bestand, und gerade in dem Nichterfüllen der vielfältigen Reformversprechungen der PDC bei gleichzeitigem Ingangsetzen wichtiger Änderungen die Chancen für die vereinigte Linke gekommen waren. Er beschreibt die Grundzüge der christdemokratischen Politik (Kupfer-Chilenisierung, Agrarreform und Versuch der Integration der ländlichen Unterschichten und des städtischen Subproletariats durch gewerkschaftliche oder "nachbarschaftliche" Organisierung) ebenso wie die sie begleitenden Prozesse der Differenzierung und Polarisierung sowohl innerhalb der PDC wie auch in der chilenischen Gesellschaft insgesamt. Wenn man Eßer auch in seinem Urteil zustimmen muß, daß die "Entwicklungspolitik" der Regierung Frei "nicht etwa nicht – oder gar antikapitalistisch, sondern eindeutig prokapitalistisch" war /75/, so vermißt man doch ein explizites Urteil darüber, daß dieses Experiment im wesentlichen gescheitert ist und aufgrund seines Klassencharakters scheitern mußte. Insbesondere in diesem Kapitel fallen widersprüchliche Aussagen, falsche Beurteilungen und begriffliche Schwächen auf. Die der christdemokratischen Propaganda angekreidete Diskrepanz zwischen Programm und Wirklichkeit trifft auch den Kritiker, wenn er meint, daß "die christdemokratische Regierung Chiles (sich) in erster Linie darum (bemühte), in diesem Entwicklungsland Gemeinschaftsaufgaben zur Schaffung der sozialen Voraussetzungen humanen Zusammenlebens sowie zur Beschleunigung der Gesamtentwicklung wahrzunehmen" /92/. Das Scheitern der Regierung Frei wird im wesentlichen auf "Fehlleistungen" /93/, mangelnde Einsicht darin, "daß Strukturreformen im privatwirtschaftlichen Bereich notwendig seien" /96/ und schließlich darauf zurückgeführt, daß "das Sozialprogramm der Regierung ... ebenso wie die zügellose Konsumpropaganda der Privatwirtschaft das Anspruchsniveau der Unterschichten wachsen (ließ)" /98/. Die korporativ-paternalistischen Züge der Gesellschafts- und Gewerkschaftspolitik auf dem Lande bleiben so unerwähnt wie die extrem arbeiterfeindliche Politik Freis und seine Versuche der Spaltung und Schwächung der Industriearbeitergewerkschaften. Diese Momente rückt der Verfasser etwas verfremdet als "strenge Beachtung des demokratischen Pluralismus", "machtpolitische Streuung" oder "schneller Übergang zu einer pluralistisch-sozialen Demokratie" ins Bild. Die ökonomische und sozialemanzipatorische Bedeutung der 'asentamientos' (genossenschaftliche Niederlassungen von Siedlern auf enteignetem Land) scheinen überschätzt zu sein. Verschiedene Demokratiebegriffe werden ohne nähere Qualifizierung nebeneinander gebraucht, so daß man etwa erfahren muß, der 'Prozeß der Demokratisierung" unter Frei habe "die Krise der Demokratie des Landes vertieft" /103/, da er Institutionen und Organisationen berührt habe, die bislang als "unpolitisch" galten. Daß Präsident Frei zu diesen von ihm mitbeeinflußten Prozessen nicht "Gegengewichte" im "Ausbau der Regierungsautorität" und Erhöhung der "Effizienz der Institutionen" schaffen konnte und diese Regierung schließlich wegen ihres "strengen Legalismus" auf diejenigen schießen ließ, die sie "integrieren" wollte, verleiht ihr am Ende eine fast tragische Note. Trotz des zeitweiligen Gebrauchs von Begriffen wie "Logik des Kapitals" oder "Institutionalisierung des Klassenkampfes" ist das Gesellschaftsbild Eßers doch wesentlich bestimmt von um "Entwicklungsstrategien" und "machtpolitischen Einfluß" konkurrierenden "Machtgruppen" (= Eliten), deren jeweiliger Wille sich an technischen Fertigkeiten oder entgegenstehenden Willensäußerungen bricht.

Da sollte "die Entwicklung beschleunigt werden, ohne die traditionellen Machtgruppen im Wirtschaftsbereich zu ersetzen (!)", da fehlt die Macht, um Instrumentarien für die Durchsetzung von Entwicklungsplänen zu schaffen etc. Typisch und äußerst gefährlich zugleich sind jene Sätze, in denen der Verfasser die chilenische Entwicklung der letzten Jahrzehnte auf seinen technokratischen Generalnenner zu bringen sucht: "Vergeblich versuchten etwa die Präsidenten Ibáñez und Alessandri, die Stellung der Exekutive gegenüber dem Kongreß zu stärken, um ihre Entwicklungspläne verwirklichen zu können. Ihnen gelang es nicht, die politischen Institutionen des Landes an die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung seit 1925 anzupassen. Daher waren diese immer weniger in der Lage, den größeren Druck von unten zu verarbeiten, zu kanalisieren und in entwicklungsfördernde Bahnen zu lenken. Die entwicklungspolitischen Kosten des machtpolitisch-konstitutionellen Immobilismus wuchsen von Jahr zu Jahr." /102/ Daß diese beiden Präsidenten direkte Exponenten der chilenischen Großbourgeoisie waren, ihre "Anpassungen" auf eine offene Diktatur des Kapitals à la brasilienne hinausgelaufen wären, solches jedoch zu verhindern die chilenische Arbeiterklasse mit ihren Organisationen stark genug war, – geht bei derartigem "entwicklungspolitischen" Eifer verloren. Der "politische und soziale Überbau" (gemeint sind die Organisationen der Werktätigen und deren Kampfkraft) entwickelte sich schneller als "die wirtschaftliche Basis" und "die politischen Institutionen des Landes" (gemeint ist das parasitäre chilenische Monopolkapital und dessen Herrschaftsapparat) – Fazit der Geschichte: die chilenische Großbourgeoisie und ihre ausländischen Helfer waren nicht clever genug, dies vorauszusehen, es rechtzeitig einzudämmen und in "entwicklungsfördernde Bahnen" (des Kapitals) zu lenken.

Bei solchem Stand der Dinge, der eine gewisse Sympathie und interessiert-distanzierte Betrachtung des Allende-Experiments einschließt, muß es der Unidad Popular so gehen wie jenem Philosophen, der meinte, daß er sich vor seinen Feinden selber schützen werde, Gott ihn aber vor seinen Freunden behüten solle. Gleichwohl bringt das letzte Kapitel einen

guten Überblick über die Strategiediskussion in der chilenischen Linken, die ersten Maßnahmen der Unidad Popular und eine Bilanz ihrer Erfolge sowohl im innenpolitisch-gesellschaftlichen wie auch im außenpolitisch-außenwirtschaftlichen Bereich. Wenngleich der letzte Problemkreis vielleicht etwas zu optimistisch geraten und die Kontinuität zur Freischen Außenpolitik zu stark hervorgehoben zu sein scheint, ist dieses Kapitel durch das Aufzeigen der neuen Perspektiven für eine Lateinamerikapolitik gegenüber den USA und einer gemeinsamen Politik von in Blöcken gegen die imperialistischen Länder vorgehenden Entwicklungsländer sehr lesenswert. Die Einschätzung des Kräfteverhältnisses im inneren, der Ausblick auf Probleme der "nicht-kapitalistischen Entwicklungsphase" und die Skizzierung der verschiedenen Positionen der Linken in diesem Prozeß ist faktenreich, instruktiv und realistisch. Manche Behauptungen sind schlecht belegt (z.B. Zulauf der Kupferarbeiter zu den Christdemokraten) und manches ziemlich schief ausgedrückt (z.B., daß eine neue Produktionsstruktur noch "weitergehende" Einkommensverteilungen voraussetze). Auch macht sich der Umstand störend bemerkbar, daß der Verfasser die kubanische Entwicklung mit der chilenischen so kontrastiert, als ob den Kubanern ganz andere Möglichkeiten offen gestanden hätten (der "sofortige" Übergang zum Sozialismus und die daraus folgende Isolierung Kubas scheint bloß aus dem Ungestüm seiner Revolutionäre zu resultieren). Auch konnte Eßer nicht umhin, einige Klischees hinsichtlich der chilenischen KP zu wiederholen (ihre Zeitung sei langweilig, sie gebe sich ein kleinbürgerlich gepflegtes Image, ihre Führungskader seien überaltert etc.). Dem entsprechen beliebte Pauschalstereotypen, wenn von "den" lateinamerikanischen KP's die Rede ist oder von "Moskaus Lateinamerika-Politik", welche prinzipiell dén Guerillakampf ausschließe. Umgekehrt findet der Verfasser nichts dabei, – aufgrund seiner "Beobachter"-Perspektive – den MIR durch ein Zitat aus einer "Moskauer Zeitung" hinreichend charakterisiert erscheinen zu lassen. /133/ Dies ändert jedoch nichts daran, daß Eßer in vielen entscheidenden Beurteilungen sich den Sinn für realistische und gerechte Einschätzungen bewahrt. Zu Recht etwa hebt er hervor, daß gerade das Nebeneinander der beiden marxistischen Parteien mit ihren verschiedenen Akzentuierungen in der Taktik ergänzend und insgesamt positiv gewirkt habe. "Zweifellos war die Strategie des 'Wandels durch Zusammenarbeit" und der "Aktionseinheit" der KP entscheidend für den Wahlausgang. Die systemdurchbrechenden Kampfformen der Sozialisten ergänzten sie. So wurde es möglich, die legalen Möglichkeiten zur Entwicklung des Massenkampfes zu nutzen und zugleich die Kampfkraft des Subproletariats durch illegale Aktionsformen revolutionär zu kanalisieren." /113/ Es scheint, als ob auch eine in der Regierung sitzende Unidad Popular zur Absicherung und zum Ausbau ihrer Machtpositionen auf eine gewisse Vielfalt der Kampfformen nicht verzichten können wird – wenngleich die Notwendigkeit der Koordinierung, Synchronisierung und Dosierung der einzelnen Aktionen sich nun als noch größeres Problem stellt.

II

Mittels Informationen und Interpretationen will sich Sonntags Buch richten "gegen Klischeevorstellungen von rechts und links, gegen voreilige Urteile, gegen den selbstbewußten und selbstgerechten Begriff von einer notwendigen Revolution und von einem Sozialismus, der immer nur an den eigenen Wirklichkeiten festgemacht und selten auf seine konkrete Anwendbarkeit auf andere gesellschaftliche Verhältnisse überprüft wird." /7/ Das Buch zerfällt in drei Teile: eine Darstellung und Analyse der chilenischen Entwicklung, Interviews und Gespräche mit Allende, dem Leiter des zentralen Planungsamtes (dieses Interview hat inzwischen eine Diskussion in der chilenischen Zeitschrift "Punto Final" ausgelöst), dem Agrarminister, dem Leiter der Kupferbehörde und einem hohen Beamten in der Zentralbank sowie weiteren führenden Politikern der "Volkseinheit". Im dritten Teil

werden die beiden wichtigsten Dokumente für das Verständnis der Grundlagen und Perspektiven des gegenwärtigen revolutionären Prozesses, das Grundsatzprogramm der Unidad Popular und die "erste Botschaft des Präsidenten vor dem Kongreß" gebracht. Den Interviews und Dokumenten sind kurze Erläuterungen über den jeweiligen Kontext vorangestellt. Schon diese beiden letzten Teile des Buches, die in ihrer Anlage, Übersetzung und editorischen Ausstattung sehr gelungen sind, machen es zu einer wichtigen und lesenswerten Publikation.

Im folgenden beschränkt sich die Besprechung auf den ersten Teil.

Neben einer Schilderung der aktuellen Ereignisse und einem Abriß der geschichtlichen Entwicklung Chiles (in dem die Besonderheiten im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern skizziert werden) widmet sich die Einleitung insbesondere der strukturellen Analyse der chilenischen Wirtschaftsgesellschaft und versucht hierbei, neue, den Typus der abhängigen, deformierten, unterentwickelt-kapitalistischen Gesellschaft besser als bislang erklärende Konzeptualisierungen zugrundezulegen. Dies gilt etwa für die Beschreibung der chilenischen Klassenverhältnisse, bei der Sonntag den verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse den verschiedenen Elementen der beherrschten Klasse (unter besonderer Berücksichtigung der stets wachsenden Marginalen, Randschichten, die nicht einfach als "Lumpenproletariat" zu bezeichnen sind) gegenüberstellt und die Klassenlage der "intermediären Sektoren" (Handwerker, Kleinhändler, mittlere und untere Staatsangestellte etc.) knapp streift.

Die allgemeinste theoretische Prämisse seiner Untersuchung ist aber, daß die in Chile besonders komplizierten Beziehungen zwischen "Unterbau" und "Überbau" (als den zwei wesentlichen Elementen der "Struktur") einen Aufschluß über die Möglichkeiten und Chancen des "chilenischen Wegs zum Sozialismus" geben können. Hierbei genügt es nach Sonntag nicht, das Spezifische der chilenischen Entwicklung festzustellen: "Ein Überbau hat sich entfalten können, der für gesellschaftliche Entwicklung reif war, welche der Unterbau auszuschließen schien. Aus dieser Kluft zwischen Unterbau und Überbau ist hervorgegangen, was mit dem 4. September 1970 begann: der Versuch einer Revolution im Rahmen eines gegebenen sozio-ökonomischen Systems und innerhalb der eingeübten Spielregeln des Überbaus einer vorhandenen Struktur." /87 f.) Es muß darüber hinaus gezeigt werden, ob und wie es möglich ist, daß "innerhalb einer unterentwickelt-kapitalistischen Struktur Reformen durchgeführt werden, welche diese zum Sozialismus hin entwickeln (sollen), ohne daß von ihrer vorherigen vollkommenen Zerschlagung ausgegangen würde." /88/ Diese Möglichkeit sucht Sonntag mit Hilfe zweier Gedankengänge zu erklären: Einmal kann aufgrund des Gesetzes der "ungleichmäßigen, kombinierten Entwicklung" bei Verschärfung gesellschaftlicher Widersprüche in einem unterentwickelten (i.e. niedrigen Produktivkraftstand aufweisenden) Land "der Überbau die Revolution sozusagen 'tragen' " /89/. Der zweite von Sonntag als hilfreich empfundene Gedankengang stützt sich auf A.G. Franks These, wonach gerade die "Strukturen" am unterentwickeltsten sind, die "am meisten und intensivsten (von) kapitalistischen Produktionsverhältnissen" durchdrungen sind. "Die Widersprüche der Struktur hatten sich damit so zugespitzt, daß Eingriffe in sie revolutionären Charakter tragen konnten, daß also Reformen zu ihrer Verbesserung sie unterhand völlig verändern konnten, sofern gewisse Voraussetzungen erfüllt waren." /88 f./ Diese Widersprüche "kristallisierten" sich am stärksten im "Überbau". weswegen er eine revolutionäre Rolle spielen kann, sofern nur die eingeleiteten Reformen von revolutionären Klassen getragen werden. Inwieweit diese "theoretische Erklärung zumindest stringent und dem Prozeß für seine gegenwärtige Phase angemessen ist", wie Sonntag meint, müßte näher geprüft werden. Zunächst ist einmal darauf hinzuweisen, daß die beiden zur Erklärung herangezogenen Gedankengänge sich insofern widersprechen, als in

dem einen auf den niedrigen Produktivkraftstand, in dem anderen auf den relativ entwickelten Produktivkraftstand unter kapitalistisch-imperialistischen Bedingungen abgestellt wird. Daß ferner bei Zuspitzung der Widersprüche Reformen zu Ansatzpunkten von revolutionären Veränderungen werden können, sofern sie konsequent und mit entsprechender Klassenunterstützung durchgeführt werden, scheint ebenso die Regel zu sein wie der Umstand, daß "der Überbau" (sofern man in ihm – wie Sonntag es auch tut – die revolutionären Klassenorganisationen ansiedelt) in gesellschaftlich labilen oder vorrevolutionären Perioden "die Revolution tragen" muß. Was schließlich von dem Sonntagschen theoretischen Deutungsversuch sowohl in seinem allgemein-analytischen Ertrag wie auch die konkrete chilenische Situation betreffend übrigbleibt, ist nicht klar zu erkennen. Sicherlich ist es vonnöten, in der aufgezeigten Richtung weiterzuarbeiten und speziell die verschiedenen sich gegenseitig bedingenden Momente innerhalb des "Überbaus", der ja höchst antagonistische und in verschiedenem "Reifegrad" befindliche Elemente umfaßt ebenso näher zu untersuchen wie die ökonomische Basis eines auf relativ entwickeltem Niveau stagnierenden abhängigen Kapitalismus.

Auch weitere diskussionswerte Punkte (z.B. Relativierung der Klassenfunktion des Staates aufgrund der Anwesenheit von Sozialisten und Kommunisten in einigen staatlichen Organen /54/, grundsätzliche und permanente Einigkeit der herrschenden Klasse in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik /92, Frei-Ära? /, "Scheitern" der "Frente Amplio" als Beweis der Unmöglichkeit eines "nicht-bewaffneten Weges" /98/ ändern nichts daran, daß Sonntags Einleitung eine sehr instruktive und theoretisch-begrifflich klare Studie darstellt, die zum Weiterdenken anregt. Auch ist ihm darin zuzustimmen, daß "Chile ... *nicht* gezeigt hat, daß die lateinamerikanische Revolution friedlich verlaufen kann; Chile hat nur gezeigt, daß in jeder Gesellschaft der der Struktur angemessene Weg zur Revolution eingeschlagen werden muß." /97/ Ebenso hat er darin völlig Recht, wenn er – ebenso wie die Sozialistische und Kommunistische Partei auf ihren Plenumssitzungen im März dieses Jahres – in der breiten und wirklichen Mobilisierung und Bewußtwerdung der Massen das Haupterfordernis des gegenwärtigen revolutionären Prozesses sieht. Fast alles "hängt davon ab, ob die Parteien der Volkseinheit es schaffen, das bisher vorherrschende Bewußtsein: 'Die Volksregierung hat unsere Existenzbedingungen verbessert, deshalb stehen wir zu ihr', (was ja nur embryonal politisch ist) in ein politisches zu verwandeln oder nicht. Nur wenn das geleistet werden kann, braucht nicht jede wirtschaftliche Schwierigkeit, die unvermeidlich ist in einem solchen Prozeß, die Angst vor seiner Abtreibung auszulösen." /102/ Die gilt umsomehr angesichts ständiger Wahlen!

Dieter Boris

JÜRGENS BUCHLADEN
Politische Oekonomie
Theorie & Geschichte der Arbeiterbewegung
Politik
NATURWISSENSCHAFTEN
MEDIZIN PSYCHOLOGIE
SOZIOLOGIE ERZIEHUNG
1 Berlin 33 Königin-Luise-Str. 40 U-Bahnhof Dahlem Dorf

Neue Entwicklungswege in der Politischen Ökonomie des Sozialismus *

Wenn ein 'antirevisionistischer Theoretiker', wie Charles Bettelheim beispielsweise, seine chaotische Vorstellung von der Theorie und Praxis sozialistischer Planung darlegt, indem er sagt: "Planung ... beinhaltet, daß die Ökonomie aufhört, von ökonomischen Gesetzen beherrscht zu werden, beinhaltet die Beherrschung der Ökonomie durch den Willen der Menschen" (1), so ist dies glücklicherweise ohne jede Bedeutung für die wirkliche Gestaltung der Ökonomik des Sozialismus. Dagegen ist es eine wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe der sozialistischen Wirtschaftswissenschaftler, die ökonomischen Gesetze des Sozialismus und ihre konkreten Wirkungsbedingungen zu erkennen, und damit die Voraussetzungen für die wissenschaftliche Nutzung ihrer objektiven Erfordernisse bei der ökonomischen Entwicklung des Sozialismus zu schaffen. Ein wesentlicher Beitrag zu den Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus ist jetzt mit einem neuen sowjetischen Lehrbuch geleistet worden (2).

Dieses Lehrbuch ist der zweite Band eines einheitlich konzipierten Gesamtwerkes (3), dessen Autoren es sich zur Aufgabe gemacht haben, die politische Ökonomie als Wissenschaft im weiteren Sinne darzustellen. "Die politische Ökonomie entstand zunächst als Wissenschaft von den Gesetzen der Produktion, des Austausches und der Distribution nur einer – der kapitalistischen – Gesellschaft. Friedrich Engels bezeichnete diese Wissenschaft als politische Ökonomie im engeren Sinne. In seiner Definition der politischen Ökonomie als Wissenschaft im weiteren Sinne stellte Friedrich Engels fest, daß dies die politische Ökonomie als 'Wissenschaft von den Bedingungen und Formen (ist), unter denen die verschiedenen menschlichen Gesellschaften produziert und ausgetauscht und unter denen sich demgemäß jedesmal die Produkte verteilt haben.' (4) Die politische Ökonomie, mit der wir uns heute befassen, ist, um mit Friedrich Engels Worten zu sprechen, die politische Ökonomie im weiteren Sinne des Wortes: Sie untersucht die Produktionsverhältnisse und ökonomischen Gesetze aller sozialökonomischen Formationen, angefangen von der Urgemeinschaft bis zum Sozialismus – der ersten Phase des Kommunismus. Die politische Ökonomie im weiteren Sinne des Wortes ist nicht die Summe der politischen Ökonomien im engeren Sinne. Sie ist eine einheitliche Wissenschaft mit einem einheit-

---

* Besprechung von: Autorenkollektiv (unter Leitung von N.A. Zagalow): LEHRBUCH POLITISCHE ÖKONOMIE. SOZIALISMUS. Berlin: Dietz-Verlag 1972 und Frankfurt/M.: Verlag Marxistische Blätter 1972.

1 Charles Bettelheim: THEORIE UND PRAXIS SOZIALISTISCHER PLANUNG, München 1971, S. 26.

2 Autorenkollektiv: LEHRBUCH POLITISCHE ÖKONOMIE. SOZIALISMUS, a.a.O.

3 Autorenkollektiv: LEHRBUCH POLITISCHE ÖKONOMIE. VORSOZIALISTISCHE PRODUKTIONSWEISEN. Berlin: Dietz-Verlag 1972 und Frankfurt/M.: Verlag Marxistische Blätter 1972.

4 MEW, Bd. 20, S. 139.

lichen Gegenstand und einer einheitlichen Methode." (5) Aus dieser Definition der politischen Ökonomie als Wissenschaft geht hervor, daß die Autoren die Auffassung vertreten, daß die Erkenntnis der Bedingtheit der Methode der politischen Ökonomie durch ihren Gegenstand durchaus nicht die Anwendung dieser Methode auf verschiedene sozialökonomische Forschungsobjekte des einheitlichen Gegenstandes ausschließt.

Bevor nun gezeigt werden soll, welche Konsequenzen sich für die Autoren aus der Anwendung dieser einheitlichen Methode (die nichts anderes ist als der dialektische Materialismus) für die Darstellung der politischen Ökonomie des Sozialismus ergeben, sei zunächst auf die Grundzüge dieser Methode eingegangen, wie sie in dem Werk selbst charakterisiert werden; auf diese Weise soll der Zugang zu dem wissenschaftlichen Aufbau ihrer Arbeit erleichtert werden, soll die enge Verbindung von Forschungsmethode und Darstellungsweise gezeigt werden, denn es ist ein Grundanliegen der Autoren, die innere Logik, Aufeinanderfolge und Geschlossenheit der politischen Ökonomie des Sozialismus aufzuzeigen.

Nach Meinung der Autoren besteht die Aufgabe wissenschaftlicher Analyse darin, "das Wesen der Erscheinungen zu ergründen, ihre inneren Zusammenhänge zu begreifen, die Gesetze ihrer Entstehung und Entwicklung zu erkennen. Nur auf dieser Grundlage lassen sich richtige Schlüsse ziehen, so daß der Mensch in die Lage versetzt wird, nicht nur Beobachtungen über das Leben anzustellen, sondern es auch seinen Interessen gemäß zu verändern." (6) Es sei kurz auf eine in diesem Zusammenhang häufig auftauchende Schwierigkeit hingewiesen: Die relative Durchsichtigkeit, mit der sich das Verhältnis von ökonomischem Wesen und seinen äußeren Erscheinungen im Kommunismus bzw. Sozialismus gestaltet, verleitet leicht zu der Annahme, daß man Wesen und Erscheinung hier im Untersuchungsprozeß gleichsetzen könne. Aber sowohl in der Natur als auch im gesellschaftlichen Leben sind Wesen und Erscheinung nicht identisch. "Alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen." (7)

Das Eindringen in das Wesen der Erscheinungen, die untersucht werden sollen, vollzieht sich auf dem Wege der Analyse und Synthese. Diese gedankliche Zergliederung und Zusammenfügung des Untersuchungsobjekts kann nur im Kopf des Forschers als wissenschaftliche Abstraktion erfolgen, deren Resultat sich ausdrückt in ökonomischen Kategorien, welche diese oder jene Seite der untersuchten Produktionsverhältnisse widerspiegeln. "In ihrer Einheit charakterisieren die ökonomischen Kategorien das Gesamtsystem der Produktionsverhältnisse ... Jedem System von Produktionsverhältnissen entspricht ein System von ökonomischen Kategorien." /44/ Die ökonomischen Kategorien stellen also nichts Selbständiges, voneinander Unabhängiges dar, sondern sie stehen in einem notwendigen inneren Zusammenhang. Diesen inneren Zusammenhang sehen die Autoren in dem dialektischen Charakter wissenschaftlicher Abstraktion, d.h.

1. Die ökonomischen Kategorien müssen als sich verändernde, in Entwicklung befindliche Kategorien betrachtet werden, wobei geklärt werden muß, worin die Entwicklung der in den jeweiligen Kategorien ausgedrückten ökonomischen Erscheinungen besteht. "Die historische Betrachtungsweise, das Prinzip der Entwicklung, gehört zu den zentralen Grundsätzen des dialektischen Herangehens an die Untersuchung der uns umgebenden Wirklichkeit." /45/

5 Autorenkollektiv: POL. ÖK. VORSOZIALISTISCHE PRODUKTIONSWEISEN, a.a.O., S. 38/39.

6 Ebenda, S. 42 (hierauf beziehen sich die zunächst folgenden Seitenangaben in Schrägstrichen).

7 MEW, Bd. 13, S. 825.

2. Ausgehend von der Erkenntnis, daß sowohl in der Natur als auch in der Gesellschaft die Entwicklung vom Einfachen zum Komplizierten, vom Niederen zum Höheren geht, muß bei der Untersuchung eines Systems von Produktionsverhältnissen das einfachste Verhältnis (die ökonomische Zelle), das als Ausgangsbasis für die Entstehung aller weiteren, komplizierteren Verhältnisse gedient hat, herausgelöst werden. "Jedes System von Verhältnissen hat seine besondere Zelle, aus der sich das gesamte System entwickelt. Wenn sich ein System von Verhältnissen aus der Zelle entwickelt hat, so liquidiert es diese nicht, sondern reproduziert sie ständig als notwendige Bedingung seines eigenen Daseins." /45/
3. Einheit und Kampf der dieser oder jener Erscheinung immanenten Widersprüche sind die Triebkraft der Entwicklung, die den Übergang vom Einfachen zum Komplizierten, die Komplizierung der Produktionsverhältnisse bewirkt. Wird der immanente Widerspruch des jeweils einfachsten Verhältnisses aufgedeckt, so zeigt sich, warum dieser Widerspruch innerhalb des betreffenden Verhältnisses nicht lösbar ist, warum der Übergang zu einem komplizierteren Verhältnis erforderlich wird, welches zur Form der Lösung des Widerspruchs des voraufgegangenen Verhältnisses dient. "Der Übergang vom Einfachen zum Komplizierten ist der Übergang zu einer neuen Qualität. Zugleich enthält das Komplizierte, qualitativ neue Verhältnis auch die Merkmale, die dem voraufgegangenen einfachen Verhältnis eigen waren." /46/

Es zeigt sich also, "daß die ökonomischen Kategorien bei der dialektischen Auffassung des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten in genau bestimmter Reihenfolge geordnet sind, die den wirklichen Prozeß ihrer Entstehung und Entwicklung widerspiegelt ..." /46/ Diese genau bestimmte Reihenfolge ist nun nicht so zu verstehen, daß die logische Analyse der Produktionsverhältnisse eine genaue Kopie des geschichtlichen Prozesses ist, sondern "der Politökonom wählt aus den ökonomischen Fakten nur diejenigen aus, die eigentlich notwendig, gesetzmäßig sind und nur von dem betreffenden System von Produktionsverhältnissen hervorgebracht werden." /47/

In ihrem – ansonsten erfreulich ausführlichen – Abriß über die Methode der politischen Ökonomie gehen die Autoren leider nicht so umfassend auf das Problem des Verhältnisses von Logischem und Historischem ein, wie man es erwarten könnte in Anbetracht der großen Beachtung, die sie gerade diesem Verhältnis bei der Darstellung der politischen Ökonomie schenken. Das zeigt sich nicht zuletzt in ihrer Darstellung der politischen Ökonomie des Sozialismus. Es soll auf diesen Punkt etwas näher eingegangen werden, da die Methode des Aufsteigens vom Einfachen zum Komplizierten mehrfach mißverstanden worden ist als eine Methode, in der "die logische Erforschung die Widerspiegelung des historischen Verlaufs der gesellschaftlichen Entwicklung (ist)" und daß daher "die grundlegenden Kategorien der politischen Ökonomie ... in der historischen Aufeinanderfolge untersucht (werden müssen), in der sie auf den verschiedenen Entwicklungsstufen der menschlichen Gesellschaft entstanden (sind)." (8) Damit soll nun keineswegs gesagt sein, daß die logische Methode das historische Element verwirft, vielmehr enthält sie es sogar in gedrängter Form und widerspiegelt gründlich die historischen Prozesse in logischer, abstrakt-theoretischer Form. Oder wie Marx es ausdrückt: "In allen Gesellschaftsformen ist es eine bestimmte Produktion, die allen übrigen, und deren Verhältnisse daher allen übrigen, Rang und Einfluß anweist. Es ist eine allgemeine Beleuchtung, worin alle übrigen Farben getaucht sind und (die) sie in ihrer Besonderheit modifiziert. Es ist ein

8 POLITISCHE ÖKONOMIE. LEHRBUCH (herausgegeben von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR) nach der dritten, überarbeiteten russischen Ausgabe, Berlin: Dietz-Verlag 1959.

besonderer Äther, der das spezifische Gewicht alles in ihm hervorstehenden Daseins bestimmt." Daher wäre es "untubar und falsch, die ökonomischen Kategorien in der Folge aufeinander folgen zu lassen, in der sie historisch die bestimmenden waren." (9) Für die Darstellung der Wechselbeziehungen der ökonomischen Kategorien, die die sozialistische Gesellschaft widerspiegeln, ist dieser methodische Hinweis von großer Bedeutung. "Die kommunistische Produktionsweise in der ersten (sozialistischen) Phase ihrer Entwicklung bewahrt noch einige gesellschaftliche Formen, aus denen sie entstanden ist (Warenproduktion, Geld, Wertverhältnisse usw.). Es liegt völlig auf der Hand, daß sowohl ihr Inhalt als auch ihr Anteil und ihre Rolle unter dem Einfluß der neuen Verhältnisse umgestaltet werden. Im Einklang damit wird auch der Platz der diese Formen zum Ausdruck bringenden Kategorien, ihr Zusammenhang mit den neuen ökonomischen Kategorien des Sozialismus nicht durch die Wechselbeziehung bestimmt, die sich aus dem empirischen Verlauf der Geschichte ergibt, sondern durch die innere Gliederung und Struktur der sozialistischen Gesellschaft." (10)

Wenn im folgenden auf die Darstellung der politischen Ökonomie des Sozialismus eingegangen werden soll, so ist dabei zu beachten, daß es hier nur darum gehen kann, die wesentlichsten Vermittlungsschritte aufzuzeigen, denn es würde über den Rahmen dieses Artikels hinausgehen, wollte man versuchen, auf die Fülle des verarbeiteten Materials und den mit wissenschaftlicher Strenge durchgeführten Aufbau der Arbeit im einzelnen einzugehen.

Bevor die Autoren im zweiten Teil ihres Buches die Analyse des Systems der sozialistischen Produktionsverhältnisse mit der Darstellung der Grundlagen der kommunistischen Produktionsweise beginnen, stellen sie zunächst den Prozeß der Herausbildung der sozialistischen Produktionsweise dar, wie er sich in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzieht. "Die unbedingte Notwendigkeit einer Übergangsperiode, in deren Verlauf planmäßig die neue Produktionsweise geschaffen wird, ist eine spezifische Besonderheit der Entstehung des Sozialismus." (11) Diese Besonderheit ist der Tatsache geschuldet, daß das spontane Entstehen der sozialistischen Produktionsweise im Schoße der alten, der kapitalistischen Ordnung unmöglich ist. Die historische Aufgabe und den sozialökonomischen Inhalt der Übergangsperiode bildet der revolutionäre Prozeß der Ablösung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch neue, sozialistische Produktionsverhältnisse. "Mit der Beseitigung des Privateigentums und dem Übergang der entscheidenden Produktionsmittel in das Eigentum des sozialistischen Staates gehen aus dem Vergesellschaftungsprozeß der Produktion im gesellschaftlichen Maßstab die Produktionsverhältnisse hervor, welche die Grundlagen der sozialistischen (kommunistischen) Produktionsweise bilden."/117/ Diese sind nicht, wie man auf den ersten Blick annehmen könnte, identisch mit der Gesamtheit der Produktionsverhältnisse im Sozialismus, welche unterschieden werden "a) in allgemeine kommunistische Verhältnisse, die bereits in der niederen Phase des Kommunismus bestehen; b) in spezifische Verhältnisse der niederen Phase, die allmählich in Verhältnisse übergehen, wie sie nur der höheren Phase des Kommunismus eigen sind; c) in Verhältnisse, die bereits aus den vorsozialistischen Formen bekannt sind und die (mit neuem Inhalt) im Sozialismus fortbestehen." /117/ Die Grundlagen der kommunistischen Produktionsweise dagegen werden nur gebildet durch die allgemeinen

9 MEW, Bd. 13, S. 637/638.
10 M.M. Rosental: DIE DIALEKTISCHE METHODE DER POLITISCHEN ÖKONOMIE VON KARL MARX, Berlin: Dietz-Verlag 1969, S. 474.
11 Autorenkollektiv: LEHRBUCH POL. ÖK. SOZIALISMUS, a.a.O., S. 27 (hierauf beziehen sich die folgenden Seitenangaben in Schrägstrichen).

kommunistischen und spezifisch sozialistischen Verhältnisse. Nur diese bringen den prinzipiellen Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus zum Ausdruck und bestimmen die Hauptrichtung für das Hinüberwachsen des Sozialismus in den vollentfalteten Kommunismus. Außerdem ist ihr Platz im System der sozialistischen Produktionsverhältnisse dadurch bestimmt, daß sie die Hauptfaktoren sind, welche den Inhalt der von den vorsozialistischen Produktionsweisen übernommenen ökonomischen Verhältnisse umformen. Aus diesen Bestimmungen ergibt sich, daß "die Grundlagen der kommunistischen Produktionsweise die besondere theoretische Ausgangsstufe für die Untersuchung der Gesamtheit der sozialistischen Produktionsverhältnisse (bilden) ..." /117/ Ihre Darstellung beginnt mit der Kategorie der Planmäßigkeit der sozialistischen Produktion: "Die planmäßige Form der sozialistischen Produktion bildet ... nicht nur historisch, sondern auch logisch den Ausgangspunkt des Systems der sozialistischen Produktionsverhältnisse ... Planmäßigkeit ist die allgemeine, allen ökonomischen Hauptprozessen eigene Bewegungsform der sozialistischen (kommunistischen) Produktion. Außerhalb dieser Form läßt sich keine ökonomische Kategorie des Sozialismus und Kommunismus begreifen." /119/

Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, weshalb die Autoren die Analyse nicht mit dem Volkseigentum als eigener ökonomischer Kategorie beginnen, zumal sie die planmäßige Organisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses bestimmen als "die Ausgangsform, in der das Volkseigentum als ökonomischer Faktor im Maßstab der gesellschaftlichen Produktion fungiert." /118/ In der Begründung ihres Vorgehens gehen die Autoren von der Unterscheidung zwischen der juristischen Form und dem ökonomischen Inhalt des Eigentums aus. Die Aufgabe der politischen Ökonomie nun besteht in der Aufdeckung des ökonomischen Inhalts des Eigentums. "Um ihn zu erkennen, muß man sich der Gesamtheit jener ökonomischen Beziehungen zuwenden, die sich im tatsächlichen Prozeß der Produktion, der Verteilung und des Austausches der Produkte sozialistischer Betriebe ergeben. Nur auf diese Weise können das staatliche, genossenschaftliche und persönliche Eigentum als Formen mit ökonomischem Inhalt bestimmt werden. Der Hinweis, daß die Produktionsmittel beispielsweise dem Staat gehören, charakterisiert sie nicht einmal als Mittel, die tatsächlich ein Produkt erzeugen ... Dementsprechend wird jede Form des sozialistischen Eigentums nicht in irgendeiner einzelnen Kategorie der politischen Ökonomie, sondern im System der ökonomischen Kategorien des Sozialismus theoretisch widerspiegelt." /113/114/

In der Darstellung der Grundlagen der kommunistischen Produktionsweise charakterisieren die Autoren die ökonomischen Gesetze und Produktionsverhältnisse des Sozialismus in ihrer reinsten Form. Das ökonomische Grundgesetz, welches das Wesen und Ziel der kommunistischen Produktionsweise ausdrückt, beinhaltet, daß die kommunistische (sozialistische) Gesellschaft "die gesellschaftliche Produktion planmäßig der Erreichung des umfassenden Wohlstandes aller Mitglieder der Gesellschaft und der freien, allseitigen Entfaltung der Persönlichkeit jedes einzelnen unterordnet, was wiederum die kontinuierliche Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion bewirkt." /143/ Gegenüber dem ökonomischen Grundgesetz bringen die anderen spezifischen Gesetze der sozialistischen Produktion das wesentliche in den einzelnen Seiten und Prozessen dieser Gesellschaftsordnung zum Ausdruck. Es sind dies vor allem das Gesetz der planmäßig proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft, welches zum Ausdruck bringt, daß die planmäßige Herstellung der Proportionalität der gesellschaftlichen Arbeit ein spezifisches Merkmal der kommunistischen Produktionsweise ist, und das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion, in dem der innere, wesentliche und notwendige Zusammenhang zwischen der unmittelbaren Vergesellschaftung der Arbeit und der Notwendigkeit der zentralen, planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft zum Ausdruck kommt. Der hier angesprochene unmittelbar gesellschaftliche Charakter der Arbeit ist zu verstehen im Maß-

stab der gesamten Volkswirtschaft, d.h., die Arbeit "wird von der Gesellschaft nach einheitlichen Maßen vorher, a priori, und nicht hinterher, a posteriori, auf dem Markt als gesellschaftlich anerkannt und bewertet und das Arbeitsprodukt erscheint als unmittelbarer Gebrauchswert, d.h. als Produkt, das nicht für den Markt, um des Wertes willen erzeugt wird, sondern unmittelbar zur Befriedigung dieses oder jenes produktiven bzw. individuellen Bedürfnisses. Das sind also die ökonomischen Ausgangsformen der Arbeit und des Produktes im Sozialismus, die der Planmäßigkeit als allgemeiner Form der sozialistischen Produktion entsprechen." /121/

Viele derjenigen Verhältnisse, welche die Grundlagen der kommunistischen Produktionsweise charakterisieren, nehmen in der ersten Phase des Kommunismus, im Sozialismus, spezifische Formen an, die auf die Beibehaltung der Ware-Geld-Beziehungen zurückzuführen sind. Wenn auch die sozialistischen Produktionsverhältnisse ihrem Wesen nach keinen Warencharakter haben, so kann doch "die Erforschung der konkreten Formen der sozialistischen Produktionsverhältnisse außerhalb der Ware-Geld-Beziehungen ... zu keinem Ergebnis führen." /252/ Jedoch ist die "Vorbedingung für das Verstehen der Warenbeziehungen im Sozialismus ... die Untersuchung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die zunächst frei sind von der Warenform, die diese Verhältnisse vermittelt." /252/ Die Warenbeziehungen im Sozialismus verändern also keineswegs das Wesen des Sozialismus als gesellschaftliche Form der Produktion. Wenngleich die Warenproduktion im Sozialismus, historisch gesehen, auf die Warenproduktion im Kapitalismus folgt, so läßt sich daraus "jedoch nicht der Schluß herleiten, daß der Sozialismus eine Form der Warenproduktion und eine neue Entwicklungsstufe derselben sei." /269/

Die Ursache für das Fortbestehen der Warenbeziehungen im Sozialismus sehen die Autoren im Fortbestehen der sozialökonomischen Unterschiede der Arbeit, der Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher, qualifizierter und unqualifizierter Arbeit etc. "Da also die Arbeit in sozialökonomischer Hinsicht ungleichartig ist, können die Unterschiede in der Arbeit nicht unmittelbar durch die Arbeitszeit gemessen werden ... Unter diesen Umständen werden die verschiedenen Arten der Arbeit durch das Produkt der Arbeit mit Hilfe der Ware-Wert-Beziehungen, durch Reduktion der konkreten auf abstrakte Arbeit gleichgesetzt." /264/ Da weiter die gesellschaftliche Erfassung der Arbeit des einzelnen Produzenten nicht unmittelbar vorgenommen wird, sondern durch das Produkt des Gesamtbetriebes, so hat dies die relative ökonomische Selbständigkeit der Betriebe im Rahmen einer einheitlichen, planmäßigen gesellschaftlichen Produktion zur Vorbedingung. "Äußerlich ist es nachgerade diese Selbständigkeit der Betriebe, welche als unmittelbare, nächstliegende Ursache der Warenbeziehungen im Sozialismus erscheint." Es sind jedoch "nicht die gegenseitigen Beziehungen der Betriebe, wie bei privater Warenproduktion, der Ausgangspunkt, sondern die Beziehungen der einzelnen Werktätigen zur Gesellschaft, die durch Beziehungen zwischen den Betrieben realisiert werden, die auf dem Austausch gegen Entgelt beruhen." /264/ Der Weg zur Aufhebung der sozialökonomischen Unterschiede in der Arbeit, zur Herausbildung einer höheren Form der unmittelbar gesellschaftlichen Arbeit, die darin besteht, daß jeder Werktätige sich entsprechend seinen Fähigkeiten und Neigungen einer beliebigen Arbeit zuwendet, der Weg zum Absterben der Ware-Geld-Beziehungen führt über die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus.

Entsprechend ihrer Kritik an der Ansicht, das Eigentum sei eine eigene ökonomische Kategorie der politischen Ökonomie, setzen sich die Autoren in diesem Abschnitt unter anderem mit der Auffassung auseinander, daß die Ursache für das Weiterbestehen der Warenbeziehungen im Sozialismus allein in der Existenz des genossenschaftlichen Eigentums zu suchen sei, und das Absterben der Warenbeziehungen aus der Verschmelzung des genossenschaftlichen mit dem Volkseigentum zu erklären wäre. "Der Versuch, die Warenbeziehungen im Sozialismus aus juristischen Kategorien abzuleiten, ..., bedeutet eigentlich,

Ursache und Wirkung gleichzusetzen. Dem Wesen nach wird damit das methodologische Prinzip außer acht gelassen, daß den ökonomischen Verhältnissen das Primat gegenüber den juristischen zukommt." /261/

Der besondere Charakter der Arbeit im Sozialismus, die Existenz zweier Formen des sozialistischen Eigentums an Produktionsmitteln und das Bestehen zweier Formen der Verteilung der materiellen und geistigen Güter auf die Mitglieder der Gesellschaft bedingen das Vorhandensein verschiedener Formen des notwendigen Produkts, deren Analyse sich die Autoren im folgenden Abschnitt zuwenden (12). Der Verselbständigung der Arbeit für sich gegenüber der Arbeit für die Gesellschaft entsprechen zwei Grundformen, die das Produkt im Verteilungsprozeß annimmt: "a) das in der gesellschaftlichen Produktion geschaffene Produkt für sich tritt in Form der Arbeitsvergütung auf; b) der zum notwendigen Produkt gehörende Teil des Produktes für die Gesellschaft nimmt die Form des über die Arbeitsvergütung hinaus zu verteilenden gesellschaftlichen Konsumtionsfonds an." /312/ Aus dieser Unterteilung des notwendigen Produkts ergibt sich, daß es im Sozialismus nicht nur die Verteilung nach der Arbeitsleistung gibt, sondern daß sich im Schoße des Sozialismus auch die Verteilung nach den Bedürfnissen entwickelt. Um nun weiter den Charakter der Verteilung im Sozialismus zu klären, untersuchen die Autoren, "warum im Sozialismus eine bestimmte Kombination der grundlegenden Verteilung nach der Arbeitsleistung mit einer von der Arbeitsleistung unabhängigen Verteilung objektiv notwendig ist, welche unterschiedlichen und gleichzeitig miteinander verbundenen Funktionen diese beiden Verteilungsarten im Sozialismus haben." /313/

Mit der Klärung dieses Fragenkomplexes wird gezeigt, welche Umwandlungen das notwendige Produkt im Zusammenhang mit der Warenform im gesellschaftlichen Prozeß seiner Bewegung erfährt. Damit ist diese Untersuchung jedoch nicht abgeschlossen, da ein historisch ständig zunehmender Teil des notwendigen Produktes die Form des Produktes für die Gesellschaft annimmt. "Der Gegensatz des Produktes für sich und des Produktes für die Gesellschaft findet entwickelte Formen seines Ausdrucks in der Gesamtheit der ökonomischen Beziehungen, die mit der Existenz sozialistischer Betriebe als Warenproduzenten verbunden sind." /369/ War es also zunächst notwendig, die Beziehungen der einzelnen Werktätigen der sozialistischen Produktion zur Gesellschaft als unmittelbare darzustellen, so muß auf der folgenden Stufe der Darstellung gezeigt werden, wie die Beziehungen der einzelnen Werktätigen vermittelt über den Betrieb existieren, wie diese Beziehungen zwischen dem Betrieb und den einzelnen Werktätigen, zwischen den einzelnen Betrieben und zwischen dem Betrieb und der Gesellschaft realisiert werden. "Schließlich bilden gerade die Beziehungen des sozialistischen Betriebes als Warenproduzent die Grundlage dafür, daß der Wert des zu schaffenden Produktes in Selbstkosten und Gewinn zerfällt. Das ist keine äußere Ware-Wert-Hülle sozialistischer Produktionsverhältnisse, sondern das sind reale Ware-Wert-Beziehungen, die eine bestimmte Seite der Produktionsverhältnisse im Sozialismus darstellen, sie sind unbedingt ein Moment in der Erkenntnis dieser Verhältnisse im Prozeß des theoretischen Fortganges der Erkenntnis vom Abstrakten zum

12 Die Autoren verwenden die Termini 'notwendige Arbeit', 'notwendiges Produkt' und 'Mehrarbeit', 'Mehrprodukt' nur der Kürze halber, wobei es aber um ihre spezifischen Formen geht: vom Standpunkt der Produktion nehmen sie die spezifische Form der Arbeit und des Produktes zur Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse an sowie der Arbeit und des Produktes zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse. Vom Standpunkt der Distribution erhält ein Teil des notwendigen Produktes die Form des Produktes für sich (Verteilung nach der Arbeitsleistung); der zweite Teil des notwendigen Produktes bildet zusammen mit dem Mehrprodukt das Produkt für die Gesellschaft. Vgl. Anmerkung S. 148/S. 154.

Konkreten." /370/ Das Nebeneinanderbestehen der Planmäßigkeit und der Warenbeziehungen innerhalb der einheitlichen sozialistischen Wirtschaft findet seinen widersprüchlichen Ausdruck in der Tätigkeit der sozialistischen Betriebe. Ein spezielles Verfahren zur Lösung dieses Widerspruchs sind die regelnden Normen der wirtschaftlichen Rechnungsführung (13).

Im weiteren Gang der Analyse untersuchen die Autoren den Leitungsprozeß der sozialistischen Wirtschaft, welcher den planmäßigen Ablauf des Reproduktionsprozesses gewährleistet. "Leitung ist die bewußte Gestaltung des Produktionsprozesses, deren Ziel darin besteht, die normale Wechselwirkung zwischen all seinen Teilen und sein reibungsloses Funktionieren zu sichern." /441/ Die planmäßige Leitung der sozialistischen Produktion verwirklicht sich in den in der Praxis eng verflochtenen Prozessen der Planung, d.h. Aufstellung des Produktionsplanes, und der operativen Leitung, welche die Umsetzung des Planes in die Wirklichkeit sichert. Die Grundprinzipien der Leitung der Wirtschaft in der kommunistischen Formation sind "Wissenschaftlichkeit, demokratischer Zentralismus, Verbindung der zweiglichen mit der territorialen Leitung. Im Sozialismus ist auch die Einheit des politischen und wirtschaftlichen Herangehens ein wichtiges Leitungsprinzip." /443/

Die Darstellung des Systems der Produktionsverhältnisse im Sozialismus wird abgeschlossen mit der Bestimmung der historischen Stellung des Sozialismus in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, mit der Bestimmung des Verhältnisses des Sozialismus zur Übergangsperiode einerseits, zum vollentfalteten Kommunismus andererseits.

Im Gegensatz zu den ökonomischen Verhältnissen des Sozialismus, die einen einheitlichen Typ von Produktionsverhältnissen darstellen, sind "sämtliche ökonomischen Beziehungen der Übergangsperiode direkt oder indirekt an die Existenz dreier Wirtschaftsformen gebunden, nämlich an sozialistische, kapitalistische und Formen der kleinen Warenproduktion. Jede dieser Form repräsentiert Produktionsverhältnisse unterschiedlichen Typs" /563/, in der spezifische, ihr eigene ökonomische Gesetze herrschen. Das Fortbestehen des Privateigentums in der Übergangsperiode ist ausschlaggebend für die ökonomische Möglichkeit sowohl eines sozialistischen wie auch eines kapitalistischen Entwicklungsweges. Demgegenüber ist innerhalb der sozialistischen Wirtschaft selbst der Kampf dieser beiden Tendenzen ausgeschlossen. "Zwischen dem Sozialismus und der Gesellschaft der Übergangsperiode besteht demnach ein fundamentaler Unterschied. Der Sozialismus darf nicht als eine eigene ständige Etappe der Übergangsperiode, als deren Fortsetzung angesehen werden." /563/ Ganz anders stellt sich dagegen das Verhältnis des Sozialismus zum vollentwickelten Kommunismus dar. Aus der Analyse der sozialistischen Produktionsverhältnisse ergibt sich für die Autoren, "daß der Sozialismus ungeachtet der beträchtlichen Unterschiede gegenüber dem Kommunismus keine besondere Produktionsweise ist. Diese These stützt sich auf die Auffassung, daß eine Produktionsweise eine Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen darstellt." /564/ Daher kritisieren sie auch die Ansicht, "daß der Sozialismus eine besondere, selbständige Produktionsweise sei, wie dies bisweilen damit begründet wird, daß es im Sozialismus Ware-Geld-Beziehungen und die ihnen zugehörigen Wertkategorien gibt, daß wir es mit zwei Formen des gesellschaftlichen Eigentums, dem Volkseigentum und dem genossenschaftlichen Eigentum zu tun haben und im Sozialismus das Prinzip "jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung" Geltung hat. Alle diese Elemente existieren deshalb, weil die neuen kommunistischen Verhältnisse noch nicht vollständig entwickelt sind." /564/

13 Hier wird nicht von konkreten Normen gesprochen, sondern von ihrer Verbindlichkeit.

Ergänzt wird die Analyse der sozialistischen Produktionsverhältnisse durch die Darstellung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern des sozialistischen Weltsystems einerseits und des ökonomischen Wettstreits der beiden Weltsysteme andererseits.

Die Autoren haben mit ihrer Arbeit zweifellos dazu beigetragen, die Diskussion über viele Grundprobleme der politischen Ökonomie des Sozialismus neu zu beleben. Unter Beachtung des historisch-logischen Prinzips, welches an den Aufbau des Werkes besondere Anforderungen stellte, haben die Autoren das System der sozialistischen Produktionsverhältnisse so dargestellt, daß das Verhältnis des Wesens der kommunistischen Produktionsweise, wie es sich in den Grundzügen schon ausgehend von der Analyse des Auflösungsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft charakterisieren läßt, zu den konkreten Erscheinungsformen der sozialistischen Wirklichkeit klar zum Ausdruck kommt; die Autoren haben nicht versucht, wie man das bisweilen in der ökonomischen Literatur finden kann, die Analyse durch Interpretation einzelner Klassikerzitate zu ersetzen. Hervorzuheben ist auch ihre konsequente Auseinandersetzung mit bürgerlichen und revisionistischen Anschauungen, wobei die Konvergenztheorie und die Lehre von der "sozialistischen Marktwirtschaft" im Mittelpunkt ihrer Kritik stehen. Diese Ebene der Kritik, die geleistet wird an Theorien, welche überlebte Wirtschaftsformen verteidigen und dem Sozialismus entgegengesetzte Klasseninteressen zum Ausdruck bringen, ist zu unterscheiden von der kritischen Auseinandersetzung mit subjektiven Fehleinschätzungen, die durch die objektiven Schwierigkeiten der Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus und Kommunismus bedingt sind. Die letztgenannte Ebene der Auseinandersetzung bildet einen Bestandteil des schöpferischen Meinungsstreites, der um diese Probleme stattfindet; und in eben dieser Form des Meinungsstreites entwickelt sich die politische Ökonomie des Sozialismus in enger Wechselbeziehung mit der sozialistischen Wirklichkeit. In diesem Kontext sollte auch das vorliegende Lehrbuch gesehen werden, dessen Anspruch es sicherlich nicht ist, "ewige Wahrheiten letzter Instanz" aufzustellen.

Bettina Gransow

Wolfgang Thiede

Antiquarische Bücher

1 Berlin 19 Reichsstraße 106 Telefon 0311 / 302 24 36

zeigt an:

Katalog 4/1973 Frauenfrage
Sozialismus und Geschichte der Arbeiterbewegung
Gewerkschaften
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Sowjet-Union
Arbeiterliteratur und soziale Literatur
Alte Rechtswissenschaft.

Der Katalog erscheint im Februar 1973 und wird Interessenten auf Wunsch kostenlos zugeschickt.

UZ. Marx schreibt mit!

Anzeige

Auch Engels. Häufig Lenin. Um nur einige wenige Köpfe zu nennen, die für unsere Zeitung arbeiten. Der Kapitalismus steht in jeder Nummer vor dem Röntgenschirm. Die Befunde stehen in der UZ. Was in den Betrieben los ist, in den Schulen und Universitäten steht ebenfalls un der UZ. Übrigens auch, warum einiges los ist. Denn das ist noch wichtiger. Und schließlich: Arbeiter, Schüler und Studenten schreiben selbst in der UZ.

UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Ich bestelle hiermit die UZ, Zeitung der DKP für die Dauer von mindestens einem Jahr.

☐ Ich wünsche eine vierteljährliche Rechnung (vierteljährlicher Bezugspreis DM 6,50)

☐ Ich wünsche eine jährliche Rechnung (DM 22,– bei Vorauszahlung)

☐ Ich wünsche ein Lehrlings- Schüler- oder Studentenabonnement. Nachweis erforderlich. (DM 13,– bei Vorauszahlung)

Postleitzahl

Bitte in Blockschrift ausfüllen

Ort

Straße und Hausnummer

Name, Vorname

Unterschrift Datum

Senden an:
Dr. Wenzel-Verlag GmbH, 41 Duisburg 12, Pothmannstr. 12

An alle Arbeiter, an die nationale und internationale öffentliche Meinung

Franco und sein Regime stehen vor der härtesten Zerreißprobe ihrer Geschichte. Niemals in den "dreißig Jahren des Friedens" nach dem "Kreuzzug gegen die Gottlosen", wie Franco seine Regierungszeit nach dem Bürgerkrieg nennt, ist das Regime so stark isoliert gewesen. Der bevorstehende Exitus des greisen Anachronisten hat die ersten Diadochenkämpfe ausgelöst:
ein kleiner Kreis Ultra-Rechter um den regierenden Franco-Vice Carrero Blanco wünscht alles Liberale oder gar Sozialistische, einschließlich der "entheiligten Kirche" "auf den Scheiterhaufen". Dieser Kern ohne gesellschaftliche Gefolgschaft ist auch im wesentlichen für den verschärften Staatsterror in den letzten Monaten verantwortlich.

Ein großer Teil der Finanzoligarchie hingegen möchte mit der Marionette Juan Carlos als König bescheidene Liberalisierungen zulassen, um auf diese Weise eine demokratische Scheinlegitimation vor der europäischen Öffentlichkeit zu erlangen und den Schritt in die EWG tun zu können. Das faschistische Regime hat nicht nur ausgedient, es ist zum Hemmschuh für die Entwicklung des spanischen Kapitalismus geworden.

Und schließlich hat die Arbeiterbewegung hauptsächlich seit Beginn der 60er Jahre durch die Entwicklung der Comisiones Obreras (Arbeiterkommissionen) einen ungeheuren Aufschwung genommen. An ihrer Seite kämpft eine Studentenschaft, die gemessen an Bewußtsein und Organisationsgrad an der Spitze der europäischen Studenten steht; dem stehen die spanischen Intellektuellen in nichts nach.

Seitdem Ende 1972 auch die Katholische Kirche offen die Nachbarschaft zum Franco-Regime aufgekündigt hat, ist die Isolation kaum noch zu steigern.

Die Kommunistische Partei Spaniens, eine der größten Europas, möchte alle diese antifranquistischen Kräfte in einem "Pakt für die Freiheit" vereinen und hat auf dem Weg dorthin wichtige Etappen hinter sich gebracht.

Die SOPO druckt im folgenden einen Aufruf des allgemeinen Koordinationsausschusses der Comisiones Obreras "an alle Arbeiter, an die nationale und internationale öffentliche Meinung" ab.

Eine umfassende Analyse der sozial-ökonomischen Entwicklung, der Klassenverhältnisse und der Klassenkämpfe in Spanien erscheint in SOPO 23/April 73.

Die spanische Gegenwart wird bestimmt:
- durch die Konzentration des Kapitals und die Auswirkungen der Krise, die Tausende von Arbeitern auf die Straße setzt;
- durch die verstärkte Teuerung, welche die Kaufkraft des Volkes verringert;
- durch die fortgesetzte Einfrierung der Löhne und Gehälter, welche freie Tarifverhandlungen verhindert;
- durch die Einbeziehung verschiedener Berufssektoren und Gesellschaftsschichten in den Kampf;
- dadurch, daß ein großer Teil der spanischen Bourgeoisie davon überzeugt ist, daß die offiziellen "Gewerkschaften" nicht mehr nützlich sind und den Gedanken aufnimmt,

man müsse mit den wirklichen Vertretern der Werktätigen verhandeln;
- dadurch, daß die verschiedensten Persönlichkeiten des Landes sich für eine demokratische Öffnung einsetzen, die uns den politischen Bedingungen in den übrigen Ländern Europas näherbringt und so die Hindernisse für die Eingliederung in die EWG abbaut. Die spanische Gegenwart wird, und das ist das Grundlegende, durch die neuen Anstöße, durch die breitesten und allgemeinsten Formen des Kampfes der Arbeiterklasse bestimmt, wie es gerade die Arbeiterklasse von Vigo gezeigt hat.

Was tut die Regierung angesichts dieser Situation? Sie verstärkt die Unterdrückung.

Sie will uns ihr Terrorregime aufzwingen, damit sie weiterhin an der Macht bleiben und von Bürgerkriegspositionen aus regieren kann, ohne irgendein Problem der spanischen Gesellschaft zu lösen. Ein guter Beweis dafür ist das neue Gesetz für Öffentliche Ordnung, das dem Terrorismus der Staatsorgane Tür und Tor öffnet; das einen Ausnahmezustand aufrechterhält, ohne daß er formell erklärt werden müßte, wie der Innenminister kürzlich vor den Cortes (dem Ständeparlament, d.Ü.) bekannt hat; sie richtet ein zweites Sondergericht für Öffentliche Ordnung ein, welches die unzähligen Prozesse beschleunigen soll (1972 mehr als 6000 Prozesse); sie gibt Dekrete über die Universität heraus, die Ordinarien und Professoren zu direkten Polizeispitzeln gegen die Studenten machen wollen; sie hat durch ihr Veto die demokratische Kandidatur zu den Wahlen in der Standesorganisation der Madrider Anwälte verhindert.

Sie stellte erhöhte Strafanträge in den letzten Prozessen vor dem Sondergericht für Öffentliche Ordnung, wie die fünf Jahre für Teilnehmer einer 1.-Mai-Demonstration, wie Strafen bis zu 13 Jahren für schon Tage vor einem Streik verhafteten Bauarbeiter.

Sie beantragte vor dem Kriegsgericht von Zaragoza dreimal die Todesstrafe, sie ermordet Arbeiter und Studenten, wie auch der jüngste Fall in Santiago de Compostela zeigt.

Die Verschärfung der Terrorpolitik vor allem gegen die Arbeiterklasse findet jetzt ihren Höhepunkt in den Strafanträgen gegen:

Marcelino Camacho	– 20 Jahre und 1 Tag
Eduardo Saborido	– 20 Jahre, 6 Monate und 1 Tag
Francisco Garcia Salve	– 19 Jahre
Nicolas Sartorius	– 19 Jahre
Fernando Soto	– 18 Jahre
Juan Muniz Zapico	– 18 Jahre
Francisco Acosta	– 12 Jahre und 1 Tag
Luis Fernandez Costilla	– 12 Jahre und 1 Tag
Pedro Santiesteban	– 12 Jahre und 1 Tag
u. Angel Zamora	– 12 Jahre und 1 Tag

Insgesamt über 162 Jahre Gefängnis für zehn Arbeiter, die angeklagt sind, dem Allgemeinen Koordinationsausschuß der Comisiones Obreras anzugehören, obwohl es keinen einzigen Beweis gibt, auf dem die Regierung ihre Anklage aufbauen könnte, sie muß vielmehr die Politisch-Soziale Brigade (brutal folternde politische Geheimpolizei, d.Ü.) heranziehen, die einen künstlichen Prozeß "fabrizieren" muß, damit sie ihre monströsen Gesetze anwenden kann. Die tatsächlichen Gründe für diese Strafanträge sind, daß die Angeklagten wahre Vertreter aller der Arbeiter sind, die sich in den letzten Jahren im Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse auf Organisation zur Verteidigung ihrer Interessen und Gewerkschaftsfreiheit ausgezeichnet haben.

Mit diesem Versuch, diese Genossen für Aktivitäten, die in der ganzen Welt als legitim angesehen werden, zu solch ungeheuerlichen Strafen zu verurteilen, soll gleichzeitig auch die gesamte Arbeiterklasse, sollen die gesamten Comisiones Obreras verurteilt, soll die

gesamte neue Arbeiterbewegung in den Untergrund gedrängt werden, um die Mobilisierung der Massen zu verhindern.

Dieser Prozeß gegen die Gewerkschaftsfreiheit, gegen das Recht der Arbeiter, sich zur Verteidigung ihrer Interessen demokratisch zu organisieren, wird in einem Augenblick durchgeführt, in dem ein großer Teil der spanischen Bourgeoisie davon überzeugt ist, daß die offiziellen "Gewerkschaften" nicht mehr nützlich sind und den Gedanken aufnimmt, man müsse mit den wirklichen Vertretern der Werktätigen verhandeln. In einem Augenblick, in dem trotz des ständig stärkeren und skandalösen Preisanstiegs freie Tarifverhandlungen verhindert und die Lohnbedingungen an unbedingt zu erfüllende (staatlich diktierte, d.Ü.) Normen gebunden werden, was nichts anderes als die verschleierte Einfrierung der Löhne bedeutet.

Der Prozeß gegen Camacho, Saborido, Garcia Salve, Sartorius, Soto, Muniz Zapico, Acosta, Fernandez Costilla, Santiesteban und Zamora ist ein Prozeß gegen die Gewerkschaftsfreiheit, gegen das Recht der Arbeiter, sich zu organisieren, gegen die Sicherheit der Arbeitsplätze, gegen Lohnerhöhungen. Wie vor zwei Jahren beim Prozeß von Burgos will der Francismus alle diejenigen verurteilen, die die Freiheit wollen. Doch wie vor zwei Jahren in Burgos kann unsere Mobilisierung diese Verurteilung verhindern.

Arbeiter: Angesichts dieses faschistischen Prozesses rufen die Comisiones Obreras die gesamte Arbeiterklasse, alle Demokraten und Revolutionäre der ganzen Welt, die nationale und internationale öffentliche Meinung auf, einen Kampf zur Verhinderung dieser Urteile zu entwickeln, einen Kampf, der der ultra-reaktionären Oligarchie, Franco und seinen Komplicen zeigt, daß man nicht mehr mit einem Terrorregime regieren kann.

Arbeiter: Die Solidarität ist die wirksamste Waffe im Kampf der Massen. Zeigen wir der Regierung und der Oligarchie unser solidarisches Bewußtsein durch die Verteidigung unserer besten Genossen. Nur wenn wir Camacho, Saborido, Garcia Salve, Sartorius, Soto, Muniz Zapico, Acosta, Fernandez Costilla, Santiesteban und Zamora verteidigen, können wir die Entlassungen, die Verfolgungen, die Einkerkerung bremsen. Nur wenn wir unsere Genossen aus dem Gefängnis holen, können wir dem vertikalen Syndikalismus den Todesschlag versetzen, werden wir im Kampf für eine demokratische Klassengewerkschaft vorankommen.

Doch entwickelt sich dieser Kampf nicht spontan, man muß ihn organisieren. Beginnen wir jetzt schon damit: ihre Namen, Bilder und Lebensdaten sollen auf den Mauern der Fabriken, Arbeitsplätze und Städte auftauchen; Resolutionen, Briefe, Telegramme, die ihre Freiheit fordern, müssen das Justizministerium überschwemmen; die Gewerkschaftsvertreter sollen jetzt das Problem ihrer Garantien präsentieren und von den Sozialsektionen (der "Standes-Vertretung" der Arbeiter im Gegensatz zur Wirtschaftssektion der Kapitalisten innerhalb der offiziellen "Gewerkschaft", d.Ü.) von der vertikalen "Gewerkschaft" eine Stellungnahme zu diesem Prozeß fordern.

Der Kampf um die Arbeitsforderungen, gegen die Entlassungen einer jeden Fabrik, eines jeden Zweigs, jeden Ortes muß eng mit der Verteidigung dieser Genossen verknüpft sein, so wie die Gewerkschaftsfreiheit eng mit der Durchsetzung unserer Forderung verknüpft ist.

Versammlungen, Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen, Besetzungen von Fabriken und öffentlichen Plätzen, vor allem in Asturien, Euzkadi (baskisch für Baskenland, d.Ü.), Madrid, Sevilla, Valladolid, Zaragoza müssen beginnen, Teil einer Agitations- und Kampfkampagne zu werden, welche die Bedingungen für einen Tag allgemeiner Aktionen im ganzen Land zu einem geeigneten Zeitpunkt schaffen.

An jedem Ort sollen sich Ausschüsse bilden, in denen neben den Arbeitern die übrigen

sozialen Bereiche, Organisationen und Persönlichkeiten zur Koordination dieser Kampagne zusammenarbeiten. Wir, die Comisiones Obreras, rufen im Namen der internationalen Solidarität die Arbeiterklasse der ganzen Welt, alle demokratischen Organisationen und politischen Parteien auf, eine Solidaritätskampagne mit den Arbeitern aller Völker Spaniens zu entwickeln.

Wir rufen alle Gewerkschaften, unabhängig von ihrer Ideologie, auf, ein internationales Gewerkschaftstribunal zu bilden, nicht nur um die Angeklagten zu verteidigen, sondern auch um einen Prozeß gegen das Regime zu eröffnen, das in die Europäische Gemeinschaft eingegliedert werden möchte, während es die elementarsten Menschenrechte verweigert. Wir rufen die Internationale Arbeitsorganisation (IAO), alle ihre Mitglieder, auf, eine Regierung und eine "Gewerkschaft" auszuschließen, welche eine repressive Politik betreiben, die zu den grundlegenden Prinzipien und Empfehlungen dieser Organisation in eklatantem Widerspruch steht.

Für die Abschaffung des Sondergerichts für Öffentliche Ordnung!

Für die Auflösung der Politisch-Sozialen Brigade!

Für Gewerkschaftsfreiheit und Streikrecht!

Für die Freiheit von Camacho, Saborido, Garcia Salve, Sartorius, Soto, Muniz Zapico, Acosta, Fernandez Costilla, Santiesteban und Zamora!

Für eine Arbeitergewerkschaft!

Coordinadora General de Comisiones Obreras, Madrid, Dezember 1972

KONSEQUENT

"Es versteht sich, daß keine abstrakte akademische Theorie betrieben werden soll, sondern diese Zeitschrift vielmehr als politisches Kampfblatt fungieren will ..."
(Aus dem Vorwort von KONSEQUENT Nr. 1).

SONDERHEFT 1

Erich Hahn
Materialistische Dialektik und Klassenanalyse
DM 3,– im Buchhandel oder vom Verlag

SONDERHEFT 2
Materialien der Konferenz
der SEW-Hochschulgruppen
Bildungsfragen und Klassenfragen
DM 3,– im Buchhandel oder vom Verlag

KONSEQUENT wird vom Kreisvorstand Zehlendorf der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins herausgegeben – 1 Berlin 37, Teltower Damm 23.
KONSEQUENT kostet im Jahr DM 6,– (4 Hefte); Einzelheft DM 2,–. Postscheckkonto: Heinz Thomaszik, Berlin West 26 03 19.

Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis

rote blätter

SPARTAKUS-Politik aus erster Hand
Information
Dokumentation
Argumentation
Theorie

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS 1.–

Bestellungen an MSB SPARTAKUS-Bundesvorstand, 53 Bonn, Sternenburgstr. 73

kürbiskern

LITERATUR · KRITIK · KLASSENKAMPF

4/72 — ABHÄNGIGKEIT IN DER KULTURINDUSTRIE
Buch, Presse, Film, Funk, Fernsehen, Bildende Kunst, Grafik, Design, Theater, Kritik, Pop-Musik, Buchhandel, Urheberrecht, Vertragsmuster.

Mit Beiträgen von: Martin Walser, Heinz Bauer, Erdmute Beha, Klaus Eder, Reinhard Hauff, Friedrich Hitzer, Franz Xaver Kroetz, Friedhelm Kron, Hannelore Messow, Philippe Pilliod, E.A. Rauter, Monika Sperr, Eckart Spoo, Erasmus Schöfer, Conrad Schuhler.

1/73 — SOWJETISCHE KULTUR HEUTE
50 JAHRE UDSSR
LYRIK u.a. von
Simonow, Olga Bergholz, Twardowskij, Wosnessenskij, Jewtuschenko

PROSA von
Rasputin, Koschewnikow, Matewossjan, Avyzius, Golowanow

KRITIK UND BERICHTE
Pawel Toper: Kriegsliteratur oder Krieg in der Literatur?
Boris Anaschenkow: Arbeiter in der Literatur
Tamara Motyljowa: Eine andere Art des Handelns
Hugo Huppert: Der Botschafter des Verses und die Union
E. Högemann-Ledwohn: Solschenizyn — Erfolgsautor der BRD
Renate Riemeck: Die Sowjetunion in unseren Schulbüchern
Godehard Schramm: Drei Moskauer Monate
Friedrich Hitzer: Gespräche mit Freunden über Kultur im Moskauer Betrieb Manometr, Film, Schulreform, Stadtplanung
Konstantin Ananitschew: Zusammenarbeit im Umweltschutz

Einzelheft DM 4.80, Jahresabonnement DM 16,— + Porto + MwSt.
Bestellungen über Buchhandel oder Verlag:
8 München 40, Hohenzollernstr. 144, Telefon 0811 / 30 37 83

marburger blätter

marburger blätter

Illustrierte Studentenzeitung
Redaktion und Verlag
355 Marburg an der Lahn, Erlenring 5
Hsg. vom AStA d. Philipps-Universität

Folgende Nummern sind u.a. noch zu haben:

Nr. 132	Guatemala
Nr. 133	Lenin und die Arbeiterbewegung
Nr. 134	Das gesellschaftlicher System der DDR
Nr. 135	Aspekte des deutschen Neokolonialismus
Nr. 136/7	Der Kampf geht weiter
Nr. 138	Bildung und Ausbildung
Nr. 139	Marx an die Uni
Nr. 140/1	Von der Utopie zum Klassenkampf
Nr. 142	SPD
Nr. 143	Gegen studentische Isolierung — für gewerkschaftliche Orientierung

1972

Nr. 144	Frauenemanzipation im politischen Kampf
Nr. 145	Studenten gegen Sozialistengesetz
Nr. 146	Der programmierte Lehrer
Nr. 147	Aasgeier über der Demokratie
Nr. 148	Wolfgang Abendroth emeritiert
Nr. 149	Die Wahl der Qual?
Nr. 150/1	... und erkämpfen entschlossen den Frieden!

Der Preis pro Einzelheft beträgt 1,00 DM.
Ab 10 Heften einer Nummer gibt es 20 % Rabatt,
ab 30 Heften einer Nummer 40 % Rabatt.

Jahresabonnement 7,00 DM,

Studenten und Schüler 5,00 DM.

marburger blätter

ZUSAMMENSCHLUSS für mehr WISSEN und FORTSCHRITT

collectiv
Literatur die verändert

Literatur, die verändert, in den collectiv-Buchhandlungen

51 Aachen, Schildstr. 5
Adam Kuckhoff-Buchhandlung
Inh. Heinr. Kolberg
Tel. (02 41) 3 25 61

507 Bergisch-Gladbach, Bensberger Straße 128
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Inh. Kroll-Eyring

33 Braunschweig, Adolfstr. 1
Wissen und Fortschritt Buchhdlg./ Filiale

28 Bremen 1, Schillerstr. 12 a
DEIN BUCH Volksbuchhandlung für Wissen und Fortschritt
Tel. (04 21) 32 33 34

61 Darmstadt, Lauteschläger 3
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Tel. (0 61 51) 7 52 36

46 Dortmund, Kampstr. 80
Buchershop Angela Davis
Tel. (02 31) 14 52 89

4 Düsseldorf, Ackerstr. 3
Das internationale Buch
Tel. (02 11) 35 38 83-84

297 Emden, Lilienstraße 15
DEIN BUCH Volksbuchh. Fil.

8520 Erlangen, Schiffstr. 5
Libresso-Buchzentrum
Sabine Weber

43 Essen, Hoffnungstr. 18
Karl-Liebknecht-Buchhandlung
Tel. (0 21 41) 23 20 14

6 Frankfurt/Main, Schumannstr. 56
tat-Buch- und Schallplattenvertrieb
Tel. (06 11) 77 90 84/85

78 Freiburg, An der Mehlwaage 2
Buchhandlung Walter Herbster
Tel. (07 61) 3 31 43

63 Gießen, Schiffenberger Weg 1
Buchhandlung Wissen u. Fortschritt GmbH
Tel. (06 41) 7 89 48

34 Göttingen, Burgstraße 24
Wissen und Fortschritt Buchhdlg./ Filiale

2 Hamburg 13, Johnsallee 67
internationale Buchhandlung GmbH
Tel. (04 11) 4 10 45 72

3 Hannover-Linden, Limmerstr. 106
Wissen und Fortschritt Buchhandlung
Inh. Hans Feist
Tel. (05 11) 45 45 10

69 Heidelberg, Plöck 64 a
Buchhandlung collectiv GmbH

35 Kassel, Werner-Hilpert-Str. 5
Wissen und Fortschritt GmbH Filiale
Tel. (05 61) 1 56 42

23 Kiel 1, Falckstr. 16
collectiv-Buchhandlung
Tel. (04 31) 4 24 50

5 Köln, Fleischmengergasse 31
rote bucherstube koln
Tel. (02 21) 21 57 70

415 Krefeld, St.-Anton-Str. 86
Buchhandlung Rosa Luxemburg
Inh. Horst Wilhelms
Tel. (0 21 51) 77 14 74

65 Mainz, Bilhildisstr. 15
Bucherzentrum Sud-West
Tel. (0 61 31) 2 49 16

68 Mannheim, U 2, 3
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Tel. (06 21) 2 87 76

355 Marburg, Am Grün 56
Buchhdlg. Wissen und Fortschritt GmbH
Filiale Marburg
Tel. (0 64 21) 2 64 12

8 München 2, Reisingerstr. 5
Buchvertrieb „Hans Beimler"
Inh. Reiner Sternagel

8 München 2, Türkenstr. 66
Buchhandlung Libresso München
Tel. (08 11) 28 17 67

85 Nürnberg, Augustinerstr. 4
Libresso-Buchzentrum Sabine Weber
Tel. (09 11) 22 15 07

29 Oldenburg, Bremer Straße 4
DEIN BUCH Volksbuchhandlung Filiale

84 Regensburg, Glockengasse 7
Libresso-Buchzentrum
Sabine Weber

66 Saarbrücken, Nauwieser Str. 13
ienchen demuth-buchladen
Inh. Nora Kozmiensky
Tel. (06 81) 3 65 59

59 Siegen, Freudenberger Str. 18
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Tel. (02 71) 5 47 66

7 Stuttgart, Neugereutstr. 6
Versandbuchhdlg. Hornung u. Steinbach
Tel. (07 11) 60 41 67

56 Wuppertal-Elberf., Gathe 55—57
Friedrich-Engels-Buchhandlung
Tel. (0 21 21) 45 28 53